

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 294
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 2. November 1932

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im August 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, kamen im August dieses Jahres 1.201 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 153 weniger als im Juli dieses Jahres und um 6 weniger als im August 1931. Von den Lebendgeburten waren 586 Knaben und 615 Mädchen, 942 eheliche und 259 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 215, in Anstalten 986 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug 131, um 25 weniger als im Juli dieses Jahres und um 2 weniger als im August 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 1.755 Personen; das sind um 48 Personen weniger als im Juli dieses Jahres und um 91 weniger als im August 1931. Von den Verstorbenen waren 899 männlichen und 856 weiblichen Geschlechtes; 1.632 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 123 ortsfremd waren. In der Wohnung starben 667, in Anstalten 1.088 Personen. Als hauptsächliche Todesursachen sind in 322 Fällen Krebs, in 313 Fällen organische Herzkrankheiten, in 171 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 101 Fällen Gehirnschlag angegeben worden; 88 Anzeigen haben als Todesursachen Lungen- und Rippenfellentzündung, 52 Anzeigen Arterienverkalkung, 30 Anzeigen Altersschwäche und 27 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 124 Verstorbene standen in einem Alter bis zu fünf Jahren, 10 in einem Alter von fünf bis zu zehn Jahren, 8 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 37 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 102 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 121 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 187 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 314 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 852 Verstorbene waren mehr als sechzig Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien im August dieses Jahres betrug 106; das sind um 5 mehr als im Juli dieses Jahres, aber um 3 weniger als im August 1931. Im Berichtsmonate unternahmen 192 Personen einen Selbstmordversuch, um 6 mehr als im Juli dieses Jahres und um 43 mehr als im August 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangener August in Wien 98 Säuglinge starben, um 2 mehr als im Juli dieses Jahres und um 13 mehr als im August 1931. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 60 Knaben und 38 Mädchen, 59 eheliche und 39 uneheliche Kinder; 44 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 54 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik sind im August dieses Jahres 12.311 Personen nach Wien zugewandert und 11.187 Personen von Wien abgewandert. Die Zunahme der Bevölkerung durch Wanderung beträgt daher im Berichtsmonate 1.124 Personen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 2. November 1932

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden auf der Landstrasse die Jacquin-gasse, Mechelgasse, Magazingasse und Prätoriusgasse und in Ottakring die Waidäckergasse und Verbindungsstrasse zwischen der Waidäckergasse und Reizenpfenninggasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magi-strat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installations-arbeiten bereits vergeben.

.....

Der Dachbrand in der Linzerstrasse.

Dienstag abends wurde der Feuerwehr ein Dachfeuer im Hause Linzerstrasse 261 gemeldet. Die anrückenden Feuerwehrabteilungen fanden das Dach des ebenerdigen Hauses in Flammen vor. Das Feuer wurde mit drei Schlauchlinien in kurzer Zeit gelöscht. Während der Löschaktion stürzten Löschmeister August Klawatsch und Feuerwehrmann Rudolf Schiller durch eine morsche Decke in den Ebenerdraum und erlitten hierbei Absplitterungen am Schultergelenk und Verletzungen am Knie. Im Verlaufe der Abräumungsarbeiten wurde der Feuerwehrmann Rudolf Tonar von einem umstürzenden Kamin getroffen und erlitt einen Schädelgrundbruch. Die drei verletzten Feuerwehrmänner wurden von der Hietzinger freiwilligen Rettungsgesellschaft in das Krankenhaus der Stadt Wien gebracht. Auf dem Brandplatz wurden überdies die Feuerwehrmänner Karl Schmidt und Franz Wurzian durch Rissquetschwunden an den Händen verletzt; die sofort durch die Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft behandelten Feuerwehrmänner verblieben jedoch im Dienst.

Heute mittags besuchten amtsführender Stadtrat Honay und Branddi- rektor Ing. Wagner die drei verletzten Feuerwehrmänner im Krankenhaus. Klawatsch und Schiller sind auf dem Wege rasch fortschreitender Beseerung; der Zustand des schwerverletzten Feuerwehrmannes Tonar ist unverändert. Stadtrat Honay dankte den verunglückten Feuerwehrmännern im Namen der Stadtverwaltung für das aufopfernde Verhalten bei der Bekämpfung des Brandes.

.....

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Am 8. November beginnen für Hausgehilfinnen folgende Kurse: Kochen, Kleidermachen, Weissnähen und Flicken. Anmeldungen in der Schul- kanzlei, Brückengasse 3; Fernruf B 25-4-19.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

295

Wien, am 3. November 1932

Die Verwendung inländischer Kohle bei der Gemeinde Wien.
Der Verbrauch inländischer Kohle von 32 auf 62 Prozent des Gesamtbrennstoffbedarfes gestiegen.

In dem Bestreben, die Gemeinde Wien als Grossverbraucherin von Kohle vom Ausland soweit wie möglich unabhängig zu machen und gleichzeitig durch Hebung des inländischen Bergbaues den einheimischen Arbeitern Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, ist die Gemeindeverwaltung schon im Jahre 1923 darangegangen, in den der städtischen Hoheitsverwaltung unterstehenden Feuerungsanlagen inländische Kohle zu verwenden.

Bei der Umstellung der Feuerungsbetriebe auf Inlandskohle musste natürlich der Aufrechthaltung der bis dahin erzielten Wirtschaftlichkeit vollstes Augenmerk zugewendet werden. Die inländischen Brennstoffe, insbesondere die in Oberösterreich und im Burgenland gewonnene Braunkohle haben nämlich gegenüber der ausländischen Steinkohle einen verhältnismässig höheren Wassergehalt und ungefähr nur den halben kalorischen Heizwert der ausländischen Steinkohle. Es war daher nicht ohne weiteres möglich, Braunkohlensorten in den für hochwertiges Material gebauten Anlagen zu verwenden.

Diese Schwierigkeiten wurden jedoch nach Durchführung vieler Versuche, durch eine entsprechende Auswahl der Brennstoffe, durch technische, jedem einzelnen Fall angepasste Massnahmen und durch eine gründliche Schulung des städtischen Heizpersonales mit Erfolg überwunden. Auf diese Weise konnte in den letzten Jahren der für die Hochdruckkesselanlagen der städtischen Hoheitsverwaltung notwendige jährliche Brennstoffbedarf bereits zum grossen Teil durch inländische Kohlensorten gedeckt werden. Heute werden bereits die Hochdruckkesselanlagen des Neuen Rathauses, der Wäscherei des städtischen Versorgungsheimes Lainz, des Zentralkinderheimes, des Fernheizwerkes des Krankenhauses der Stadt Wien und der städtischen Badeanstalten Jörgerbad, Theresienbad und Amalienbad zur Gänze mit inländischer Braunkohle versorgt. Ferner wird nur inländische Braunkohle in sieben Wäschereianlagen in städtischen Wohnhausbauten verwendet; in der Landes Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" wird derzeit bereits die Hälfte des erforderlichen jährlichen Brennstoffbedarfes mit einheimischer Braunkohle gedeckt.

Während in diesen Anlagen in der Zeit vom 1. April 1927 bis 31. Mai 1928 bloss 32 Prozent der zur Verfeuerung gelangten Brennstoffe inländische Braunkohlen waren, betrug in der Zeit vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 der Anteil der inländischen Braunkohle bereits 62 Prozent, da in diesem Zeitraum von 24.590 Tonnen verfeuerten Brennstoffen bereits 15.210 Tonnen inländische Braunkohlen waren.

Selbstverständlich werden unter Bedachtnahme auf die bestehenden Betriebsverhältnisse auch weiterhin feuerungstechnische Versuche mit dem Ziel unternommen, den restlichen Anteil der ausländischen Steinkohle an dem Gesamtbrennstoffbedarf für die Hochdruckkesselanlagen möglichst herabzudrücken. Auch in der gegenwärtigen Heizperiode werden, soweit dies nach den örtlichen Betriebsverhältnissen möglich ist, umfassende Versuche durchgeführt, um in den Niederdruckkesselanlagen und in den Feuerungsanlagen in städtischen Schulen und in anderen städtischen Objekten die bisher verwendete ausländische Steinkohle soweit wie möglich durch inländische Braunkohle zu ersetzen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 3. November 1932

Geehrte Redaktion!

Amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler ladet hiemit zu einer am kommenden Montag stattfindenden

P r e s s e k o n f e r e n z

ein.

In dieser Pressekonferenz wird Professor Dr. Tandler über die Winterhilfe 1932/33 berichten.

Zusammenkunft 12 Uhr mittags, Neues Rathaus, I. Stock, Journalisten-
zimmer.

.....

Der Allerheiligenverkehr der Strassenbahn.

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen teilt über den Allerheiligenverkehr mit, dass sich heuer der Friedhofsbesuch auf vier Tage verteilt habe. Am Sonntag, den 30. Oktober, sei der Friedhofsverkehr nicht sehr stark gewesen, wohl aber, trotz dem teilweise ungünstigen Wetter, am Dienstag, den 1. November. Am Montag, den 31. Oktober, und am Mittwoch, den 2. November, sei der Verkehr nur an den Nachmittagen lebhaft gewesen.

Am 1. November seien zum Zentralfriedhof in der Stunde des stärksten Betriebes am Vormittag 174 Züge mit 498 Wagen und am Nachmittag 160 Züge mit 466 Wagen abgefertigt worden. An diesem Tage seien etwa 300.000 Personen zum und vom Friedhof befördert worden, in der Stunde des grössten Verkehrs rund 30.000 Personen. Im Betriebe seien insgesamt 1.189 Triebwagen und 1.621 Beiwagen, zusammen also 2.810 Wagen gestanden, davon auf den Linien zum Zentralfriedhof 282 Triebwagen und 527 Beiwagen, zusammen also 809 Wagen.

.....

Freie Arztstelle.

An der Augenabteilung des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz gelangt die Stelle eines Assistenzarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 356'25 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 10'45 Schilling monatlich. Hiezu kommt ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 33 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen belegt sein müssen, sind bis längstens 19. November im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalwesen, Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel im Betrage von 1 Schilling zu versehen; die Gesuchsbeilagen sind, wenn sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von je 80 Groschen zu versehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 296
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Abendausgabe

Wien, am 3. November 1932

Schulrat Johann Wilhelm Holczabek-Bürger der Stadt Wien.

Feierliche Ueberreichung des Bürgerdiploms durch den Bürgermeister.

Heute mittags überreichte Bürgermeister Seitz dem vom Gemeinderat der Stadt Wien zum Bürger ernannten Schulrat Johann Wilhelm Holczabek das Bürgerdiplom. Bei der Feier waren auch Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Honay und Richter, Präsident Glöckel, zahlreiche Pädagogen, Vertreter des Gremiums der Buchdrucker, die Familie und Freunde des neuen Bürgers anwesend.

In seiner Ansprache an den neuen Bürger führte Bürgermeister Seitz aus: "Holczabek ist ein Mann von neunzig Jahren, der seit seiner frühesten Jugend in der Arbeit steht, ein Mann, intellektuell verbunden mit den gelehrten Berufen, aber auch im Volke wurzelnd, mit ihm durch seine Lehrtätigkeit verbunden, ein Mann, der tausende Arbeiter emporgeführt hat in ein Reich der Kunst oder doch des Kunstgewerbes. Eine ungeheure Lebensarbeit!

Wenn heute die Stadt Wien einen Bürger ernennt, so hat das nicht den Sinn, den früher einmal die Bürgerschaft hatte. Vor zwanzig Jahren noch ist so ziemlich jeder, der eine Reihe von Jahren hindurch im Erwerbsleben gestanden war, zum Bürger der Stadt Wien ernannt worden, so dass es deren Zehntausende gab. Seit Oesterreich zur Republik und Wien ein freies Land geworden ist, kennen wir diese Art Bürgerernennung nicht mehr. Zu Bürgern dieser Stadt werden nach der Verfassung, die sich Wien gegeben hat, Personen ernannt, die sich ganz besondere Verdienste um die Stadt erworben haben. Es sind heute vielleicht fünfzig Männer und Frauen, die Träger dieser Ehrung sind, und darunter nun auch ein Schulmann, ein Mann, der den Aufstieg eines der wichtigsten Berufe miterlebt und miterkämpft hat, Schulrat Holczabek hat mitgearbeitet mit denen, die im Jahre 1869 das Reichsvolksschulgesetz schufen, er hat dann mitgearbeitet an der Bildung der Lehrerschaft, mitgearbeitet an allen ihren Bestrebungen, sich emporzurängen, geistig, materiell und politisch.

Es mag im Lauf der Jahrzehnte dieses Kampfes viele Stunden und Tage gegeben haben, in denen Schulrat Holczabek in schweren Sorgen war, in Sorge um das Ganze und in Sorge um die Einzelheiten im Leben der grossen Organisation, der er vorstand. Aber er hat alle Sorgen und allen Kummer überwunden und steht heute vor uns als ein Neunzigjähriger im bewundernswerten geistiger und physischer Kraft.

Die Stadt Wien ehrt ein Lebenswerk; wie sie das Lebenswerk eines Künstlers, eines Gelehrten, eines Arbeiters, eines Mannes der Wirtschaft ehrt, so ehrt sie nun das Lebenswerk eines Lehrers. Aus allen Kreisen und aus allen Ständen nehmen wir die Besten, nicht etwa um ihnen einen Orden zu verleihen, sondern um ihnen in demokratischer Schlichtheit und Einfachheit zu sagen, dass sie unser seien. Möge sich die Jugend jedes Standes an diesen Besten, deren einer vor uns steht, emporranken und ihrem Beispiel folgen und möge jeder am Abend seines Lebens in seiner Art mit Stolz zurückschauen können auf ein solches Lebenswerk wie unser neuer Bürger."

Bürgermeister Seitz überreichte dann Schulrat Holczabek das künstlerisch ausgeführte Bürgerdiplom, das ein Aquarell der Evangelischen Schule am Karlsplatz enthält. In der Evangelischen Schule ist die Fortbildungsschule der Buchdrucker, der seit ihrer Gründung Schulrat Holczabek angehörte und der er vierundvierzig Jahre als Direktor vorstand, untergebracht. Der Bürgermeister schloss seine Ansprache mit dem Wunsche, dass Schulrat Holczabek noch langes Leben als Muster eines Bürgers beschieden sein möge.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

In bewegten Worten sprach der neunzigjährige Bürger seinen Dank für die Ehrung durch den Wiener Gemeinderat und durch den Bürgermeister aus. Er gab ein Bild der Kämpfe um den Aufstieg der Schule in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts, an denen er führend mitgewirkt hatte. Von der konfessionellen, der Konkordatschule, die er noch erlebt und mitgemacht habe, sei der Weg aufwärts gegangen zur freien Schule des demokratischen Staates. Wien habe den Grundstock gelegt zur neuen Schule, Wien habe eigentlich das Reichsvolksschulgesetz geschaffen, weil es im Jahre 1864 gegen das damals allmächtige Konsistorium sich Einfluss auf die Schule, Abschaffung des Schulgeldes, Anstellung der Lehrer, kurz Hebung der Volksbildung erkämpft habe.

Der Vorsteher des Gremiums der Buchdrucker, Kommerzialrat Jasper, ein alter Freund des neuen Bürgers, würdigte dann das Werk Schulrat Holzabeks, die Fortbildungsschule der Buchdrucker in Wien, die durch das Wirken des neuen Bürgers europäischen Ruf gewonnen habe und beispielgebend für das ganze Fortbildungsschulwesen geworden sei. Mit Dankesworten an die Verwandten und Freunde des neuen Bürgers, die in ihrer Art sein Lebenswerk ermöglicht und gefördert haben, schloss Bürgermeister Seitz die Feier.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

297

Wien, am 4. November 1932.

B e r i c h t

des städtischen Kontrollamtes über das Verwaltungsjahr 1931.

Heute gelangt der Bericht des Kontrollamtes der Bundeshauptstadt Wien über die wichtigeren Wahrnehmungen im abgelaufenen Verwaltungsjahr zur Versendung. Er umfasst 60 Druckseiten und gibt ein genaues Bild der umfangreichen Tätigkeit dieses Amtes. 78 magistratische Dienststellen, die 6 städtischen Unternehmungen, Strassenbahn, Elektrizitätswerke einschliesslich der Ueberlandzentrale Ebenfurth, Gaswerke, Brauhaus, Leichenbestattungsunternehmung und Ankündigungsunternehmung, sowie die Anstalten der Gemeinde Wien mit eigenem Statut, Zentralsparkasse, Kreditverein der Zentralsparkasse, Wiener Landeshypothekenanstalt und städtische Versicherungsanstalt, ferner 30 Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde massgebend beteiligt ist, haben das Arbeitsgebiet des Kontrollamtes gebildet. Nicht weniger als 18.764 Kontrollamtshandlungen haben im Jahre 1931 stattgefunden. Darunter waren 110 ausserhalb Wiens, 456 unvermutete Kassenkontrollen und 373 unvermutete Inventar- und Materialüberprüfungen. Darüber hinaus erachtet es das Kontrollamt als seine Pflicht, fortgesetzt Anregungen zur Vereinfachung der Gebarung zu geben und auf diese wichtige Weise gerade in dieser so schweren Wirtschaftskrise an der Erzielung einer möglichst einfachen und daher sparsamen Verwaltung mitzuwirken. In dem Berichte wird wörtlich folgendes festgestellt:

"Die Vielfältigkeit der Bemängelungen und Anregungen des Kontrollamtes darf nicht etwa zu der Schlussfolgerung verleiten, als ob der weitverzweigte Verwaltungsapparat der Gemeinde Wien als Ganzes betrachtet nicht gut und richtig funktionieren würde. Im Jahre 1931 ist vielmehr ebenso wie in den Vorjahren ein nenneswerter Schaden der Gemeinde auf dem Gebiet der Geld- und Sachgebarung nicht eingetreten. Die grosse Anzahl von Anregungen hat ihre Ursache darin, dass das Kontrollamt es als seine Pflicht erachtet, unausgesetzt weitere Verbesserungs- und Vereinfachungsvorschläge zu machen, wie sie insbesondere in einer Sparperiode unerlässlich sind. Zu den Bemängelungen ist zu bemerken, dass es sich in diesem Bericht nicht etwa darum handelt, ein Bild der Gebarung der Gemeindeverwaltung im abgelaufenen Jahr zu geben, sondern die mannigfache Art der Wahrnehmungen des Kontrollamtes in diesem Zeitabschnitt darzustellen. Naturgemäss hat das Kontrollamt in diesen zwölf Monaten wiederholt Gelegenheit gehabt, auch an und für sich weniger belangreiche Mängel, Versehen und Unterlassungen aufzuzeigen. Schwerwiegende Defekte aber, die auf ein stellenweises Versagen des Verwaltungsapparates hinweisen würden, konnten in diesem Wahrnehmungsjahr nicht beobachtet werden.

Die fortgesetzt sich verschärfende Weltwirtschaftskrise hat im Geschäftsjahr 1931 besonders scharf auf die Wiener Gemeindeverwaltung gewirkt. Es ergab sich die Notwendigkeit, fast unvermittelt das ganze Ausgaben-niveau sehr empfindlich zu senken, wobei jede öffentliche Verwaltung besonderen Schwierigkeiten gegenübersteht. Trotzdem kann aber festgestellt werden, dass dieser so unangenehme Prozess der starken Ausgaben-senkung sich im allgemeinen reibungslos und unter weitgehendem Verständnis aller zur Mitarbeit berufenen Faktoren vollzogen hat."

In eingehender Weise setzt sich das Kontrollamt mit der derzeit in Erörterung stehenden Frage auseinander, ob bei der Gemeinde die doppelte oder kameralistische Buchhaltungsform gelten soll. Gegenwärtig ist ein gemischtes System in Anwendung, das nach Auffassung des Kontrollamtes schon im Hinblick auf gewisse rein kaufmännische Betriebe, wie etwa das Lagerhaus, als zweckdienlich zu betrachten ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Zu einem anderen wichtigen und gegenwärtig im Vordergrund der Auseinandersetzung stehenden Problem, inwieweit eine öffentliche Verwaltung Regiebetriebe führen soll, nimmt das Kontrollamt mit den folgenden Ausführungen Stellung:

"Seit Jahren gilt die Aufmerksamkeit des Kontrollamtes der schon oft erörterten und auch gegenwärtig wieder im Vordergrund stehenden Frage, inwieweit öffentliche Verwaltungen sich der Eigenregie oder der privaten Wirtschaft bedienen sollen. Der unverrückbare Standpunkt des Kontrollamtes war und ist, auf die Auflassung solcher städtischer Betriebszweige zu drängen, die den Wettbewerb mit der Privatwirtschaft nicht zu bestehen vermögen. Aus diesem Grunde wurde auch vom Kontrollamt stets Wert darauf gelegt, dass diese Zweige der Verwaltung eine buchhalterische Darstellung erhalten, die den Betriebserfolg klar aufzeigt. Ebenso wurde Gewicht darauf gelegt, dass diese Betriebszweige eine Zinsenverrechnung für das investierte Kapital und die in Anspruch genommenen Betriebskredite zu führen und Wertabschreibungen vorzunehmen haben, um nicht durch Hinweglassung dieser in der Privatwirtschaft massgebenden Kalkulationsposten zu einem unrichtigen Bild zu gelangen. Die Tatsache, dass die sozialen Leistungen der Gemeinde Wien gegenüber den Angestellten und Arbeitern im allgemeinen merklich höhere sind, als dies sonst in der Privatwirtschaft durchschnittlich üblich ist, bewirkt eine Verteuerung, was aber zum Teil wieder durch gewisse günstige Momente und das Wegfallen der Notwendigkeit der Erzielung eines Gewinnes ausgeglichen wird. Sofern dieser Ausgleich aber nicht vollständig gelingt, hat das Kontrollamt die Auffassung vertreten, dass ein Abbau, beziehungsweise die Auflösung solcher Betriebszweige zu erfolgen habe. Wenn sich dieser Prozess mitunter nur schrittweise vollziehen kann, so liegt die Ursache hauptsächlich darin, dass sich der Abbau von Personal bei öffentlichen Verwaltungen naturgemäss nicht in den Formen und mit der Raschheit vollziehen kann, wie dies in der Privatwirtschaft möglich ist. Massgebend aber bleibt nach wie vor die Tendenz, im Sinn der ökonomischen Verwendung der Steuergelder die Eigenregie nur dann als richtig zu betrachten, wenn sie mit ihren Preisansätzen dem privaten Wettbewerb standhalten vermag." Das Kontrollamt führt auch Beispiele dafür an, dass ein Abbau der Eigenregie, wo er sich eben als geboten herausgestellt hat, auch tatsächlich durchgeführt worden ist. So etwa bei einzelnen Werkstätten oder in der Form der teilweisen Vergebung der Erhaltungsarbeiten der öffentlichen Gartenanlagen für drei Wiener Bezirke an Privatfirmen.

Der gleichen Entwicklungslinie entspricht es auch, dass zur kommerziellen Führung des landwirtschaftlichen Eigen- und Pachtbesitzes der Gemeinde seinerzeit eine selbstständige Gesellschaft gegründet wurde. In folgerichtiger Fortführung sind auch die früher magistratisch verwalteten Baustoffbetriebe (Ziegelwerk Oberlaa und Granitwerk Mauthausen) der "Gesiba" zur treuhändigen Führung überantwortet worden. Hingegen haben sich, wie das Kontrollamt ausdrücklich hervorhebt, die Zentralwerkstätte Meidling und die Dampfwäscherei als durchaus wirtschaftlich erwiesen.

Die Tätigkeit des städtischen Kontrollamtes besteht nicht etwa bloss in der Nachprüfung bereits vollzogener Verwaltungsakte, sondern sie vollzieht sich tagaus tagein zu einem sehr erheblichen Teil gleichzeitig mit der Arbeit des Magistrates und hat zum Ziele, schon von vornherein auf sich ergebende Fehler und Mängel hinzuweisen, ehe noch irgendein Schaden für die Gemeinde entstehen konnte. Der Wahrnehmungsbericht lässt erkennen, wie unentbehrlich und ungemein nützlich das sehr mühevollen und rastlose Wirken des Kontrollamtes ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

298

Wien, am 5. November 1932.

Der österreichische Städtetag.

Der Städtebund hat für den 19. November in den Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates den ordentlichen Städtetag einberufen, der vor allem darüber beraten wird, wie die Gemeinden die furchtbare Not der Arbeitslosen während der Wintermonate mildern können. Der Bürgermeister von Innsbruck, Franz Fischer, wird das Referat über die Winterhilfe erstatten. Im Mittelpunkt der Tagung steht ein Bericht des Finanzreferenten der Landeshauptstadt Graz, des Bürgermeister-Stellvertreters Professor Rückl, über die Finanzsorgen der Gemeinden und die Forderungen des Städtebundes. Zur Teilnahme am Städtetag wurden Bundeskanzler Dr. Dollfuß und die Bundesregierung, sämtliche Landesregierungen, die politischen Parteien des Nationalrates, die Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie und die Kammern für Arbeiter und Angestellte eingeladen. Der Städtebund wird der Tagung eine Reihe von Anträgen unterbreiten, deren Verwirklichung den Gemeinden Oesterreichs in der kritischen Situation helfen soll, in die sie durch den entsetzlichen Einnahmerückgang und durch die auf die Dauer untragbare, von der Wirtschaftskrise verursachte Fürsorgebelastung immer mehr geraten. Die Beteiligung an der Tagung wird ganz besonders stark sein.

Vormerkkarten für Schneearbeiter.

Um den ausgesteuerten Arbeitslosen den Vorzug bei der Aufnahme von Schneearbeitern zu sichern, werden bei den Arbeitslosenämtern (Arbeitsnachweisen) Vormerkkarten für Schneearbeiter ausgegeben. Diese Karten erhalten nur Arbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. Ausgesteuerte Arbeitslose können bei ihrem Arbeitslosenamt (Arbeitsnachweis) bis 19. November die Ausfolgung einer Vormerkkarte für Schneearbeiter unter Vorlage der Dokumente (Meldungskarte, Abweisungsbescheid, Meldezettel und so weiter) verlangen. Bei der Aufnahme von Schneearbeitern werden in erster Linie ausgesteuerte Arbeitslose mit solchen Vormerkkarten aufgenommen. Nur wenn nicht genügend Schneearbeiter mit Vormerkkarten zur Verfügung stehen sollten, werden auch Arbeits-^{lose} ohne Vormerkkarte aufgenommen.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Donnerstag, den 24. November, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Koch- und Haushaltsschule der Stadt Wien.

Am 8. November beginnen für Hausgehilfinnen folgende Kurse: Kochen, Kleidermachen, Weissnähen und Flicker. Anmeldungen in der Schulkanzlei, Brückengasse 3; Telefon B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

299

II. Ausgabe .

Wien, am 5. November 1932.

Die Förderung der privaten Bautätigkeit durch die Gemeinde Wien.

In einer heutigen Tageszeitung wird die Behauptung aufgestellt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung parlamentarische Vereinbarungen über die Förderung der privaten Bautätigkeit nicht einhalte und dass sie ganz ungerechtfertigte Beiträge von Siedlern einhebe.

Dazu ist vor allem zu bemerken, dass die Gemeinde Wien seit einem Jahrzehnt die Siedlungstätigkeit in ganz weitgehendem Mass fördert. Sie hat in den Jahren 1921 bis 1926 nicht weniger als 31 Millionen Schilling an Darlehen für Siedlungsgenossenschaften verausgabt und diesen Siedlungsgenossenschaften den notwendigen Gemeindegrund zur Verfügung gestellt. Den Siedlungsgenossenschaften sind die Baugründe auf dreissig Jahre, in etlichen Fällen auf 80 Jahre in Baurecht gegeben worden; bei den Darlehensbeträgen sind weitgehende Erleichterungen gewährt worden, was sich insbesondere daraus ergibt, dass die Siedlungsgenossenschaften für die Verzinsung des Kapitals bloss das sogenannte Siedlerentgelt, das ist derzeit 1 Schilling 20 Groschen pro Haus und Monat, zu entrichten haben. Seit 1926 errichtet die Gemeinde Wien in eigener Regie Siedlungsbauten, die sie teils selbst verwaltet, teils Genossenschaften zur Verwaltung übergeben hat. Tatsächlich sind in solchen Siedlungen, die in Verwaltung von Genossenschaften stehen, über 5000 Siedlungshäuser errichtet worden, wobei siedlungsähnliche Bauten der Gemeinde Wien, wie die Siedlung Lockerswiese, die Siedlung Tivoli und andere mehr, nicht mitgezählt sind.

Ueberdies hat die Gemeinde Wien im Jahre 1929 ungefähr 220.000 Quadratmeter Grundflächen in verschiedenen Bezirken Wiens zur Vergebung im Baurecht für private Bauführer zugesichert, damit sie auf diesen Grundflächen mit allfälliger Bundeswohnbauhilfe bauen können. Da Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Hypothekarkrediten für die Baurechtsinhaber bestanden, hat der Wiener Gemeinderat ueberdies die Haftung für Sparkassenhypotheken auf solche Baurechtsbauten uebernommen. Es kann daher niemand ernstlich behaupten, dass die Gemeinde Wien die im Wohnbauförderungs- und Mietengesetz vorgesehene Förderung der privaten Bautätigkeit unterlassen habe. Sie ist sogar noch darüber hinausgegangen und hat im Juni 1929 die Befreiung aller mit Bundeswohnbauhilfe errichteter Wohnhausbauten von der Wohnbausteuer für die Dauer von 15 Jahren ausgesprochen.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Förderung der privaten Bautätigkeit wird auch behauptet, dass die Gemeinde Wien von den Siedlern am Wolfersberg gänzlich unberechtigt hohe Beiträge eingefordert habe. Tatsache ist, dass auf dem Wolfersberg nach dem Zusammenbruch ohne baubehördliche Bewilligung Bauten aufgeführt wurden. Der Grundeigentümer, die Gemeinde Wien, ist um die Zustimmung nicht gefragt worden. Selbstverständlich war das ganze Gebiet dieser wilden Siedlungsbauten nicht abgeschlossen und hatte keinen Anschluss an das Strassennetz, an die Wasserversorgung, an die Gas- und Stromleitung. Nach langen Verhandlungen mit der Leitung der von den Siedlern gebildeten Genossenschaft hat nun die Gemeinde Wien diesen Siedlern Baurechte für die Dauer von 80 Jahren verliehen. Die Siedlung erfordert besonders kostspielige Strassenbauten; es müssen förmlich Kunststrassen mit grossen Steigungen errichtet werden, damit man zu den einzelnen Siedlungshäusern gelangen könne. Schon im Jahre

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

1926 haben darum die Siedler die Verpflichtung übernommen, die notwendigen Strassen selbst herzustellen. Da es sich herausstellte, dass der Strassenbau durch Private wegen der schwierigen Verhältnisse nicht ratsam sei, hat die Gemeinde Wien nun die Durchführung der Strassenbauarbeiten übernommen. Von jedem Siedler ist hiefür ein Betrag von 1500 Schilling zu entrichten; die Gemeinde selbst zahlt für jeden solchen Siedlerbeitrag 400 Schilling aus eigenen Mitteln zu. Ausserdem trägt die Gemeinde Wien die Kosten des Wasserleitungshauptstranges und übernimmt die Erhaltung der neuen Strassen nach Uebernahme in den Gemeindebesitz. Da nicht alle Siedler den Pauschalbeitrag von 1500 Schilling aus eigenen Mitteln entrichten können, hat sich die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien überdies bereit erklärt, auf die Siedlungsbauten Hypothekarkredite gegen geringfügige Verzinsung und mit langjähriger Tilgungsfrist zu gewähren. Ein grosser Teil der Siedler vom Wolfersberg hat auch bereits die notwendigen Baurechtsverträge mit der Gemeinde Wien geschlossen. Nach Einzahlung eines bestimmten Teiles der vorgesehenen Pauschalbeiträge wird die Gemeinde Wien mit den Strassenbauten beginnen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat also keineswegs unberechtigte Beiträge von Siedlern eingehoben, sondern es Siedlern durch besonderes Entgegenkommen ermöglicht, in geordneten Besitz der Siedlerbauten zu kommen; sie wendet überdies beträchtliche Beträge auf, um die Siedlung an das Strassennetz und an die Wasserleitung anzuschliessen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

300

Wien, am 7. November 1932.

Der Kampf gegen den Krebs.

Eine Aktion der städtischen Versicherungsanstalt.

Die städtische Versicherungsanstalt richtet an die bei ihr Lebensversicherten die Einladung, sich bei Vermutung oder Befürchtung einer krebstartigen Erkrankung oder bei vermeintlicher Disposition zu solchem Leiden einer kostenlosen ärztlichen Untersuchung durch den vor einigen Monaten neu eingerichteten Gesundheitsdienst der Anstalt zu unterziehen. Alle bei der städtischen Versicherungsanstalt Versicherten, bei denen der Arzt Symptome einer krebstartigen Erkrankung findet, werden der strahlentherapeutischen Behandlung im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz zugeführt. Die Kosten dieser Behandlung trägt die städtische Versicherungsanstalt.

Professor Tandler über die Aktion der städtischen Versicherungsanstalt.

Stadtrat Professor Dr. Tandler erklärt uns zu der Aktion der städtischen Versicherungsanstalt: "Die sozialen Institutionen haben ein ganz besonderes Interesse daran, die Frühdiagnose des Krebses nach Möglichkeit zu fördern. Geradezu mustergiltig auf diesem Gebiete ist die städtische Versicherungsanstalt, die vor einiger Zeit mit dem Strahlen-Institut der Gemeinde Wien einen Vertrag abgeschlossen hat, nach dem dieses Institut die systematische Untersuchung jener Versicherten vornimmt, die sich zur Untersuchung melden. Vom Standpunkte der Versicherung ist das schon deshalb von ganz besonderem Wert, weil dadurch die Ausgaben ökonomischer gestaltet werden können. Aber ganz abgesehen von der finanziellen Seite bedeutet die Durchführung des Vertrages den ersten Ansatz zu einer systematischen Gesunden-Untersuchung. Ich bin der Ueberzeugung, dass sich aus diesen Anfängen eine ganz ungeheure Förderung der Abwehr gegen das Karzinom ergeben wird. Wir haben allen Anlass, die beispielgebende Neuerung der städtischen Versicherungsanstalt ganz besonders hervorzuheben."

Zwanzig goldene Hochzeiten in einer Woche.

Beim Magistrat meldeten sich nicht weniger als zwanzig Wiener Ehepaare, deren Hochzeitstag in der vergangenen Woche sich zum fünfzigsten Male jährte. Es sind dies die Ehepaare Johann und Amalie Bohuslav, Heinrich und Anna Brandner, Matthias und Katharina Geyer, Leopold und Aloisia Glanner, Georg und Anna Hampel, Anton und Leopoldine Holzbecher, Josef und Marie Hunadiny, Moriz und Marie Kohn, Franz und Hermine Kollmann, Franz und Karoline Koppa, Matthias und Barbara Lechner, Karl und Marie Mann, Simon und Friederike Nehab, Anton und Magdalena Nowotny, Josef und Aloisia Pauler, Georg und Marie Rajal, Eduard und Johanna Sänze, Wenzel und Josefa Stolba, Sigmund und Helene Trebitsch und Theodor und Elisabeth Zboril. In Vertretung des Bürgermeisters besuchte amtsführender Stadtrat Honay am Samstag und Sonntag alle zwanzig Jubelpaare in ihren Wohnungen, beglückwünschte sie und überreichte ihnen in einer geschmackvoll ausgeführten Lederkassette die städtische Ehrengabe von fünfzig Schilling und das in Goldrahmen gefasste, künstlerisch ausgeführte Diplom der Gemeinde Wien. An den Feiern, die insbesondere am Sonntag von zahlreichen Verwandten und Bekannten der Jubelpaare besucht waren, nahmen auch die Vorsteher der Wohnbezirke der goldenen Hochzeitspaare teil.

Aviso für die Zeitungen: Für jene Blätter, die bei der heute abgehaltenen Pressekonferenz über die Winterhilfe 1932/33 nicht vertreten waren, liegt ein Bericht bei.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

301

Wien, am 8. November 1932.

Keine Verwendung von Strassenbahnbediensteten im Dienste eines Privatunternehmens.

In einer heutigen Tageszeitung wird gemeldet, dass die Strassenbahndirektion ihre überzähligen Schaffner dazu verwende, um bei den Strassenprechstellen der Oesterreichischen Telephonautomaten-Gesellschaft die Benützungsdichte festzustellen. Daran wird die Vermutung geknüpft, dass diese Strassenbahnbediensteten zur Beschaffung statistischen Materials für das private Telephonunternehmen, also im Interesse dieses Privatunternehmens verwendet werden. Dazu teilt die Direktion der städtischen Strassenbahnen mit, dass seit einigen Tagen ein Teil der überzähligen Bediensteten der Strassenbahnen zur Zählung der Benützungsdichte jener Telephonautomaten verwendet werden, die in Wartehallen, Stadtbahnhaltestellen oder in sonstigen Objekten der städtischen Strassenbahnen untergebracht sind. Diese Zählung hat den Zweck, das Ausmass der Benützung der auf Bahnhofgrund stehenden Telephonautomaten festzustellen, um dadurch den Nachweis zu erbringen, dass die bisher von der Telephonautomatengesellschaft an die städtischen Strassenbahnen gezahlte Miete noch erhöht werden könnte. Von einer Verwendung überzähliger Strassenbahnbediensteter im Interesse eines Privatunternehmens kann daher nicht gesprochen werden.

Eine neue Helmtypen bei der Wiener Feuerwehr.

Wie aus den zahlreichen im Feuerwehrmuseum aufbewahrten, teilweise oder ganz zerstörten Feuerwehrhelmen zu erkennen ist, haben sich im Dienste der Wiener Feuerwehr wiederholt schwere Unfälle ereignet, bei denen es sich erwies, dass der Schutz, den der Helm bieten sollte, völlig unzulänglich ist. Schon seit längerer Zeit wurden deshalb Versuche gemacht, um den Feuerwehrhelm so abzuändern, dass er mehr als bisher dem Schutz des Kopfes und Genickes seines Trägers diene. Diese vor einiger Zeit abgeschlossenen Versuche haben nun zu einer Helmtypen geführt, bei deren Wahl zwar die praktische Bedeutung ausschlaggebend war, aber auch einheimische Künstler mitsprechen konnten, damit für den neuen Feuerwehrhelm eine gefällige Form geschaffen werde. Der Schienenkamm des bisherigen Helmes, der keinen verlässlichen Schutz gegen das Eindringen oder Durchschlagen des Helmes durch herabstürzende Balken oder Steine bildete, ist bei der neuen, aus Stahlblech hergestellten Typen durch sechs Stahlrippen ersetzt, die zweckmässig ein Abgleiten auffallender Gegenstände bewirken. Die heute bestehende Gefahr, dass ein Feuerwehrmann dadurch verunglückt, dass der Helmkamm an stromführende elektrische Leitungen anstreift, wird bei der neuen Helmtypen durch einen isolierenden Emaillackanstrich und durch Anbringung eines Filzbelages an der Innenseite des Helmes vermieden. Während heute die äussere Form der Helme für Mannschaften, Chargen, Exerziermeister und Offiziere verschieden ist, ist der neue Helm in der Form einheitlich. Der Führer einer Aktion wird nur durch den weisslackierten Helm kenntlich sein; die Helme aller anderen sind dunkel emailliert. An Stelle der früheren reichen Verzierung des Helmes tritt das Gemeindewappen. Die neuen Helme werden, soweit alte Helme unbrauchbar geworden sind und eingezogen werden, in Verwendung genommen.

Uebermorgen, Donnerstag, Gärtnermarkt.

Mit Rücksicht auf den Staatsfeiertag am 12. November wird der für Freitag, den 11. November, angesetzte Gärtnermarkt auf übermorgen, Donnerstag, vorverlegt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

302

Wien, am 8. November 1932.

Eine Vorsprache der Gastwirte wegen der Nahrungs-oder Genussmittel- abgabe.

Heute sprach der Unterausschuss der Genossenschaft der Gastwirte unter Führung des Vorstehers Kommerzialrat Holzmann im Rathause vor. Die Abordnung wurde von Finanzreferenten Stadtrat Breitner und Präsidenten Dr. Danneberg gemeinsam empfangen und legte in eingehender Auseinandersetzung die ungemein schwierige Lage des Gewerbes dar. Mit grösstem Nachdruck wurde insbesondere darauf verwiesen, dass die im Gesetz über die Nahrungs-oder Genussmittelabgabe vorgesehene Nachzahlungspflicht, die für das Probejahr bei den Wirten allein mehr als 1 Million Schilling ausmache, völlig unerträglich sei. Ebensowenig könne angesichts des unausgesetzten Konsumrückganges den Wirten die im Gesetz als möglich vorgesehene Erhöhung der Abgabe als neue Last aufgebürdet werden. Die Genossenschaft müsse vielmehr dringend gewisse Erleichterungen für die hartbetroffene Gruppe der Mittelbetriebe und Saalvermieter verlangen. Präsident Dr. Danneberg legte dar, dass das geltende Gesetz ohne Verschulden der Gemeinde weitaus schlechter ausgefallen sei als das früher so bekämpfte. Vor der Abschaffung des freien Ermessens seien mehr als zwei Drittel aller Gastwirte überhaupt steuerfrei gewesen. Angesichts der überaus schwierigen Finanzlage der Gemeinde falle jeder Verzicht auf gesetzlich zustehende Steuerrechte sehr ins Gewicht. Dennoch solle das Gastgewerbe soweit als möglich Berücksichtigung finden. Anlässlich der Vorlage des Budgets für 1933 werde der Landesregierung vorgeschlagen werden, für die Jahre 1931 und 1932 auf die Nachzahlung zu verzichten. Ferner solle für 1933 von der zulässigen Abgabenerhöhung Abstand genommen werden. Damit sinke der Ertrag der Nahrungs-oder Genussmittelabgabe von den ursprünglichen 10.6 Millionen Schilling auf nur mehr 7 Millionen Schilling, was eine überaus empfindliche Einbusse der Einnahmen bedeutet. Aus diesem grossen Zugeständnis geht aber hervor, dass die Gemeindeverwaltung für die Sorgen des Gewerbes volles Verständnis habe. Die angeregten Einzelfragen könnten im Augenblick nicht entschieden werden, sondern müssen den Gegenstand sorgfältigster Prüfung bilden. Präsident Dr. Danneberg schloss seine Ausführungen mit der Zusicherung, dass sich an dem bisherigen Zusammenwirken des Magistrates *mit den sachkundigen Vertretern der Genossenschaft* auch in Zukunft nichts ändern werde. Der Unterausschuss nahm diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis und empfahl die Wünsche der Mittelbetriebe und Saalvermieter nochmals dem besonderen Augenmerk.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

303

Wien, am 9. November 1932.

Der Rechnungshof über die Wiener Gemeindegebarung 1931.

Allgemeiner Teil.

Der Rechnungshof hat fast drei Monate hindurch die Gebarung der Gemeinde Wien und der Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahn eingehend überprüft und erstattet damit seinen dritten Bericht an den Wiener Gemeinderat. Im Vorjahre ist daneben auch ein Bericht an die Magistrats-Direktion ergangen, in dem lediglich die belangloseren Wahrnehmungen enthalten waren. Dies unterbleibt heute, und zwar, wie der Rechnungshof wörtlich erklärt, "abweichend von der bei der Kontrolle anderer autonomen Körperschaften beobachteten Gepflogenheit". Der Gesamtbericht enthält deshalb auch "untergeordnete oder rein formelle Angelegenheiten"; dies deshalb, weil der vorjährige Vorgang - nach den Worten des Rechnungshofes - "zu unzutreffenden Missdeutungen Anlass gab". Der Bericht wurde bekanntlich als Geheimbericht bezeichnet, obwohl er den von der Minderheit entsendeten Mitgliedern der Landesregierung im Original zur Einsicht zugänglich gemacht worden ist.

In sachlicher Beziehung stellt der Rechnungshof zunächst fest, dass ziffernmässige Unrichtigkeiten abgesehen von vereinzelt Rechenfehlern nicht wahrgenommen wurden. In genauer Schilderung wird sodann die Einwirkung der Wirtschaftskrise auf den Haushalt der Gemeinde dargelegt. Die Kassenbestände, die anfangs 1929 noch rund 42 Millionen Schilling ausmachten, sind auf 1 Million Schilling gesunken und auch dieser Reststand konnte nur dadurch nachgewiesen werden, dass aus den angesammelten Rücklagen 10 Millionen Schilling entnommen und den "Eigenen Geldern" einverleibt wurden. Rechnungshof und Magistrat stimmen in der Auffassung überein, dass diese Rücklagen tatsächlich einen wenn auch gebundenen Bestandteil der Kassenbestände bilden. Die Beauftragten verweisen in ihrer Antwort darauf, dass es unter Umständen möglich gewesen wäre, die Kassenbestände vor der an sich so unerwünschten Aufzehrung zu bewahren, doch hätte dies eine noch weitergehende Einengung der Bau- und Investitionstätigkeit zur Folge gehabt, was der Magistrat nicht verantworten zu können glaubte.

Anlangend die Neuordnung des Buchhaltungs- und Rechnungsdienstes verzeichnet der Rechnungshof als erfreuliche Tatsache, dass im Sinne seiner Anregung mit der Umstellung von der Doppik auf die Kameralistik fortgefahren wurde und dadurch Personal erspart werden konnte. Aber auch darüber hinaus machte sich eine fühlbare Arbeitsentlastung geltend, die den übrigen Aufgaben der Buchhaltung, vor allem der Vertiefung der Zensurge-schäfte, zugute kommen wird. Aus den Mitteilungen der Beauftragten hiezu geht hervor, dass zur Zeit der ersten Einschau des Rechnungshofes 50 Verwaltungszweige doppisch geführt worden sind, während im Jahre 1933 nur mehr 21 für dieses Verrechnungssystem übrig bleiben. Allerdings bestünden bezüglich dieser rein fachlichen Fragen zwischen den Anschauungen des Kontrollamtes und des Magistrates Verschiedenheiten. Wie sehr bei der Behandlung derartiger Fragen die Meinungen auseinandergehen, beweise die Tatsache, dass die Bundesregierung im Laufe der Zeit wiederholt zwischen der bruttomässigen und der nettomässigen Darstellung des Voranschlages gewechselt habe und erst wieder für das Jahr 1933 bei mehreren Gebieten eine solche Aenderung eintreten lasse.

Der Rechnungshof behandelt sodann die wechselseitigen Vergütungen der einzelnen Dienstzweige untereinander, die sich nach seiner Ansicht nur bei den auf Gewinn abgestellten Betrieben rechtfertigen lassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Sonst täuschen solche Wertdurchführungen Einnahmen vor, die sich nicht ergeben haben, und entstellen das Gebarungsbild. Die Antwort der Beauftragten hebt hervor, dass schon seit einigen Jahren im Voranschlag ausdrücklich ein besonderer Ausweis über diese bloss rechnungsmässigen Einnahmen und Ausgaben beigelegt wird. Daraus ergebe sich zweifelsfrei ein ganz klares Bild der kassamässig wirksamen Gebarung. An Beispielen wird dargestellt, dass auch bei der Hoheitsverwaltung gewisse Wertdurchführungen, wie etwa die Pensionsbeiträge der Beamten, die eine Zwecksteuer darstellende Wasserkraftabgabe, unerlässlich sind.

Bezüglich der Interimsgebarung stellt der Rechnungshof fest, dass der Magistrat selbst schon nach dieser Richtung hin weitgehende Anordnungen getroffen habe, doch verbleiben nach seiner Meinung noch immer weitergehende Einschränkungsmöglichkeiten und sie werden auch empfohlen. Die Beauftragten stellen hiezu fest, es sei im Sinne der Anregung verfügt worden, dass beginnend vom 1. Jänner 1933 vierteljährlich genaue Ausweise über die Interimsgebarung angelegt und alle diese Posten einer Ueberprüfung unterzogen werden müssen. Auf diese Weise werde es möglich sein, jede überflüssige Durchführung nicht nur raschestens zu beseitigen, sondern auch für die Zukunft hintanzuhalten.

Der Rechnungshof gibt der Auffassung Ausdruck, dass die Erfordernisse 1931 in einem den unabweislichen Aufwand übersteigenden Ausmasse veranschlagt worden^{sein.} Diese Vermutung werde durch die Feststellung bekräftigt, dass bei vielen Verwaltungszweigen weitgehende Ersparnisse erzielt wurden, die sich durch die "aner kennenswerten, auf tunlichste Einschränkung des Sachaufwandes abzielenden Bemühungen des Magistrates" allein nicht erklären lassen. Die Beauftragten treten dieser Meinung mit der folgenden Darstellung entgegen:

"Es ist eine nahezu ausnahmslos bei allen öffentlichen und privaten Haushalten der Welt zu beobachtende Erscheinung, dass die Ausgaben im Zusammenhang mit der Krise mehr oder minder stark eingeschränkt werden mussten. Diesem Schicksal konnte auch Wien nicht entgehen, so wenig wie der Bund und die anderen Bundesländer. Es kann aber aus solchen Minderausgaben wohl nicht abgeleitet werden, dass früher ein unzulässiger Aufwand betrieben worden ist. Es handelt sich vielmehr um Sparmassnahmen oft sehr drückender und auf die Dauer wohl überhaupt nicht aufrechterhaltbarer Art. Viele Einschränkungen, wie beispielsweise bei den Erhaltungsarbeiten von Gebäuden, Strassen und vieles andere, können nur auf ein, mitunter vielleicht auch auf zwei Jahre angeordnet werden, die Auslagen erwachsen aber dann mit zwingender Gewalt und mitunter sogar mit erhöhten Kosten. Trotzdem muss aber, wenn eben die Mittel nicht vorhanden sind, dieser Weg beschritten werden, bei dem man sich überdies bewusst sein muss, dass er eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit bedeutet und damit wieder - selbst nur rein fiskalisch betrachtet - eine Verringerung der Steuereinnahmen, eine Vermehrung der Wohlfahrtsausgaben mit sich bringt. Die vielfach besonders starken Unterschiede zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss 1931 finden ihre Aufklärung in der Tatsache, dass das Budget bereits vom Gemeinderat verabschiedet war, als im Jänner 1931 mit rückwirkender Kraft vom Jahresbeginn die Abgabenteilung tief einschneidend zu Ungunsten Wiens verändert worden ist. Dann erfolgte der Zusammenbruch der Credit-Anstalt und die dadurch ausgelöste überaus heftige Verschärfung der schon herrschenden Wirtschaftskrise. Daran knüpfte sich ein neuerlicher starker Rückgang der gemeinschaftlichen Bundessteuern und Mindererträge bei den Gemeindeabgaben. Es war Pflicht

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

des Magistrates, förmlich von Monat zu Monat neue Einschränkungsmassnahmen zu treffen und keine Ausgaben zuzulassen, für die eine Bedeckung nicht mehr vorhanden war".

Was die Zweckmässigkeit der Gebarung anlangt, geht ein Hinweis des Rechnungshofes dahin, bei der Gebäudeerhaltung die zentralen Gruppen für Beheizung, Installation und bauliche Herstellungen nicht mit jeder kleinsten Anschaffung zu befassen, was eine überflüssige Schwerfälligkeit bedeute. Der Magistrat zieht zur Abstellung dieses Mangels die Einrichtung von kleinen Geldverlägen für solche unwesentliche Reparaturen in Erwägung.

Auf den Hinweis des Rechnungshofes, dass bei den Wohlfahrtsanstalten aller Art rund 900 verschiedene Drucksorten in Verwendung stehen, erwidern die Beauftragten, dass die so grosse Verschiedenartigkeit der städtischen Anstalten zahlreiche Spezialdrucksorten notwendig mache, doch werde auch nach dieser Richtung hin gespart und es seien bereits heuer etwa 60 Drucksorten ausgeschieden worden.

Der Rechnungshof führt aus: "Eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltungstätigkeit ist unbestritten in jedem öffentlichen Haushalte die Verfügung über die bewilligten Kredite. Eingedenk der hervorragenden Bedeutung, die dieser Aufgabe zukommt, haben auch die massgebenden Stellen der Gemeinde Wien jeweils strenge und bindende Vorschriften in dieser Beziehung erlassen, die im allgemeinen eine anerkanntswerte Ordnung auf dem Gebiete der Gemeindefinanzen gewährleisten". Dennoch hatte den einschlägigen Vorschriften der Nachteil an, dass sie in Einzelerlässen zerstreut sind, weshalb sich die baldige grundsätzliche Festlegung durch den Gemeinderat in Form einer Gemeindehaushaltsordnung, allerdings nach Abschluss der Reformen auf dem Gebiete des Rechnungswesens, empfehle. Die Beauftragten heben hervor, dass seit dem ersten Hinweis des Rechnungshofes im Jahre 1930 die Zeit keineswegs ungenützt geblieben sei. Es wurden vielmehr als Voraussetzung der Schaffung einer Gemeindehaushaltsordnung sehr tiefgehende Reformen des Rechnungswesens vorgenommen, die allerdings im Hinblick auf die bereits erwähnten sachlichen Meinungsverschiedenheiten noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Daher erachtet es der Magistrat als einen gangbaren Ausweg, zunächst einzelne Gebiete einer Sonderbehandlung zu unterziehen.

Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform.

Als eine Einrichtung von fraglichem Wert bezeichnet der Rechnungshof die nach einem bestimmten Schlüssel erfolgende Überwälzung der Pensionslasten auf die Betriebe und betriebsmässigen Dienstzweige. Beweis dessen musste im Jahre 1931, allerdings mit Genehmigung des ^{rückgängig} Finanzausschusses in einem bestimmten Falle die anteilige Pensionsüberwälzung gemacht werden. Die Beauftragten legen dar, dass für den weitaus überwiegenden Teil der Gemeindegebarung durch die kammerale Verrechnung die Anlastung von Pensionsquoten überhaupt entfällt. Nach dieser Richtung sei also der dem Rechnungshof als wünschenswert erscheinende Zustand bereits gegeben. Die ausnahmslose Durchführung hätte aber bei den Betrieben die unerwünschte Wirkung, dass die tatsächlich vorhandenen Regieposten im Voranschlag und Rechnungsabschluss nicht ausdrücklich erscheinen. Das würde insbesondere bei jenen Zweigen, die mit der Privatwirtschaft im Wettbewerb stehen, wie etwa Werkstätten, Dampfwäscherei, Bäckerei, das richtige Bild trüben. Es könnte sich unter Umständen eine scheinbare Wettbewerbsfähigkeit ergeben, die in Wirklichkeit nicht mehr besteht. Allerdings hat es sich bei dieser letzteren Gruppe als notwendig erwiesen, nicht mit dem allgemeinen Durchschnittersatz der gesamten Hoheitsverwaltung zu kalkulieren, sondern bloss jene Pensionslasten aufzubürden, die tatsächlich erwachsen. Der durch-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

schnittliche Pensions -satz der Hoheitsverwaltung beträgt gegenwärtig 27 Prozent und ist insbesondere aus solchen Zweigen entstanden, die seit altersher Aufgabe der Gemeinde sind und daher auch eine entsprechend grosse Anzahl von Pensionisten, Witwen und Waisen haben. So zum Beispiel das Schulwesen und die eigentlichen Zweige der Hoheitsverwaltung. So haben die städtischen Werkstätten in Meidling, die erst im letzten Jahrzehnt entstanden sind, eine nur ganz bescheidene Zahl von bereits Versorgungsberechtigten. Die Anwendung eines 27 prozentigen Zuschlages bedeutete also dort eine mit den Tatsachen in gar keiner Weise übereinstimmende Mehrbelastung und liess im Gegensatze zum wirklichen Tatbestand den Betrieb als völlig unrentabel erscheinen. Das war für den Finanzausschuss bestimmend, in seiner Sitzung vom 21. März 1932 zu beschliessen, dass den städtischen Werkstätten nur die tatsächlich erwachsenden Pensionslasten in Anrechnung zu bringen sind.

Bezüglich der in der Hoheitsverwaltung in Kraft stehenden Kollektivverträge will der Rechnungshof nicht mit der Bemerkung zurückhalten, dass sie nicht überaus verwickelte Bestimmungen über die Hauptlöhne und eine verwirrende Fülle von Zulagen und Prämien enthalten, sondern auch reichlich hohe Entlohnungen festsetzen. Es wäre erwägenswert, angesichts der bedrängten Finanzlage die Bestimmungen der Lohnverträge zu vereinfachen und die Lohnsätze mit den geschmalerten Budgetmitteln in Einklang zu bringen. Die Beauftragten erwidern, dass die Kollektivverträge ausnahmslos auf Beschlüssen des Gemeinderates beruhen. Die vom Rechnungshof erwähnten Zulagen und Prämien tragen teilweise der Eigenart einzelner Betriebszweige Rechnung, wie beispielsweise bei der Kanalräumung, Kehrtafelabfuhr und so weiter, andere sind aus Anlass von Betriebsverbesserungen zugestanden worden. Dabei musste das Personal Mehrleistungen übernehmen und es waren daher solche Prämien an und für sich durchaus wirtschaftlich.

Finanzwesen.

Der Rechnungshof zeichnet das wenig erfreuliche Bild des starken Rückganges der Abgabenertragsanteile und der Gemeindesteuern, das durch die fast gleich gebliebene Rückstandsziffer der Gemeindeabgaben von rund 24,5 Millionen Schilling ergänzt werde. Die Beauftragten machen darauf aufmerksam, dass im Rechnungsabschluss 1931 in der Anmerkung 3 zur E.R. 201 (Seite 10) die Abgabenrückstände per 31. Dezember 1931 gegliedert nach den einzelnen Abgaben ausgewiesen sind. Um Missverständnisse zu vermeiden, sei auch an dieser Stelle hervorgehoben, dass es sich nicht etwa um die Rückstände des Verwaltungsjahres 1931 allein handelt, sondern um die gesamten Rückstände seit Einführung der bezüglichen Abgabe überhaupt.

Bezüglich einiger vom Rechnungshof hervorgehobenen Rechenfehler und nachträglich nur unvollständig durchgeführter Richtigstellungen wird der Aufschluss dahin gegeben, dass die Hauptbücher für die Ueberprüfung durch das Kontrollamt und den Rechnungshof selbst in einem so starken Masse benötigt werden, dass manche Richtigstellungen erst später erfolgen können. Es besteht aber nach dieser Richtung hin eine genaue Evidenz aller noch offenen Posten.

Der Anregung des Rechnungshofes, nachträglichen Streichungen in den Abgabekontoblättern das Handzeichen des dafür verantwortlichen Beamten beifügen zu lassen, wird entsprochen.

Vielfach weit zurückliegende Rückstände, die vermutlich uneinbringlich sind, sollten zur Erzielung einer nicht unwesentlichen Vereinfachung nach Ansicht des Rechnungshofes abgeschrieben werden, zumal sie deshalb noch nicht ausser Evidenz gebracht werden müssten. Die Praxis des

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Magistrates geht nach seiner Darlegung dahin, dass bei Konkursen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bei denen nach der Liquidierung eine persönliche Haftung nicht mehr besteht, die Abschreibung tatsächlich erfolgt. Ebenso geschieht dies in allen jenen Fällen, in denen es sich um geringe Beträge handelt und die Einbringung auf Grund wiederholt erfolglos durchgeführter Exekutionen aussichtslos erscheint, ferner bei Auswanderung, Verfallen in die Armenversorgung oder bei Ableben mit armuthalber abgetaner Erbschaft. Die diesbezüglichen Vorschriften werden aber jedenfalls neuerlich in Erinnerung gebracht werden.

Einer vorzeitigen Abschreibung sonstiger Rückstände, die zwar in dieser Zeit einer ungewöhnlichen Wirtschaftskrise uneinbringlich sind, aber bei einer Besserung ganz oder teilweise hereingebracht werden können, steht das folgende Bedenken entgegen: Es kann zwar ein bereits abgeschriebener Betrag noch immer den Gegenstand der Einhebung bilden, doch muss vorher, da diese Forderung durch die Abschreibung aus den Büchern verschwunden ist, die Vorschreibung wieder hergestellt werden. Es müsste dies geschehen, ohne dass man noch zu beurteilen vermag, ob neuerliche Einhebungsschritte einen Erfolg haben. Bleibt ein solcher aus, so wäre eine nochmalige Abschreibung notwendig. Daraus würde sich also eine Mehrarbeit ergeben.

Zu der vom Rechnungshof festgestellten unterschiedlichen Behandlung von Gemeinschaftsküchen bei der Fürsorgeabgabe erwidert der Magistrat, dass im beanstandeten Falle die Betriebsküche die ungewöhnliche Form einer Genossenschaft hatte. Dies gab zu einer strengeren Auffassung dieses besonderen Grenzfalles Anlass, doch wird der Anregung des Rechnungshofes, auch hier die Abgabefreiheit anzuerkennen, entsprochen werden.

Eine Reihe von Hinweisen auf untergeordnete Fehler betrifft die Konzessionsabgabe. Weiters ist dem Rechnungshof die ungleichmässige Behandlung jener Vereine aufgefallen, die der Körperschaftsteuer unterliegen. Es gilt dies insbesondere nach der Richtung hin, dass ein Teil dieser Vereine so bemessen wurde, als ob er nicht der Körperschaftsteuer, sondern der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegen würde. Für den letzteren Vorgang fehlt derzeit die gesetzliche Unterlage. Da die streng gesetzmässige Behandlung der Vereine, wie der Rechnungshof selbst betont, in einzelnen Fällen eine Härte bedeutet, wäre allenfalls im Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Der Magistrat kennzeichnet die schwierigen Verhältnisse, die auf diesem Gebiete entstanden sind. Einerseits unterliegen die Vereine auf Grund von Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes in der Regel der Körperschaftsteuer, was eine Konzessionsabgabe von mindestens 100 Schilling bedingt, während früher zumeist bloss 5 Schilling vom Magistrat vorgeschrieben wurden. Andererseits hat das Finanzministerium durch einen Erlass ausgesprochen, dass bei Vereinen eine Körperschaftsteuer unter 50 Schilling überhaupt nicht zur Vorschreibung gelangen soll, wodurch für die Bemessung der Konzessionsabgabe eine genaue Richtlinie überhaupt fehlt. Es sollen vorliegende Beschwerden schon demnächst der Abgabenberufungskommission vorgelegt werden, um auf Grund ihrer Entscheidung zur Klarheit zu gelangen.

Ein Hinweis des Rechnungshofes gilt dem Umstand, dass das Stadion-Gelände samt allen Baulichkeiten der Betriebsgesellschaft gegen einen Anerkennungsziins von bloss 100 Schilling überlassen wird, obwohl schon für die eingezahlte Stammeinlage von 175.000 Schilling kein Gewinnanspruch besteht. Die Beauftragten bekunden, dass der Gründungsvertrag der Stadionbetriebsgesellschaft vom Gemeinderat genehmigt wurde, ebenso der Benützungsvertrag über das Gelände. Der blosser Anerkennungsziins ist mit der ausdrücklichen Begründung beschlossen worden, dass es sich um keine gewöhnliche Verpachtung, sondern um die Förderung des Körpersportes handle.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am _____

Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.

Vermeidbar wäre es nach Ansicht des Rechnungshofes, dass bei den einzelnen Anstalten in Wien, die sich doch leicht untereinander fernmündlich ins Einvernehmen setzen könnten, für vollkommen gleichartige Leistungen verschiedene Preise aufscheinen. Zufolge der Antwort des Magistrates ist die Einheitlichkeit der Preise durch die zentrale Bewirtschaftung bei den wichtigsten Anstaltserfordernissen gewährleistet. Das bezieht sich auch auf Lebensmittel, die nicht dem Verderben unterliegen. Die übrigen Erfordernisse können von den Anstalten im Handeinkauf besorgt werden, wobei abgesehen von gewissen Qualitätsunterschieden auch durch die Lage der Anstalten und die dadurch bedingten Zustellungskosten kleine Preisschwankungen unvermeidbar sind.

Grössere Sparsamkeit wird bei der gegenwärtig üblichen Ausstattung der austretenden Pfleglinge des Kinderheimes Wilhelminenberg empfohlen, wiewohl dieser Aufwand vorläufig noch aus einer amerikanischen Spende bestritten wird. Zufolge der Antwort des Magistrates wurde die Spende ausdrücklich zu dem Zwecke gewidmet, für die austretenden Kinder in einem das sonstige Mindestmass übersteigenden Grade vorzusorgen.

Auch diesmal verweist der Rechnungshof auf die in hohem Masse ausständigen Verpflegskostensätze für Ausländer und regt, da die Ersatzzsprüche wohl als aussichtslos betrachtet werden können, die Abschreibung an. Der Magistrat wird dem entsprechen, betont aber nochmals, in welcher überaus ungünstigen Lage sich Wien in dieser Beziehung befindet. Seit Kriegsende muss für viele hunderte Ausländer, seien es Kinder in den Pflegeanstalten, seien es Erwachsene in den Versorgungsanstalten, Krankenhäusern und Irrenanstalten, der Aufwand bestritten werden und es haben sich aus diesem Titel bereits Ansprüche Wiens von einigen Millionen Schilling angehäuft, deren Herbeibringung nur in den seltensten Fällen gelingt.

Eine Bemängelung des Rechnungshofes betrifft die Entschädigung an den Verein Freie Schule-Kinderfreunde anlässlich der Räumung des von ihm innegehabten Kinderspielplatzes im Prater. Die Entschädigung von 25.000 Schilling wurde vom Gemeinderatsausschuss ordnungsgemäss bewilligt. Darüber hinaus ist aber noch eine Zahlung von 2.022'14 Schilling geleistet worden, die dadurch entstanden ist, dass der Magistrat selbst die Demolierung der Baracke und die Deponierung des Materials vornehmen musste, und deren Zahlung der Rechnungshof als unbegründet erachtet. Die Beauftragten rechtfertigen das Vorgehen des Magistrates in der folgenden Weise: Ein Verschulden des Vereines an der nicht fristgerechten Räumung liege nicht vor, weil die Gemeinde selbst mit der Zuweisung des vertragsmässig bedungenen Ersatzplatzes im Verzug geblieben ist. Mit Ausschlussbeschluss vom 27. Mai 1931 erst ist die Zuweisung erfolgt, während der Bau des Stadions schon früher die Freimachung bedingte. Mit Aufnahmeschrift vom 30. März 1931 erklärte sich der Verein damit einverstanden, doch wurde damals ausdrücklich bedungen, dass der Magistrat die volle Haftung für das Inventar und alles sonstige Material zu übernehmen hat. Durch den notwendig gewordenen vorzeitigen Abbruch, der durch die Bauunternehmung bewirkt wurde, ist dem Verein die Möglichkeit genommen worden, so wie es ursprünglich geplant war, den Abbruch durch frei-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

willige Helfer zu bewirken. Der Magistrat konnte daher dem Verein, der berechtigt gewesen wäre, mit der Räumung bis zur Zuweisung des Ersatzplatzes zuzuwarten, nicht noch die Kosten der Demolierung anrechnen. Richtig ist aber, dass nach dem 27. Mai der Verein das Material hätte wegführen müssen, und für die dadurch entstandenen Ausgaben von 639'66 Schilling machte der Magistrat auch den Verein ersatzpflichtig. Es wurde aber eine Gegenforderung geätend gemacht, mit der Begründung, dass bei der Niederreisung des Barackenmaterials sehr erhebliche Teile verlorengegangen sind. Tatsächlich liegt diesbezüglich eine Aufnahmschrift vom 30. Oktober 1931 vor, derzufolge die ganzen Fensterstöcke, einzelne Fenster und sonstige Holzteile fehlen. Dem Rechnungshof ist anscheinend nur das Protokoll über das Garteninventar vorgelegen, demzufolge auch gewisse Gegenstände fehlen, denen aber nur ein untergeordneter Wert beizumessen ist. Der Magistrat hat einen Ausgleich dahin getroffen, dass diese beiden Forderungen gegeneinander aufgehoben worden sind.

Ungeklärt und einer besonderen Ueberprüfung bedürftig erscheint dem Rechnungshof der Fuhrwerksdienst bei den Gemeindefriedhöfen, dem seit Auflassung des eigenen Fuhrwerksbetriebes erhöhte Bedeutung zukomme. Die Verschiedenartigkeit der an fremde Fuhrwerker gezahlten Löhne, insbesondere jener für Begleitpersonen, wird bemängelt, desgleichen auch der Umstand, dass ein niedriges Offert nur teilweise in Anspruch genommen wurde. Die Aufklärung bezüglich der Begleitpersonen geht dahin, dass es für den Betrieb vorteilhaft war, vorhandenes Saisonpersonal, das tageweise nicht entsprechend ausgenützt werden konnte, den betreffenden Fuhrwerkern beizustellen und den Unterschied der Entlohnung auf sich zu nehmen, statt dieses Personal vollkommen unbeschäftigt zu lassen. Dabei war es auch von Vorteil, dass dieses eigene Aushelferpersonal sich auf dem weitgedehnten Zentralfriedhof entsprechend gut auskennt. Dadurch erklärt sich die Uebernahme der Soziallasten durch die Friedhofsverwaltung und die Tragung des Lohnes eines zugewiesenen Aushilfspersonales während der Erkrankung. Die bloss teilweise Benützung eines niedrigen Angebotes wird mit Minderleistungen dieses billigeren Fuhrwerkers begründet, dessen Heranziehung deshalb auch nur mehr ausnahmsweise erfolgte, wenn mit den ständigen Kontrahenten das Auslangen nicht gefunden werden konnte.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII, Blatt

Wien, am

Wohnungswesen.
Der Rechnungshof kommt auf seinen vorjährigen Hinweis zurück, wonach bei der Zubilligung von Zuschüssen zu Mieten über 40 Groschen für die Friedenskrone zu freigebig vorgegangen werde. Die Abweisung mangels Rücksichtswürdigkeit geschah in nur ganz vereinzelt Fällen. Da diese Ausgabe im Jahre 1931 bereits 610.000 S ausmachte und für 1932 mit 1.000.000 Schilling veranschlagt ist, hält es der Rechnungshof für notwendig, möglichste Sparsamkeit auf diesem Gebiete walten zu lassen. Es wäre auch wirtschaftlicher, die Beiträge häuserweise an den Hauseigentümer oder an einen von den bezugsberechtigten Bewohnern des Hauses namhaft gemachten Bevollmächtigten auszahlen zu lassen. In der Antwort wird zugegeben, dass für eine grosse Reihe von Fällen tatsächlich die Unerschwingbarkeit der Leistung durch die betreffenden Mietparteien auch ohne Zinszuschuss nicht vorliegt. Es war aber dieser Gesichtspunkt nicht massgebend. Der Zinszuschuss sollte vielmehr jene zufälligen Unterschiede ausgleichen, die sich zumeist bei sehr alten oder minder sorgfältig gebauten Häusern ergeben und über den allgemeinen Wiener Durchschnitt hinausgehen. Für diese entgegenkommende Auffassung der Kommission, die bisher sämtliche Beschlüsse stimmeneinhellig gefasst hat, war insbesondere der Umstand massgebend, dass die im Zusammenhang mit den Mietzinszuschüssen eingeführte Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund für die Ausgaben volle Deckung bietet. Der Ausschuss hat nur ganz wenige Fälle, insgesamt etwa 18, von dem Zuschuss ausgenommen, weil sich die betreffende Mietpartei in so günstiger Einkommens- oder Vermögenslage befindet, dass eine Zuschussleistung nach einstimmiger Auffassung aller Ausschussmitglieder nicht gutgeheissen werden konnte. Was den zweiten Hinweis anlangt, dass es ökonomischer wäre, für jedes Haus nur einen einzigen Empfänger des Zuschusses zu bestimmen, so hat darüber im Ausschuss eine sehr eingehende Beratung stattgefunden. Es konnte eine Einigung über die Frage, ob der Hausvertrauensmann oder der Hauseigentümer die empfangende Stelle sein soll, nicht erzielt werden. Der Ausschuss ist dahin übereingekommen, es bei der gegenwärtigen Form bewenden zu lassen.

Der Rechnungshof stellt zur Erwägung, ob es nicht angesichts des ständigen Sinkens der Kassenbestände zweckentsprechend wäre, für jene Wohnbauten, die auf Grund des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes errichtet worden sind, die geplante erste Hypothek aufzunehmen. Der Magistrat bemerkt dazu, dass die Inanspruchnahme solange als möglich verzögert werde, um die Belastung durch die höheren Hypothekarzinsen zu vermeiden.

Der Rechnungshof konstatiert, dass von den zu Jahresbeginn 1931 vorhandenen grossen Rückständen an Bauabrechnungen aus früheren Jahren ein grosser Teil aufgearbeitet wurde, aber doch noch eine ganze Anzahl solcher Abrechnungen aushafte, für deren ehetunlichste Erledigung Sorge zu tragen sei. Die Beauftragten antworten, dass seither 69 Bauabrechnungen vollständig aufgearbeitet wurden, bei weiteren 11 sei dies im Zuge.

Der Rechnungshof kommt auf seine Ausführungen im Berichte 1929 wegen der Darlehen an Siedlungsgenossenschaften zurück und hebt neuerlich hervor, dass das Siedlerentgelt nur 1' 20 S für das Siedlerhaus und den Monat betrage. Die jährliche Einnahme erreiche nicht einmal 40.000 S und sei somit gänzlich unzulänglich. Wenn auch nur ein nennenswerter Teil der vertraglich festgesetzten Verzinsung erreicht werden soll, wäre eine ausgiebige Erhöhung des Siedlerentgeltes notwendig, wozu auch die Gemeinde nach dem Wortlaut des Vertrages ohneweiters berechtigt sei. Demgegenüber sagt der Magistrat folgendes:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

g. Blatt

Wien, am

Wie bereits im Vorjahre festgestellt, beruht das Siedlerentgelt auf Beschlüssen des Gemeinderates und kann nur insoweit erhöht werden, als die dort festgelegte Voraussetzung zutrifft. Es ist dies die Erhöhung der Mietzinse in 12 Wohnhausanlagen der Gemeinde, die als Vergleichobjekte nominativ in dem Gemeinderatsbeschluss aufgezählt sind. Eine solche Zinssteigerung ist bisher nicht erfolgt und es kann deshalb auch der Magistrat aus eigenem keine Erhöhung des Siedlerentgeltes verfügen.

Die Höhe der Mietzinstückstände bei der städtischen Wohnhausverwaltung hält sich, wie der Rechnungshof erklärt, ungefähr in der gleichen Höhe wie im Vorjahr. Dieses Ergebnis sei im Hinblick auf die dermaligen wirtschaftlichen Verhältnisse sicherlich nicht unbefriedigend. Der Rechnungshof erklärt auch, dass die Wohnhausverwaltung im allgemeinen der Einbringung der Rückstände das erforderliche Augenmerk zuwenden. Immerhin waren aber doch mehrere Fälle festzustellen, in denen die Wohnhausverwaltung die notwendigen energischen Einbringungsmaßnahmen entweder überhaupt unterlassen oder verspätet getroffen hat. Die Wohnhausverwaltung, so wird in der Gegenäusserung ausgeführt, ist ständig bemüht, alle Rückstände einbringlich zu machen. In gewissen Fällen war es aber doch angemessen, Stundungen zu gewähren, um den Schuldnern die Möglichkeit zu geben, ihren Rückstand zu tilgen, und Kündigungen zu vermeiden.

Laut Feststellung des Rechnungshofes reicht bei einer Reihe von älteren städtischen Wohnhausanlagen der eingehobene Pauschalzins nicht mehr zur Deckung des Erhaltungs- und Verwaltungsaufwandes hin. Diese Pauschalzinse sind überdies wesentlich niedriger als die für Wohnungen in Althäusern gesetzlich festgesetzten Mietzinse und es sei daher eine entsprechende Erhöhung am Platze. Der Magistrat erwidert, dass er mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise und die ungewöhnlich grosse Zahl von Arbeitslosen in den in Betracht kommenden Wohnhausanlagen von einer Erhöhung des Mietzinses Abstand genommen hat.

Der Rechnungshof stellt zur Erörterung, dass der Verband für Wohnungsreform für die von ihm in der Anlage "Karl Marx Hof" benützten Geschäftslokalitäten vom Mietzins befreit sei. Das diesbezügliche Ansuchen wurde zunächst von der Wohnhausverwaltung als ungerechtfertigt abgewiesen, später aber doch mit der Begründung bewilligt, dass der Verband mit der Beratungsstelle Aufgaben auf sich genommen habe, die sinngemäss in den Wirkungskreis der Wohnhausverwaltung fallen, ferner mit dem Hinweis, dass eine andere Vermietungsmöglichkeit für diese ungünstig gelegene Lokalität nicht gefunden werden könne. Der Rechnungshof erachtet diese Begründung für unzutreffend. Beratungen bezüglich der Inneneinrichtung von Wohnungen gehören doch wohl nicht in den Aufgabenkreis der Wohnhausverwaltung. Wenn der Verband für Wohnungsreform die Lokalitäten räume, so bestünde die Möglichkeit, die Räume, die ursprünglich für ein Cafehaus in Aussicht genommen waren, zu vermieten. Gelingt dies aber laut Befürchtung der Wohnhausverwaltung nicht, dann hätte eben schon bei der Errichtung der Wohnhausanlage von der Schaffung dieser Geschäftslokalitäten überhaupt Abstand genommen werden sollen. Die Beauftragten legen dar, dass die Planverfassung des Karl Marx Hofes noch auf das Jahr 1926 zurückgeht. Die damals noch ganz wesentlich günstigeren Wirtschaftsverhältnisse liessen eine glatte Vermietung der geplanten Lokalitäten angesichts der grossen Wohnhausanlage und der benachbarten grossen Sportanlage Hohe Warte erwarten. Es fehlte auch tatsächlich nicht an Interessenten. Erst mit der Verschlechterung der Verhältnisse ergaben sich

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

70. Blatt.

Wien, am

die Schwierigkeiten. Gegenüber der Leerstehung ist die derzeitige Verwendung durch den Oesterreichischen Verband für Wohnungsreform (Obmann Finanzminister a. D. Dr. Josef Redlich) jedenfalls vorzuziehen und gerechtfertigt. Es ist immerhin die innere Instandhaltung des Lokales gewährleistet und der Gemeinde fließt auch die Wohnbausteuer zu. Darüber hinaus hat aber die städtische Wohnhausverwaltung zweifellos ein Interesse daran, die Mieter bei der Einrichtung ihrer Wohnräume entsprechend beraten zu wissen. Bei den Wiener Wohnunshausbauten handelt es sich um neuartige Typen und vor allem auch um eine andere Zimmerhöhe als die früher übliche. Nach dieser Richtung hin besteht tatsächlich, wie viele auch jetzt noch eintretende Anfragen zeigen, der Wunsch nach einer solchen Beratung. Auch von diesem Standpunkte aus kann also ein Entgegenkommen an den Verband für Wohnungsreform gerechtfertigt werden.

Technische Angelegenheiten.

Mit Befriedigung stellt der Rechnungshof fest, dass die von ihm für 1929 bemängelten Weitwendigkeiten der Verrechnung bei der Betriebsbuchhaltung für die Wasserversorgung schon namhafte Vereinfachungen erfahren haben. Es wäre zweckdienlich, durch die ausschliessliche kameralistische Verrechnung auf diesem Wege fortzufahren.

Ein Hinweis des Rechnungshofes gilt dem vom Betrieb Wasserleitung hergestellten Anschluss zum Sportplatz "Ask" auf einem Gemeindegrund im XX. Bezirk mit einem Aufwand von 4.709,85 Schilling. Dafür habe nicht die Gemeinde, sondern der Wasserabnehmer aufzukommen. Wenn zwingende Gründe dagegen gesprochen haben, so hätte die Arbeit keinesfalls aus den Krediten der Wasserversorgung, sondern zu Lasten der Sportförderung oder unter dem Titel einer Aufwendung für den städtischen Grundbesitz geschehen sollen. In der Antwort wird bemerkt, dass in der Vorkriegszeit und wiederholt seither in gleicher Weise vorgegangen worden ist. So für den Reichsverband katholischer Mädchenvereine, für die Sportplätze der Feuerwehr und des Verbandes der städtischen Angestellten, für den Verein Kinderschutzzstationen. Im Falle "Ask" wurde ausserdem vereinbart, dass der Verein eine jährliche Mindestgebühr für den Wasserverbrauch von 500 Schilling zahlen müsse.

Der Rechnungshof bemängelt, dass die von privaten Firmen besorgte Reinigung der Fenster und Zimmer im Wasserleitungsbetrieb 3.566 Schilling erfordere. Eine Herabdrückung sei umso mehr geboten, als der Betrieb ohnehin 5 eigene weibliche Hilfskräfte mit Reinigungsarbeiten beschäftige. Auch die Höhe des Gas- und Stromverbrauches sollte überprüft werden. Laut Antwort des Magistrates ist schon im Mai 1932 eine erhebliche Herabminderung der Reinigungsgebühren erfolgt und sind auch sonst notwendige Sparmassnahmen eingeleitet worden.

Wurde einerseits, so führt der Rechnungshof aus, beim Personankraftwagenbetriebe die erfreuliche Tatsache festgestellt, dass im Laufe des Abschlussjahres 8 Wagen ausser Betrieb gestellt worden sind, so steht es andererseits mit der hierin zutage tretenden Sparsamkeit nicht im Einklange, dass kurz vor der Ausserbetriebstellung dieser 8 Personankraftwagen noch die Anschaffung eines neuen Wagens als unabweislich erachtet wurde. Im Zusam-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

11. Blatt

Wien, am

menhange damit möchte übrigens ^{noch} der Rechnungshof/bemerken, dass im
Zeitpunkte ^{seiner} Gebarungsprüfung die Frage noch nicht geklärt war,
was mit den ausser Betrieb gestellten Kraftwagen geschehen soll.

Die Beauftragten bemerken demgegenüber: Der im Jahre 1931 ange-
kaufte Wagen Steyr Type XVI war für Herrn Vizebürgermeister Hoss bestimmt,
dem vorher ein schon sehr abgenützter und daher im Betrieb unwirtschaft-
licher Wagen zur Verfügung stand. Der sachlich gebotene Ankauf des neuen
Wagens erfolgte im Jänner 1931, also zu einem Zeitpunkte, in dem der
Wegfall einer Vizebürgermeisterstelle noch nicht bekannt sein konnte.
Im Zuge der Ersparungsmaßnahmen wurden zu dem schon früher nur mehr als
Reserven verwendeten 5 Wagen noch weitere 3 ausser Betrieb gestellt. Es
sind daher insgesamt noch 7 Kraftwagen bei der gesamten Wiener Hoheits-
verwaltung in Benützung. Ein Verkauf der überzähligen Wagen ist nicht
beabsichtigt, der zu erwartende Erlös wäre mit Rücksicht auf die gegen-
wärtigen Marktverhältnisse nurein ganz geringfügiger. Es ist daher
zweckmässiger, diese Wagen weiter in Reserve zu halten, um sie bei sonst
verkommendem Bedarf, zum Beispiel bei der Sanität, verwenden zu können.

572

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

12. Blatt

Wien, am

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

In dankenswertem Eingehen auf die gegebenen Anregungen im vorjährigen Bericht, so führt der Rechnungshof aus, het der Magistrat bei den Märkten und Schlachthöfen budgetäre Einrichtungen getroffen, die eine wesentlich klarere und einfachere Verrechnungsdarstellung gestatten. Neuerlichen Anregungen nach der gleichen Richtung hin wird der Magistrat entsprechen.

Der Rechnungshof weist darauf hin, dass der Gebarungsabgang der Lagerhäuser mit Ende 1931 auf 5,787.728 S angewachsen ist. An eine Abdeckung durch die Lagerhäuser sei mit Rücksicht auf den Geschäftsgang nicht zu denken. Es wird daher dringendst nahegelegt, zunächst jenen Teil abzuschreiben, der sich als reiner Betriebsabgang darstellt. Nur die bisherigen und künftigen Investitionen sollten als Schuld der Lagerhäuser fortgeführt und von ihnen auch entsprechend verzinst und allenfalls getilgt werden. Der Magistrat glaubt, eine andere Meinung vertreten zu müssen, und führt aus:

'Die städtischen Lagerhäuser haben ihrer historischen Entwicklung zufolge nicht die Form einer selbständigen Unternehmung, sondern werden als Magistratsabteilung geführt. Diese Tatsache kann aber an dem kaufmännischen Charakter des Betriebes nichts ändern. Ebensowenig wie etwa die Strassenbahnen oder ein Privatlagerhaus die entstandenen Verluste durch blosse Abschreibungen zum Verschwinden bringen könnten, kann dies beim städtischen Lagerhaus geschehen. Es würde die Gewissheit, dass ein Betriebsabgang letzten Endes abgeschrieben wird, auch die Gefahr in sich schliessen, dass Sparmassnahmen zur Herabdrückung des Betriebsabganges nicht ausreichend erfolgen.'

Der Rechnungshof beschäftigt sich mit dem Rückgang des Umsatzes beim Wirtschaftsamt als Folge der Sparmassnahmen im gesamten Gemeindehaushalt und gibt der Anschauung Ausdruck, dass das Amt dadurch nicht in der Lage sei, die eingelangten Bestellungen bloss vom Standpunkt der Ersparnismöglichkeit zu behandeln, da es zunächst darauf bedacht sein müsste, seine Eigenregie zu decken. Demgegenüber erklärt das Wirtschaftsamt, dass es seit Jahren mit nachweisbarem Erfolg bemüht sei, seine Regie herunter zu drücken. An Stelle von früher bestandenen drei Lagerführungen ist ein einziges "entrallager" getreten. Der Personalstand ist von 125 Mann am 1. Jänner 1929 auf 100 am 31. Dezember 1931 gesunken. Sollte es aber technisch unmöglich sein, den Apparat einem weiter sinkenden Umsatz anzupassen, so würde selbstverständlich doch nur der Weg gewählt werden, den Regiezuschlag zu erhöhen, niemals aber könne es in Betracht kommen, nicht an und für sich vollkommen gerechtfertigte Einkäufe zu tätigen, bloss um mit einem niedrigeren Regieprozent auszukommen.

Der Rechnungshof macht darauf aufmerksam, dass die Vergebung von Lieferungen und Arbeiten wiederholt nicht oder nicht allein an die bestbietende Firma erfolgte. Er verschliesst sich nicht der Einsicht, dass unter Umständen zwingende Gründe für ein Abgehen vom Bestbot sprechen können. Dann sollte aber doch, wenn irgendwâ angängig, getrachtet werden, dass die leistungsfähigeren Firmen ihr teures Anbot auf die Höhe des Bestbotes herabsenken. Auch dürfte sich in vielen Fällen bei verschiedener Qualität der Ware eine Untersuchung in der Richtung empfehlen, ob nicht billigere Erzeugnisse ebenfalls den angestrebten Zweck erfüllen. Demgegenüber äussert sich das Wirtschaftsamt, dass es selbstverständlich bestrebt sei, stets das

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

13 Blatt

Wien, am

Bestbot anzunehmen, doch sei es klar, dass bei Warenkäufen nicht bloss der Schillingspreis, sondern auch die Qualität massgebend ist. Wenn eine nicht zulangliche Leistungsfähigkeit des Bestbieters eine Auftragsteilung notwendig macht, so wird getrachtet, den Preis des Bestbieters möglichst allgemein durchzusetzen, was auch in aller Regel bis auf verhältnismässig geringfügige und sachlich begründete Unterschiede gelingt. Das Wirtschaftsamt erachtet es im Sinne des Hinweises des Rechnungshofes als seine Aufgabe, bei verschiedenen Qualitäten der angebotenen Waren zu überprüfen, ob nicht auch mit billigeren Erzeugnissen das Auslangen gefunden werden kann.

Dem derzeit beim Wirtschaftsamt in Uebung stehenden sogenannten Referentensystem versagt der Rechnungshof keineswegs die Anerkennung, dass es, vom rein kaufmännischen Standpunkt betrachtet, viele Vorteile aufweist. Es darf aber auch nicht übersehen werden, dass diese Einrichtung lediglich auf dem Vertrauen gegenüber einzelnen Personen aufgebaut ist und keine volle Gewähr dafür bietet, dass die Offertverhandlungen von den Referenten ausschliesslich im Interesse des Gemeindehaushaltes geführt werden. Der Rechnungshof stellt daher, wiewohl er keine Besorgnis hegt, dass Unregelmässigkeiten vorgefallen sind, doch zur Erwägung, ob das erwähnte System nicht gewissen Verbesserungen unterzogen werden sollte, durch welche den ange deuteten Bedenken von vorneherein tunlichst begegnet werden könnte. Die Beauftragten stellen gegenüber diesen Bedenken fest, dass der Referent, was das Entscheidende ist, keinesfalls die Vollmacht hat, auch nur den geringfügigsten Ankauf allein abzuschliessen. Es bedarf vielmehr jeder vom Referenten gestellte Antrag der Gutheissung des Abteilungs Vorstandes oder seines Stellvertreters. Dabei wird insbesondere mit grosser Sorgfalt darauf geachtet, dass die Nichtannahme des billigsten Angebotes ausreichend begründet sein muss.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Die Gebarung und Verrechnung der Feuerwehr gab wie in den Vorjahren zu keiner Bemängelung Anlass. Ueberflüssige Mehrarbeiten könnten durch Einführung einer Verlagsgebarung vermieden werden. Es sei viel zu umständlich, dass selbst die geringfügigsten Bestellungen, darunter solche im Werte von weniger als 1 Schilling, den Weg über die betreffenden zentralen Magistrats-Abteilungen nehmen müssen. Der Magistrat wird nicht nur in Bezug auf die Feuerwehr, sondern ganz allgemein über die Vereinfachung der Gebarung durch Zuweisung von Verlägen beraten.

574.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV .Blatt

Wien, am

Städtische Unternehmungen.

Allgemeines.

Darüber sagt der Rechnungshof im allgemeinen Teil wörtlich:

"Die Jahresrechnungen der drei städtischen Unternehmungen: Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen, wurden an Ort und Stelle an Hand der Geschäftsbücher und vorgelegten Bilanzunterlagen geprüft, wobei die vollkommene Uebereinstimmung der bücherlichen Ergebnisse mit den in den Bilanzen ausgewiesenen festgestellt wurde.

Die Bargeldgebarung erscheint nach wie vor sorgfältig geführt, die Kassen wurden im Laufe des Jahres wiederholt skontriert. Die Guthaben bei den Banken gehen mit den im Original eingesehenen Kontoauszügen in Ordnung. Die im Vorjahrsberichte gegebene Anregung, betreffend die Vereinfachung der Kassajournalführung bei den Strassenbahnen, wurde berücksichtigt.

Auch die überprüfte Materialgebarung gab keinerlei Anlass zu einer Bemängelung. Ueberdies konnte sich der Rechnungshof durch eine im Magazin in der Dunklergasse, dann in der Engerthstrasse und in der Autobuswerkstätte in der Pernerstorfergasse vorgenommene Einschau von der sorgfältigen Verwaltung, Lagerung und Evidentführung der Lagerbestände überzeugen und bei dieser Gelegenheit auch feststellen, dass die bei der genannten Werkstätte in betriebstechnischer Hinsicht geführten Evidenzen und Aufzeichnungen sehr zweckmässig eingerichtet sind und einen wertvollen Behelf für eine rationelle Vornahme und Durchführung der jeweils erforderlichen Reparaturen abzugeben vermögen.

Hinsichtlich der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen hat die Gebarungsprüfung ergeben, dass auch diesmal wie in den beiden vorhergegangenen Jahren das Inland in erster Linie berücksichtigt wurde und Aufträge an das Ausland nur im Falle der Unvermeidlichkeit und nach an kompetenter Stelle eingeholter Bewilligung vergeben wurden.

Schliesslich verdient vermerkt zu werden, dass die Buchhaltung der Elektrizitätswerke, von dem Bestreben geleitet, das Buchungsgeschäft möglichst zu vereinfachen, eine Umstellung des Buchungsvorganges in der Hauptbuchführung vorgenommen hat, wodurch eine Arbeitersparnis und ein erhöhter Grad von Bilanzbereitschaft erzielt wurde.

Wenn auch - was immer wieder hervorgehoben werden soll - im Hinblick auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit im Gegensatz zu der gewaltigen Buchungsmaterie die Ueberprüfung nur eine stichprobenweise sein konnte, so lassen doch die zahlreich und eindringlich vorgenommenen und vielfach bis auf die Buchungsquelle zurückgehenden Stichproben einen durchaus korrekten Vollzug des ganzen Buchungsgeschäftes deutlich erkennen."

Städtische Gaswerke.

Nach eingehender Darstellung der Verhältnisse beim Gaswerk kommt der Rechnungshof zu dem Schluss, dass das ungewöhnlich günstige Verhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln nach wie vor den hohen Grad von wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Stabilität erkennen lässt, der dem Unternehmen innewohnt. Es arbeitet mit bloss 6'3 % fremden Mitteln. Auch die Liquidität des Unternehmens ist in einem Ausmasse vorhanden, wie es unter den gegenwärtig herrschenden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

wirtschaftlichen Verhältnissen sicherlich nicht oft anzutreffen ist. Der Schlusssatz lautet: "Das im Vorstehenden angeführte Ziffernmateriale erweist allein zur Genüge die vortreffliche finanzielle Führung des Unternehmens, die übrigens ja schon in den beiden vorhergegangenen Berichten ihre entsprechende Würdigung fand, sodass sich weitere Ausführungen zur Bekräftigung dieses Urteiles wohl erübrigen."

Städtische Elektrizitätswerke.

Die ganze Ausgabegebarung des Unternehmens kann, wie der Rechnungshof feststellt, als sparsam bezeichnet werden. Der Personalstand hat sich von 4086 auf 3833, sohin um 253 Personen vermindert. Bei der Stromerzeugung steigt fortwährend der Anteil der Wasserkraft. Er ist von 30'6 % im Jahre 1930 auf 58'4 % im Berichtsjahr gewachsen. Die Liquidität des Unternehmens ist grösser geworden, was eine stärkere Abdeckung der Schulden ermöglichte. Dieser Zustand ist umso dankenswerter, als unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 3'8 Millionen Schilling zurückgeblieben sind. Diesen Ausfall vermochte die Geschäftsleitung in zielbewusster Weise durch ansehnliche Ersparungen mehr als wett zu machen. Der Rechnungshof schliesst seinen Bericht mit den Worten: "Es gereicht dem Rechnungshof zur Befriedigung, mit dieser Feststellung im Zusammenhange mit der weiter oben aufgezeigten wesentlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Konstruktion des Unternehmens seine im vorjährigen Bericht in Bezug auf eine allmähliche Konsolidierung der finanziellen Lage des Unternehmens gehegten Erwartungen bestätigt zu finden, und er nimmt dies gerne zum Anlass, seine der umsichtigen Geschäftsführung schon im Vorjahr gezollte Anerkennung zu wiederholen."

Städtische Strassenbahnen.

Der Rechnungshof beschäftigt sich mit den finanziellen Schwierigkeiten der Pensionskasse. Einerseits haben die gesteigerten Pensionierungen der letzten Jahre die Belastung der Kasse ganz wesentlich erhöht, andererseits sind die Beiträge der Dienstnehmer und Dienstgeber durch die Verminderung des Aktivstandes und durch Lohnkürzungen geringer geworden. Die im Oktober 1931 erfolgte Erhöhung der Pensionsbeiträge und Minderung der Ruhegenüsse vermag das Anwachsen der Schuld der Pensionskasse nicht aufzuhalten. Sie beläuft sich mit Ende August auf 8,399.000 S. Angesichts dieser Tatsache erscheinen weitere Sanierungsmassnahmen nach Ansicht des Rechnungshofes dringend geboten.

Was die Vorräte der Strassenbahn anlangt, zeigt sich das Bestreben der Geschäftsleitung, die Auffüllung streng im Rahmen des jährlich erforderlichen Bedarfes zu halten. Auch sonst bemüht sich die Verwaltung, die Ausgabenwirtschaft den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen bestmöglich anzupassen. Gegenüber den sonst erzielten Ersparnissen fällt es aber dem Rechnungshof auf, dass die Aufwendungen für Ueberstunden und Spesenpauschalien für die Beamtengruppe seit Jahr und Tag gleich hoch geblieben sind, obwohl auch dafür ähnliche Ersparungsmöglichkeiten bestehen wie bei den übrigen Nebengebühren. Der Rechnungshof gibt Beispiele für die Berechtigung der Massnahmen zur Entlastung des Personalaufwandes durch Anführung der Monatszahlung einzelner Kategorien von Bediensteten.

Bei den in Verwendung stehenden Personenautos wird darauf verwiesen, dass zwar die Anzahl sich um 2 verringert habe, die Kosten aber trotzdem

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

gestiegen sind. Der hohe Kilometerpreis sei zweifellos auf lange Stehzeiten infolge ungenügender Ausnützung zurückzuführen und es erscheint deshalb der vorgenommene Abbau noch unzureichend. Die Direktion der Strassenbahn klärt diese Bemängelung dahin auf, dass die langen Stehzeiten bei einem Verkehrsbetrieb unvermeidlich sind, weil die Unfälle und Störungen einen unausgesetzten Bereitschaftsdienst mit verhältnismässig nicht grosser Beanspruchung notwendig machen. Uebrigens hat das Unternehmen seither neuerlich einen Personenkraftwagen ausser Stand gebracht und nimmt den Abbau eines weiteren in Aussicht, sodass dann die Hälfte des seinerzeitigen Standes erreicht sein wird.

Der Rechnungshof hebt hervor, dass im unerfreulichen Gegensatz zu den günstigen Resultaten auf dem Gebiet der Ausgabenwirtschaft die Einnahmegerbarung steht. "Es ist zu beklagen, dass die aner kennenswerten Anstrengungen der Geschäftsleitung, durch weitestgehende Sparsamkeit und durch Rationalisierung der Betriebsführung eine Besserung der Wirtschaftslage des Unternehmens herbeizuführen, immer wieder durch den steten Frequenzrückgang vereitelt werden." Angesichts dessen stellt der Rechnungshof eine Aenderung der dermaligen Tarifpolitik zur Erörterung. Der Einheitstarif hat, rein manipulativ besehen, seine Vorteile. Doch bestehe kein Zweifel, dass er insoferne zu dem Frequenzrückgange mit beitrage, als sich jener Teil der Bevölkerung, für den die Benützung der Strassenbahn für kürzere Strecken vorwiegend in Betracht kommt, wegen des hiefür unverhältnismässig hohen Fahrpreises von dieser Verkehrsmöglichkeit immer mehr abwende. Diese sogenannten Kurzfahrer zurückzugewinnen, wäre ein Mittel, die Frequenz zu heben. Es müsste allerdings der Einnahmefall durch die Ueberwanderung der gegenwärtigen Kurz- und Mittelstreckenfahrer auf den Kurzstreckenschein durch eine Erhöhung der Langstreckenkarte wettgemacht werden. Durch diese Umgestaltung des Tarifes würde auch die den allgemeinen tarifpolitischen und wirtschaftlichen Grundsätzen widersprechende Einrichtung beseitigt erscheinen, wonach das Unternehmen für die kleinste Fahrleistung das gleiche Entgelt fordert wie für die grösste.

Zu dieser vom Rechnungshof aufgeworfenen sehr wichtigen und interessanten Frage nimmt die Strassenbahn mit folgenden Darlegungen Stellung: Das Problem der Gewinnung der Kurzfahrer beschäftigt seit Jahren alle Verkehrsunternehmungen, nicht nur die Strassenbahnen, sondern auch die Eisenbahnen. Bekanntlich hat ein Zonentarif in Wien viele Jahre hindurch bestanden. Er ist auch nicht bloss durch den Einheitstarif ersetzt worden, sondern es ist zu beachten, dass ein früher niemals bestandenes Begünstigungssystem für eine ganze Reihe von Fahrten geschaffen worden ist, so beispielsweise die Wochenkarten, die Hin- und Rückfahrtscheine, die Vorverkaufsscheine u.s.w., dass aber vor allem anderen bei den in der Preisgestaltung ^{besonders} bevorzugten Streckenkarten das Zonensystem in drei Staffeln enthalten ist und daher den Kurzfahrern für im Voraus bestimmte Strecken die Möglichkeit zu so billigen Fahrten bietet, wie sie durch einen Zonentarif selbst nicht geschaffen werden könnte. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Wiener Bevölkerung nicht von vorneherein in Kurzfahrer und Langfahrer zerfällt und dass also dieser Einheitstarif, der bei vielen kurzen Fahrten als ein Nachteil empfunden werden mag, für dieselben Personen bei anderen Gelegenheiten wieder einen Vorteil

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

17. Bl.

darstellt. Entscheidend ist aber die Frage, ob das Unternehmen bei Einführung des Zonentarifes finanziell günstigere Erfolge erzielen könnte, da ja der Rechnungshof bei seiner Anregung von der derzeit unbefriedigenden Finanzlage der Strassenbahnen ausgeht. Dazu sei folgendes bemerkt:

Aus der Friedenszeit liegt infolge des damals geltenden Zonentarifes eine verlässliche Statistik über das Verhältnis zwischen Kurzfahrern und Langfahrern vor. Damals waren rund 40 % Kurzfahrer. Gegenwärtig fehlt eine Statistik. Da aber die heutige Gesamtfrequenz trotz der Wirtschaftskrise noch immer wesentlich höher ist als im Jahre 1913 bei einer grösseren Bevölkerungszahl Wiens, so kann man wohl annehmen, dass die Schichten der Kurzfahrer noch immer, wenn auch nicht in gleichem, so doch in sehr erheblichem Masse, die Strassenbahn benützen. Geht man davon aus, dass der Preis eines Kurzstrecken-Fahrscheines, um einen wirklichen Anreiz zu bieten, nicht höher als 20 Groschen sein dürfte, so ist schon eine sehr wesentliche Erhöhung der Zahl der Kurzfahrer erforderlich, um nur den durch die Herabsetzung des Tarifes bewirkten Entgang an Einnahmen wettzumachen. Dazu kommt aber noch, dass ein solcher Zonentarif erfahrungsgemäss auch viele Langfahrer dazu verlockt, gewisse Strecken zu Fuss zurückzulegen, um mit der billigeren Zonenkarte auszukommen. Daraus würde sich für die Strassenbahn ein weiterer namhafter Entfall an Einnahmen ergeben, der gleichfalls nur durch eine Frequenzsteigerung ausgeglichen werden könnte. Ein derartiger Zustrom ist aber in dieser Wirtschaftskrise und insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Frequenz der Strassenbahn noch immer um 60 % höher ist als im Jahre 1913, nach Ansicht der Direktion nicht zu erwarten. Es bliebe also nur der Ausweg übrig, auf den auch der Rechnungshof hindeutet, nämlich gleichzeitig mit der Einführung des Zonentarifes den Preis der Normalkarte von 32 Groschen zu erhöhen. Es würde sich in Zusammenhang damit aber gewiss auch bei den derzeit begünstigten Kartenkategorien eine Erhöhung als notwendig erweisen, weil sich sonst wieder Abwanderungen zu diesen Kategorien vollziehen und die Einnahmen schmälern. Unter den herrschenden Wirtschaftsverhältnissen muss von jeder Steigerung des Tarifes eine sehr ungünstige Wirkung auf die Benützung der Strassenbahn befürchtet werden. Wie Tariferhöhungen in Krisenzeiten wirken, zeigt das Beispiel der deutschen Verkehrsunternehmungen. Der dort eingetretene Fahrgastabfall von durchschnittlich 50 % ist zum Teil zweifellos auf die während der Krise vorgenommenen Tarifsteigerungen zurückzuführen. Selbst die später mit Notverordnung angeordnete Ermässigung des Fahrpreises brachte keine nennenswerte Rückgewinnung der einmal abgewanderten Fahrgäste. Die sehr wichtige soziale Seite des Problems bedarf einer besonderen Würdigung. Wird die Frage aber zunächst nur vom Standpunkt der Erzielung höherer Einnahmen betrachtet, so glaubt die Verwaltung, dass die Einführung eines Zonentarifes, die unbestrittenermassen nur gleichzeitig mit einer Erhöhung der derzeit geltenden Tarife geschehen könnte, nicht zielführend ist.

Ferner verweist der Rechnungshof darauf, dass eine Rentabilität des Autobusbetriebes in der bestehenden Form kaum zu gewärtigen ist. In den starken Verkehrsjahren sollte er eine Entlastung der Strassenbahn bilden, bedeutet aber bei dem gegenwärtigen Frequenzrückgang auf allen

578

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

18. Bl.

Wien, am

Strecken, die gleichzeitig auch von der Strassenbahn befahren werden, im Gründe genommen nichts anderes als eine selbst geschaffene Konkurrenz. Streng wirtschaftlich betrachtet sollte daher der Autobusbetrieb auf den fraglichen Linien eingestellt werden und nur auf die Innere Stadt beschränkt bleiben, wobei jedoch gesagt werden kann, dass die Beibehaltung des gegenwärtig geltenden 10 Groschen-Zonentarifes ein Verlustgeschäft bedeuten würde. Die Direktion antwortet darauf: "Das Unternehmen kann eine Auflassung der schon stark eingelebten Autobuslinien nicht empfehlen, zumal die Einstellung des Betriebes nur verhältnismässig bescheidene Ersparnisse bringen könnte, weil - ganz abgesehen von der grossen Schwierigkeit eines Personalabbaues - wichtige Lasten, wie die ganze Gebäudeerhaltung, ein Teil der Wageninstandhaltung und der gesamte Kapitalsdienst unverändert bleiben. Es würde überdies nur ein Teil der Autobusfahrgäste zur Strassenbahn zurückkehren, ein anderer Teil aber, der den Autobus aus Bequemlichkeitsgründen benützt, verloren gehen. Der ausserhalb der Inneren Stadt geführte Autobusbetrieb stellt für viele Bezirke kurze und direkte Verbindungen mit dem Stadtzentrum und mit entfernt liegenden Bezirken her, die mit der Strassenbahn nur auf Umwegen erreichbar sind. Die Einstellung würde also Teile der Bevölkerung schwer treffen, ohne dem Unternehmen wirklich nennenswerte Vorteile zu bringen."

Schlusswort.

Der Gesamtbericht schliesst mit den folgenden Worten des Präsidenten des Rechnungshofes: "Das Entgegenkommen, das viele Anregungen und Vorschläge des Rechnungshofes/^{bisher} bei der Gemeinde Wien gefunden haben, berechtigt mich zu der Annahme, dass auch der vorstehende Bericht wieder zu einem die Vorteile des Gemeindehaushaltes fördernden Ausbau der Gemeindeverwaltung beitragen wird. Dass aber solche Anregungen und Vorschläge erstattet werden können, ist nicht zuletzt der bereitwilligen Unterstützung der Beauftragten und der sonst zur Auskunfterteilung herangezogenen Beamten des Verwaltungs- und Rechnungsdienstes der Gemeinde Wien zuzuschreiben, die den Vertretern des Rechnungshofes abermals bei der Durchführung ihrer Kontrollaufgaben zuteil wurde. Ich gestatte mir daher die Bitte, der Gemeinderat möge allen diesen Funktionären den besten Dank des Rechnungshofes zum Ausdrucke bringen.

.....

Das Kontrollamt nimmt zu den vom Rechnungshof aufgeworfenen allgemeinen Fragen Stellung und gibt seinen Standpunkt zu der Neuordnung des Buchhaltungs- und Rechnungsdienstes, der Interimsgebarung, dem Aufbau des Voranschlags, der Bestreitung von Sachauslagen geringfügiger Art und der Schaffung einer Haushaltsordnung bekannt. Dieselben Angelegenheiten sind übrigens auch im Eigenbericht des Kontrollamtes vielfach behandelt.

579

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

304

Wien, am 10. November 1932

Auftreten der San Jose Schildlaus in Oesterreich.

Eine Aktion der Gemeinde Wien zugunsten der Kleingärtner und Siedler.

Der gefährlichste aller Obstbaumschädlinge ist die San Jose Schildlaus, die infolge ihrer ungeheuren Vermehrungsfähigkeit in wenigen Jahren den gesamten Obstbau ganzer Länder vernichten kann. Bisher ist diese Schildlaus nur in Ländern mit wärmerem Klima in stärke Masse aufgetreten. Nun aber ist sie im Vorjahre zum erstenmal in Wiener Kleingärten festgestellt worden, wohin sie durch in Südungarn angekaufte Obstbäume eingeschleppt worden war.

Im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Pflanzenschutz ist damals von der Gemeinde Wien sofort eine energische Bekämpfungsaktion eingeleitet worden. Da die in den ersten Stadien der Entwicklung mit freiem Auge nicht sichtbaren Läuse erfahrungsgemäss gegen alle bisher angewendeten Bekämpfungsmittel sehr widerstandsfähig sind, kommt als einzig sichere Bekämpfungsmethode nur die Vernichtung der befallenen Bäume und die absolute Sperre des betroffenen Grundstückes in Betracht. Es wurden daher im Vorjahre bereits über tausend befallene Obstbäume vernichtet. Trotzdem zeigen sich immer wieder neue Herde, die unbedingt vernichtet werden müssen, um eine

für den gesamten österreichischen Obstbau sehr ernste Gefahr zu beseitigen. Die allein in Betracht kommende radikale Bekämpfungsmethode, nämlich die Vernichtung der befallenen Obstbäume, bedeutet aber, namentlich für den Kleingärtner, ein sehr schweres Opfer, da oft eine grosse Anzahl im besten Ertrag stehender Obstbäume vernichtet werden muss.

Um den Kleingärtnern dieses schwere Opfer zu erleichtern, hat die Gemeinde Wien beschlossen, allen Kleingärtnern und Siedlern, die das Auftreten der San Jose Schildlaus in ihren Gärten zur Anzeige bringen, die Bäume, die vernichtet werden müssen, zu ersetzen.

Die Gemeindeverwaltung erwartet, dass durch diese Aktion alle Kleingärtner und Siedler zur tatkräftigen Mitarbeit bei der Bekämpfung des furchtbaren Schädlings angeeifert werden und es durch das verständnisvolle Zusammenwirken von Behörden und Gartenbesitzern gelingen wird, die dem österreichischen Obstbau drohende Gefahr abzuwenden.

Strassenbahnfahrpreis am Staatsfeiertag.

Am Staatsfeiertag gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Jugendfürsorgefahrtscheine, Schüleranweisungen und Schülerfreikarten haben keine Gültigkeit. Der Autobusverkehr ist an diesem Tage eingestellt.

R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Franz Xaver Friedrich

304

II. Ausgabe.

Wien, am 9. November 1932.

Früherer Arbeitsbeginn in den Bäckereien am kommenden
Freitag gestattet.

Mit Rücksicht auf die Doppelfeiertage am 12. und 13. November hat das Amt der Wiener Landesregierung zur Ermöglichung der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Backwaren gestattet, dass am Freitag, den 11. November, die der Erzeugung von Backwaren dienende Arbeit ausnahmsweise bereits um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr früh, also um eine Stunde früher als sonst, aufgenommen werden dürfe. Die Arbeitszeit der bei der Erzeugung beschäftigten Arbeiter darf jedoch ohne Einrechnung der Arbeitspausen nicht mehr als 10 Stunden innerhalb 24 Stunden betragen; die Entlohnung der Nachtarbeit und der die achtstündige Arbeitszeit überschreitenden Ueberstundenarbeit ist mindestens um die Hälfte höher zu bemessen als die auf die normale Arbeitszeit entfallende Entlohnung. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr dürfen auch am kommenden Freitag nicht vor $\frac{1}{2}$ 5 Uhr früh zur Arbeit herangezogen werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

305

Wien, am 11. November 1932

Geehrte Redaktion!

Die Geschäftsleitung des Deutschösterreichischen Städtebundes ersucht um Veröffentlichung der nachstehenden Notiz in der morgigen Nummer Ihres Blattes. Gleichzeitig übermitteln wir Ihnen eine Einladung zum Städtetag und bitten um Entsendung eines Berichterstatters.

*

Der Städtetag.

Die ordentliche Hauptversammlung des Deutschösterreichischen Städtebundes ist bekanntlich für Samstag, den 19. November, nach Wien einberufen worden. Diese wichtige Tagung wird im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates abgehalten. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Finanzsorgen der Gemeinden und die Vorkehrungen der Gemeinden zur Unterstützung der durch die Wirtschaftskrise in besondere Notlage geratenen Bevölkerungsschichten während des Winters. Für die Beratungen des Städtetages zeigt sich bereits ein überaus grosses Interesse; die fortgesetzt einlaufenden Anmeldungen von Delegierten lassen eine starke Beteiligung am Städtetag erwarten. Es werden nicht nur alle Landeshauptstädte, Statutarstädte und Grossgemeinden, sondern auch sehr viele kleinere Gemeinden Oesterreichs vertreten sein.

.....
Eine grosse Spende der "Wök" für die Kinderausspeisung.

Die Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft m. b. H. hat an Bürgermeister Seitz ein Schreiben gerichtet, in dem sie mitteilt, dass der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Unternehmung, veranlasst durch die Schwere der Zeit und eingedenk des gemeinnützigen Zweckes der "Wök", beschlossen haben, für die Kinderausspeisung 100.000 Speiseportionen zu spenden. Die Speiseportionen sollen in der Weise verabreicht werden, dass ab 1. Dezember an jedem Werktag dem städtischen Wohlfahrtsamt 500 Portionen zur Verfügung gestellt werden. Die Spende der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft ermöglicht einen weiteren Ausbau der Fürsorgeaktionen der Gemeinde Wien, insbesondere der bereits seit Jahren bestehenden Kinderausspeisung. Jede Erweiterung der Fürsorgetätigkeit in dieser Zeit drückender Wirtschaftskrise ist besonders zu begrüssen; so wird auch die grosse Spende der "Wök" in dem kommenden Notwinter eine wertvolle Unterstützung der gesamten Fürsorgetätigkeit sein.

.....
Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Josef und Josefa Blaschke, Thomas und Anna Eckl, Johann und Rosina Fiala, Johann und Marie Goreczka, Karl und Marie Mayer, Franz und Antonia Polak, Eduard und Emma Reinhart und Dominik und Leopoldine Schwara das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am 11. November 1932

Kein Parteienverkehr im Wohnungsamt.

Am Dienstag, den 15. November (Feiertag), findet im städtischen Wohnungsamt kein Parteienverkehr statt.

Eine Laveran-Gasse in Wien, Hietzing.

Strassenbenennung nach dem Entdecker des Malariaerregers.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates Beisser beschlossen, die zwischen der Schurzgasse und dem Platz "Am Rosenhügel" in Hietzing parallel zur Atzgersdorferstrasse führende, bisher noch unbekannte Gasse nach dem Entdecker des Malariaerregers Charles Laveran "Laverangasse" zu benennen. Die Erläuterungstafel wird folgende Aufschrift tragen: "Charles Laveran (1845-1922), Entdecker des Malariaerregers, Nobelpreisträger".

Verlegung der "Best".

Die "Best" (Beratungsstelle für Inneneinrichtung des Oesterreichischen Verbandes für Wohnungsreform) und die **damit** verbundene Dauerausstellung von Einrichtungs-^{ständen} gogon- werden auf Grund eines Uebereinkommens mit der Wiener Messe A.G. in den Messepalast verlegt. Der Betrieb in den gegenwärtigen Räumen in der Heiligenstädterstrasse 82 wird daher mit 15. November eingestellt. Die Eröffnung der "Best" im Messepalast wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Strassenbahnfahrpreis am 15. November.

Am Dienstag, den 15. November (Feiertag), gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahrtscheine haben daher keine Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten gelten für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an. Hingegen haben die Schüleranweisungen keine Gültigkeit.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Meidling die Koflergasse, Fokygasse und die Murlingergasse von der Fokygasse bis zur Malfattigasse und in Hernals die Behringgasse und der Frauenfelderplatz mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

Änderung der Fernsprechnummer der Magistrats-Abteilung 51.

Die Magistrats-Abteilung 51 (Statistik), Pressgasse 24, ist nunmehr nur unter der Nummer A 30-4-70 fernmündlich zu erreichen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

306

Wien, am 14. November 1932

Die Scharlach- und Diphtherieerkrankungen in Wien.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien teilt mit, dass im vergangenen Oktober 444 Anzeigen über Scharlachkrankungen und 437 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen erstattet worden sind. Im Vergleich mit den drei letzten Jahren ist erfreulicherweise ein Rückgang der Zahl der Scharlachkrankungen und im geringeren Masse auch der Zahl der Diphtherieerkrankungen festzustellen, da im Oktober 1929 959 Scharlach- und 503 Diphtherieerkrankungen, im Oktober 1930 545 Scharlach- und 463 Diphtherieerkrankungen und im Oktober 1931 498 Scharlach- und 451 Diphtherieerkrankungen dem Gesundheitsamt gemeldet worden waren.

Ehejubiläum im Lainzer Versorgungsheim.

Am 12. November jährte sich zum fünfzigstenmal der Hochzeitstag des Ehepaares Franz und Marie Sejnoha, das sich seit dem Jahre 1929 in Pflege der Gemeinde Wien im Lainzer Versorgungsheim befindet. Zu Ehren des goldenen Hochzeitspaares fand gestern, Sonntag, im Festsaal der Anstalt eine Feier statt, bei der in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay nach einer herzlichen Ansprache an das Jubelpaar diesem die Ehrengabe der Stadt Wien überreichte. Auch die Pfleglinge der Anstalt überbrachten dem goldenen Hochzeitspaar ein Ehrengeschenk. Franz Sejnoha, ein Schuhmacher, steht im 76. Lebensjahr, seine Frau ist 82 Jahre alt; der Ehe entsprossen zwei Töchter.

Strassenbahnfahrpreis am 15. November.

Morgen, Dienstag (Feiertag), gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Werktagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahrtscheine haben daher Gültigkeit. Die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten gelten für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an. Hingegen haben die Schüleranweisungen keine Gültigkeit.

Kein Parteienverkehr im Wohnungsamt.

Morgen, Dienstag (Feiertag), findet im städtischen Wohnungsamt kein Parteienverkehr statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Währing.

Die Bezirksvertretung Währing tritt übermorgen, Mittwoch, zu einer Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am ³⁰⁷ 16. November 1932

Die städtischen Unternehmungen in der Wirtschaftskrise.

Ein Bericht über die wichtigsten Geschäftsfälle im dritten Quartal des heurigen Jahres.

Nunmehr haben die Wiener städtischen Unternehmungen dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen den Bericht über die wichtigsten Geschäftsfälle im dritten Quartal des heurigen Jahres vorgelegt. Wieder zeigt sich in dem Bericht, wie sehr die Wirtschaftskrise zu Konsumsenkungen zwingt. Wenn man die Ergebnisse des dritten Quartals des heurigen Jahres mit den Ergebnissen des gleichen Zeitabschnittes des Vorjahres vergleicht, so kann man fast überall Senkungen des Konsums feststellen. Nur bei einzelnen Betriebszweigen zeigen sich Konsumsteigerungen. Es ist selbstverständlich, dass in einer Zeit ungeheurer Arbeitslosigkeit und schwerster wirtschaftlicher Notlage alle Ausgaben auf das allernotwendigste Mass eingeschränkt werden; diese Einschränkungen im einzelnen Haushalt erklären die Rückgänge im Gesamtkonsum.

Die städtischen Gaswerke haben in der Berichtszeit insgesamt 58,910.350 Kubikmeter Gas abgegeben; da in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres 64,288.194 Kubikmeter Gas abgegeben worden waren, ist somit der Gasverbrauch um 8¹/₄ v. H. gesunken. Die Zahl der neuen Zuleitungen für Gasabnehmer ist gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres auch zurückgegangen; der Bericht führt für das dritte Quartal des heurigen Jahres 489 neue Zuleitungen gegenüber 640 neuen Zuleitungen in der gleichen Zeit des Vorjahres an. Während im dritten Quartal des Vorjahres 6.583 neue Gasmesseranschlüsse durchgeführt worden waren, wurden im dritten Vierteljahr des heurigen Jahres bloss 4.186 Anschlüsse durchgeführt. Am 30. September 1932 standen 505.599 Gasmesser gegenüber 492.794 am 30. September 1931 in Verwendung. Es ist daher die Zahl der in Verwendung stehenden Gasmesser um 12.805 gestiegen. Auch beim Verkauf von Gasgeräten zeigt sich eine Senkung; im dritten Quartal des Vorjahres waren 1.997 Gasgeräte verkauft worden, während in der Berichtszeit nur 1.599 Gasgeräte verkauft wurden. Beim Verkauf von Koksöfen ist im Vergleich zum Vorjahre die Senkung noch grösser; im dritten Quartal des Vorjahres waren 1.847 Koksöfen verkauft worden, während in der Berichtszeit nur 478 Öfen verkauft wurden. Der Koksverkauf der städtischen Gaswerke ist im Vergleich zum Vorjahre ebenfalls zurückgegangen; es wurden nämlich in der Berichtszeit 745.589 Zentner Koks gegenüber 848.481 Zentnern in der gleichen Zeit des vorigen Jahres verkauft. Im dritten Vierteljahr 1931 waren 14.547 Zentner Benzolkohlenwasserstoffe, 93.589 Zentner Teer und 3.428 Zentner Ammoniak worden; in der gleichen Zeit des heurigen Jahres weist der Bericht den Verkauf von 21.613 Zentnern Benzolkohlenwasserstoffen, 95.685 Zentnern Teer und 3.336 Zentnern Ammoniak aus. Es ist also beim Verkauf von Benzolkohlenwasserstoffen und von Teer gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche Steigerung eingetreten. Am 30. September 1932 standen 18.043 Gasflammen der öffentlichen Strassenbeleuchtung in Betrieb; am 30. September 1931 waren es noch 19.225. Die Verminderung ist auf die stetige Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung zurückzuführen.

Aus dem Bericht der städtischen Elektrizitätswerke ergibt sich bei der Summe der Stromerzeugung der Kraftwerke und des Fremdstrombezuges gegenüber dem dritten Vierteljahr des vergangenen Jahres eine Senkung um 8 Prozent, nämlich von 119,242.904 Kilowattstunden auf 109,686.295 Kilowattstunden. Der Strombedarf der Strassenbahnen und der Stadtbahn ist gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 11 Prozent, der der übrigen Bahnen um 9 Prozent und der Strombedarf für die allgemeine Licht- und Kraftabgabe um 8 Prozent zurückgegangen; nur die öffentliche Beleuchtung hatte

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am _____

einen erhöhten Strombedarf, nämlich eine Steigerung um 4 Prozent zu verzeichnen. Im dritten Quartal des vorigen Jahres hatten Strassenbahnen und Stadtbahn 32,516.886 Kilowattstunden und die übrigen Bahnen 1,824.773 Kilowattstunden Strom von den städtischen Elektrizitätswerken bezogen. Die Stromabgabe für die öffentliche Beleuchtung hatte 4,786.028, die allgemeine Licht- und Kraftabgabe 80,115.217 Kilowattstunden betragen. Im dritten Vierteljahr des heurigen Jahres wurden an Strassenbahnen und Stadtbahn 28,936.000 Kilowattstunden, an die übrigen Bahnen 1,668.000 Kilowattstunden, für die öffentliche Beleuchtung 4,993.000 Kilowattstunden und bei der allgemeinen Licht- und Kraftabgabe 74,089.295 Kilowattstunden abgegeben. Die öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung wurde in der Berichtszeit um 422 Lampen mit 84 Kilowatt und mehr als 9'5 Kilometer Strassenlänge vermehrt. Im dritten Quartal des heurigen Jahres wuchsen 3.981 Hausanschlüsse zu, deren Anschlusswert 4.136 Kilowatt beträgt. Insgesamt haben am 30. September des heurigen Jahres 657.021 Anlagen Strom von den städtischen Elektrizitätswerken bezogen.

Der Bericht der städtischen Strassenbahnen weist gegenüber dem dritten Quartal des vergangenen Jahres fast durchwegs Abnahmen, nur im Nachtverkehr des Autobusbetriebes eine Steigerung auf. Strassenbahnen und Stadtbahn beförderten in der Berichtszeit 122,867.512 Fahrgäste, das sind um 9'2 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Im dritten Quartal des heurigen Jahres wurden insgesamt 96,447.222 Einzelfahrscheine, davon 56,425.835 durch die Schaffner und 40,021.387 im Vorverkauf, verkauft; gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres bedeutet das bei der Zahl der verkauften Einzelfahrscheine einen Rückgang um 8'1 Prozent, und zwar beim Schaffnerverkauf einen Rückgang um 10'9 Prozent und beim Vorverkauf einen Rückgang um 3'9 Prozent. Von den 122,867.512 beförderten Fahrgästen benützten 26,420.290 Zeitkarten; davon entfielen 16,636.643 auf Netzkarten und 9,783.647 auf Streckenkarten. Auch hiebei ergibt sich ein Rückgang um rund 13 Prozent. In der Berichtszeit standen bei Strassenbahnen und Stadtbahn täglich durchschnittlich 2635 Wagen in Betrieb; auf die Strassenbahn entfielen täglich durchschnittlich 2.404 Wagen - Abnahme gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres 4'2 Prozent-, auf die Stadtbahn 231 Wagen - Abnahme 7'2 Prozent. Auch die Zahl der Nutzkilometer der Personenwagen ist gegenüber dem dritten Quartal 1931 gesunken, und zwar bei Strassenbahnen und Stadtbahn zusammen um 7'6 Prozent, bei der Strassenbahn allein um 6'9 Prozent, bei der Stadtbahn um 12 Prozent. Die Zahl der Nutzkilometer in der Berichtszeit betrug insgesamt 34,092.844, wovon auf die Strassenbahn 29,382.408 und auf die Stadtbahn 4,710.436 Kilometer entfielen. Im Autobusbetrieb betrug in der Berichtszeit die Zahl der Nutzkilometer im Tagverkehr 778.265, um 8'1 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des Jahres 1931. Die Zahl der im Tagverkehr der Autobusse beförderten Personen zeigt gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres eine Abnahme um 9'1 Prozent; in der Berichtszeit wurden im Tagverkehr der Autobusse insgesamt 5,812.276 Personen befördert. Der Nachtverkehr der Autobusse weist gegenüber dem dritten Quartal 1931 bei der Zahl der Nutzkilometer eine Abnahme um 3 Prozent, jedoch bei der Zahl der beförderten Personen eine Zunahme um 7'2 Prozent aus. Insgesamt wurden in der Berichtszeit im Nachtverkehr der Autobusse bei 45.297 Nutzkilometern 220.250 Personen befördert.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Im Berichte des Brauhauses der Stadt Wien zeigt sich die bekannt Senkung des Bierkonsums. Der Biervertrieb senkte sich gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres von 88.598 Hektolitern auf 82.682 Hektoliter.

Die städtische Leichenbestattungsunternehmung weist in der Berichtszeit fast durchwegs Abnahmen und nur bei der Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse eine Zunahme auf. Im dritten Vierteljahr des heurigen Jahres wurden 2.271 vollbezahlte Bestattungen gegenüber 2.437 solchen Bestattungen im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres durchgeführt. Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse stieg von 343 im dritten Vierteljahr 1931 auf 385 in der Berichtszeit, die Zahl der Teilleistungen bei Leichenbegängnissen, die von anderen Unternehmungen durchgeführt wurden, sank von 1.875 auf 1.703.

Bei der städtischen Ankündigungsunternehmung ist der Gesamtumsatz im dritten Quartal des heurigen Jahres gegenüber demselben Zeitabschnitt des Vorjahres ebenfalls etwas zurückgegangen.

Die fünfundzwanzigste Turmuhr im städtischen Uhrenmuseum.

Vor einigen Tagen ist die fünfundzwanzigste Turmuhr im Uhrenmuseum der Stadt Wien aufgestellt worden. Sie befand sich früher in einem der Türme der Votivkirche, war schon seit langer Zeit unbrauchbar und wurde von der Turmuhrenfabrik Ing. Schauer dem Uhrenmuseum gespendet. Das alte grosse Räderwerk ist jetzt vollständig zusammengesetzt worden; die Uhr kann im Uhrenmuseum an den gewöhnlichen Besuchszeiten, jeden Dienstag, Mittwoch und Samstag um 10 Uhr, jeden Dienstag und Samstag übordie auch um 16 Uhr, während der üblichen Führungsvorträge ausser den 24 anderen verschiedenartigen uralten, oft geschichtlich interessanten Turmuhren besichtigt werden.

Durchführung von Bauarbeiten.

Trotz wiederholten durch die Tagesblätter veröffentlichten Warnungen, sich bei Bauten nur eines gewerbeberechtigten Fachmannes zu bedienen, werden häufig solche Arbeiten noch immer Unbefugten übergeben. Daraus entstehen dann für den Bauherren viele Unannehmlichkeiten und Schädigungen. Nicht nur, dass solche Bauten von der Behörde eingestellt werden und deren Fortsetzung untersagt wird, haben sich auch die Bauherren gemäss den gesetzlichen Bestimmungen einer strafbaren Handlung schuldig gemacht und werden mit Geldstrafen, im Nichteinbringungsfalle mit Arrest bestraft. Ueberdies aber haben die unbefugten Bauführer in vielen Fällen von ihren Auftraggebern hohe Anzahlungen erhalten, die nach Einstellung des Baues uneinbringlich sind. Es wird daher neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass zur Durchführung von Bauarbeiten nur ein hiezu berechtigter Bauführer heranzuziehen ist. Ob jemand eine Berechtigung zur Führung von Bauten besitzt, kann in den Bezirken I bis IX und XX, in der Magistrats-Abteilung 56, VIII., Friedrich Schmidtplatz 5, in den übrigen Bezirken in den betreffenden Bezirksbauamtsabteilungen erfragt werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

308

II. Ausgabe.

Wien, am 16. November 1932.

Der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931.

Der Wiener Stadtsenat begann heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931.

Stadtrat Breitner leitet die Verhandlung mit einem eingehenden Referat ein und führte unter anderem aus, dass der Rechnungsabschluss die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse widerspiegeln, die das Vorjahr gebracht habe. Es stehe überdies unter der heftigen Einwirkung der geänderten Abgabenteilung, die bekanntlich erst nach der Verabschiedung des Voranschlags durch den Gemeinderat erfolgt sei. Es sei daher nachträglich notwendig gewesen, durch einschneidende Sparmassnahmen ein Gegengewicht zu schaffen. Trotz den ausserordentlich ungünstigen Verhältnissen sei es möglich gewesen, den ursprünglichen Gebarungsabgang von rund 48 Millionen Schilling auf rund 38 Millionen Schilling herabzudrücken. Die Bedeckung liege in den Kassenbeständen und Guthaben der Gemeinde.

In der Generaldebatte führt Stadtrat Kunschak aus, der Rechnungsabschluss biete reichlich Anlass, an der Gemeindeverwaltung Kritik zu üben. Es sei erfreulich, dass der Gebarungsabgang um 10 Millionen Schilling herabgedrückt worden sei. Weniger erfreulich seien die einschneidenden Sparmassnahmen, von denen manche auf Gebieten gemacht worden seien, die für die Wirtschaft von grösster Bedeutung seien. So seien die Sparmassnahmen auf dem Gebiete des Wohnbaues sowohl für die Wohnungssuchenden als auch für das Baugewerbe von ungünstiger Einwirkung. Diese Art der Ersparung sei keinesfalls begrüssenswert. Der Redner bespricht die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und bemängelt, dass der Ertrag dieser Abgabe höher als der im Voranschlag ausgewiesene sei. Dies beweise nur die Rücksichtslosigkeit der Eintreibung dieser wirtschaftstötenden Abgabe. Die Hauspersonalabgabe zeige die ganze Sinnslosigkeit ihrer Konstruktion. Diese Abgabe habe zunächst den männlichen Hausgehilfen in Wien ausgetilgt; von welcher schädigenden Auswirkung sie auf die weiblichen Hausgehilfinnen sei, zeige die erschreckende Zahl weiblicher arbeitsloser Hausgehilfinnen. Es könne auch bei diesem Rechnungsabschluss wieder festgestellt werden, dass die Einwendungen der christlichsozialen Minderheit gegen den Voranschlag durch den Rechnungsabschluss immer bestätigt werden.

Stadtrat Frauenfeld bemerkt, die Gemeinde Wien habe sich Monopole geschaffen, über die andere Städte nicht verfügen. Bei den Einsparungen seien Unterschiede gemacht worden, die gegen das Interesse der Bevölkerung gerichtet seien. Die grosse Zahl der Gemeindeabgaben bedinge eine Verteuerung und in weiterer Folge eine Verbürokratisierung des Verwaltungsapparates. Der Redner stellt an den Referenten einige Anfragen und bemerkt am Schlüsse seiner Ausführungen, dass die Besprechung von Einzelheiten des Rechnungsabschlusses im Gemeinderat erfolgen werde.

Stadtrat Breitner erwidert in seinem Schlusswort, das Jahr 1931 sei eben ein Krisenjahr gewesen, dessen Auswirkungen selbstverständlich auch im städtischen Rechnungsabschluss zu finden seien. Die Einwendungen der Redner der Minderheit gegen die Hauspersonalabgabe treffen nicht zu; von einer Schädlichkeit dieser Abgabe könne keinesfalls gesprochen werden.

Damit ist die Generaldebatte über den gesamten Rechnungsabschluss und gleichzeitig die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen abgeschlossen. Die Positionen dieser Verwaltungsgruppe werden genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Stadtrat Speiser berichtet über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform. Er führt aus, dass die Zahl der aktiven Angestellten um 754 gesunken, die Zahl der Pensionsparteien um 320 gestiegen sei. Die Zahl der aktiven Angestellten habe am 31. Dezember des Vorjahres 23.452 betragen; ausserdem stehen 284 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten und 21 Rudolfinorinnen im Karolinen Kinderspital in Verwendung. Die Zahl der Pensionsparteien habe am 31. Dezember des Vorjahres 10.695 betragen.

Stadträtin Dr. Motzko bemerkt unter anderem, die Zahl der Lehrpersonen habe sich im letzten Verwaltungsjahr so sehr vermindert, dass ein geregelter Schulbetrieb sehr in Frage gestellt sei. Stadtrat Frauenfeld führt aus, die Ersparungen insbesondere bei den Remunerationen seien für eine grosse Zahl von Angestellten eine schwere Härte. Er verlangt Aufklärung, wieviel Lehrpersonen die Gemeinde Wien an den tschechischen Schulen unterhalte und ob die Gemeinde Wien in dieser Hinsicht über die Verpflichtung durch die Friedensverträge hinausgegangen sei. Der Aufwand für das Kontrollamt in der Höhe von einer halben Million Schilling erscheine sehr hoch; überdies dränge sich die Frage auf, ob neben der Kontrolle des Rechnungshofes die Kontrolle durch das Kontrollamt notwendig sei.

Auf die Bemerkung der Stadträtin Dr. Motzko hinsichtlich der Verringerung des Standes der Lehrpersonen erwidert Stadtrat Speiser, dass die Standesverminderung durch eine grössere Inanspruchnahme der Lehrer wettgemacht werde, die die Lehrer freiwillig auf sich genommen haben.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform werden genehmigt.

Stadtrat Weber berichtet über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen. Für Wohnungs- und Siedlungsbauten aus eigenen Mitteln der Gemeinde seien 90 Millionen Schilling und für Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 5'7 Millionen Schilling, zusammen 95'7 Millionen Schilling vorgesehen gewesen. Tatsächlich seien aber infolge der Sparnotwendigkeit nur 80'7 Millionen Schilling verausgabt worden. Die städtische Wohnhäuserverwaltung habe im vergangenen Jahr 5.814 Wohnungssuchende in Neubauten, 334 Wohnungssuchende in Siedlungswohnungen, 1.124 Wohnungswerber in alten städtischen Gebäuden und 2.529 Wohnungssuchende in Privathäusern untergebracht. Die untergebrachten 9.801 Parteien umfassen 33.748 Personen, darunter 10.142 Kinder.

Stadträtin Dr. Motzko führt aus, dass die Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnbaues am Ende ihrer Kraft angelangt sei. Stadtrat Frauenfeld bemerkt, die Wohnbaupolitik der Gemeinde sei durch die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt praktisch schon ad absurdum geführt worden. Auf der einen Seite gäbe es tausende Wohnungssuchende, die keine Wohnung bekommen können, auf der anderen Seite wieder stehen tausende Wohnungen leer, deren Beschaffung nur eine Geldfrage ist. Stadtrat Kunschak bespricht unter anderem die Notwendigkeit von Reparaturen an städtischen Neubauten und ersucht um Aufklärung, wie es mit der Bauaufsicht über die städtischen Wohnbauten bestellt sei.

In seinem Schlusswort führt Stadtrat Weber über die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt aus, dass die Gemeinde für Dinge, auf die sie keinen Einfluss habe, nicht verantwortlich gemacht werden könne. Man gebe uns ein Wohnungsnachweis-Gesetz, das den Hausbesitzer bei sonstiger Strafe verpflichtet, jede freiwerdende Wohnung sofort anzuzeigen, und ein Wohnungsanforderungsgesetz, das den Hausbesitzer zwingt, jede freiwerdende Wohnung an einen Wohnungsbedürftigen sofort zu vermieten, der beim städtischen Wohnungsamt in Vermerkung steht.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen werden genehmigt; ebenso nach kurzer Debatte die Positionen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 15 Uhr 30.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

309

Wien, am 17. November 1932

Geehrte Redaktion!

Uebermorgen, Samstag, um 16 Uhr findet im Journalistenzimmer des Rathauses (Präsidium, I. Stock) eine

P r e s s e k o n f e r e n z

über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933 statt.

Wir ersuchen, zu dieser Pressekonferenz einen Vertreter Ihres geschätzten Blattes zuverlässig zu entsenden.

.....

Die Wahlen in die Personalvertretungen, Vertrauensmänner- und Disziplinausschüsse bei den städtischen Strassenbahnen.

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen teilt mit:

Gestern, Mittwoch, fanden bei den Wiener städtischen Strassenbahnen die Wahlen in die Personalvertretung der Beamten, Beamtinnen, Kanzleigehilfen und Bediensteten statt.

Bei den Beamten, Beamtinnen und Kanzleigehilfen haben von 697 Wahlberechtigten 602, also 86'4 Prozent, abgestimmt; 97 Stimmzettel waren leer oder ungültig. Alle 505 gültigen Stimmen entfielen auf die Listen der "Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten der Gemeinde Wien". Gewählt wurden in sechs Standesgruppen insgesamt 30 Personalvertreter.

Bei den Bediensteten waren 14.404 **wahlberechtigt**, während im Jahre 1930 15.361 wahlberechtigt gewesen waren. Die Zahl der Wahlberechtigten ist also um 957 zurückgegangen. Zu besetzen waren 24 Mandate im Personalausschuss (1930 gleichfalls 24 Mandate), 166 Mandate in den Vertrauensmännerausschüssen der einzelnen Dienststellen (1930 - 172 Mandate) und 40 Mandate in den Disziplinausschüssen (1930 gleichfalls 40 Mandate). Das Wahlergebnis war:

Personalausschuss .

Abgestimmt haben 14.194 Bedienstete, das sind 98'5 Prozent der Wahlberechtigten. 13.340 Stimmen waren gültig, 854 **Stimmzettel** waren ungültig oder leer. **Auf** die Liste des "Freien Gewerkschaftsverbandes" entfielen 11.142 Stimmen (1930-10.388 Stimmen) und 23 Mandate (1930-22 Mandate), auf die Liste der "Organisation der Strassenbahner Wiens" 1.627 Stimmen (1930-2.395 Stimmen) und 1 Mandat (1930 - 2 Mandate), auf die Liste der "Gewerkschaft christlich-deutscher Verkehrsbediensteter Oesterreichs" 310 Stimmen (1930-895 Stimmen), kein Mandat (1930 ebenfalls kein Mandat), auf die Liste des Fachvereines "Kampf und Interessengemeinschaft der Strassenbahner Wiens" 261 Stimmen, kein Mandat (1930 nicht kandidiert).

Vertrauensmännerausschüsse.

Abgestimmt haben 14.191 Bedienstete, das sind 98'5 Prozent der Wahlberechtigten. 884 Stimmzettel waren ungültig oder leer, daher betrug die Zahl der gültigen Stimmen 13.307. Auf die Listen des "Freien Gewerkschaftsverbandes" entfielen 11.225 Stimmen (1930-11.018 Stimmen) und 148 Mandate (1930-143 Mandate), auf die Listen der "Organisation der Strassenbahner Wiens" 1.581 Stimmen (1930-2.317 Stimmen) und 16 Mandate (1930-24 Mandate), auf die Liste der "Gewerkschaft christlich-deutscher Verkehrsbediensteter Oesterreichs" 276 Stimmen (1930-919 Stimmen), kein Mandat (1930-5 Mandate), und auf die Liste des Fachvereines "Kampf und Interessengemeinschaft der Strassenbahner Wiens" 225 Stimmen und 2 Mandate (1930-nicht kandidiert).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

I. Blatt

Wien, am

Disziplinarausschüsse.

Zur Wahl der Disziplinarausschüsse waren 14.311 Bedienstete berechtigt; abgestimmt haben 14.106 Bedienstete, das sind 98,5 Prozent der Wahlberechtigten. 13.059 Stimmen waren gültig, 1.047 Stimmzettel ungültig oder leer. Von den gültigen Stimmen entfielen auf die Listen des "Freien Gewerkschaftsverbandes" 11.156 Stimmen (1930-11.012 Stimmen) und 40 Mandate (1930-40 Mandate), auf die Listen der "Organisation der Strassenbahner Wiens" 1.609 Stimmen (1930-2.348 Stimmen), kein Mandat (1930-ebenfalls kein Mandat) und auf die Listen des Fachvereines "Kampf und Interessengemeinschaft der Strassenbahner Wiens" 294 Stimmen, kein Mandat (1930-nicht kandidiert). Die "Gewerkschaft christlich-deutscher Verkehrsbediensteter Österreichs" hat für die Disziplinarausschüsse nicht kandidiert; 1930 erhielt sie 822 Stimmen, aber kein Mandat.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Hietzing tritt am Samstag, den 19. November, um 17 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 23. November, um 18 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

310

II. Ausgabe

Wien, am 17. November 1932.

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1931.

Die Verhandlungen über den städtischen Rechnungsabschluss für das Jahr 1931 wurden heute im Wiener Stadtsenat und im städtischen Finanzausschuss abgeschlossen.

Zur Beratung kamen in der heutigen Sitzung die Verwaltungsgruppen für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung, für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und für die städtischen Unternehmungen. Die Referate über die einzelnen Verwaltungsgruppen erstatteten die amtsführenden Stadträte Professor Dr. Tandler, Linder, Honay und Vizebürgermeister Emmerling. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Stadträte Frauenfeld, Kunschak und Dr. Alma Motzko und die Gemeinderäte Dr. Hanke und Dr. Zörnlaib beteiligten, wurde der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 genehmigt. Nach Verabschiedung des Rechnungsabschlusses nahmen der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss den Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Gemeinde Wien im Jahre 1931 zur Kenntnis.

Ueberreichung des Ehrenringes der Stadt Wien an Clemens Krauss.

Heute mittags überreichte Bürgermeister Seitz im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates dem Direktor der Wiener Staatsoper Professor Clemens Krauss den Ehrenring der Stadt Wien, den der Wiener Gemeinderat dem Künstler verliehen hat. Zu der feierlichen Ueberreichung des Ehrenringes hatten sich Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Breitner, Honay, Richter, Speiser und Professor Dr. Tandler, Präsident Glöckel, viele prominente Künstler Wiens, insbesondere Musiker und Sänger, Vertreter der künstlerischen Organisationen, Generalintendant Schneiderhan und andere eingefunden.

In seiner Ansprache führte Bürgermeister Seitz aus: "Wir haben uns zur Ueberreichung des Ehrenringes der Stadt Wien an Clemens Krauss zusammengefunden. Nur wenigen wird diese Ehrung zuteil. Wir wollen durch sie unserem Dank dafür Ausdruck geben, dass Direktor Krauss seine Kraft den Wiener Festwochen, vor allem dem musikalischen Wettbewerb gewidmet hat, den die Stadt Wien im vorigen Sommer veranstaltet hat und auch fernerhin zu veranstalten gedenkt. Das Komitee für diesen Wettbewerb, an dessen Spitze er steht, hat wahrlich keine leichte Aufgabe. Die Idee ist gewiss sehr schön, man könnte fast sagen poetisch, aber die Arbeit, die das Komitee zu leisten hat, ist nicht leicht. Nichts ist schwieriger, als Menschen zu werten, insbesondere auf dem Gebiete der Kunst. Aber die Mitglieder des Komitees und vor allem Professor Krauss können gewiss sein: Der Wettbewerb wird junge Talente anregen und auch der Stadt Wien nützen. Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, in der sich keine Stadt mehr als Zentrum einer grossen, weltumspannenden Industrie, als Zentrum des Welthandels bezeichnen kann, in der dank der unglückseligen Idee der Anarchie der Wirtschaft eigentlich jede Stadt nur mehr ein begrenztes Wirkungsgebiet hat, die Stadt Wien wenigstens als ein Zentrum in einem anderen Sinn, als ein Weltzentrum der Wissenschaft und der Kunst aufrechtzuerhalten. Bei aller gebotenen Bescheidenheit wäre es für Wien zu wenig, nur Zentrum eines kleinen Staates zu sein, Zentrum Oesterreichs. Wir haben ein reiches Erbe zu verwalten. Wien ist eine Stadt der Musikalität, eine Musikstadt, eine Stadt gewaltigen künstlerischen Schaffens. Von Generation zu Generation wird eine grosse Tradition erhalten; hoffentlich gelingt es auch uns, sie weiterzuführen über die traurige Zeit der Ebbe in der Wirt-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

schaft hinüber in eine bessere Zukunft."

Bürgermeister Seitz feierte dann den Künstler Clemens Krauss und würdigte dessen Tätigkeit und Verdienste als Direktor der Wiener Staatsoper. "Ein Kind dieser Stadt," sagte der Bürgermeister am Schlusse seiner Ansprache, "in ihr herangebildet, ist Clemens Krauss in die Heimat zurückgekehrt, um sich der Stadt und ihrer Musik zu widmen. Möge er den Ehrenring als Symbol der Verbundenheit mit seiner Vaterstadt tragen." (Grosser Beifall).

In bewegten Worten dankte Direktor Professor Clemens Krauss für die Anerkennung seiner Verdienste und für die ehrende Auszeichnung. Wenn der Bürgermeister auf die Schwierigkeiten seiner Stellung verwiesen habe, führte Direktor Krauss aus, so müsse er gestehen, dass sie nicht gering seien. Aber wenn Künstler miteinander arbeiten, dann überwinden sie jedes Hindernis. So werde es ihm gestützt auf das Vertrauen der Künstler immer gelingen, grosse, der Stadt Wien würdige künstlerische Leistungen zu vollbringen. "Ich betrachte mich als einen Wiener Musikanten und will es auch bleiben, unbeeinflusst von allen Richtungen und allen Strömungen der Zeit. Ich habe Wien nichts zu geben, was ich nicht von ihm erhalten hätte." (Lebhafter Beifall).

Namens des Wiener Festausschusses richtete dann Kommerzialrat ^{Dankesworte} Peniczek an Clemens Krauss für dessen Tätigkeit als Vorsitzender des Komitees des Wettbewerbes für Gesang und Violine und bat ihn, auch in der Zukunft sich dem Werk zur Verfügung zu stellen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

311

Wien, am 18. November 1932.

Eine Vorsprache der Kaffeesieder wegen der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.

Heute sprach der sogenannte Sechserausschuss des Gremiums der Kaffeehausbesitzer unter Führung des Vorstehers Kommerzialrates Ekgher und des Vorsteher-Stellvertreters Demmerer im Rathaus bei Präsidenten Dr. Danneberg vor. Die Abordnung ersuche ebenso wie vor einigen die Gastwirte um Erlassung der Nachzahlung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe für die Kaffeesieder. Präsident Dr. Danneberg verwies in seiner Antwort darauf, dass die Nachzahlungen für die Kaffeehäuser einen Betrag von mehr als 400.000 Schilling per Jahr ausmachen werden; der Verzicht auf diese Nachzahlungen falle daher angesichts der überaus schwierigen Finanzlage für die Gemeinde Wien schwer ins Gewicht. Er werde aber mit Rücksicht auf die Lage des Kaffeesiedergewerbes trotzdem den Antrag stellen, so wie bei den Gastwirten auch bei den Kaffeesiedern auf die Nachzahlungen der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe für die Jahre 1931 und 1932 zu verzichten und auch für 1933 von der Einhebung der Zuschläge Abstand zu nehmen.

Der Städtetag.

Morgen, Samstag, tritt um 10 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates der Städtetag, die ordentliche Hauptversammlung des Deutschösterreichischen Städtebundes, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen bekanntlich die Finanzsorgen der Gemeinden und die Vorkehrungen für die Winterhilfe der Ausgesteuerten. Nach den vorliegenden Anmeldungen wird die Beteiligung der Gemeinden sehr stark sein. Auch die Bundesregierung ist eingeladen worden. Finanzminister Dr. Weidenhoffer, an dessen Adresse die Forderungen der Gemeinden vor allem gerichtet sind, hat sein Erscheinen bereits zugesagt und wird gewiss auch Gelegenheit nehmen, vom Standpunkt der Regierung aus zu dem Gesamtproblem der kommunalen Finanzen Stellung zu nehmen.

Diamantene Hochzeit.

In der vorigen Woche feierte das Ehepaar Karl und Sophie Butz seine diamantene Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am Festtag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung des Jubelpaares; er würdigte in einer herzlichen Ansprache das Lebenswerk des diamantenen Hochzeitspaares und überreichte ihm sodann die Ehrengabe der Stadt Wien. Karl Butz, ein geborener Württemberger, war Tischlermeister und steht im 87. Lebensjahr; seine Frau ist 83 Jahre alt. Von den neun Kindern leben noch drei. Das Ehepaar erfreut sich in Meidling, wo es seit 64 Jahren wohnt, grösster Beliebtheit.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 312
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 19. November 1932.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1933.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1933 steht im Zeichen der andauerenden Wirtschaftskrise. Hatten schon die Verhältnisse in den Jahren 1931 und 1932 zu wesentlichen Einschränkungen geführt, so musste für das Jahr 1933, um das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt zu behaupten, auf diesem Wege fortgefahren werden. Da im Jahre 1931 die Kassenbestände im Wesentlichen aufgezehrt wurden und im Jahre 1932 ein ausgeglichenes Budget ohne Ueberschuss erstellt wurde, muss auch für das Jahr 1933 von vorneherein ein ausgeglichener Voranschlag vorbereitet werden. Die Gesamtsumme der Einnahmen ist mit 381,715.440 Schilling veranschlagt, die Summe der Ausgaben mit 383,399.090 Schilling, der verhältnismässig geringfügige Abgang von 1,683.650 Schilling beträgt weniger als 1/2 Prozent der Einnahmen, seine Bedeckung kann auf die, wenn auch geringfügigen Kassenbestände und auf die Guthaben der Gemeinde verwiesen werden. Ohne die buchmässigen Durchführungsposten, die den Verkehr von Gemeindestellen untereinander betreffen, betragen die kassenmässig wirksamen Einnahmen 358,236.850 Schilling (Rechnungsabschluss 1931: 391'7 Millionen Schilling, Voranschlag 1932: 374'4 Millionen Schilling), die Ausgaben 359,920.500 Schilling (Rechnungsabschluss 1931: 429'8 Millionen Schilling, Voranschlag 1932: 375'2 Millionen Schilling). Gegenüber dem Jahre 1929, das die höchsten Einnahmen brachte, weist das Jahr 1933 einen Einnahmerückgang von fast 100,000.000 Schilling auf, die Ausgaben sind ebenfalls um diesen grossen Betrag geringer geworden. Da die Personalausgaben gegenüber 1929 nur um knapp 4,000.000 Schilling zurückgegangen sind, mussten Einschränkungen auf anderen Gebieten gesucht werden. Das Wohlfahrtswesen ist davon unberührt geblieben. Die Bruttorausgaben auf diesem Gebiet sind für das Jahr 1933 mit derselben Summe veranschlagt, die im Jahre 1929 bei dem um 100,000.000 Schilling grösseren Budget ausgegeben worden ist. Die Investitionstätigkeit der Gemeinde musste erheblich verringert werden, obwohl sich niemand darüber täuscht, dass diese Verringerung schlechte Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hat. Immerhin sind auch im Voranschlag 1933 47.000.000 Schilling für wertvermehrende Anlagen und sonstige Herstellungen und Inventaranschaffungen eingestellt. Daneben bestehen noch Budgetposten im Betrage von mehr als 60 Millionen Schilling für eine Fülle anderer Ausgaben, wie Erhaltung von Gebäuden, von Kanälen, Wasserleitungsanlagen etc., die dem Arbeitsmarkt neue Beschäftigung zuführen. Ausserdem planen die städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 Investitionen im Betrage von 20'7 Millionen Schilling.

Zu den Einnahmen der Gemeinde tragen die eigenen Abgaben, die noch im Jahre 1931 182'9 Millionen Schilling betragen haben, für das Jahr 1933 166'4 Millionen Schilling bei. Die Bundesertragsanteile sind mit 84'9 Millionen Schilling eingesetzt. Auch dieser Betrag wird nur erreicht, weil gemäss der im Abgabenteilungsgesetz enthaltenen Garantiebestimmung der Gesamtbetrag nicht geringer sein darf als die für das Jahr 1923 verrechnete Summe, vermehrt um 30 Prozent. Die Präliminierung der eigenen Gemeindeabgaben ist sorgfältig auf Grund der Ergebnisse im Jahre 1931 und in den ersten drei Quartalen 1932 vorgenommen worden und ergibt folgendes Bild:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

| | Voranschlag 1933: | Erfolg des Jahres 1931: |
|--|-------------------|-------------------------|
| Grundsteuer..... | 480.000 S | 489.033 S |
| Wohnbausteuer..... | 47,000.000 " | 36,385.368 " |
| Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde..... | 2,400.000 " | 2,791.514 " |
| Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde..... | 1,800.000 " | 1,290.008 " |
| Fürsorgeabgabe..... | 55,000.000 " | 68,572.849 " |
| Lustbarkeitsabgabe..... | 13,500.000 " | 16,018.158 " |
| Nahrungs-oder Genussmittelabgabe.. | 7,000.000 " | 8,360.552 " |
| Fremdenzimmerabgabe..... | 2,400.000 " | 3,380.834 " |
| Wertzuwachsabgabe..... | 8,000.000 " | 8,506.897 " |
| Ankündigungsabgabe..... | 800.000 " | 824.068 " |
| Anzeigenabgabe..... | 2,300.000 " | 3,068.668 " |
| Hauspersonalabgabe..... | 1,100.000 " | 1,589.244 " |
| Pferdeabgabe..... | 27.000 " | 42.271 " |
| Hundeabgabe..... | 800.000 " | 850.606 " |
| Feuerversicherungsabgabe..... | 4,300.000 " | 3,787.398 " |
| Feilbietungsabgabe..... | 300.000 " | 366.176 " |
| Konzessionsabgabe..... | 450.000 " | 510.436 " |
| Verwaltungsabgabe und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens... | 980.000 " | 1,070.612 " |
| Wasserkraftabgabe..... | 4,200.000 " | 4,707.382 " |
| Bierabgabe: 6 S vom Hektoliter.. | 6,000.000 " | 8,130.181 " |
| Bierabgabe: 3'8 S vom Hektoliter. | 3,800.000 " | 5,153.760 " |
| Zuschlag zu den Immobiliargebühren..... | 2,960.000 " | 5,168.832 " |
| Zuschlag zum Gebührenäquivalente. | 515.000 " | .. |
| Zuschläge zu den Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten..... | 300.000 " | 326.057 " |

Hervorzuheben sind der Rückgang der Fürsorgeabgabe, in dem sich die wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie die Lohnverkürzungen spiegeln, und die Steigerung bei der Wohnbausteuer, die auf die seit 1. Februar 1932 wirksame Steuererhöhung zurückzuführen ist. Die Abgabe vom Verbrauch von Gas und elektrischem Strom wird wie bisher der "Wag" als zinsloses Dar-^{lehen} zugeführt. Die Kosten der Gemeindeanleihen, die im Voranschlag vorgesehen sind, finden in den Rückersätzen der städtischen Unternehmungen, denen diese Anleihen seinerzeit zugeflossen sind, volle Deckung. Das Brauhaus der Stadt Wien soll im Jahre 1933 einen Ueberschuss von 300.000 Schilling (1931: 703.276 Schilling), die städtische Ankündigungsunternehmung 110.000 Schilling (1931: 114.607 Schilling) und die städtische Leichenbestattung 172.000 Schilling abliefern. Aus den Ausgaben der Finanzverwaltung sind die Beträge für die Wiener Messe mit 60.000 Schilling (1931: 180.000 Schilling) und für die Fremdenverkehrskommission, die auch die Kahlenbergaktien erworben hat, mit 1,200.000 Schilling hervorzuheben. Für Subventionen sind insgesamt 922.000 Schilling vorgesehen. Für Empfänge wird, obwohl deren Unterlassung in mannigfaltiger Hinsicht nicht wünschenswert ist, so wie auch schon im Jahre 1932 kein Betrag eingesetzt. Die Kosten der ehemaligen Gemeinsamkeit mit Niederösterreich, die sich jährlich langsam verringern, sind mit 3,710.000 Schilling veranschlagt. Eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben ist im Voranschlag nicht mehr enthalten. Jede Mehrausgabe gegenüber dem Voranschlag wird also durch Verringerung anderer vorgesehener Ausgaben oder durch Mehreinnahmen Deckung finden müssen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Die Personalkosten der Gemeinde sind insgesamt mit 181'8 Millionen Schilling vorgesehen (Rechnungsabschluss 1931: 188'1 Millionen Schilling, Voranschlag 1932: 184'2 Millionen Schilling). Die Anzahl der aktiven Angestellten der Gemeinde betrug am 1. August 1932 einschliesslich 2082 Vertragsangestellter 24.015. Dazu kommen noch 10.852 Pensionsparteien. Die Angestellten der städtischen Unternehmungen sind hier nicht mitgerechnet.

Wohlfahrtswesen.

Die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen stehen im Voranschlag an erster Stelle. Sie betragen fast 30 Prozent der Gesamtausgaben der Gemeinde. (1926 noch 22 Prozent). Auch die absolute Höhe der Ausgaben auf diesem Gebiete ist/nur um ein Geringes zurückgegangen. Im Jahre 1931 sind für diesen Zweig der Gemeindetätigkeit insgesamt netto 100,247.715 Schilling ausgegeben worden. Darunter haben sich Investitionen von 6,983.062 Schilling befunden, so dass auf den eigentlichen Betrieb rund 93,264.653 Schilling entfallen sind. Für 1933 werden Investitionen nur im Ausmass von 113.000 Schilling vorgesehen. Bei einer für 1933 eingesetzten Nettoausgabe von 91,066.480 Schilling verbleiben daher für den laufenden Betrieb des Wohlfahrtswesens 90,953.480 Schilling. Die Differenz gegenüber 1931, 2,311.173 Schilling, erklärt sich zunächst aus der Verringerung/Ausserdem muss berücksichtigt werden, dass seit dem Jahre 1931 die Gemeindeverwaltung aus dem Bestreben, den Belag der grösseren Jugendanstalten vollkommen auszunützen, hingegen aber den Betrieb der kleineren Anstalten, die nur wenig rationell geführt werden können, zu schliessen, eine Reihe solcher Einrichtungen stillgelegt, andere wieder an verschiedene Institutionen zum Betrieb übergeben hat. Der bisherige Betrieb der Kinderheilanstalt San Pelagio, der im Jahre 1931 noch rund 362.000 Schilling an Sachaufwand erfordert hat, wird im Jahre 1933 wegen der gegebenen Verhältnisse gleichfalls nur mit einem geringen Pauschalbetrag bedacht, da die Absendung weiterer Transporte mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel vorläufig unterlassen werden muss.

Für die Kleinrentnerhilfe sind im Jahre 1931 wegen der in diesem Jahre auch für 1930 erforderlich gewesen Nachzahlung noch 3,687.305 Schilling aufgelaufen, während für den gleichen Zweck im Jahre 1933 nur mehr 1,712.000 Schilling vorzusehen war. Als Beitrag des Landes Wien zu den Notstands-aushilfen und Altersfürsorgerechten ergibt sich trotz der im August 1932 vom Nationalrat beschlossenen Herabsetzung der Beitragsleistung der Länder von 1/3 auf 1/6 des Aufwandes für das Jahr 1933 ein Betrag von 13,459.000 Schilling, während im Jahre 1931 ^{15,368.000} Schilling erforderlich waren. Der ersparte Betrag wird für ^{andere} Wohlfahrtszwecke verwendet, wie es ja auch in Zeiten grösster wirtschaftlicher Not selbstverständlich ist. Die Erhaltungsbeiträge für 43.000 Personen und Pflegegelder für etwa 40.000 Kinder, die Geld- und Sachaushilfen erreichen einen Betrag von 26'5 Millionen Schilling (1931: 24'8 Millionen Schilling). Ueberdies werden die Strassenbahn 31 Millionen Freifahrtscheine für Arbeitslose zur Verfügung stellen.

Die Nettoausgaben für die Versorgungshäuser sind mit 9'3 Millionen Schilling, die Ausgaben für das Obdachlosenheim mit 915.000 Schilling veranschlagt. Für Verpflegskosten in fremden Fürsorgeanstalten sind 488.000 Schilling vorgesehen, die Mutterberatungsstellen werden 323.000 Schilling erfordern, die Kindergärten und Horte mit der Ausspeisung bedürftiger Kinder 5,778.000 Schilling, die Ausspeisung in den Volksschulen 2,115.000 Schilling, die Säuglingswäsche für Neugeborene 440.000 Schilling. Die Jugendfürsorgeanstalten der Gemeinde sind mit dem Aufwand von 4'6 Millionen Schilling bedacht, ausserdem sind für die Unterbringung und Verpflegung von

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Kindern in fremden Fürsorgeanstalten Ausgaben von 1,789.000 Schilling in Aussicht genommen. Das Wiener Jugendhilfswerk wird wie alljährlich ungekürzt 200.000 Schilling für seine edlen Zwecke erhalten, die Aktion "Lehrlinge aufs Land" wie bisher mit 50.000 Schilling unterstützt werden. Für die Aktion "Jugend am Werk" sind 120.000 Schilling vorgesehen. Die Stipendien für Schüler verschiedener Lehranstalten sind nicht vermindert worden; 285.000 Schilling sind für diese Zwecke eingesetzt.

Auch die Ausgaben für das Gesundheitswesen sind sehr beträchtlich. Für die Krankenanstalten sind 6'9 Millionen Schilling bestimmt, denen Einnahmen von nur 3'1 Millionen Schilling gegenüberstehen. Die Anstalten für Geisteskranke verursachen 9'5 Millionen Schilling Ausgaben, denen bloss 2 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Für die Tuberkuloseheilstätten sollen 1'74 Millionen Schilling aufgewendet werden, von denen nur 204.000 Schilling wieder zurückfliessen. Für die Verpflegung von Wienern in anderen Krankenanstalten, Irrenanstalten und Tuberkuloseheilstätten sind ausserdem 3'45 Millionen Schilling vorgesehen. Für Arzneien, die an Arme abgegeben werden, sind 470.000 Schilling veranschlagt. Selbstverständlich werden die verschiedenen Beratungsstellen der Gemeinde (Beratungsstellen für Mütter, für Tuberkulose, für Geschlechtskranke, für Nerven- und Gemütskranke, für Trinker, für Geschwulstkranke, für Eheberatung etc) weitergeführt. Für Förderung des Sports und der Körperkultur sind 87.000 Schilling veranschlagt, für Gesundheitspflege in den Schulen (Schulzahnkliniken, Augenuntersuchungen etc) 522.000 Schilling. Das Berufsberatungsamt erfordert 69.000 Schilling, für die beiden Heusgehilfenheime werden 15.000 Schilling aufgewendet.

Trotz der Finanznot sollen eine neue Mutterberatungsstelle, zwei neue Kindergartenabteilungen und eine neue Schulzahnklinik im Jahre 1933 eröffnet werden.

Schulwesen.

Für das Schulwesen sind insgesamt 75'8 Millionen Schilling, mehr als ein Fünftel der gesamten Ausgaben der Gemeinde, vorgesehen. Im Sommer wird eine grosse Zahl von Schulhäusern einer gründlichen Reparatur unterzogen werden.

Wohnungswesen.

Der Wohnhausbau der Gemeinde musste schon im Jahre 1932 eine Einschränkung erfahren. Im Voranschlag für dieses Jahr sind 50,000.000 Schilling für diesen Zweck vorgesehen. Für das Jahr 1933 kann nur der Ertrag der Wohnbausteuer dafür Verwendung finden, aus dem auch die Kosten der Wohnbauanleihen und der Hypotheken für die mit Bundeswohnbauförderung gebauten Häuser und der für den Wohnhausbau erforderliche Personalaufwand bestritten werden müssen. Für die Bundeswohnbauförderungsbauten soll die Sparkassenhypothek von 9'7 Millionen Schilling, die 30 Prozent der Baukosten betragen, tatsächlich aufgenommen werden. Die Aufnahme war bereits im Voranschlag 1932 vorgesehen, konnte aber noch hinausgeschoben werden. Die Kosten für die zur Verbauung gelangenden Gründe sind nicht mit einbezogen, sondern werden aus den allgemeinen Gemeindemitteln gedeckt. Für eigentlichen Wohnhausbau kommen sonach 40'9 Millionen Schilling in Betracht. Es ist beabsichtigt, die 4.900 derzeit in Bau befindlichen Wohnungen im nächsten Jahr fertigzustellen und 4000 Wohnungen neu zu beginnen. Mit dem Betrag von 40,000.000 Schilling können bei sparsamer Bauweise alljährlich in Zukunft rund 4000 Wohnungen fertiggestellt werden. Bekanntlich gibt die Gemeinde Mietern in Althäusern, die infolge hoher Reparaturkosten mehr als den 400fachen Friedenszins zahlen müssen, Zuschüsse. Für diese ist ein Betrag von 900.000 Schilling (1931: 609.000 Schilling) vorgesehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Technische Angelegenheiten.

Beim Bäderbetrieb sind die Errichtung eines neuen Kinderfreibades mit einem Kostenaufwand von 85.000 Schilling und die Ausgestaltung zweier Sommerbäder vorgesehen.

Die Ausgaben für den Strassenbau bleiben zwar hinter den im Jahre 1931 hiefür verwendeten Mitteln (9¼ Millionen Schilling) zurück. Immerhin war es möglich, für das Jahr 1933 7 Millionen Schilling vorzusehen, in welchem Betrag auch die erste Rückzahlungsrate an die GESIBA für den von ihr zur Durchführung eines ausserordentlichen Strassenbauprogrammes eingeräumten Kredit von 6 Millionen Schilling enthalten ist.

Auch beim Betrieb Brücken- und Wasserbauten mussten die Ansätze zur Bestreitung des unabweislichen Sachaufwandes gegenüber 1932 um fast 150.000 Schilling erhöht werden. Für die Vorarbeiten für eine neue Rotundenbrücke ist ein Betrag von 10.000 Schilling eingesetzt. Die Beitragsleistung für die neue Reichsbrücke ist nicht im Vorschlag der Gemeinde selbst enthalten, da diese grosse Ausgabe die Strassenbahn trifft.

Für den Betrieb und die laufende Erhaltung der Wasserversorgungsanlagen sowie deren Ausgestaltung ist für das Jahr 1933 eine Summe von 3,046.000 Schilling vorgesehen:

Für den Betrieb und die laufende Erhaltung der Kanalisationsanlagen wurden 1,246.000 Schilling, für deren Ausgestaltung 370.000 Schilling vorgesehen.

Für die Fortsetzung der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung sollen auch im nächsten Jahr 750.000 Schilling aufgewendet werden. Der VI. und VII. Bezirk sind bereits fertig ausgebaut. Nach Durchführung des Programmes für 1933 werden auch die Bezirke IV, V, VIII und XIV ausschliesslich elektrisch beleuchtet sein. Die Elektrifizierung der Beleuchtung in den Bezirken IX, XV und XX wird zu 90 Prozent und die der Bezirke XVI, XVII und XVIII innerhalb der Vorortelinie nahezu vollständig durchgeführt sein.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

Die im Vorjahr unterbrochene Ausgestaltung der Großmarkthalle durch Neuherstellung der Brückenhalle und Fertigstellung der Ladestraße der Fleischhalle wird im Jahre 1933 fortgesetzt. Die Hälfte der noch erforderlichen Gesamtkosten (650.000 S) sind im Voranschlag sichergestellt.

Die Lagerhäuser haben nach wie vor unter den geänderten handelspolitischen Verhältnissen gegenüber der Vorkriegszeit zu leiden. Das steigende Getreidegeschäft und die Herabsetzung des Zinsfußes lassen aber erwarten, daß die Lagerhäuser im Jahre 1933 nicht nur ihre Betriebsausgaben einschließlich der Wertabschreibungen, sondern sogar auch noch einen Teil der Verzinsung der Gebarungsabgänge der früheren Betriebsjahre werden decken können.

Starke Einschränkungen werden bei den sachlichen Erfordernissen des Amtsbetriebes vorgenommen. Während für Kanzleierfordernisse im Jahre 1931 noch 719.501 S, für die Nachschaffung und Ausbesserung der Einrichtungsgegenstände 268.468 S und für Dienstkraftwagen 128.750 S aufgewendet wurden, ist für diese Zwecke im Jahre 1933 ein Betrag von 545.750 S, 140.870 S und 79.700 S eingesetzt.

Für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften wurden im Jahre 1931/3, ^{noch} 464.396 S verausgabt. Für das Jahr 1933 ist für diesen Zweck ein Betrag von 1.000.000 S veranschlagt.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Der Personalstand der Gemeindefeuerwehr wird in der Höhe des Jahres 1932, das ist mit 200 Mann beibehalten. Während für 1931 die Summe der Betriebsausgaben sich auf 2.184.638 S belief, macht der Gesamtaufwand für 1933 bloß 842.240 S aus. Bei der Feuerwehr werden trotz Sparmaßnahmen neue Geräte für rund 115.000 S angeschafft. Für Wahlangelegenheiten braucht für 1933 einschließlich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes bloß ein Betrag von 10.000 S gegenüber 480.000 S im Jahre 1932 vorgesehen werden. Die Subvention für Theater- und Musikaufführungen wurde in der Höhe des Jahres 1932 mit 20.000 S eingesetzt. Für die Förderung der Gegenwartskunst durch Ankäufe oder Ausführung von Kunstwerken ist außerhalb der Dotation der städtischen Sammlungen der namhafte Betrag von 75.000 S eingesetzt. Außerdem sind Kunstaufträge für Wohnhausbauten und bei der Friedhofsverwaltung vorgesehen.

Die städtischen Unternehmungen.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1933 sind auf Grund der Wahrnehmungen des laufenden Geschäftsjahres aufgebaut. Das Gaswerk schließt nach Abschreibungen von den Anlagewerten im Ausmaße von 10.370.000 S und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse im Betrage von 500.000 S mit einem Gebarungsüberschuß von 117.000 S. Für Investitionen sind 7.282.000 S veranschlagt, die ihre Bedeckung aus den Abschreibungsbeträgen und Kassabeständen finden.

Auch die Elektrizitätswerke präliminieren einen bescheidenen Gebarungsüberschuß nach Abschreibungen von 14.750.000 S und einer Rücklage für Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 500.000 S. Eine Rücklage von 5.500.000 S mußte mit Rücksicht auf die seinerzeitige Übernahme der Überlandzentrale vorgesehen werden. Die Elektrizitätswerke haben für Investitionen und Restzahlungen für Investitionen aus dem Vorjahre 8.540.000 S vorgesehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Die Straßenbahnen werden von der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur, von der wachsenden Arbeitslosigkeit am stärksten beeinflusst. Während die Einnahmen aus der Personenbeförderung von Straßenbahn und Stadtbahn im Jahre 1931 130,526.935'56 S ausmachten, werden für 1933 nur mehr 105,178.500 S erwartet, also eine Mindereinnahme von über 25,000.000 S. Im Vergleich zu den Betriebsrückgängen der reichsdeutschen Städte ist Wien allerdings noch immer gut daran, was wohl in erster Reihe auf die vielfachen Begünstigungen, wie Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochen- und stark ermäßigte Monatskarten, die den Verkehr beleben, zurückzuführen ist. Die angenommene Zahl der Fahrgäste im Jahre 1933 (477,000.000) wird noch immer um rund 154,000.000 höher sein als die im Jahre 1913 erreichte Beförderungszahl. Für Investitionen haben die Straßenbahnen 4,732.000 S vorgesehen.

Das Brauhaus, das selbstverständlich auch unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden hat, sieht einen Gebarungüberschuß von 300.000 S voraus und präliminiert für Investitionen 250.000 S.

Der voraussichtliche Gebarungüberschuß der Leichenbestattung beträgt 172.800 S, die Investitionen sind mit 87.000 S vorgesehen. Die städtische Ankündigungsunternehmung erwartet trotz der Ungunst der Zeit mit Rücksicht auf den unveränderten Reklamewert der gebotenen Ankündigungsmöglichkeiten einen Überschuß von 110.000 S, und zwar nach Dotierung aller notwendigen Rücklagen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Richtigstellung eines Irrtums:

Durch ein Versehen ist die Einnahmepost der Gruppe II.

Feuerversicherungsabgabe 4,300.000 Schilling

um 500.000 Schilling zu hoch; dagegen die

Wertzuwachsabgabe

um den gleichen Betrag zu niedrig eingesetzt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

313

II. Ausgabe.

Wien, am 19. November 1932

Die Finanzsorgen der österreichischen Gemeinden.

Der Städtetag im Wiener Rathaus.

Haute fand im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates unter **ungewöhnlich** starker Beteiligung der Gemeinden der Oesterreichische Städtetag statt. Auf dieser ausserordentlichen wichtigen Tagung des Oesterreichischen Städtebundes waren rund 80 Gemeinden mit mehr als 140 Delegierten vertreten. Als Vertreter der österreichischen Bundesregierung nahmen am Städtetag die Bundesminister Bachinger und Dr. Weidenhoffer, für den Verband der deutschen Verwaltungskörper der tschechoslowakischen Republik der Aussiger Bürgermeister Pölzl, ferner Vertreter der Landesregierungen, der parlamentarischen Klubs und der Handels- und Arbeiterkammern teil.

In seiner Eröffnungsansprache führte Bürgermeister Seitz aus:

"Der Städtetag wurde einberufen, um zu der Antwort der Regierung auf das vor einigen Monaten aufgestellte Forderungsprogramm der Städte Stellung zu nehmen. Wer immer, ob unmittelbar als Städteverwalter oder von ferne als ein an dem wirtschaftlichen und politischen Leben der Republik Beteiligter die Entwicklung unserer Städte, ihre Verwaltung und insbesondere ihre Finanzverwaltung verfolgt hat, der kann nur sagen: Die Not der Städte und der Gemeinden schreit. Der Zustand, in dem sich heute die Gemeinden Deutschösterreichs befinden, ist unerträglich, ja, ich wage auch ein schärferes Wort: Wenn man den Menschen in eine Beziehung je zum Staat und zur Gemeinde stellt und sich dann fragt, was er je von beiden empfängt und was er jedem leistet, dann muss man feststellen, dass die Leistungen der Gemeinden im umgekehrten Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen. Wo immer sich eine menschliche Gesellschaft bildet, ob Staat oder der kleinste Verein, immer bestimmt sie selbst, in welchen Formen und in welcher Höhe sie die zur Bestreitung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel einhebt. Nur in Oesterreich gilt das hinsichtlich der Gemeinden nicht. Von Altersher hatten die Gemeinden selbstverständlich das Recht, in der Form der sogenannten Umlagen Steuern einzuheben, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können. Dieses Recht der Steuerneinhebung wurde in Oesterreich nahezu gänzlich konfisziert. Der Staat hebt auch jene Steuern ein, die für Gemeindezwecke notwendig sind; er bestimmt die Gemeindesteuern und davon den Anteil, den er allergnädigst den Gemeinden zur Verfügung stellt. In dem derzeitigen Besteuerungssystem liegt also geradezu eine Präpotenz des Staates. Die Gemeindeverwaltungen sind aber nicht mechanisch gleichlaufende Apparate; jede Gemeinde ist für sich ein Individuum von ganz besonderer Eigenart. Die eine Gemeinde lebt unter diesen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, die anderen unter jenen. Davon hängt immer die Art der Steuern und der Finanzgebarung ab. Diese Gebarung einfach in ein Schema zu zwingen und nach Formeln arithmetisch zu gestalten, ist an sich schon ein Unsinn und die beinahe durchgängige Konfiskation der Steuern bis auf verschwindend kleine Reste ist volkswirtschaftlich und kulturpolitisch ein grober Fehler. Hier muss endlich einmal Ordnung gemacht werden, die Gemeinde muss wieder zu ihrer Autonomie kommen! Allerdings, immer wieder wird sich die Gemeinde in das Ganze einreihen müssen und immer wieder wird das Ganze ihr eine gewisse Einschränkung auferlegen. Aber in irgendeiner Form muss die Gemeinde Gelegenheit haben, nach ihrer Eigenart zu leben und nicht nach einem von der Zentralstelle vorgeschriebenen Schimmel. Man wird vielleicht einwenden, dass dieser Ruf zu spät komme, heute hätten die Gemeinden auch von einer solchen Regelung nichts, weil die Steuerquellen fast gänzlich versiegt sind. Das ist zweifellos richtig, aber das hindert uns nicht endlich einmal Ordnung zu machen. Hätte man den berechtigten Protest der Ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

meinden gegen die Steuerkonkiskation seinerzeit beachtet, dann hätten die Gemeinden zur Zeit, da es noch möglich war, aus Steuern die Bedürfnisse zu bestreiten, vorgesorgt; sie hätten nicht Darlehen suchen müssen, sie hätten sich nicht verschuldet und könnten die Beträge, die sie heute empfangen, für Gemeindezwecke verwenden, statt sie sich von den Kreditinstituten, an die sie sich verschuldet haben, wegpfänden lassen zu müssen. Am Beginne aller unserer Beratungen muss daher immer wieder gesagt werden, dass sie nicht bloss in bestimmte Einzelforderungen ausklingen, sondern in die Forderung der Wiederherstellung des Rechtes in Oesterreich, des Rechtes der freien Gemeinde im freien Staate. (Lebhafter Beifall). In diesem Sinne wollen wir auch in die Beratungen eingehen".

Der Bürgermeister begrüßte sodann die Gäste, worauf Bundesfinanzminister Dr. Weidenhoffer im Namen der Regierung den Städtetag begrüßte. Die Regierung, sagte der Bundesfinanzminister, zeige für die schweren Bedrängnisse der Gemeinden in der Krise volles Verständnis. Sie sei aber bei Bewältigung ihrer Aufgaben an das Gesetz gebunden, insbesondere bei Aufteilung der Steuereinnahmen an das Finanzverfassungsgesetz. Wenn der Herr Bürgermeister betonte, dass der gegenwärtige Zustand für die Städte unhaltbar sei und man zu einer Neuregelung dieser Verhältnisse werde kommen müssen, so sei das ein Zukunftsprogramm. Daran mitzuarbeiten und Verbesserung bedürftiges wirklich zu bessern, dazu werde auch die Regierung ihre Hand bieten, die sich bei allen Wünschen aus dem Kreise der Städte und aus dem Bereiche des Städtetages vor keine leichte, sondern vor eine sehr schwere Aufgabe gestellt sehe, da ja auch Staat und Regierung ihre schweren finanziellen Sorgen haben. Ich schicke das voraus, weil die Antwort der Regierung die Mitglieder des Städtetages als sorgenbeladene Stadtväter wahrscheinlich wenig befriedigt hat. Wollen Sie aber dabei immer bedenken, dass die Mittel, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen, ausserordentlich begrenzt sind, dass auch den Gemeinden noch immer selbstständige Einnahmen von nicht ganz geringem Umfang zur Verfügung stehen und dass wir uns alle sehr schwer tun. Ich bitte Sie, an dem guten Willen der Regierung zu glauben und rückschauend zu erkennen, dass sich unser Land im Grossen und Ganzen bei den ungeheuer schwierigen Wirtschaftsverhältnissen noch gut hält und dass wir verschiedenen Tiefen der Krise bereits überwunden oder doch jene Grundlagen gelegt haben, die uns zu der Hoffnung berechtigen, dass wir aus der allgemeinen grossen Wirtschaftskrise, die auf ganz Europa, insbesondere auf Mitteleuropa, lastet, wenn auch unter ungeheuren Opfern und Anstrengungen herauszukommen hoffen. Ich bitte Sie daher, Ihre Beratungen in diesem Geiste zu führen und an der Zukunft unseres Landes und an der Zukunft der Städte nicht zu verzweifeln, sondern das Selbstvertrauen zu hegen, dass wir alle Schwierigkeiten schliesslich überwinden werden. Lassen Sie sich von diesem Gedanken der Zuversicht bei allen Ihren Beratungen leiten. Ich sehe mit grossem Interesse den Ergebnissen dieser Beratungen entgegen und bitte, überzeugt zu sein, dass ich alles tun werde, was im Rahmen des Möglichen und der bestehenden Gesetze liegt, um Ihren Wünschen gerecht zu werden. Ich wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Beifall).

601

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Im Namen des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper der tschechoslowakischen Republik überbrachte Bürgermeister Pölzl (Aussig a. d. Elbe) die Grüsse und Wünsche für einen gedeihlichen Erfolg der Arbeiten des Städtetages. Der Bund der deutschen Städte in der Tschechoslowakei bringe den Arbeiten des Städtetages und dessen Kampf für die Selbstverwaltung tiefstes Verständnis entgegen. Nicht nur der Staat, auch die Städte haben an den Gegenwartsproblemen Interesse zu nehmen, an der Arbeitslosigkeit, an den Opfern der Wirtschaftskrise, jedoch auch an dem Problem der Sicherung der freien demokratischen Selbstverwaltung und deren Grundlagen und Sicherung der Finanzwirtschaft in den Gemeinden. (Lebhafter Beifall).

Der Obmann der Geschäftsleitung, Vizebürgermeister Emmerling, erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Städtebundes in den Jahren 1928 bis 1932. Er beschäftigte sich insbesondere mit den Aktionen, die der Städtebund für die Durchsetzung einer günstigen Abgabenteilung unternommen hat, und besprach die Erfolge, die auf diesem Gebiete für die Gemeindenerzielte wurden. Der Berichterstatter würdigte auch die umfangreiche Arbeit des Sekretariates des Städtebundes, das sehr zweckmässige Statistiken über die Finanzverhältnisse der grösseren Gemeinden, die Führung der Stadttheater, die Gemeindebibliotheken, Archive und Sammlungen, die Wohnbautätigkeit, die Besoldungsverhältnisse der Gemeindeangestellten usw. angelegt hat.

Nach Genehmigung dieses Referates berichtete Stadtrat Speiser über die Kassengebarung des Städtebundes und beantragte, den Mitgliedsbeitrag unverändert beizubehalten. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sodann wurden die Gemeinden Atzgersdorf und Mauer (bei Wien) zu Rechnungsprüfern gewählt; die Neuwahl des Grossen Ausschusses des Städtebundes ergab keine Veränderung.

In einem grossangelegten Referat berichtet nun Bürgermeister-Stellvertreter Professor Rückl (Graz) über die Finanzsorgen der Gemeinden und die Forderungen des Städtebundes. Der Referent gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Abgabenteilung vom Jahre 1922 bis zum Jahre 1929 und zeigt die Tendenz der Bundesverwaltung auf, die darin besteht, die ausschliesslichen Bundeseinnahmen, Steuern und Zölle zu erhöhen und die gemeinschaftlich Bundesabgaben zu ermässigen, wodurch sich die Ertragsanteile der Gemeinden vermindern. Die Gefahr des offenen Zusammenbruches der Verwaltung in den österreichischen Städten, sagt ^{der} Berichterstatter, sei nahegerückt; zum Teil sei der Zusammenbruch schon eingetreten. Die Regierung habe fast alle wesentlichen Forderungen des Städtebundes abgelehnt und wolle die Städte und Industriegemeinden auch weiterhin ohne Hilfe lassen. Der heutige Städtetag sei ein Notschrei und eine letzte Warnung, da die Gemeinden in die verschärfte Krisenzeit, deren Beginn mit 1929 angenommen werden könne, ohne genügende finanzielle Sicherung eingetreten seien. Die Kämpfe um eine Verbesserung des Abgabenteilungsgesetzes haben leider nicht jenen Erfolg gehabt, der zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen notwendig gewesen wäre. Die Benachteiligung durch das Bundespräzipuum allein ergebe für die Länder und Gemeinden seit dem Jahre 1924 bis zum Jahre 1932 einen Betrag von 390 Millionen Schilling, wovon 195 Millionen Schilling auf die Gemeinden entfallen. Die Nichtaufteilung der Vermögensabgabe sei ein glatter Rechtsbruch der Regierung gewesen und habe den Gemeinden ebenfalls grosse Einnahmenverluste gebracht. Die Finanzpolitik des Bundes bestehe im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen, dass die Wirtschaft keine neue Belastung ertrage, darin, ausschliessliche Bundes-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

abgaben und Zölle zu erhöhen, gemeinschaftliche Bundesabgaben jedoch zu ermässigen, so dass die Einnahmen des Bundes gestiegen, hingegen die Anteile der Gemeinden zuerst relativ und später auch absolut immer mehr zurückgegangen seien. Der Redner bespricht dann den Finanzausgleich vom Jänner 1931, der für eine Besserung der Gemeindefinanzen nicht wirksam geworden ist, weil mittlerweile die Wirtschaftskrise grosse Rückgänge der Steuereinnahmen gebracht hat. Die Regierung und der Nationalrat, sagte der Redner, scheinen sich trotz gegenteiliger Versicherungen über die Bedeutung der sozialen Fürsorge in den Gemeinden noch nicht klargeworden zu sein. An die Tore der Rathäuser poche das soziale Elend, die Vertreter der Gemeinden können sich nicht verbergen, an die Gemeinden rolle die Welle der Verelendung der Bevölkerung und die daraus entstehende Verzweiflung immer zuerst heran. Die Gemeindevertreter stehen an der vordersten Front des Kampfes gegen Elend und Verzweiflung. Wehe einem Staatswesen, das die pflichtbewussten Kämpfer gegen den Hunger in den Gemeinden ohne Hilfe, ohne Unterstützung lasse. Bei dem starken Rückgang der Einnahmen und dem Steigen der Fürsorgeausgaben war es eine leichterklärliche Folge, dass die Gemeinden in immergrössere finanzielle Schwierigkeiten gerieten und der Verfall, die Verwahrlosung wichtiger Verwaltungszweige eintrat und auch der Schuldendienst teilweise nicht mehr in Ordnung geleistet werden konnte. Der Redner bespricht sodann die vom Grossen Ausschuss des Städtebundes erhobenen Forderungen und die vom Finanzminister im Namen der Regierung gegebene Antwort. Schliesslich ersucht Vizebürgermeister Rückl den Städtetag, in voller Einmütigkeit folgenden Antrag zu beschliessen:

1.) Der Städtetag lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung und des Nationalrates in sehr ernster Zeit neuerlich auf die finanzielle Notlage der österreichischen Städte und Industriegemeinden. Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit dem grossen Rückgang der Einnahmen und den steigenden Fürsorgelasten und durch die Nichtbeachtung der Grundsätze des Finanzausgleiches bei den steuerlichen Massnahmen der Regierung im Jahre 1931 und 1932, die dem Bund grosse Mehreinnahmen gebracht haben und auch den Ländern teilweise finanzielle Hilfe leisteten, die Gemeinden jedoch keine Mehreinnahmen erhielten, sind die Gemeinden in schwere Bedrängnis geraten, die rasche und wirksame Hilfe erfordern.

2.) Der Städtetag hält die vom Grosser Ausschuss des Städtebunde erhobenen Forderungen aufrecht und wiederholt in dringlicher Art die Forderungen auf schlüsselmässige Beteiligung der Gemeinden an allen Mehreinnahmen aus bisher gemeinschaftlichen Bundesabgaben, Novellierung der Bestimmungen über den Bundesbeitrag zur Krisenhilfe für ausgesteuerte Arbeitslose durch Erhöhung des Beitrages von 7 Millionen auf 15 Millionen Schilling und Aufteilung nach dem Arbeitslosenschlüssel, auf Freigabe des Vorzugsanteiles des Bundes an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, Beteiligung der Gemeinden an der Benzinststeuer, Schaffung eines Bundesausgleichsfonds für besonders bedrängte Gemeinden, Herabsetzung des Zinsfusses der Nationalbank, Konvertierung der kurzfristigen Gemeindefschulden durch langfristige Obligationen, Gleichstellung der Gemeindebetriebe mit den Privatbetrieben bezüglich der Steuerbekenntnisse; Unterstützung des Bundes bei der Beteiligung an der Landesbiersteuer, bei der Entlastung von Beitragsleistungen für Landes zwecke und Erhöhung der Zuschläge für die Landesgebäudesteuer über das Viertausendfache des Friedenszinses.

Der Städtetag kann die Antwort des Bundesfinanzministers, die eine Ablehnung aller obigen Forderungen bedeutet, nicht als Erledigung seiner Forderungen zur Kenntnis nehmen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

3.) Der Städtetag ersucht die Regierung, dem Nationalrat raschestens Vorlagen zu unterbreiten, die die Forderungen des Städtebundes erfüllen oder in anderer Form den Städten und Industriegemeinden **Mehreinnahmen** von jährlich 30 Millionen Schilling bringen und ausserdem eine Dotierung aus Bundesmitteln in der **Höhe** ^{von} jährlich 5 Millionen Schilling für einen zu schaffenden Bundesgemeindegleichs fonds für in besondere Notlage geratene Gemeinden vorsehen.

4.) Der Städtetag lehnt bei Nichterfüllung seiner Forderungen jede Verantwortung für die kommenden Geschehnisse in den Gemeinden ab, wenn durch deren finanziellen Zusammenbruch die Fürsorge infolge fehlender Mittel aufgelassen und die not- und hungerleidenden Menschen der Verzweiflung unterliegen und zu wilden Ausbrüchen getrieben werden.

Vizebürgermeister Rückl schliesst seine Ausführungen mit folgenden Worten: "Die Vertreter der Gemeinden haben ihre sorgenvolle Pflicht erfüllt, man lasse sie nicht im Stiche, wenn sie bemüht sind, die brandenden Wellen des sozialen Elends zu dämmen und das Gemeinwesen vor Verfall und Vernichtung zu retten. Macht Schluss mit dem gemeindefeindlichen System in Oesterreich, dem **grossen Städtesterben** muss **Einhalt** geboten werden!"

Fortsetzung folgt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Städtetag (Fortsetzung)

Bürgermeister Fischer (Innsbruck) erklärt, er müsse noch einige ergänzende Bemerkungen zu dem Referat machen. Eine schon seit zwei Jahren ständig erhobene Forderung des Städtebundes ist die Hilfe der Regierung zur Konvertierung der kurzfristigen Gemeindegeldschulden durch langfristige Obligationen. Die Gemeinde Innsbruck konnte knapp vor dem Zusammenbruch der Kreditanstalt ihre kurzfristigen ^{Kontokorrent-}darlehen in eine langfristige Schweizeranleihe konvertieren. Infolge der österreichischen Steuergesetzgebung musste jedoch ein erklücklicher Teil der Kontokorrentschuld weiterhin als solche belassen werden, sodass auch Innsbruck mit diesen Beträgen dem grossen Debakel und dessen Folgen in der österreichischen Finanzwirtschaft ausgesetzt war. Deshalb könne man sehr gut mit jenen Gemeinden fühlen, die ihre gesamten Schulden in kurzfristigen Darlehen angelegt haben. Angesichts dieser Tatsache sei es notwendig, auf diesem Gebiete Ordnung zu schaffen. Der Städtebund hat der Bundesregierung auch konkrete Vorschläge für die Durchführung dieser Aktion unterbreitet und es sei nicht einzusehen, warum bis heute diesen Vorschlägen die Zustimmung versagt wurde. Dauern die gegenwärtigen Verhältnisse an, dann sei es verschuldeten Gemeinden unmöglich, eine wirklich geordnete Finanzwirtschaft zu betreiben und ein auch nur halbwegs sicheres Jahresbudget aufzustellen. Redner betont eine weitere Forderung der Gemeinden sei die Befreiung von den Kleinrentnerbeiträgen gewesen. Auch auf diesem Gebiete müsse endlich etwas geschehen. Dann bespricht er die Notwendigkeit einer besseren Verteilung des Bundesbeitrages zur Unterstützung Arbeitsloser und verweist schliesslich auf die Pflicht zur Winterhilfe mit dem Bedenken, dass ein Winter vor der Tür stehe, traurig und besorgniserregend, wie einen solchen die Gemeinden seit 1918 nicht erlebt haben. Aus eigener Kraft seien die Gemeinden ausserstande, die unbedingt notwendigen Winterhilfsaktionen für die Unzahl der Arbeitslosen und Armen durchzuführen. Auch in diesem Falle seien Nationalrat und Bundesregierung in einer weit glücklicheren Lage, weil beide lange nicht so unmittelbar allen diesen drückenden Forderungen ausgesetzt sind und das wirkliche Elend nur aus der Ferne kennen.

Redner stellt zwei Anträge, 1. die Bundesregierung sei aufzufordern, die in der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehene Verteilung des Bundesbeitrages zur Unterstützung Arbeitsloser in der Höhe von 7 Millionen Schilling in der Weise abzuändern, dass vor allem diejenigen Gemeinden, die mehr als 20 Arbeitslose zu unterstützen haben, nach der Kopfquote beteiligt werden, während den Ländern die restlichen Beträge zu verbleiben haben, aus denen Gemeinden mit weniger als 20 Arbeitslosen Notstandshilfen zuzuweisen sind. 2. Sei die Bundesregierung aufzufordern, dafür zu sorgen, dass künftighin bei allen die öffentlich Verwaltung und öffentliche Finanzwirtschaft betreffenden Gesetzesnovellen und bei Neufassung von Verordnungen die Vertretung des Städtebundes zur Stellungnahme eingeladen wird. Zum Schlusse betont Redner die unbedingte Notwendigkeit, dass alle Teile welche für die Führung des Staates verantwortlich sind, Regierung, Parlament oder Gemeindevertretung, einmütig zusammenstehen, die gegenseitigen Sorgen auf das Gründlichste überprüfen und einträchtig zusammenwirken. Nur dann sei die Hoffnung auf bessere Zeiten gerechtfertigt. (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Bürgermeister Ott (Salzburg) begrüsst den inzwischen erschienenen Minister Bachinger und erteilt ihm das Wort.

Minister Bachinger begrüsst den Städtetag und erklärt, dass die Aufteilung der vom Bund für die Winterhilfe den Gemeinden zur Verfügung gestellten 7 Millionen Schilling nicht nach dem Schlüssel vorgenommen werden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

soll, da die Ziffern der Ausgesteuerten nicht fassbar seien. Wir legen dieser Verteilung die Zahl der Arbeitslosen zugrunde. (Zustimmung). Die Besprechungen mit den zuständigen Ressorts sind bereits abgeschlossen, so dass die Verteilung der vom Nationalrat bewilligten Gelder klaglos und rechtzeitig durchgeführt werden kann. Minister a. D. Bürgermeister Dr. Schürff (Mödling) wirft die Frage auf, woher die 35 Millionen Schilling, die den Gemeinden zufallen sollen, hergenommen werden sollen. Es sei zu bedauern, dass bisher ein entschiedener Schritt zur Sanierung der Gemeindefinanzen nicht unternommen wurde. Redner hält die Konstruktion des Finanzausgleiches für verfehlt, man möge eine Konstruktion von unten nach oben versuchen, dann werde es vielleicht besser werden. Der Städtetag müsse auf eine vollständige Umänderung hinarbeiten, da meiner Ueberzeugung nach die gegenwärtige Krise von langer Dauer sein wird; ich erachte es als zweckmässig, den Gemeinden einen Krisenzuschlag aus Bundesmitteln einzuräumen. (Beifall).

Bürgermeister Rohrhofer (Krems) beantragt, dass die Regierung aufgefordert werden solle, sofort zurückzutreten, und der Bundespräsident ersucht werde, den Nationalrat aufzulösen und ehestens Neuwahlen auszusprechen. Nehme der Städtetag diesen Antrag an, dann würde er damit eine Tat setzen, aber nicht mit papierener Resolutionen, die vollkommen zwecklos seien, unnötige Zeit verbringen.

Vorsitzender Bürgermeister Ott erklärt, diesen Antrag zur Abstimmung nicht zulassen zu können, da er den Wirkungskreis des Städtetages überschreite. (Bürgermeister Rohrhofer: Dagegen muss ich protestieren!)

Bürgermeister Swowoda (Marchegg) beantragt, die Regierung sei zu ersuchen, den Aufteilungsschlüssel so zu ändern, dass den Städten und Industriegemeinden ein relativ höherer Anteil an den gemeinsamen Abgaben zukomme als den Landgemeinden, da sie durch die allgemeine Notlage und die herrschende Arbeitslosigkeit höhere soziale Pflichten zu erfüllen haben.

Dieser Antrag wird im Einverständnis mit dem Antragsteller dem Hauptausschuss zugewiesen.

Gemeinderätin Rosa Portele (Krems) teilt mit, dass der Antrag des Bürgermeisters Rohrhofer nicht die Anschauung der Gesamtbevölkerung ausdrücke, sondern lediglich seine Privatansicht darstelle. Der Antrag wurde auch im Gemeinderat gar nicht behandelt. Die christlichsoziale Fraktion im Kremser Gemeinderat habe sich von allen Anfang an dagegen gewendet.

Bürgermeister Sichelrader (Steyr) schildert die trostlose Finanzlage seiner Gemeinde; er habe im vergangenen Monat gar nicht die Gehälter der Gemeindebeamten auszahlen können und von dem Verband der Angestellten eine vorübergehende Geldhilfe annehmen müssen. Er verlangt die Schaffung eines Bundesausgleichsfonds für besonders notleidende Gemeinden.

Bürgermeister Neumayer (Hallein) beklagt gleichfalls, dass die Einnahmsquellen für die Gemeinden fast völlig versiegt sind; vielleicht wäre es möglich, wenigstens über die Krisenzeit hinaus die Amortisationsraten der Gemeindegeldschulden zu stunden.

Bürgermeister Pichler (Klagenfurt) verlangt, dass zur Einkommensteuer ein progressiver Zuschlag eingehoben werde, der ausschliesslich den Arbeitslosen zugute kommen soll. Er beklagt, dass die Ueberweisungen aus dem gemeinsamen Abgaben durch den Bund und das Land an die Stadt Klagenfurt sehr verspätet erfolgen, so dass die Gemeinde genötigt sei, Schulden zu machen und dafür Zinsen zu zahlen. Ein solcher Vorgang sei ungesetzlich und moralisch zu verwerfen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Bürgermeister Werber (Zell am See) führt Beschwerde, dass Städte mit starkem Fremdenverkehr, die zur Hebung dieses Fremdenverkehrs Investitionen aufwenden, von der Regierung dafür als Schuldenmacher bezeichnet werden. Er verlangt die Herabsetzung des Zinsfusses für die Gemeindedarlehen. Von einer Ueberzahlung der Gemeindeangestellten sei bei den meisten Gemeinden längst keine Rede mehr, obwohl insbesondere in den kleineren Gemeinden die Arbeitslast ständig wächst.

Vizebürgermeister Scherleitner (Linz) unterstützt die Anträge Rückl und Fischer auf das Wärmste. Die Sparmöglichkeiten sind für alle Gemeinden längst erschöpft, und wenn nicht die Regierung mit der grössten Beschleunigung den Gemeinden hilft, dann ist der Zusammenbruch unvermeidlich.

Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten) stellt den Zusatzantrag, der Städtetag fordere die eheste Vornahme der Volkszählung, damit die Gemeinden ihren Ertragsanteil nach der richtigen Bevölkerungsziffer bekomme.

Bürgermeister Aust (Knittelfeld) begrüsst die Mitteilung des Ministers Bachinger, wonach die Aufteilung der Bundeshilfe für die Arbeitslosen nach der Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Ländern erfolgen werde. Mit der Erfüllung dieser Forderung werde eine wesentliche Besserung für die Gemeinden eintreten.

Vizebürgermeister Meinhardt (Wels) berichtet, dass Wels immer mit der grössten Sparsamkeit den Gemeindehaushalt geführt habe. Es wurden auch restlos alle Weisungen des Finanzministeriums befolgt. Trotzdem sind wir auch von der Krise erfasst worden, die Einnahmen sind gesunken, was aber nicht unsere Schuld ist, da die Gemeinde sich aus eigenen Kraft diese Schwierigkeiten nicht meistern kann. Werden unsere Forderungen nicht erfüllt, dann müssen auch die bestverwalteten Städte zusammenbrechen.

Es sprechen noch Vizebürgermeister Till (Krems) und Stadtrat Professor Holzer (Wr. Neustadt), worauf Vizebürgermeister Rückl in seinem Schlusswort auf die einzelnen Anregungen und Zusatzanträge ausführlich erwidert. Mit einem Appell an die Regierung und an die politischen Parteien, der Not der Gemeinden nicht verständnislos gegenüberzustehen, forderte er alle Gemeindefunktionäre auf, auch in dieser furchtbar schweren Zeit im Interesse der notleidenden Bevölkerung auszuharren. Es sei ausgeschlossen, dass dieser Notschrei ungehört verhallt; jeder zähe Kampf habe noch immer zu einem Erfolg geführt (Stürmischer Beifall).

Die nun vorgenommene Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme aller Anträge.

Vorsitzender Bürgermeister Muchitsch (Graz) dankt den beiden Referenten für ihre sachlichen und inhaltsreichen Ausführungen. Möge die heutige Tagung den verantwortlichen Faktoren zeigen, dass die Gemeinden, die in den letzten Jahren das Aschenbrödel waren, am Ende ihrer Kräfte sind. Die Regierung muss endlich ihre gemeindefeindliche Haltung aufgeben, soll ein Zusammenbruch der Keimzellen des Staates vermieden werden. Der Städtetag ist geschlossen. (Stürmischer Beifall)

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: **314**
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 21. November 1932

Neue Strassenbauten in Wien.
Wieder Arbeitsvergebungen mit einem Kostenaufwand von mehr als einer halben Million Schilling.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten, der in den letzten Wochen sehr bedeutende Aufträge zur Durchführung von Strassenherstellungsarbeiten in Wien vergeben hat, hat in seiner letzten Sitzung neuerlich die Durchführung von Strassenarbeiten in verschiedenen Wiener Bezirken beschlossen. Die für diese neubeschlossenen Arbeiten notwendigen Kosten betragen mehr als eine halbe Million Schilling. Die Arbeiten sollen, günstiges Bauwetter vorausgesetzt, noch heuer durchgeführt werden.

In der Inneren Stadt werden im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes ein Teil der Fahngasse und ein Teil der Wallnerstrasse umgebaut. Die Fahngasse erhält eine acht Meter breite Fahrbahn aus Asphaltbeton auf Betonunterlage, während in der Wallnerstrasse die Fahrbahn umgepflastert, die Gehsteige ausgebessert und zum Teil asphaltiert werden. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 26.000 Schilling. In der Arbeiterstrandbadgasse in der Leopoldstadt wird die Pflasterung ergänzt; die Fahrbahn der Gasse wird durchwegs auf fünf Meter Breite erweitert. Der notwendige Kostenaufwand beträgt nahezu 3.000 Schilling. Auf der Landstrasse werden die Seitenfahrbahnen der Invalidenstrasse und der Landstrasser Hauptstrasse ausgestaltet und gleichzeitig die wegen des überaus starken Verkehrs notwendige Verbreiterung dieser Fahrbahnen mit einem Kostenaufwand von rund 22.000 Schilling durchgeführt. Im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes wird in der Josefstadt die Pfeilgasse in der Strecke von der Strozsigasse bis zum Hause Nummer 5 neu hergestellt. Die Gasse erhält eine acht Meter breite Makadamfahrbahn, die beim Haus Nummer 5 durch eine gepflasterte Rampe mit dem bestehenden Strassenteil in Verbindung gebracht wird. Die notwendigen Kosten betragen 25.000 Schilling. Auf dem Alsergrund wird die Fahrbahn des Althenplatzes, die in der Fahrtrichtung von der Alserbachstrasse zur Friedensbrücke an einer Stelle ausserordentlich schmal ist, mit einem Kostenaufwande von fast 9.000 Schilling verbreitert. Ausserdem wird im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes das Holzpflaster in der Spitalgasse in der Strecke von Haus Nummer 11 bis zur Nadlergasse mit einem Kostenaufwand von 45.000 Schilling erneuert. Im ausserordentlichen Strassenbauprogramm ist auch der Umbau der Inzersdorferstrasse in Favoriten in der Strecke von der Neilreichgasse bis zur Bernhardstalgasse vorgesehen. Die Inzersdorferstrasse erhält eine sieben Meter breite Fahrbahn aus Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage mit Fugenverguss. Die Gehsteige werden instandgesetzt. Zwischen der Fahrbahn und den Gehsteigen bleiben beiderseits bekieste Bankette bestehen. Die für diese Arbeiten notwendigen Kosten betragen rund 105.000 Schilling. In Hietzing wird im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes die Hagenberggasse zwischen Erzbischofsgasse und Innocentiagasse umgebaut. Die Gasse erhält mit einem Kostenaufwand von 35.000 Schilling eine Makadamfahrbahn, die seitlich durch einen Granitwürfelsaum abgegrenzt wird. Ebenfalls im Rahmen des ausserordentlichen „Strassenbauprogrammes“ wird in Fünfhaus die Schanzstrasse in der Strecke von der Schmutzergasse bis zum Akkonplatz umgebaut. Die Strasse erhält auf der Seite der geraden Hausnummern - auf der Seite der ungeraden Hausnummern ist sie bereits gepflastert - Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage. Gleichzeitig werden die Gehsteige instandgesetzt und die Gehflächen längs der Baumreihen mit Oberflächenteerung versehen. Der not-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

wendige Kostenaufwand beträgt rund 90.000 Schilling. In Hernals wird, ebenfalls im ausserordentlichen Strassenbauprogramm, der Frauenfelderplatz von der Heigerleingasse bis zur Beringgasse umgebaut. Geplant ist die Herstellung einer sechseinhalb Meter breiten Fahrbahn mit Asphaltbelag auf Betonunterlage im Zuge der Halirschgasse und einer ebensolchen, acht Meter breiten Fahrbahn in der anschliessenden Strecke der Beringgasse. Die Gehsteige werden bekieselt. Für diese Arbeiten werden Kosten im Betrage von 73.000 Schilling aufgewendet. Die Grinzingerstrasse in Döbling wird in der Strecke vom Haus Nummer 113 bis zum Haus Nummer 121 neu gepflastert. Die Durchführung der Pflasterungsarbeiten erfordert Kosten im Betrage von etwa 33.000 Schilling. Schliesslich wird in Floridsdorf im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes in der Leopold Ferstl-Gasse zwischen der Floridsdorfer Hauptstrasse und der Hausgrenze zwischen den Häusern Nummer 14 und Nummer 16 eine sieben Meter breite Asphaltfahrbahn auf Betonunterlage hergestellt. Die Gehsteige, die von der Fahrbahn durch Granitrandsteine abgegrenzt werden, werden umgepflastert und instandgesetzt. Die notwendigen Kosten betragen rund 40.000 Schilling.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Anton und Franziska Blaha, Franz und Barbara Kallat, Franz und Elisabeth Kounitzky, Ferdinand und Pauline Pergler, Josef und Marie Pollak, Salomon und Marie Steiner, Eduard und Theresia Thorwartl und Ludwig und Rosa Wojnarski das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Freitag amtsführende Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Eröffnung der Wärmestuben.

Ueber Auftrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler werden heute die Wärmestuben Erdbergstrasse 85, Puchsbaumplatz 13, Nobilegasse 35, Seeböckgasse 18 und Burghardtstrasse 3 eröffnet. Die Wärmestuben sind täglich von 20 Uhr bis 6 Uhr **offen**.

Verlegung des Gemüsegrossmarktes.

Der Gemüsegrossmarkt, der bisher an der Strassenecke Reinprechtsdorferstrasse-Siebenbrunnenfeldgasse abgehalten wurde, wird von morgen, Dienstag, an auf das Gelände des benachbarten städtischen Pferdemarktes verlegt. Gleichzeitig wird für die Zeit bis 30. November die Marktverkehrszeit von 14 Uhr 30 bis 16 Uhr 30 und ab 1. Dezember von 14 Uhr bis 16 Uhr festgesetzt. Das Aufstellen von Marktfuhrwerken in den umliegenden Strassenzügen ist verboten. Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung des Marktverkehrs sind die einschlägigen Weisungen der Organe des Marktamtes und der Bundespolizei genauestens zu beachten.

Absperrung des Nordwestbahnsteges.

Da der Bohlenbelag des Nordwestbahnsteges über die Donau teilweise erneuert wird, wird der Steg von heute an auf die Dauer von ungefähr vier Wochen für den gesamten Verkehr abgesperrt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 315
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 22. November 1932.

Ein englisches Urteil über Wien:

Der bekannte englische Dramatiker Robert Nichols, der sich derzeit mit seiner Gattin in Wien aufhält, hat vor kurzem einige Wiener Schulen, Wohnhausbauten und Fürsorgeeinrichtungen besichtigt. An der Rundfahrt nahm auch die Gattin des berühmten amerikanischen Schriftstellers Sinclair Lewis, die unter ihrem Schriftstellernamen bekannte Publizistin Dorothy Thompson, teil. Robert Nichols hat nach dieser Besichtigung an Bürgermeister Seitz ein Schreiben gerichtet, in dem er für die Gastfreundschaft Wiens dankt und das Aufbauwerk Wiens würdigt; in diesem Schreiben heisst es:

"Ich möchte Ihnen, Herr Bürgermeister, und Ihren Mitarbeitern meine aufrichtigsten Glückwünsche zu den wundervollen Leistungen sagen, die mich in Erstaunen gesetzt und in mir das Gefühl tiefer Anerkennung dafür hinterlassen haben, dass Wien während der unheilvollen Jahre der Welt ein Beispiel in der Fürsorge für die Bevölkerung gegeben hat. Ganz besonders möchte ich Ihnen zu den Schulen gratulieren. Die Reinlichkeit, Geselligkeit, Selbstentwicklung und Intelligenz der Kinder haben mich entzückt und mit den besten Hoffnungen für die Zukunft Ihrer Stadt und Ihres Landes erfüllt. Ich habe viele Länder besucht, darunter Amerika und Japan, in denen, wie Sie wissen, der Unterricht einen grossen Teil des sozialen Programms bildet. Aber niemals haben Volksschulen einen solchen Eindruck auf mich gemacht wie in Wien, niemals habe ich die Gegenwart von mehr Gehirnen und von mehr Hingabe an das geföhlt, was ich wirkliche Erziehung nenne, nämlich Erziehung nicht für eine Reglementierung, sondern für das Aufblühen der Persönlichkeit. Ganz besonderen Eindruck haben auf mich die Massnahmen gemacht, die unternommen worden sind, um Kindern von aussergewöhnlicher Fähigkeit einen entsprechenden Unterricht zu sichern. Die Besichtigungsfahrt war mir ein grosses Erlebnis, eine erstaunliche Demonstration dessen, was österreichischer Mut und österreichischer Eifer trotz so vielen Widerwärtigkeiten leisten können; diese Leistungen sind eine Lektion für alle, die sonst in Europa im Kampf um die Menschlichkeit verzagen wollen."

.....
Entfallende Sprechstunde.

Am kommenden Freitag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

.....
Wiener Gemeinderat.

Nach Verabschiedung im Wiener Städtssenat und im städtischen Finanzausschuss gelangt der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1931 nunmehr im Wiener Gemeinderat zur Beratung. Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt daher morgen, Mittwoch, und die folgenden Werkstage zusammen. Die Gemeinderatssitzungen beginnen morgen, Mittwoch, um 17 Uhr, Donnerstag und Freitag um 16 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Stadtrat Honay bei den verunglückten Feuerwehrmännern.

Bei dem grossen Brand in der Linzerstrasse ist der Feuerwehrmann Tonar schwer verunglückt. Er hat einen Schädelgrundbruch erlitten und ist in das Spital der Stadt Wien überführt worden. Sein Zustand hat sich jetzt bedeutend gebessert und Tonar befindet sich bereits auf dem Wege der Genesung. Ebenso ist der Zustand des Feuerwehrmannes Trunk, der bei einer Ausrückung sich eine Verletzung des Rückenmarkes zugezogen hat, ein befriedigender. In Begleitung des Branddirektors Ingenieur Wagner besuchte heute amtsführender Stadtrat Honay die beiden verunglückten Feuerwehrmänner im Spital und sprach ihnen für ihre aufopfernde Haltung Dank und Anerkennung aus.

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt morgen, Mittwoch, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Währing findet übermorgen, Donnerstag, um 17 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

316

Wien, am 23. November 1932.

Autobuslinie Tivoli - Wienerberg.

Die Gemeinde hat in den letzten drei Jahren auf den Tivoli-
gründen und auf dem Wienerberg in Meidling-Favoriten zwei grosse Sied-
lungsanlagen errichtet, die von mehr als sechstausend Menschen bewohnt
werden. Das neue Wohngebiet ist vom Strassenbahnnetz ziemlich abseits
gelegen; es wurde wiederholt das Verlangen nach Führung einer Auto-
buslinie gestellt, da der Bau einer Strassenbahnlinie wegen der ausseror-
dentlich hohen Kosten nicht möglich ist. Es haben auch mehrere Privatun-
ternehmungen beim Magistrat um Erteilung einer Konzession für diese Au-
tobuslinien angesucht.

Heute sprach nun eine Abordnung der Mieter aus den beiden Sied-
lungen unter Führung des Bezirksvorstehers Zanaschka beim amtsführenden
Stadtrat Honay vor und begründete eingehend die Notwendigkeit der Bereit-
stellung eines Verkehrsmittels. Stadtrat Honay erwiderte, dass er die Wei-
sung geben werde, eine Konzession zum Betriebe einer Autobuslinie zu er-
teilen, die bei der Stadtbahnstation Schönbrunn beginnt und voraussicht-
lich über die Grünbergstrasse, Hohenbergstrasse, Philadelphiabrücke, Drasche-
gasse, Wienerbergstrasse bis zur Wohnhausanlage Spinnerin am Kreuz führen
wird.

Die Abordnung dankte für diese Zusage, da durch sie ein lang-
jähriger Wunsch der Bewohner der beiden Siedlungen erfüllt wird.

Strassenbauten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten, der
in den letzten Wochen die Durchführung eines umfangreichen Strassenbaupro-
grammes mit einem Kostenaufwand von mehreren Millionen Schilling beschlos-
sen hat, hat auch in seiner letzten Sitzung Aufträge zur Durchführung von
Strassenarbeiten in Hietzing und in der Brigittenau mit einem Kostenauf-
wande von nahezu 200.000 Schilling vergeben. In der Brigittenau soll eine
Teilstrecke des Handelskais, und zwar vom Haus Nummer 98 bis zum Haus
Nummer 128, umgebaut werden. Die Strasse erhält eine acht Meter breite
Fahrbahn mit Kleinsteinpflasterung auf Makadamunterlage. Die erforderlichen
Kosten betragen rund 62.000 Schilling. Ueberdies soll in Hietzing der
Flötzersteig von der Waidäckergasse bis zur Spiegelgrundstrasse umgebaut
werden. Der Flötzersteig erhält eine zwölf Meter breite Fahrbahn mit
Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage; die Fugen werden mit Asphalt ver-
gossen und die Fahrbahn beiderseits mit Granitsteinen abgegrenzt. Für diese
Arbeiten sind Kosten im Betrage von 135.000 Schilling erforderlich.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

317

II. Ausgabe

Wien, am 23. November 1932.

Rechnungsabschluss 1931

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 23. November 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 17 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt in die Beratungen über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 ein.

Die Verhandlungen leitet Stadtrat Breitner mit einer Rede ein, in der er das abgelaufene Verwaltungsjahr als ein Krisenjahr erster Ordnung für die Gemeinde Wien bezeichnet. Der Zusammenbruch der Creditanstalt brachte eine nie vorher auch nur annähernd dagewesene Vertrauenserschütterung in der ganzen Welt. Die Wirtschaftsstörung besteht noch unvermindert und macht sich überall, vor allem naturgemäss in Wien verhängnisvoll fühlbar. Darüber hinaus aber wurde Wien durch die harte und ungerechte Abänderung der Abgabenteilung schwerstens beeinträchtigt. Die Abgaben des Wiener Industriegebietes wandern ab und ermöglichen ausserhalb Wiens eine viel leichtere Steuerpraxis. Dafür fehlen aber dem Wiener Gewerbe die Aufträge der Gemeinde und die Folge alldessen ist das Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Die Abgabenertragsanteile haben statt der laut Mitteilung des Finanzministeriums veranschlagten rund 138 Millionen Schilling knapp 88 Millionen Schilling geliefert. Mitten im Verwaltungsjahr mussten die vom Gemeinderat bereits bewilligten Budgetansätze weitestgehend geändert werden. Die Bezüge der aktiven und pensionierten Angestellten sind gekürzt worden, die Investitionen, darunter leider auch der Wohnhausbau haben sehr starke Einschränkungen erfahren. Nur das Fürsorgewesen ist von einer Minderung der Leistungen ausgeschlossen geblieben. Ersparnisse, die in den Anstaltsbetrieben erzielt werden konnten, sind der offenen Armenpflege zu Gute gekommen.

Der Finanzreferent wendet sich sodann dem Problem der Finanzierung der Wohnhausbauten zu und führt diesbezüglich Folgendes aus:

Alle Länder und Gemeinden, die eine grössere Verschuldung aufweisen, befinden sich gegenwärtig in der übelsten Lage. Jeder Tag bringt Meldungen von der Zahlungsunfähigkeit der angesehensten Städte. Ich will nicht von den Schwierigkeiten sprechen, die New York oder Chicago haben. Es sei bloss daran erinnert, dass in der letzten Zeit Frankfurt a.M. und Köln an die Nachsicht ihrer Gläubiger appellieren mussten. Angesichts dieses Tatbestandes sollte man meinen, dass die so viel angefeindete Finanzpolitik der Gemeinde als richtig anerkannt wird, ^{die Investitionen,} in erster Linie den Wohnhausbau nicht durch Schulden zu finanzieren. Trotzdem hat es bei der Beratung des Rechnungsabschlusses 1931 im gemeinsamen Ausschuss nicht an tadelnden Hinweisen nach dieser Richtung hin gefehlt. Man muss sich nur einmal vergegenwärtigen, wie die Lage Wiens wäre, wenn wirklich der Weg der Anleihen beschritten worden wäre. Einige unanfechtbare Zahlen werden das notwendige Bild liefern. Vom ersten Jänner 1923 an bis zum 31. Dezember 1932 werden sich die Ausgaben der Gemeinde für den Wohnhausbau aus eigenen Mitteln, also ohne Einbeziehung der Bauten mit Hilfe der Bundesaktion, auf rund 760 Millionen Schilling belaufen. Dazu kommen noch die Aufwendungen für Grundkäufe in dem gleichen Zeitabschnitt mit 55 Millionen Schilling. Das ergibt zusammen Ausgaben für

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am

den eigenen Wohnhausbau von 815 Millionen Schilling. Die grossen Kosten für die Aufschliessung des Geländes, für Strassenbau, Kanalisation, Zuleitung von Wasser, Gas und Strom bleiben dabei vollkommen unberücksichtigt. Die Gemeinde hat bekanntlich eine einzige Anleihe, jene für die städt. Unternehmungen, Ende 1927 aufgenommen. Es war dies die günstigste Zeit und Wien konnte, eben nur deshalb, weil es sonst schuldenfrei war, ungewöhnlich vorteilhafte Bedingungen erzielen. Geht man also selbst von der unwahrscheinlichen Annahme aus, dass es möglich gewesen wäre, auch den Wohnhausbau in der gleichen so vorteilhaften Weise zu finanzieren, so würde dem ein Anlehensnominale von 924 Millionen Schilling entsprechen. Der durch 25 Jahre zu leistende Tilgungsdienst samt den Einlösungsspesen würde sich alljährliche auf rund 76 Millionen Schilling belaufen. Und nun muss man die Wirkung auf das Budget untersuchen. Zunächst ist es selbstverständlich, den Nettoerlös der Wohnbausteuer als Deckung zu verwenden. Es sind dies laut Voranschlag 1933, also schon einschliesslich der Erhöhung, 44,514.000 Schilling. Damit könnte also, wie man sieht, keinesfalls das Auslangen gefunden werden. Es wäre vielmehr notwendig, noch darüber hinaus rund 31.5 Millionen Schilling aus anderen Steuerquellen heranzuziehen. Das Exträrgebnis von nicht weniger als weiteren zwölf Gemeindesteuern müsste für den Schuldendienst herangezogen werden. Grundsteuer, Bodenwertabgabe von verbautem Liegenschaften, Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen, Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, Fremdenzimmerabgabe, Wertzuwachsabgabe, Plakat-abgabe, Inseratenabgabe, Hauspersonalabgabe, Feuerversicherungsabgabe, Feilbietungsabgabe und Konzessionsabgabe sollen nach dem nächstjährigen Budget 31,330.000 Schilling liefern. Es bliebe noch ein ungedeckter Rest von einigen hunderttausend Schilling übrig. Das alles müsste nur für den Anlehensdienst verwendet werden! Von irgendeiner, auch noch so geringfügigen Wohnbautätigkeit könnte selbst verständlich gar keine Rede sein. Mit Hilfe der ^{heute} noch verfügbaren Wohnbausteuer können immerhin 4000 Wohnungen alljährlich geschaffen werden. 4000 Familien finden Jahr für Jahr eine menschenwürdige Unterkunft. Tausende Arbeiter haben Beschäftigung. Das alles hätte ein Ende. Zu welchen fürchterlichen Drosselungen des Budgets die Beschlagnahme der anderen zwölf Gemeindesteuern für Schuldenzahlen noch ausserdem führen müsste, kann man sich vorstellen. An eine Aufrechterhaltung der Fürsorge im heutigen Umfange wäre nicht mehr zu denken. In einer Zeit wachsender Steuerergebnisse mochte man vielleicht das Schuldenmachen anders betrachten. Gerade die rückläufige Konjunktur beweist, dass es ein schweres Unglück für Wien gewesen wäre, dieser Verlockung zu folgen.

Der Finanzreferent wendet sich sodann den gleichfalls zur ^{stehenden} Berichten Beratung/des Rechnungshofes und Kontrollamtes zu. Wien steht, so legte er dar, auch in dieser Beziehung unter einem Sonderrecht. Als erste Gemeinde und als erstes Land hat Wien freiwillig sich ein eigenes, vom Magistrat vollkommen unabhängiges Kontrollamt geschaffen. Es ist seit 1. Juli 1920 tätig. In ganz ausgezeichnete Weise! Aus rein politischen Gründen wurde Wien überdies der Ueberprüfung durch den Rechnungshof unterstellt. Nun liegen bereits 3 Berichte des Rechnungshofes vor. Alljährlich prüft ein Stab der hervorragendsten Beamten, die über ein bewundernswertes Mass von Sachkenntnis verfügen, monatelang die Gebarung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

3. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Neben manchem uneingeschränkten Lob stellen die Berichte Uebersehen, Mängel, Fehler fest, wie sie eben unvermeidlich jedem Menschenwerk anhaften. Der Rechnungshof gibt auch wertvolle Anregungen, die gerne befolgt werden. Nachdem der Nationalrat das Gesetz beschlossen hatte, wurde selbstverständlich der Standpunkt eingenommen, dem Rechnungshof seineschwierige Arbeit nach jeder Möglichkeit hin zu erleichtern. Der Präsident des Rechnungshofes anerkannt dies auch durch seinen Antrag, der Gemeinderat möge den Beauftragten für ihre Haltung den Dank aussprechen.

Das Vorhandensein zweier Kontrollapparate hat zur Frage Anlass gegeben, ob nicht eine überflüssige Doppelarbeit verrichtet werde. Das trifft nicht zu. Die Tätigkeit des Kontrollamtes und des Rechnungshofes ist eine völlig verschiedenartige. Unter gar keiner Bedingung kann etwa das städtische Kontrollamt als entbehrlich bezeichnet werden. Wenn es nicht schon da wäre, müsste es gegründet werden.

Die Kontrolle des Rechnungshofes beginnt erst, wenn das Gebarungsjahr vollständig abgeschlossen und der Rechnungsabschluss aufgestellt ist. Die Tätigkeit des städtischen Kontrollamtes aber ist eine laufende, täglich auszuübende, welche die Geschäftsgebarung des Magistrate unausgesetzt begleitet. Das Kontrollamt unterzieht die Geschäftsfälle unmittelbar nach ihrem Entstehen einer Ueberprüfung. So prüft beispielsweise das Kontrollamt täglich jede einzelne Post der Hauptkasse und dadurch auch mittelbar die Kassen aller Bezirksämter. In sämtliche Belege und Buchungen nimmt das Kontrollamt spätestens innerhalb 24 Stunden Einsicht. Das blosse Bewusstsein, dass eine vom Magistrate völlig unabhängige Kontrollstelle der Gemeinde unausgesetzt am Werke ist, schärft selbstverständlich die Aufmerksamkeit und verhindert von vorneherein sehr viele Unrichtigkeiten und Unkorrektheiten in der Gebarung. Das ständige Bereitsein für eine Kontrolle durch das eigens hiefür bestimmte Amt hat sich insbesondere auf dem Gebiete der Kassen-, Inventar- und Materialgebarung von oft erprobtem Werte erwiesen. Das unausgesetzte, rascheste, dem Entstehen eines Schadens vorbeugende Funktionieren ist die Aufgabe des städtischen Kontrollamtes.

Stadtrat Breitner richtete schliesslich an den Gemeinderat die Bitte, in die Beratung des Rechnungsabschlusses einzugehen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Nach Eröffnung der Sitzung leisten die an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Fuchs, bzw. des Gemeinderates Fischer, der sein Mandat niedergelegt hat, die einberufenen Gemeinderäte Dr. Wernisch und Koppitsch die Angelobung.

Die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss wird zugleich mit der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzen abgeführt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

4. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Zörnlaib (chr. soz.) bemerkt, wenn etwas, an Beweise dieser Rechnungsabschluss, dass die Verwaltungskunst der Sozialdemokraten im Wiener Rathaus oder, besser gesagt, ihre Grossmannssucht Schiffbruch gelitten hat. Dieser Rechnungsabschluss tut mit seinem stattlichen Gebärungsabgang von über 38 Millionen auch recht einträgnam dar, auf welches Niveau wirtschaftlicher Vereelndung die gesamte Bevölkerung, also auch die Arbeiterklasse gesunken ist. Er ist mit seinen trotz rücksichtslosester Steuereintreibung um rund 1^{1/2} Millionen verringerten Einnahmen an Landes- und Gemeindeabgaben eine mächtige Anklage gegen ein wirtschaftsvernichtendes System, das man schon als kommunales Ausbeutungssystem bezeichnen muss, gegen ein System, das aus einem der grössten Zusammenbrüche unseres Volkes und seiner Wirtschaft geboren wurde. Es fällt uns Christlichsozialen gewiss nicht ein, jenen Vorwürfe zu machen, die einst wohl gutgläubig, aber nicht minder leichtgläubig den Versprechungen der sozialdemokratischen Partei, dass sie aufs sparsamste und wirtschaftlichste in der Gemeinde haushalten werde, Gehör geschenkt haben, jenen, die Ihnen ihre Versprechungen von dem geistigen, kulturellen aber auch wirtschaftlichen Aufstieg des Arbeiterstandes geglaubt haben. Aber mit Ihnen, mit der Mehrheit des Gemeinderates, die es verstanden hat, durch solche Versprechungen die Mehrheit der Wiener Bevölkerung für sich zu gewinnen, müssen wir ein ernstes Wort reden und wir hoffen, dass Sie uns diesmal nicht nur anhören, sondern auch erhören im Interesse der werktätigen Bevölkerung Wiens und der Wiederbelebung unserer durch Ihre masslosen Ausgaben und Abgabepolitik zusammengebrochene Wirtschaft. Wir Christlichsoziale haben Sie oft genug gewarnt und von Ihnen verlangt, Sie mögen nicht so eine wirtschaftlich Fahrt ins Blaue inszenieren, Sie mögen nicht so wirtschaften, als ob wir nie einen Krieg verloren hätten, als ob bei uns Handel, Industrie und Gewerbe noch in Blüte wäre, als ob wir über ein Uebermass von reichen Leuten in Wien verfügten, deren Reichtum unerschöpflich ist. Aber Sie haben alle unsere Warnungen in den Wind geschlagen. Ihre Abstimmungsmaschine funktionierte tadellos, auch wenn sie die Wirtschaft zermalmte. Sie waren von einer marxistischen Ekstase befallen. Wer so vermessen war, Ihnen zu sagen, dass Ihre Ausgaben- und Abgabepolitik wirtschaftsvernichtend sei, den haben Sie rundweg als einen Feind der Arbeiterklasse verfehmt, als einen Feind jener Arbeiter, die Sie nun dank Ihrer wahnwitzigen Politik dem gefährlichsten und dem am schwersten zu bezwingenden Feind der Arbeiterschaft nämlich der Arbeitslosigkeit ausgeliefert haben.

Wir Christlichsoziale haben Ihre Gemeindepolitik bekämpft sowohl wegen ihrer Ziele als auch wegen der von Ihnen angewendeten Mittel und auch wegen ihrer einseitigen klassenmässigen parteipolitischen Einstellung. Sowohl der Rechnungsabschluss wie der Kontrollamtsbericht und der Rechnungshofbericht geben uns darin recht. Ihre Ziele waren utopisch, dabei aber mit unheimlich vielen Kosten verbunden. Sie wollten ja das Gros der kulturellen und sozialen Bedürfnisse, so wie Sie sie sehen, gleich für mindestens vier Generationen von einer einzigen Generation, von der gegenwärtigen tragen lassen. Was haben Sie, als Sie Ihre Herrschaft antraten, alles versprochen! Da ist Ihre Wohnhauspolitik. Sie haben immer hinausposaunt, dass nun in dieser sozialistischen Musterstadt die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt für ewige Zeiten begründet sei. Sie haben Ihre Elite in diese "monumentalen Stätten sozialistischen Aufbaues" gesetzt. Das Gros dieser Ihrer Anhänger lebt heute in diesen monumentalen Stätten ein Elendsleben,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

gesetzt auf die Arbeitslosenunterstützung und zum grössten Teil schon ausgesteuert, und Sie müssen nun dazu sehen, wie Sie aus diesen monumentaleren Stätten sozialistischen Aufbaues Ihren Mietzins bekommen. Heute dreht es sich gar nicht darum, ob mit Anleihe oder nicht gebaut worden ist. Auf Grund des Rechnungsabschlusses ist das Eine feststehend, dass dieses Ziel, den Hausbesitz zu sozialisieren, Unsummen Geldes gekostet hat, dass aber dieses Ziel ein Dahinschwinden der kommunalen Steuerträger und ein Herabsinken der Gemeinde- und Landesabgaben um mehr als 15 Millionen gebracht hat. Der Rechnungsabschluss zeigt aber auch, dass dieses Ihr Ziel utopisch war. Denn schon im Jahre 1931 mussten Sie unter dem Druck der realen Verhältnisse die Ausgaben für diese Zwecke von 90 auf 60 Millionen senken, Sie mussten im Jahre 1932 noch weiter herabgehen und werden im Jahre 1933 die Ausgaben noch weiter um ein Bedeutendes senken müssen. Aber auch der Kontrollamtsbericht zeigt, wie richtig unsere Einwendungen waren. In diesem Bericht wird festgestellt, dass sich bei der Werkstätte des städtischen Fuhrwerksbetriebes die Kosten von Neuherstellungen höher beliefen als bei privaten Firmen und dass durch eine wesentliche Verringerung der Durchführung von Neuherstellungen es inzwischen möglich gewesen ist, den Personalstand der Werkstätte um rund 30 Prozent herabzusetzen. Auch in der Werkstätte im XII. Bezirk ist durch Vergebung von Arbeiten an Private der Personalstand wesentlich verringert worden. Das gleiche gilt von der Erhaltung der öffentlichen Gartenanlagen, für die Fuhrwerksleistungen im Betrieb der Gemeindefriedhöfe und so weiter. Ueberall haben Ihre Sozialisierungstendenzen Schiffbruch gelitten. Sie waren sogar gezwungen, Arbeiter und Angestellte abzubauen. Bei den nächsten Wahlen dürfte die Mehrheit nicht mehr versprechen wir bauen weiter, sondern sie müsste sagen: wir bauen weiter ab. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen)

Rechnungsabschluss und Kontrollamtsbericht geben uns aber auch Recht, wenn wir Sie so hartnäckig bekämpfen wegen der von Ihnen angewendeten Mitteln. Sie haben durch Aufzwingung einer Serie von Steuern, die sich vor allem gegen die Träger der bürgerlichen Wirtschaftsordnung richteten, alles in Ihrem fanatischen Hass gegen jeden Besitz getan, um auch den schaffenden Besitz zu schädigen, und haben dabei übersehen, dass ein solches Vorgehen für die Wirtschaft katastrophal ist, sich aber auch naturgemäss auf tausende und abertausende Arbeiter und Angestellte auswirkt. Sie haben auch wirtschaftlich vertretbare Abgaben mit einer solchen Rücksichtslosigkeit und mit einer Nichtbeachtung der Wirtschaftskraft des einzelnen Steuerträgers bemessen und eingehoben, dass man füglich sagen kann, die Gemeinde ist nicht nur Eigentümerin einer Leichenbestattung, sie ist auch die Totengräberin vieler tausender wirtschaftlicher Existenzen. (Lebhafter Beifall b. d. Chr. soz.)

Es war uns von vornherein klar, dass bei dieser enormen Höhe und unfassbaren Zahl von Gemeindeabgaben schliesslich die Steuerquellen versiegen müssen. Die Fürsorgeabgabe musste zurückgehen, da sie in ihrer derzeitigen Höhe produktionshemmend ist und deshalb eine Unzahl von Unternehmungen zugrundegehen müssen. Auch das Herabsinken der Abgabe für öffentliche Ankündigungen und der Inseratenabgabe deutet auf ein Schwinden der Steuerkraft, auf ein Schwinden von Unternehmungen hin. Mit der Hauspersonalabgabe, mit der Sie einst die Reichen treffen wollten, haben Sie nur die Ärmsten der Armen getroffen. Sie ist um rund eine Viertelmillion geringer geworden. Die Reichen sind abgewandert, zurückgeblieben sind nur die stellenlosen Hausgehilfen. Es ist übrigens für die Mehrheit, die immer vorgibt, sozial zu handeln, kennzeichnend, dass sie gerade diese Steuer, gegen die wir seit jeher ankämpfen, noch immer aufrecht erhält. Dass auch die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Abgaben vom Verbrauch von Gas und elektrischem Licht gesunken sind, zeigt, dass die grossen Massen sich auch schon am Notwendigsten einschränken müssen. Wo gegenüber dem Voranschlag einige wesentliche Mehreinnahmen erzielt worden sind, wie zum Beispiel bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, bedeutet dieses Plus auch nur einen Leichenstein mehr auf dem Wege ganzer Gruppen von Gewerbetreibenden. Auch die Mehrerhebung bei der Wertzuwachsabgabe ist kein erfreuliches Zeichen. Zum Teil ist sie wohl auf die Schillingflucht, zum grossen Teil aber auf Zwangsversteigerungen zurückzuführen, die auch nur den wirtschaftlichen Zusammenbruch von Existenzen bedeuten. Hören Sie endlich einmal damit auf, die Wirtschaftskrise und den Zusammenbruch der Creditanstalt als die Hauptfaktoren dafür hinzustellen, dass Ihr Etat über das Haufen geworfen wurde. Wir meinen, dass zumindest ebensoarg wie diese beiden Faktoren in dieser Stadt eine masslose Klassenmässig eingestellte Steuer- und Abgabepolitik gewütet hat (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.). Wie recht wir hatten, als wir schon seit Jahren einen radikalen Abbau der Abgaben verlangt haben, beweist auch die enorme Höhe der Rückstände an Landes- und Gemeindeabgaben im Betrage von 24'51 Millionen. Auch wenn sich dieser Rückstand auf zehn Jahre bezieht, ist das genug. Die Anregung des Kontrollamtes, der Magistrat möge diese Einnahmerückstände auf ihre Einbringlichkeit überprüfen, ist sehr berücksichtigungswürdig. Das Ergebnis dieser Überprüfung wird sein, dass diese Rückstände restlos uneinbringlich sind und dass sie restlos werden abgeschrieben werden müssen. Man verschaffe damit der Bevölkerung endlich eine kleine Erleichterung, nachdem man sie durch ein Jahrzehnt mit dieser wahnwitzigen Abgaben- und Ausgabenpolitik gequält hat.

Der Rechnungsabschluss beweist aber auch, wie berechtigt unsere Gegnerschaft gegen Ihre einseitige parteipolitische Einstellung in der Gemeindepolitik war. Da hat man viele Millionen Schilling aus der ganzen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteieinstellung herausgepresst und sie zur Erbauung von Mammuthäusern verwendet, die nichts anderes sein sollten, als Zwingburgen Ihres Parteigeistes. Sie erbauen diese Wohnungen ja nur deshalb damit Sie Ihren Parteiangehörigen Geschenke machen können. Es kommt Ihnen nicht darauf an, in dieser Stadt, sondern für Ihre Parteigenossen sichtbar zu verwalten. Sie haben die Siedlungsbewegung vernachlässigt, ja ihr sogar entgegengearbeitet, weil Sie heimatverbundene Menschen nicht brauchen. Sie haben auch viel Geld für das Stadion ausgegeben, zum guten Teil deshalb, damit Sie dort die Arbeiterolympiade abhalten können. Die ganze Stadt musste die Inszenierungskosten für eine Parteiparade bezahlen.

Wenn ^{uns} auch Rechnungsabschluss, Kontrollamtsbericht und Rechnungshofbericht Recht geben, so stehen wir allen diesen Vorlagen doch ablehnend gegenüber, zunächst aus materiellen Gründen, weil sie auf einer von uns bekämpften, grundirrigen Gemeindepolitik aufgebaut sind (Lebhafter Beifall b. d. Chr. soz.). Alle diese Vorlagen geben auch kein ganz klares Bild, namentlich nicht über das Gemeindevermögen, obwohl es für die Bevölkerung, deren Gross teil hungert und darbt, sehr interessant wäre, zu wissen, wie gross insbesondere das Immobilienvermögen der Gemeinde ist. Wir lehnen die Vorlage aber auch aus formellen Gründen ab. Wir wollen mit Ihnen in keinem Belange die Verantwortung teilen. Sie haben gegen uns immer die Abstimmungsmaschine wirksam werden lassen. Nun tragen Sie auch nur allein die Verantwortung, die gewiss recht schwer ist. Aber wir geben Ihnen einen Trost mit. Rechnungsabschluss, Kontrollamtsbericht und Rechnungshofbericht zeigen ja deutlich, dass Ihre Verwaltungsmethoden, dass Ihre Herrschaft in dieser Stadt zur Neige geht. Dem Marxismus, dem Sozialismus gehört nicht die Zukunft dieser Stadt, die Zukunft

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

gehört ja doch der christlichsozialen Idee und ihrer Partei, die es verstanden hat, nicht als Diener einer Klasse, sondern als Diener der Allgemeinheit zum Wohle der Gesamtheit der Bevölkerung Wiens diese Stadt zu verwalten (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

Stadtrat Frauenfeld (Nat. soz.) führt aus, der vorliegende Rechnungsabschluss stehe im Zeichen des Ereignisses, dass nach der Ernennung dieser Vorlage der geistige Vater des gegenwärtigen Systems die Absicht hat, in der politischen Versenkung zu verschwinden. Wenn Herr St. R. Breitner sich von seiner Tätigkeit zurückzieht, so nicht nur deshalb, weil zwischen dieser Absicht und der Wahl von 15 Nationalsozialisten eine merkwürdige Gleichzeitigkeit besteht, sondern wohl auch deshalb, weil er nicht den Zusammenbruch seiner Tätigkeit erleben will. Man konnte diese Finanzpolitik solange fortsetzen, solange das Kapital dazu vorhanden war. Herr St. R. Breitner hat heute hier erklärt, dass die Finanzen der Gemeinde Wien in Ordnung sind, während andere Städte in grosse Not geraten sind (Gem. Rätin Deutsch-Kramer (soz. dem.) z. B. Koburg !) Wir haben in Koburg eine Schuldenlast übernommen und verringert, wie wir es überall tun, wo wir zu verwalten Gelegenheit haben. Wenn aber darauf verwiesen wird, dass die Finanzen anderer Städte in Unordnung geraten sind, so muss dem entgegengehalten werden, dass es dafür der Bevölkerung in diesen Städten besser geht. (Zustimmung bei den Nat. soz.) Hier werden wir es aber erleben, dass die Gemeinde Wien schliesslich der letzte Ueberlebende in Wien sein wird. Es handelt sich nicht darum, schöne Rechnung-sabschlüsse vorzulegen, sondern darum, der Bevölkerung erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, und dieses Problem haben die Sozialdemokraten nicht gelöst. Wer mit offenen Augen durch die Strassen dieser Stadt geht, sieht, dass, soweit es sich um die bodenständige deutsche Bevölkerung handelt, Wien eine sterbende Stadt ist, und das ist in erster Linie denen zu danken, die diese Stadt seit 14 Jahren beherrschen. Es ist besonders hervorgehoben worden, dass in Wien so viele Wohnungen geschaffen wurden, dass auf drei Menschen schon eine Wohnung kommt. Trotzdem gehen Tausende in den Strassen herum und wissen nicht, wo sie die Nacht verbringen sollen. Auf der anderen Seite kann aber jeder, der über ein paar tausend Schilling verfügt, sich jederzeit eine Wohnung kaufen. Wir finden in den Ausweisen der Gas- und Elektrizitätswerke erhebliche Beträge für schuldige Gas- und Stromrechnungen und wir müssen uns ..., wie das möglich ist, da jedem, der die Licht und Stromrechnung nicht zahlt, Licht und Gas gesperrt wird. Die Ausgleichs sind ein blühender Wirtschaftszweig der jüdischen Wirtschaftshyänen geworden und dort laufen diese rückständigen Beträge auf.

Das kläglichste Kapitel dieses ganzen Rechnungsabschlusses stellt vielleicht das Wohlfahrtswesen dar. Es fordert zur schärfsten Kritik heraus, dass eine Gemeinderatsmehrheit, die sich als sozialdemokratisch bezeichnet, gerade das Wohlfahrtswesen zum Gegenstand von Ersparungen machen muss. Auf der einen Seite wird ein kostspieliges Stadion gebaut und auf der anderen Seite erleben wir es jede Woche im Stadtsenat, dass Anträge auf Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für alte arbeitsunfähige Leute um zwei Schilling mit der Begründung abgewiesen werden, dass die Mittel nicht vorhanden sind. In den Versorgungsanstalten ist ein immer grösserer Abbau des Belages der Betten zu verzeichnen. Wir hatten im Jahre

RATHAUSKORRESPONDENZ

8. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

1922 acht Anstalten mit 10498 Betten und haben jetzt nur mehr 6 Anstalten mit 8702 Betten. Wir hatten im Jahre 1928 sieben Tuberkuloseheilanstalten mit 1400 Betten, heute sind es nur mehr zwei mit 700 Betten. Wir hatten in der Jugendfürsorge 9 Anstalten mit 1500 Betten, jetzt sind sie auf 3 Anstalten mit 900 Betten gesunken. Wir könnten auch von den Lehrlingsheimen erzählen, die teils gesperrt, teils anderen Aktionen übergeben worden sind, von dem Institut für Krüppelfürsorge, das aufgelassen worden ist, und von anderen wichtigen der sozialen Fürsorge dienenden Einrichtungen, die teils gesperrt, teils so gering dotiert sind, dass sie nicht mehr in der alten Form aufrecht erhalten werden können.

20 verschiedene Steuern und Abgaben sind aus der Bevölkerung herausgepresst worden. Trotz des enormen Betrages von $36 \frac{1}{2}$ Millionen Schilling, der an Wohnbausteuer aus der jetzigen Generation herausgepresst wird, ist die Wohnungsfrage nicht gelöst worden. Man legt uns schön hergerichtete Bilanzen vor, bleibt aber die Antwort schuldig, bei welchen Banken die Gelder erlegt worden sind; wahrscheinlich bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, vielleicht auch bei der Arbeiterbank oder bei der Eskomptegesellschaft. Ich möchte da die Frage stellen, ob diese Millionen identisch sind mit jenen Millionen, die die Zentralsparkasse an sozialdemokratische Gemeinden in der Provinz verliehen hat, weil es sich hier um Beträge handelt, die uneinbringlich geworden sind. (Zustimmung bei den Nat. soz.) Ueber diese Tatsachen kommt man nicht hinweg, wenn man noch so schön garnierte Rechnungsabschlüsse und Berichte des Kontrollamtes vorlegt. Das Kontrollamt ist ein Institut, das aus Angestellten der Gemeinde zusammengestellt ist und besten Falles als ein Büro zur Rationalisierung, aber nicht als Kontrollamt bezeichnet werden kann. Ein solches könnte es nur dann sein, wenn an der Spitze ein paritätischer Ausschuss des Wiener Gemeinderates stünde. (Zustimmung bei der Parteigenossen.) Ausserdem ist uns ein Bericht des Rechnungshofes zur Verfügung gestellt worden, der nur sanft anzudeuten wagt, was ihm nicht genehm ist. Trotz dieses unerhörten Wohlwollens musste aber auch der Rechnungshof manche Kritik üben. Wir können also auch diese beiden Berichte nicht als eine Rechtfertigung des vorliegenden Rechnungsabschlusses ansehen. Wir haben auch keinerlei Anhaltspunkt dafür, dass in dem gegenwärtigen System eine Aenderung eintreten würde. Es wird uns im Gegenteil wiederholt versichert, es bleibt alles beim alten. Es wird die Bevölkerung weiter um ihr Geld gebracht werden, wir werden weiter die Stadt sein, die einen Weltrekord an Selbstmorden aufstellt, wir werden noch weiter steigende Rekordziffern an Bankerotten und Ausgleichen aufzeichnen. Der Nationalsozialismus, vertreten durch seine Fraktion hier im Gemeinderat, wird nach wie vor den Standpunkt der schärfsten Ablehnung gegen diese Parteipolitik und gegen das Festhalten an Grundsätzen einnehmen, die für jeden logisch denkenden Menschen als überholt und als undurchführbar erwiesen sind. Wir werden daher selbstverständlich diesen Rechnungsabschlüssen nicht unsere Zustimmung geben. Es wird einmal die Zeit kommen, wo Rechenschaft wird abgelegt werden müssen nicht vor irgend einem selbstgeschaffenen Kontrollamt, nicht vor irgend einem mimosenartigen Rechnungshof, sondern wo Rechenschaft wird abgelegt werden müssen denen, die die Leidtragenden dieser 14 jährigen Tätigkeit sind. An diesem Tage wird eine Prüfung dieser Rechnungsabschlüsse stattfinden, die objektiver und ehrlicher, aber für die Schuldtragenden bedenklicher sein wird als diese mühselige Debatte über bereits durchgeführte Dinge. (Lebhafter Beifall bei den Nat. Soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

9. Blatt

Wien, am

Gem. Rat Dr. Hanke (Nat. soz.) erklärt, seine Partei rechne es St.R. Breitner keineswegs zum Vorwurf an, dass er die Finanzgebarung auf einem bestimmten System aufgebaut hat, wohl aber, dass er von dieser Richtung nicht abgegangen ist, als er einsehen musste, dass sie zum Ruin führt. Es steht ausser Zweifel, dass sich St.R. Breitner bei den Ausgaben nicht von den Notwendigkeiten leiten liess, sondern vielmehr von dem Reklambedürfnis seiner Partei. Es war nicht das Wohl der Stadt entscheidend, sondern das Wohl der sozialdemokratischen Partei. Diese hat dem St.R. Breitner taxfrei den Titel eines Finanzgenies verliehen. Die Gewerbetreibenden haben ihm einen anderen Titel verliehen. Seine Tätigkeit hat sich darin erschöpft, dass er rücksichtslos Steuern eingehoben hat.

Es war ihm dabei vollkommen gleichgültig ob dabei Existenzen zugrunde gehen. Nach unserer Meinung war St.R. Breitner nur ein guter Steuereinträiber. (Zustimmung bei den Parteigenossen). Dazu gehört aber kein Genie, das trifft jeder Steuerbeamte. Es gehört nicht einmal Mut dazu, denn die Mehrheit hat ihm die nötige Deckung verschafft. Jetzt sind die Herren der Mehrheit am Ende und der Rücktritt des Finanzreferenten bestätigt diese offenkundige Tatsache. Die Kassenbestände sind im Laufe des Geschäftsjahres auf eine Million Schilling gesunken, die Steuerrückstände betragen rund 24 Millionen Schilling. Redner fragt den Finanzreferenten, ob in diesem Betrage sämtliche Verzugszinsen und sämtliche Verzögerungszuschläge aufgenommen sind, und wenn ja, wie hoch die Verzugszinsen und Verzögerungszuschläge sind. Die Bevölkerung kann die Lasten nicht weiter tragen. Deshalb haben die Nationalsozialisten schon im Juli den Antrag gestellt, es sollen auf die Dauer von zwei Jahren sämtliche Steuerrückstände gestrichen werden, wenn die laufende Steuer pünktlich entrichtet wird; und wie werden im Zuge der Beratung des Vorantrages den Antrag erneuern. Der Redner kündigt einen Antrag auf Auflassung der Revisionsstelle an, bespricht dann die Frage der Subventionen, von denen auch sozialdemokratische Gemeinderäte unverblümt zugegeben haben, dass sie lediglich zu parteipolitischen Zwecken erfolgen, verlangt die Vorlage einer Gemeindehaushaltsordnung und kommt dann auf die Nahrungs- und Gemusmittelabgabe zu sprechen. Er verweist darauf, dass sich die Gemeinde Wien bei der Wök mit einem Betrage von 250.000 Schilling beteiligt (Gem.R. Dr. Riehl (nat. soz.): der grösste Skandal!) Das Gastgewerbe hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer zu leiden und es ist unverantwortlich, dass einem Konkurrenzunternehmen dieser Betrag zur Verfügung gestellt wird. Die Wök soll wieder zu dem gemacht werden, was sie ursprünglich war, zu einer Gemeinschaftsküche. Auch der Stadionbetriebsgesellschaft wurde eine Stammeinlage von 175.000 Schilling geleistet. Der Pächter hat nicht nur einen hohen Pacht zu leisten, sondern er wird auch verpflichtet, wo er seine Waren einzukaufen hat, die Lieferanten werden ihm genau bezeichnet, und auch diese Lieferanten werden verpflichtet, an die Stadionvertriebsgesellschaft Beträge bis zu 20.000 Schilling zu bezahlen.

Zu dem Berichte des Rechnungshofes wäre noch zu sagen, dass der Rechnungshof die Richtigkeit des vorliegenden Berichtes bestätigen müsste, denn der Bericht ist uns nur in Abschrift und überdies in einer Form vorgelegt worden, in der er vom Rechnungshof gewiss nicht vorgelegt wurde.

Das Kontrollamt der Gemeinde Wien bietet in seiner heutigen Form keine Gewähr für eine wirksame Kontrolle. Wir hegen keinen Zweifel, dass die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

10. Blatt

Wien, am

beauftragten Beamten ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen tun, aber ihre Berichte verschwinden. Wir verlangen daher, dass wie beim Land Niederösterreich ein dreigliedriger Ausschuss eingesetzt wird, der alle diese Berichte bekommt, und dass die Beamten des Kontrollamtes unabsetzbar gemacht werden. Wird dieser Antrag nicht angenommen, werden wir die Auflösung des Kontrollamtes verlangen.

Der Minderertrag an Gemeinde- und Landesabgaben, das Zusammenschmelzen der Kassenbestände, die rückständigen Gemeindesteuern illustrieren am besten die heutige Situation. Die Mehrheit ist pleite und sie hat den Ausgleich auch schon angemeldet; sie kann ihren Verpflichtungen, vor allem in der Fürsorge, nicht mehr nachkommen, sie muss die Aermsten der Armen kürzen. Bald wird auch das nicht mehr möglich sein und dann muss die Mehrheit den Konkurs anmelden und das Volk wird über das System Breitner zu Gericht sitzen. (Lebhafter Beifall bei der Nat. Soz.)

Vorsitzender Weigl erklärt die Debatte für geschlossen und erteilt dem Finanzreferenten das Schlusswort.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

11. Blatt

Wien, am

St. R. Breitner: Die beiden Oppositionsparteien haben an dem Rechnungsabschluss 1931 und damit auch an der verwaltenden Mehrheit harte Kritik geübt. Das ist auch ganz selbstverständlich. Es kann eine Mehrheit nur nach jenen Grundsätzen verwalten, die eben ihrem Programm entsprechen, und muss daher das Missfallen der Opposition hervorrufen.

GR. Dr. Zörnlaib hat davon gesprochen, dass die Grossmannssucht der sozialdemokratischen Mehrheit in dieser Stadt Schiffbruch erlitten hat, dass eine wahnwitzige Ausgaben- und Abgabepolitik das Elendsleben in dieser Stadt verschuldet habe. Wenn dem so wäre, würde die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Stadt längst ein vernichtendes Urteil über die Mehrheit gesprochen und ihr das Vertrauen entzogen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten - Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nat. Soz. St. R. Frauenfeld : Ihr habt nur mehr Juden und Tschechen ! Die Mehrheit dieser Stadt sieht aber, dass in den Bundesländern draussen, die ausnahmslos unter bürgerlicher Verwaltung stehen, es nicht zustande gebracht haben, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen oder auch nur kleiner zu gestalten als in Wien. Die Mehrheit der Wiener Bevölkerung blickt über die Grenzen Oesterreichs hinaus und erkennt, dass eine Krise von unerhörter Gewalt über das Erdrund zieht. In England 2 Millionen Arbeitslose, in Deutschland 5 Millionen, in Amerika 11 Millionen ! Auch im fascistischen Italien ein Arbeitslosenstand von mehr als 1 Million. Dann erkennt eben diese Wiener Bevölkerung, dass das fürchterliche Elend der Welt wahrhaftig nicht vom Wiener Rathause ausgehen kann, sondern dass dafür ganz andere Ursachen bestimmend sind.

Ich habe schon dargelegt, weshalb die Gemeinde im Jahre 1931 ihre Tätigkeit so arg schmälern musste. Die Abgabenteilung ist zu ungunsten Wiens geändert worden und daran ist ganz gewiss die Gemeindeverwaltung unschuldig. Grosse Bankinstitute sind zusammengebrochen und die Vertrauenskrise im kapitalistischen System hat geradezu verheerend gewirkt. Es sind die Wirtschaft vernichtende Devisenvorschriften erlassen worden, überall macht sich die zerstörendsten Autarkiebestrebungen geltend. Auch dafür hat die Gemeindeverwaltung gar keine Verantwortung.

St. R. Breitner befasst sich sodann mit den von den Debatte-rednern vorgebrachten Einzelheiten. Dann fährt St. R. Breitner fort: Es wurde gesagt, dass zwischen den Zeilen des Berichtes des Rechnungshofes ein besonderes Wohlwollen für die Wiener Verwaltung zu lesen sei. Der Rechnungshof ist eine von Wien gänzlich unabhängige Stelle. Wenn man schon zwischen den Zeilen lesen will, so nur innere Achtung vor einer reinen, ehrlichen Verwaltung (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

STR. Frauenfeld erklärte, man sterbe in dieser Stadt vor der Zeit. Das ist wahr! Aber nicht nur in dieser Stadt, nicht nur in ganz Oesterreich sondern auf dem weiten Erdenrund sterben Hunderttausende, sterben Millionen vor ihrer Zeit ! Sie gehen nicht zugrunde an unserer Verwaltung, sondern an den unheilbaren Fehlern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. (Beifall bei de Soz. dem.) - Zwischenrufe).

Die nationalsozialistischen Redner haben sich mit dem bevorstehenden Wechsel im Finanzreferat befasst. GR. Hanke hat in diesem Zusammenhang von einem System Breitner gesprochen. Demgegenüber erkläre ich: Es gibt kein System Breitner und es hat keines gegeben. Der Finanzreferent der Gemeinde hatte sein Ressort im Sinne des Programmes der sozialdemokratischen Partei zu führen. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

12. Blatt

Wien, am

Gleich allen anderen Stadträten musste er sich bemühen, jene Grundsätze zur Geltung zu bringen, die den Anschauungen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, die diese Verwaltung in dieser Stadt eingesetzt und bei jeder Wahl bestätigt hat.

Unzutreffend ist es, von einem starrsinnigen Festhalten an einmal beschlossenen Abgaben zu sprechen. Mit grosser Bereitwilligkeit wurden in den besseren Konjunktoren wiederholt Ermässigungen vorgenommen. Wäre Wien bei der Abgabenteilung nicht so verkürzt worden, so hätte dies auch weiter geschehen können. Wir bedauern es selbst, dass dies heute unmöglich ist.

Die sozialdemokratische Partei hat sich selbstverständlich von Anbeginn auch bei den Wiener Gemeindeabgaben zu der Auffassung bekant, dass die Besitzlosen soweit als nur möglich geschont, die Besitzenden dafür aber weitestgehend zur Steuerleistung herangezogen werden müssen. Daran kann und wird sich natürlich nie etwas ändern. Deshalb kann auch ein Personenwechsel im Finanzreferat keinen Wechsel des Abgabensystem mit sich bringen.

Einer der Oppositionsredner hat vorausgesagt, es werde zum Schlusse eine lange Dankesrede des Bürgermeisters für mich geben. Das wird nicht der Fall sein. Ich habe den Herrn Bürgermeister dringend gebeten, von einer Würdigung meiner Tätigkeit und von jedem Dankeswort abzusehen. Das Bewusstsein, dass ich in dieser schweren Zeit der Stadt Wien im Dienste des Sozialismus dienen durfte, ist für mich Dank genug. (Stürmischer Beifall bei den Soz. dem. - Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei erheben sich und bringen STR. Breitner lebhaft Ovationen dar.

624

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XIII Bf.

Damit ist die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II beendet.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I bemerkt SR. Stöger (chr. soz.) die Tatsache, dass der Finanzreferent, wie er heute sagte, seine Funktion nur im Sinne des Sozialismus ausgeübt hat, hat sich an dem städtischen Personal sehr bitter gerächt. Dem städtischen Personal wurde ein grosser Teil der Bezüge weggenommen und der Personalstand wurde trotz des ständigen Zuwachses von Agenden um einige hundert Personen herabgesetzt. Gegenüber dem Voranschlag wurde die ansehnliche Summe von weit mehr als 12 Millionen erspart. Durch eine solche Politik sägt die Gemeindeverwaltung an dem Aste, an dem sie sitzt. Die Gemeindeverwaltung hat durch ihren fluchwürdigen Sozialisierungswahn nicht wenig dazu beigetragen, die reiche Gemeinde von ehemals in die heillose Lage von heute zu bringen. Es ist aber herzlos und ungerecht, die Folgen dieses Irrwahns das Personal entgelten zu lassen. Die Gemeinde treibt mit den Kräften der Angestellten Raubbau aufs Höchste. Nur um der Sozialisierungsidee willen wurden eine Menge von Agenden der privaten Wirtschaft abgenommen und damit eine für die Gemeinde selbst schädliche Vergrösserung des Aufgabenkreises der Gemeinde und eine unnötige Aufblähung des Personalstandes herbeigeführt, der Personalaufwand in einer nicht zu rechtfertigenden Weise erhöht und damit die heutige unhaltbare Lage geschaffen. Sind die ungeheuren Summen, die der heutige Mammutbetrieb erfordert, nicht mehr aufzubringen, so suche man einen Ausweg nicht in der weiteren Verproletarisierung des Personals, sondern dam gebe man der Privatwirtschaft jene Betriebe zurück, die die Gemeinde zu Unrecht an sich gerissen hat. Durch die Uebernahme der Kanalräumarbeiten durch die Gemeinde wurde zum Beispiel der Personalaufwand schwer belastet, der Personalstand um einige hundert Angestellte vergrössert und der Privatwirtschaft Verdienstmöglichkeiten genommen. Fast 80 Prozent der Tischlergehilfen sind heute ohne Beschäftigung. Dafür hält aber die städtische Leichenbestattung eine eigene Tischlerei mit ca zwei Dutzend Arbeitern und auch eine eigene Spenglerei, Betriebe, die sich nicht nur mit der Herstellung von Särgen beschäftigen, sondern auch der Privatwirtschaft Konkurrenz machen. Dabei vereinigt der Leiter dieses städtischen Unternehmens die Leitung zweier grosser Abteilungen in seiner Person und hat in der Zeit einer so grossen Arbeitslosigkeit den entsprechenden Doppelbezug. Wie sich die Auflassung überflüssiger städtischer Betriebe auf den Personalaufwand auswirken würde, zeigt zum Beispiel die städtische Dampfwäscherei. Nachdem der Bund dieser Wäscherei die Reinigung der Wäsche der Fondskrankenanstalten abgenommen hatte, konnte der Personalstand von 165 auf 72 Personen reduziert werden. Eines der düstersten Kapitel ist die Schuwa. Zwar ist im Rechnungsabschluss 1931 eine Herabsetzung des Personalstandes der Schuwa ausgewiesen, aber die Leute wurden in Wirklichkeit nicht abgebaut, sondern den verschiedenen Ressors zugewiesen, ohne dass der überwiegende Teil dieser Menschen die Eignung für den schwierigen Magistratsdienst besitzt. Die Arbeiterzeitung hat mich einmal als eine der unerfreulichsten Gestalten des Wiener Gemeinderates bezeichnet. Ich lege sehr grossen Wert darauf, für Sie diese unerfreuliche Gestalt auch weiterhin zu bleiben. Ich gebe ohne weiteres zu, dass in den Reihen dieser Schuwa auch anständige und brauchbare Menschen sind, die nur die Not der Zeit unter diesen Janhagel getrieben hat.

Zum Schlusse verweist der Redner darauf, dass die sozialdemokratische Partei mit grossem Applomb eine Lehrerhochschule errichtet hat, was sehr viel Geld verschlang. Kein einziger der Absolventen konnte aber

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV Bl.

Wien, am

bisher angestellt werden. Wenn man sich entschliessen könnte, die Lernmittel nur ^{unbemittelter} Kindern Eltern zu geben, könnten Hunderte von Junglehrern angestellt werden, ohne dass dem übrigen Personal nur ein Heller weggenommen würde. Der Redner erklärt, dass seine Partei gegen den Rechnungsabschluss stimmen werde (Lebhafter Beifall bei d. Chr. soz.)

GR. Scholz (nat. soz.) bemerkt, der Rechnungsabschluss 1931 zeige die grosse Hilflosigkeit, mit der die Gemeinde dem Personaletat gegenüberstehe. Sich mit den ziffernmässigen Ansätzen des Rechnungsabschlusses im Einzelnen zu beschäftigen, wäre müssig, da es sich hier um leblose Ziffern handelt, für die die Belege fehlen. Aber über eine Gruppe von Ziffern müssen wir sprechen. Wir finden es ungeheuerlich, ^{wenn} in einer Zeit, in der in Wien grausamer Hunger tobt, ^{ein} Bürgermeister über 25.000 Schilling im Jahr und ein amtsführender Stadtrat durchschnittlich 2000 Schilling im Monat bezieht. Für uns Nationalsozialisten ist es selbstverständlich, dass in diesen Zeitläufen für jeden, und sei es auch der verwöhnteste Proletarierführer, der Betrag von 800 bis 1000 Schilling genügen müsste, damit er sein proletarisches Dasein fristen kann. Wir werden von den Anträgen, die wir in der Beziehung gestellt haben, nicht abgehen. Wir wissen ganz genau, dass STR. Speiser bestimmt kein leichtes Amt hat, und wir wissen auch, dass er kein so freundlicher Herr zu den Juden ist, wie er es seinerzeit war. Der Grund davon liegt vor allem darin, dass STR. Speiser zur Verwaltungsgruppe III in Zwiespalt steht. Er ist wohl nur ein Wald- und Wiesenantisemit, aber immerhin ist er Antisemit geworden, da die besondere Bevorzugung des auserwählten Volkes in dieser Verwaltungsguppe sogar ihm über die Hutschnur geht. Der Redner wendet sich sodann dagegen, dass statt des vorgesehenen Betrages von 300.000 Schilling für Remunerationen aus verschiedenen Anlässen nur 18.000 Schilling ausbezahlt wurden, während der Betrag, der an Remunerationen für die Lehrpersonen an tschechischen Schulen vorgesehen war, beinahe zur Gänze verausgabt wurde. Für Sie, die Sie uns bei unserem Einzug in den Gemeinderat mit den Rufen "Naz dar pane" begrüsst haben, ist es sehr bezeichnend, wie Sie sich einstellen, wenn es sich um Tschechen handelt. Der Redner erklärt nun, an einem Beispiel zeigen zu wollen, wie seitens der Gemeindeverwaltung vorgegangen wird, wenn es sich darum handelt, Bodenständige bei der Gemeinde unterzubringen. Ein junger Ingenieur, dessen Urgrosseltern schon in Wien ansässig waren, der ausserordentlich berücksichtigungswürdig ist, konnte trotz 5jähriger Bemühung bei der Gemeinde nicht unterkommen. Der Mann ist jetzt auf dem Selbstmordstandpunkt. Dagegen kam zur gleichen Zeit einer seiner Jahrgangskollegen, ein junger Jude, der über Protektion verfügte, unter, obwohl er dazumal noch gar nicht die Wiener Zuständigkeit hatte. Ein besonderes Kapitel sind die Fahhkonsulenten bei der Gemeinde. Da wurde ein gewisser Blech als Vertragsangestellter mit 200 Schilling angestellt, der Mann hat ausserdem Nebenbezüge von 600 Schilling. Er war Ledergalantrist und gilt heute bei der Gemeinde als Gummispezialist (Heiterkeit bei den Nat. soz.). Beim Strahleninstitut ist ein junger Mann angestellt mit einer Zulage von 200 Schilling. Ausserdem wurden ihm für Radiopräparate nicht weniger als 21.000 Schilling ausbezahlt. Es ist der Neffe des Bezirksvorstehers des I. Bezirks. Eine Kindergärtnerin steht seit 7 Jahren im Gemeindedienst, obwohl sie heute noch Reichsitalienerin ist. Dagegen wurde der Mutter unseres tschechoslowakischen Kollegen Krebs, einer Frau von 85 Jahren, die seit 27 Jahren in Wien wohnt, die Heimatzugehörigkeit verweigert, obwohl sie ihr vorher in der Bezirksvertretung von der sozialdemokratischen Partei zugebilligt worden war. Im Juni dieses Jahres wurde in

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

15. Blatt

Wien, am

einer Abteilung der Gemeinde ein Oberrechnungsrat bei einem Sechservorschlag an erster Stelle vorgeschlagen. Dieser Mann wurde seit 7 Jahren übergangen, weil er den einen Fehler hat, nicht rot organisiert zu sein. Der Vorschlag wurde nach einem Monat vom Direktionsrat Rössler zur neuerlichen Stellungnahme der Personalkommission zurückverwiesen. Das heisst, der Mann wird von der ersten Stelle abgesetzt. Direktionsrat Rössler ist die rechte Hand des STR Speiser. Er selbst ist im Jahre 1912 bei der Gemeinde eingetreten und ist, wozu ein anderer 24 Jahre braucht, innerhalb 8 Jahren unter Überspringung von 9 Gehaltsstufen und 500 Vordermännern in seine heutige Stellung gekommen.

Senatsrat Trönle hat ebenfalls 6 Bezugsstufen übersprungen. Der Vizedirektor der städt. Strassenbahnen, der seit 1916 im Dienst der Gemeinde Wien ist, soll heute einen Monatsbezug von 2500 Schilling haben. Direktionsrat Eduard Strauss im Elektrizitätswerk hat seit 7 Jahren ausgedient und es ist nicht möglich, ihn zu entfernen, weil er als Bilanzkünstler gilt. Direktionsrat Rudolf Reiter war noch vor einigen Jahren ein kleiner Beamter, heute bewohnt er eine 3 Zimmerwohnung. Die Folge dieser Zustände ist eine grenzenlose Unzufriedenheit und ein grenzenloses Misstrauen in die Verwaltung dieser Stadt. (Beifall bei den Parteigenossen).

GM. R. Dr. Suchenwirth (Nat. soz.) bespricht die Verhältnisse in der Wiener Schulverwaltung. Im Jahre 1920 betrug die Zahl der Leiter 460, die Zahl der Fach- und Klassenlehrkräfte 7455. Im Jahre 1931 gab es nur mehr 366 Leiter und 4640 Fach- und Klassenlehrkräfte, also um 38 % weniger Lehrkräfte, obwohl die Zahl der Schüler in den letzten Jahren im Steigen begriffen ist. Wenn wir uns vor Augen halten, dass die Gemeinde Wien in dem gleichen Zeitraum beinahe überhaupt keine Neuanstellungen vorgenommen hat, so bekommen wir das Bild einer Überalterung der einzelnen Lehrkörper und ein schreckliches Bild der Not und Elend in den Reihen der jungen Lehrer. Aber die rote Gemeindeverwaltung hat immer noch Geld für alle möglichen Ankäufe, sie hat Geld, für eine Schuhwa auszurüsten und einen tschechischen Schulunterricht in einem Umfang aufrecht zu erhalten, der über das uns durch die Friedensverträge aufgenötigte Mass weit hinaus geht. (Zustimmung bei den Parteigenossen). Was die Leiterernennungen anbelangt, so haben wir kein wohldurchdachtes System, es gibt in Wien nur einen Leiterernennungskandal. (Neuerliche Zustimmung bei den Nat. soz.) Von 1927 bis 1931 wurden in Wien 315 Leiter ernannt, darunter nicht weniger als 278 Sozialdemokraten und bloss 32 Christlich-soziale und nur 5 völkische Lehrer. Bei den Vertretungswahlen im Jahre 1930 haben die Sozialdemokraten in der Lehrerschaft nur 41 % der Stimmen erreichen können, aber 88 % der Leiterstellen erhalten. (Pfui-Rufe bei den Parteigenossen). Die völkischen Lehrer haben bei diesen Wahlen 26 % der Stimmen erreicht, aber nur 2 % der Leiterstellen bekommen. Die Herren Seitz und Glöckel haben, als sie noch im Kampf gegen das damals herrschende System standen, sich in der schärfsten Weise gegen die Behandlung der Lehrer nach politischen Gesichtspunkten gewendet, heute aber dulden sie alle diese Handlungen. Die Personalpolitik, die der Stadtrat Speiser mit seinem Namen deckt, hat dazu geführt, dass die anständigen und heimattreuen Elemente der jungen Lehrerschaft von jeder Hoffnung, je-mals eine Leiterstelle zu erlangen, ausgeschlossen sind. Es wird keine Rücksicht auf die Qualifikation

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

16. Blatt

Wien, am

und auf das Dienstalter genommen, es entscheidet lediglich die parteipolitische Zugehörigkeit. Die sozialdemokratischen Lehrer erhalten Geldauszeichnungen und Stufenvorrückungen, während die völkischen und christlichen Lehrer eine Anerkennung nur in Form eines Belobungsdekretes bekommen. Um die ausgedienten Wiener Lehrer und Lehrerinnen für den Entgang der Leiterstellen einigermaßen zu entschädigen, wurde eine in die Pension einrechenbare Alterszulage geschaffen. Jedes Jahr sollten 200 Lehrer nach dem Dienstalter darankommen. In der Praxis wird aber nicht nach dem Dienstalter, sondern willkürlich nach der Parteizugehörigkeit vorgegangen. StR. ^{Speiser} sagt, er kennt keinen Terror bei der Gemeinde Wien, wenn wir aber näher zusehen, sehen wir nicht nur Terror, sondern etwas viel gemeineres, Korruption und Gesinnungsschändung der Angestellten. Die Gemeindeverwaltung behandelt die Lehrer je nach ihrer Gesinnung mit Zuckerbrot und Peitsche. Es wird einmal der Tag kommen, wo die Wiener Lehrerschaft genau so wie die Wiener Bevölkerung mit der Peitsche die Glöckel, Seitz und Speiser davonjagen wird,

(Beifall bei den Nat. soz.).

Gem.R. Dr. Riehl. (Nat. Soz.) befasst sich mit der Anstellung von Aerzten in der Wiener Gemeindeverwaltung. Was würde sich im Gemeinderat von Warschau oder Lemberg abspielen, wenn bei ^{diesen} Gemeinden geradezu prinzipiell aus Steiermark oder Oberösterreich gebürtige Aerzte angestellt würden? Aber auch in reichsdeutschen Städten würden sich selbst die Vertreter der sozialdemokratischen Partei und vielleicht sogar die Kommunisten dagegen wehren, dass Aerzte aus den östlichen Gebieten angestellt werden. In Wien aber besteht ein förmlicher numerus clausus in dem Sinne, dass höchstens eine ganz kleine Minorität von Ariern in städt. Dienste aufgenommen wird. Hier findet jeder ein Unterkommen, der die Mitgliedskarte der soz. dem. Partei aufweist, ohne Rücksicht darauf, welcher Masse oder Nation er angehört. Wenn die Arbeiterschaft einmal auch solche Blätter lesen dürfte, die ihr nicht vorgeschrieben sind, würde sich auch in ihren Reihen ein Sturm der Entrüstung über die Verhältnisse erheben. Ein besonderes Eldorado für Galizien ist die Heil- und Pflegeanstalt Steinhof. Hier finden wir unter den Aerzten die Namen Dr. Leo Dornfeld, Dr. Julius Eisenthal, Dr. Klara Frank, Dr. Karl Friedmann, Dr. Regine Grauer, Dr. Ernst Löffler, Dr. Marie Morgenstern, u.s.w., fast alle in Galizien oder in Ungarn geboren. Selbst unter dem Pflegepersonal finden wir Juden aus Polen. (STR. frauenfeld : Die städt. Betriebe sind Filialen der Kultusgemeinde !) Auch in dem einzelnen Wiener Bezirken ist der Prozentsatz der ^{jüdischen} Aerzte unverhältnismässig gross. Die Verjudung des Aerztestandes ist durch die Sozialdemokratie derart gefördert worden, dass es für Leute katholischen oder evangel. Bekenntnisses überhaupt unmöglich ist, einen Posten zu bekommen. Die wenigen, die hinenschlüpfen, müssen zuerst konfessionslos werden. Vereinzelt Renomierchristen dienen nur als Alibibeweis. Es ist ein Skandal sondergleichen, in einer Zeit solcher Massennot der jungen geistigen Arbeiter dieser Stadt gerade auf diesem Gebiete ausschliesslich dem Judentum Tür und Tor zu öffnen. In einer Zeit, in der die Jugend, die ihre Studien absolviert hat, keine Aussicht auf einen Posten hat, steht die ganze Bevölkerung nicht nur unter einer marxistischen Herrschaft, sondern geradezu unter einer bewussten jüdischen ^{Ver-} Kassenherrschaft zur Tilgung der arischen Intelligenz unseres Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

17. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

St.R. Speiser bemerkt gegenüber dem Gm.R. Stöger, dass es sich bei den Abstrichen an den Bezügen der städt. Angestellten um Notwendigkeiten gehandelt hat, die beim Bund in einem viel grösseren Ausmass erfüllt worden sind. Wenn Gm.R. Stöger von den Doppelbezügen des Leiters eines grossen Unternehmens gesprochen hat, so muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass der betreffende Beamte das zweite Unternehmen in selbstloser Weise gegen eine ganz geringfügige Parkosten -entschädigung leistet. Die Entziehung der Arbeiten des Bundes aus der städt. Wäscherei hat bewirkt, dass eine ziemlich grosse Anzahl von Männern und Frauen arbeitslos geworden sind, die heute in anderen Betrieben unter viel schlechteren Bedingungen arbeiten müssen. (Hört - Hört - Rufe bei den Soz. Dem.) Die Bezeichnung der Gemeindegewache durch den Gm.R. Stöger als Janhagel müsse er auf das allerschärfste zurückweisen. (Lebhafte Beifall bei den Soz. Dem.) Ein Teil der Abgebaute Mitglieder der Gemeindegewache versieht in der Irrenpflege, Strassenpflege, und in anderen Verwaltungszweigen auf das Gewissenhafteste seinen Dienst und diese Leute werden von den Vorgesetzten wegen ihrer Tüchtigkeit und Befähigung ausserordentlich gelobt. Gegenüber der Behauptung des Gm.R. Stöger, dass von den Absolventen der Lehrerschulkurse in der Burggasse auch nicht einer eine Stellung erhalten hat, stellt der Redner fest, dass eine garnicht unbedeutende Zahl solcher Lehrer heute schon im städt. Dienste steht und dass von den vielen Hunderten dort Herangebildeten nur etwa 150 derzeit ohne Stelle sind. Den Vorschlag, den Mittelstand dieser Stadt das Recht des freien Schulbücherbezuges für ^{soine} ~~ihre~~ Kinder zu nehmen, müsse er als demagogisch zurückweisen. (Beifall bei den Soz. dem.). (Zwischenrufe bei den Christl. s.)

Der Gm.R. Scholz hat von einem Zwist des Personalreferates mit der Verwaltungsgruppe 3 gesprochen. (Gm.R. Dr. Hanke: Das ist doch stadtbekannt!) Gewiss kommen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verwaltungsgruppen der Gemeinde Wien vor, wie ja auch solche zwischen den Ministerien öfters vorkommen. Ich kann dem Gemeinderat auch die Neuigkeit mitteilen, dass ich in den 12 Jahren meiner Amtstätigkeit im Rathaus mit dem Finanzreferenten ST.R. Breitnar sehr häufig in Zwist gekommen bin. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. dem.) Und ich kann Ihnen auch das Geständnis machen, dass das Personalreferat auch mit anderen Referaten öfters Meinungsverschiedenheiten auszutragen hat. Immer aber sind diese Meinungsverschiedenheiten in den unter Demokraten üblichen Formen ausgetragen worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. dem.) Richtig ist, dass ich mich bei Anstellungen um die Religionszugehörigkeit in keiner Weise kümmere. Das entspricht unserem Program und eine Mehrheit hat die Aufgabe, nach ihrem Program zu verwalten. (Lebhafte Beifall bei den Soz. dem.) In den letzten 10 Jahren sind viele tausende junge Menschen bei der Gemeinde untergebracht worden (Gm.R. Mühlberger: Juden! Das ist eine Lüge und Verleumdung. Man operiert immer damit, dass man einzelne Gruppen herausgreift. Wahr ist, dass sich unter der Wiener Aerzteschaft sehr viele Juden befinden.)

Bei den von der Gemeinde angestellten Ärzten handelt es sich nicht um Hauptberuflich angestellte Aerzte, sondern um Schulaerzte, Hilfsaerzte in den Spitälern, um Aerzte in den Fürsorgeinstituten, wo die Bezahlung meist nur etwas über 200 S ausmacht. Wenn hier mit Pathos davon gesprochen wurde, dass in Wien keine jungen Lehrer angestellt werden, dann mutet es mich sonderbar an, dass in einer Zeitung vom 10. Sept. 1932 (Rufe bei den Nat. soz.: in welcher?) im "Kampfruf" (Schallende Heiterkeit bei den Soz. dem.), berichtet wurde, dass in Braunschweig an Beamten zusammen 109 und an Lehrern 147 Stellen eingespart wurden. (Stürmische Hört-Hörtruf bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

17 a Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Während der Debatte ist eine Anzahl leitender Beamten des Wiener Magistrates angegriffen worden. Dass man besonders tüchtige Beamte an leitende Stellen bringt, liegt im Interesse einer guten Verwaltung und die Männer, die hier genannt worden sind, brauchen sich dieser Nennung in der Öffentlichkeit nicht zu schämen. Wir wären froh, wenn wir noch eine sehr grosse Zahl ebenso tüchtiger Beamten hätten. Ich wäre der Erste, der immer im Rahmen der Möglichkeit auch für alle anderen eine Belohnung ihrer hervorragenden Leistungen beantragen würde. Es wurde behauptet, dass ein leitender Beamter des Elektrizitätswerkes angeblich als kleiner Beamter im Magistrat gewirkt hat.

629 a

[The following text is extremely faint and largely illegible. It appears to be a continuation of the article or a separate report, possibly containing names of officials and details of the administrative or political context.]

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII.

Wien, am

Das ist nicht richtig. Der betreffende Beamte war ein ganz hervorragender und ausgezeichneter Beamter des ^{Magistrates} und ist wegen seiner besonderen Befähigung in das Elektrizitätswerk übernommen worden. Ich würde Ihnen überhaupt raten, Nachrichten, die Ihnen aus Kreisen Unzufriedener zukommen, deren Wünsche vielleicht nicht erfüllt wurden, weil sie die nötige Eignung nicht haben, nicht ungesehen anzunehmen, sondern sich eher zu erkundigen, ob nicht Neid eine Triebfeder der Angebertätigkeit war. (Lebhafter Beifall bei de. Soz. dem.-Zwischenrufe). Die Herren von der nationalsozialistischen Partei sind die letzten, die das Recht haben, sich für Beamte einzusetzen und zu erklären, sie seien Beamtenvertreter. Insbesondere haben sie nicht das moralische Recht, gegen angeblich vorhandene, in Wahrheit nicht bestehende Ungerechtigkeiten und parteipolitische Behandlung aufzutreten. Da hat ein Herr Münchmayer in einer nationalsozialistischen Versammlung erklärt: Merken Sie sich, alle Personen, vom Bürgermeister bis zum kleinsten Beamten, die uns heute bekämpfen. Am Tage unseres Sieges werden wir mit diesen Leuten abrechnen. Jeder Beamte, der uns bekämpft hat, wird am Tage unseres Sieges fristlos und ohne Pension entlassen. (Stürmische Hört-Hörtrufe bei den Soz. dem.-GR. Brauenfeld: Und haben die Sozialdemokraten in Preussen nationalsozialistische Beamte nicht ebenfalls fristlos entlassen? Wenn man vielleicht sagt, es handle sich bei dem Herrn Münchmayer nur um eine rednerische Entgleisung, so kann man vielleicht einen geschriebenen Satz ernst nehmen. Im "Angriff" vom 14. März 1931 steht der Satz gedruckt: "Jeder Beamte, der den Kampf der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zu verhindern versucht hat, bei dem merken wir uns den Namen. Diese werden fristlos und pensionslos entlassen" (Stürmische Hört-Hörtrufe bei den Soz. dem.) Eine Partei, deren Vertreter solche Sätze sprechen, haben nicht das Recht zu einer Kritik, wie wir sie gehört haben. Die Kritik ist aber auch in gar nichts begründet. (Lebhafter Beifall b. d. Soz. dem.)

Vorsitzender Dr. Neubauer ruft den GR. Stöger, der Mitglieder der Gemeindegewache als "Janhagel" bezeichnet hat, wegen dieses unparlamentarischen Ausdrucks zur Ordnung. Der Vorsitzende stellt sodann fest, dass auch während des übrigen Teiles der Debatte beleidigende Ausdrücke gefallen sind ohne dass es feststellbar sei, wer diese Ausdrücke gebraucht habe. Er ersucht die Mitglieder des Gemeinderates dringend, jeden beleidigenden Ausdruck zu unterlassen.

GR. Stöger bemerkt gegenüber dem STR. Speiser, es sei ihm nicht im Traum eingefallen, zu verlangen, dass den Kindern kleiner Beamten und Lehrern der unentgeltliche Bezug der Schulbücher genommen werde. Er habe ausdrücklich erklärt, wenn etwa dem dritten Teil der Schulkinder die Lernmittel nicht umsonst gegeben würden, könnten tausenden von Junglern ~~untern~~ untergeben werden. Er habe dabei durchaus nicht an die kleinen Lehrer und Beamten gedacht, sondern zum Beispiel an jene ausländischen Grossindustriellen, die ihre Kinder täglich mit dem Auto in die Schule führen und die trotzdem von der Gemeinde die Lernmittel umsonst bekommen. Wenn die Mehrheit diese Leute begünstigen will, überlassen wir das ihr.

Damit ist die Beratung des Rechnungsabschlusses der Verwaltungsgruppe II beendet.

Als der Vorsitzende zur Verwaltungsgruppe III der GRT in Dr. Motzko das Wort erteilt, stellt diese den Antrag, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit die Verhandlung über den Rechnungsabschluss abbrechen. 630

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIX. Blatt

Wien, am

Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender Dr. Neubauer teilt sodann mit, dass 6 Dringlichkeitsanträge überreicht worden seien, dass ihm aber seitens der nationalsozialistischen Partei bekanntgegeben wurde, dass die 5 Dringlichkeitsanträge der nationalsozialistischen Partei zurückgezogen werden.

Es ist daher nur über den Dringlichkeitsantrag der GR. Biber und Kollegen betreffend die Abänderung der Lieferungsbedingungen der Gemeinde bedingt durch den Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer zu verhandeln. In diesem Dringlichkeitsantrag wird ausgeführt, dass nach dem Bundesgesetz vom 18. August 1932 über den Krisenzuschlag zur allgemeinen Warenumsatzsteuer verfügt wird, dass die Ueberwälzung der Warenumsatzsteuer sowie des Krisenzuschlag, ausschliesslich durch die gesonderte Anrechnung zu geschehen hat, dass entgegenstehende Uebereinkommen keine Geltung haben und die Abnehmer der Lieferungen (Leistungen) verpflichtet sind, die ihnen ordnungsmässig angerechnete Warenumsatzsteuer samt Krisenzuschlag zu ersetzen. Im Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen ist die Festlegung jener Waren, die von der Verpflichtung zur gesänderten Anrechnung enthoben sind, bereits erfolgt. Die Leistungen des gesamten Baugewerbes sind von diesen Ausnahmen nicht betroffen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich die Notwendigkeit, die für die Herstellung von Bauleistungen für die Gemeinde Wien bestehenden Bedingnisse und auch jene für verschiedenen anderen Bedarf dahin zu ändern, dass die Warenumsatzsteuer samt Krisenzuschlag gesondert angerechnet zu werden hat. Es wird daher beantragt, dass die Lieferungsbedingungen der Gemeinde Wien im Sinne der angeführten gesetzlichen Bestimmungen umgehend abgeändert werden.

GR. Biber (chr. soz.) bezeichnet die Dringlichkeit des Antrages mit Rücksicht darauf gegeben, dass ein so grosses Gemeinwesen wie die Gemeinde Wien sich nicht ausserhalb des Rechtszustandes stellen darf. Der in dem Gesetz vorgeschriebene Termin ist bereits überschritten. Die Gemeinde befindet sich daher heute im Verzug.

St. R. Richter bemerkt hiezu, dass im Magistrat gegenwärtig an neuen Baubedingnissen gearbeitet wird und dass diese in einigen Tagen publiziert werden. In diesen Bedingnissen ist auch der vom GR. Biber verlangte Passus vorgesehen. Er bittet, die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen, da dieser offene Türen einrenne.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Vorsitzender Neubauer teilt sodann mit, dass 4 Anträge zur Besprechung von Anfragen und der darauf erteilten Antworten vorliegen. Bei 3 dieser Anträge ist die Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 30. September vollzogen worden. Eine Besprechung hätte also in dieser oder in der folgenden Sitzung vom 21. Oktober stattfinden müssen, die Anträge sind daher verspätet überreicht worden. Der 4. der Anträge betrifft eine Anfrage an den Stadtrat der Gruppe VI betreffend die Mitbenützung von Turnsälen durch den deutschen Turnverein Rudolfsheim. Zu diesem Antrag erteilt der Vorsitzende dem GR. Gratzenberger das Wort. Da dieser im Sitzungssaal nicht anwesend ist, verliert er das Wort. Der Antrag selbst wird abgelehnt. Schluss der Sitzung 21 Uhr 45.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

318

Wien, am 24. November 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. November 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr, indem er mitteilt, dass der Bürgermeister infolge der parlamentarischen Arbeiten abgehalten sei, im Gemeinderat zu Beginn der Sitzung anwesend zu sein.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingetragene und die Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1931 fortgesetzt.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe III stellt

Grtin. Dr. Motzko (chr., soz.) zunächst mit Befriedigung fest, dass der wiederholt vorgebrachten Beschwerde in dem Sinne Rechnung getragen worden sei, dass der Rechnungshof nunmehr nur ein offizielles Gutachten und nicht auch noch einen Geheimbericht an den Magistrat vorgelegt hat. Der Rechnungsabschluss selbst zeigt auf allen Verwaltungsbereichen einen typischen Zug einer deutlich zutage tretenden Verdorrung. Nicht dass die Mehrheit ihr System oder ihre Methoden geändert hätte, sie hat nichts geändert und nicht vergessen, aber ihre Leistungsfähigkeit schrumpft ein, der Aktionsradius ihrer Verwaltung wird kleiner, obwohl die Gemeinde nicht mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen hatte wie der Bund, der eine ausserordentlich grosse Haftung für die Creditanstalt übernehmen musste, der eine in keinem Verhältnis zum Personalaufwand der Aktiven stehende Pensionslast tragen muss und der immer steigende Zuschüsse und Bevorschussungen für die immer mehr anwachsenden Arbeiten der Arbeitslosenunterstützung zu leisten hat. Die Kritik, die einer der Herren der äussersten Rechten an der Bundesverwaltung geübt hat zeigt, wie die Herren von der Rechten sich bei der Kritik des staatlichen Lebens mit den Problemen auseinandersetzen.... (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz.) Die deutschen Reichstagswahlen haben ja gezeigt, wie man mit ihnen zufrieden ist in den Hochburgen Ihrer Verwaltung. Reden ist anders als arbeiten (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) Sie muss immer keppeln! (Zwischenrufe)

Grtin. Dr. Motzko Sie werden mir meine Redefreiheit nicht verkürzen (Lebhafte Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

GR. Rotter (nat. soz.) Reden Sie zu Ihren Genossen!

Grtin. Dr. Motzko Die Genossen sind ja Sie. Sie sagen ja doch, dass Sie Sozialisten sind (Andauernde Zwischenrufe) / Vorsitzender Weigl gibt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.

Grtin. Dr. Motzko : Das Zurückgehen der Verwaltungsleistung auf allen Gebieten wirkt sich aber am katastrophalsten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Fürsorge aus. Gerade hier hätten Sie so viele Wechsel einzulösen, die Sie der Bevölkerung vor den Gemeinderatswahlen gegeben haben. Damals haben Sie von den Lehrlingsheimen gesprochen, die es schon im Jahre 1931 nicht mehr gegeben hat, von den Waisenhäusern, von denen schon im Jahre 1931 4 gesperrt waren. Sie haben davon gesprochen, dass auch die Fürsorge für die Erwachsenen von neuem Geist durchweht sei. Die "Fülle der Fürsorge", von der Sie da gesprochen haben, hat sich immer nur ausgewirkt in den Jausen für die Pfründner, die zu Wahlzeiten gegeben worden sind. Tatsächlich wird in der Fürsorge mitleidslos und unbarmherzig gekürzt. Wenn ein alter Mensch 300 Schilling im Monat hat, braucht er keine Unterstützung durch die Gemeinde. Familien mit 5 Köpfen müssen mit 110 Schilling im Monat auskommen. Das steht in den bekannten Richtlinien, die Professor Tandler noch immer ableugnet, obwohl sie in jedem Fürsorgeinstitut aufliegen. Jetzt sparen Sie auch schon an den Pfründenbezügen der alten, erwerbslosen Wiener, die im Ausland wohnen. Dann haben Sie schon im vorigen Jahre, insbesondere aber in diesem Jahre

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

das Letzte, was den Menschen noch bleibt, die Aushilfen gekürzt. Dabei haben Sie, um die Verantwortung von sich abzuwälzen, die Fürsorgeräte gezwungen, bei den Kürzungen zu bleiben und keine darüber hinausgehenden Anträge zu stellen. Wenn dann jemand beim Fürsorgeinstitut randaliert, verhängen Sie über ihn Amtsverbot, und wenn es dann zu bunt wird und die Menschen vor den Fürsorgeinstituten krawallieren, haben Sie dort die Gemeindegewache aufgestellt mit ihren erprobten Fäusten, die sie am 15. Juli genugsam erprobt haben. (Lachen bei der Mehrheit). Die Leute werden einfach aus den Fürsorgeinstituten hinausgeworfen, das ist die Fülle Ihrer Fürsorge (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. - stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Was ist mit Simmering! Sprechen Sie doch davon, was die Polizei in Simmering getan hat). Ebenso wie in der offenen Fürsorge sieht es auch in der geschlossenen Fürsorge aus. Sie sagen, dass Sie in der Fürsorge nur an Personal ersparen. Das ist durchgängig nicht richtig. In den Versorgungshäusern sind zum Beispiel an Personalausgaben 5 bis 6 Prozent, am Lebensmittelaufwand für die Pflegelinge aber 16 Prozent erspart worden (Hört Hört! bei den Chr. soz.), an Brennstoffen 9 Prozent, am Licht- und Kraftaufwand 18 Prozent. Aus dem Rechnungsabschluss liest man, dass die Leute dort wirklich Hunger haben. Es kommen immer mehr Pfründner aus den Wr. städt. Versorgungsheimen zu einem, erzählen, dass sie nicht mehr satt werden, dass sie auf Zubussen von ihren Angehörigen angewiesen sind. Es kommt zum Beispiel auch vor, dass zum Frühstück und zur Jause den Leuten nicht die ganzen Rationen gegeben werden, dass die Mittags- und Abendportionen zu klein sind. Im Obdachlosenheim haben Sie an Personalaufwand 13 Prozent, am Lebensmittelaufwand aber 27 Prozent erspart (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei den Chr. soz.). In den Mutterberatungsstellen haben Sie am Personal gar nichts, aber an ärztlichen Erfordernissen 11 bis 12 Prozent eingespart. Sie haben diese Mutterberatungsstellen mit einem ungeheuren Aufwand geschaffen und haben jede Zusammenarbeit mit unseren Organisationen abgelehnt, plötzlich erzählen Sie uns, dass 30 dieser Stellen überflüssig sind. Nur an baulichen Herstellungen wurden für die Mutterberatungsstellen seit dem Jahre 1925 fast 435.000 Schilling investiert, das heißt auf eine Mutterberatungsstelle kommt ein Bauaufwand von über 33.000 Schilling. Dieses ganze Geld ist verpulvert. Bei den Horten haben Sie an Personal 6 Prozent, bei der Jausenspeisung aber 25 Prozent eingespart. Oberdrein haben sich diese Horte als gar nicht entwicklungsfähig erwiesen. Obwohl die Besuchsziffer seit Jahren auf derselben Höhe bleibt, haben Sie in den letzten Jahren immer wieder neue Horte zugebaut und für einen Hort im Durchschnitt an Bauaufwand 62.000 Schilling verausgabt. Für Kindergärten hat man seit dem Jahre 1925 nicht weniger als 6½ Millionen Bauaufwand gemacht, das heißt 155.000 Schilling für einen Kindergarten. Von 1926 bis 1930 hat man 40 Kindergärten zugebaut, das ist ein Zuwachs von 60 Prozent, während heute die Besucherzahl um 30 Prozent geringer ist als im Jahre 1926 (Hört! Hört! bei den Chr. soz.) In den Anstalten zur vorübergehenden Unterbringung hat man an Personalkosten 3 Prozent, an Lebensmittelaufwand für die Kinder 20 Prozent, an Pflegeerfordernissen 34 Prozent, an Reinigungserfordernissen 16 Prozent und an Unterrichtserfordernissen 81 Prozent eingespart (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei den Christlichsozialen). In den Anstalten für dauernde Unterbringung ist es nicht anders. An Personalkosten wurden 10 %, an Lebensmittelkosten 20 Prozent, an Brennstofferefordernissen 25 Prozent, an Pflegeerfordernissen 30 Prozent und beim Aufwand, den der Unterricht an den Kindern erfordert, sogar 48 Prozent eingespart. Dieses trostlose Sparen am Menschen setzt sich auch in den Krankenanstalten fort. Während an Personalkosten 0.5 Prozent eingespart

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

wurden, betragen die Einsparungen beim Lebensmittelaufwand für die Kranken nicht weniger als 27 Prozent. In den Tuberkulosenheilstätten wurden von den Personalkosten 11 Prozent, hingegen beim Lebensmittelaufwand 23 Prozent eingespart. Dafür aber steht im Vorwort zum Rechnungsabschluss, dass die Leichenbestattungsunternehmung sehr gut abgeschnitten hat, da sich im abgelaufenen Verwaltungsjahr die Sterblichkeit erhöht hat. Die städt. Leichenbestattung ist also die einzige Unternehmung, die triumphiert, sie profitiert also an Ihrer Verwaltung, fürwahr ein düsteres Symbol. Die Spure und Erfolge Ihrer Verwaltung sind unzählige Sozialleichen, sind unzählige Fürsorgeleichen. Wir können den Rechnungsabschluss nicht zur Kenntnis nehmen wohl aber die Tatsache, dass die Rampenlichter auf Ihrer Reklamebühne verlöschen, die Sie sich errichtet haben. (Lebhafter Beifall bei den Christl. Soz.)

GR. Weikert (Nat. soz.) bemerkt, dass an dem ganzem Jammer und an der unsagbaren Not, die über Wien gekommen ist, einzig und allein das Steuersystem Breitners schuldtragend ist, ein Werkzeug der kalten Sozialisierung. Sie haben nach der Marx'schen Verelendungstheorie die Massen in Not und Elend gestürzt, um dann Ihren von Ihnen so viel gerühmten Fürsorgeapparat aufzubauen. Das Steuersystem Breitners ist bereits zusammengebrochen und mit diesem Zusammenbruch ist auch der Zusammenbruch Ihrer Fürsorge gekommen. Der Bericht des Rechnungshofes zeigt, dass in Ihrer Fürsorgeverwaltung grosse Misstände bestehen. Ihr Paradeferd in der Fürsorge ist jetzt das Radiuminstitut. Während Frankreich für 46 Millionen Einwohner bloss 7 Gramm Radium hat, hat Wien für 6.5 Millionen Einwohner in ganz Oesterreich 5 Gramm Radium. In Fachkreisen weiss man nicht warum man für dieses Radiuminstitut 2.5 Millionen Schilling aufgegeben und warum man das Radium in Belgien gekauft hat. Das ist sehr aufklärungsbedürftig. An diesem Radiuminstitut, das ein sehr teures Unternehmen ist, wurde als Vorstand natürlich ein jüdischer Arzt angestellt, der sogar auf Kosten der Gemeinde nach Stockholm gefahren ist, um dort einen Schnellsiederkurs zu machen. Der Redner bespricht dann die Armenlotterie und kritisiert dann weiters, dass für die Säuglingswäsche der Gemeinde im abgelaufenen Verwaltungsjahr über 500.000 Schilling aufgegeben worden sind. Die Proletarier, sagt der Redner, können es nicht begreifen, warum diese Wahlwindeln auch am Bankdirektorensfrauen und an Fabrikantensfrauen ausgegeben werden. Hier wird nicht gesp art, wohl aber bei der armen bodenständigen Bevölkerung. GR Weikert tadelt, dass anlässlich des Baues des Stadions dem Verein Freie Schule- Kinderfreunde ein Grundstück um nicht weniger als 25.000 Schilling abgelöst worden ist, und bemerkt, dass die Gemeinde, wenn es sich um eine Organisation Andersgesinnter gehandelt hätte, sicherlich keine Ablöse gegeben hätte. Der Rechnungshof, sagt der Redner, hat bei der Wök eine durchgreifende Kontrolle verlangt, und zwar nach der Richtung, ob die Schülerauspeisungen den Anweisungen entsprechen durchgeführt werden. Die Gemeinde hat den Preis für die Auspeisung von 70 auf 63 Groschen herabgesetzt, der Schüler aber muss wöchentlich 4.20 Schilling bezahlen; die Wök wieder hat die Qualität und Quantität um 20 Prozent herabgesetzt. Die Fürsorge für Ausländer kostet der Gemeinde dank der internationalen Einstellung Ihrer Verwaltung ungeheure Summen. Was auf diesem Gebiet geschieht, ist ein Skandal. Während die bodenständigen Armen verrecken können, schicken die Nachbarländer ihre armen Siechen und Kranken nach Wien und die Gemeinde muss für deren Wartung und Pflege aufkommen. Es wäre höchste Zeit, wenn auf diesem Gebiete endlich einmal Abhilfe geschaffen werden würde. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) verliest am Eingang seiner Rede die Namen der Aerzte, die in den letzten Monaten in den städtischen Wohlfahrtsanstalten ernannt/ ^{oder} befördert worden sind, Karrenzurlaube oder andere Begünstigungen erhielten, und stellt fest, dass sich unter diesen Namen eine übermässig grosse Anzahl von Personen befindet, die offenbar nicht arischer Abstammung sind. Wir verstehen sehr wohl die Tragik der Eltern, die oft unter grossen Opfern ihre Kinder studieren liessen, und die Tragik der Jungen, denen nach Abschluss des Schulstudiums ^{der Weg in} die Welt verschlossen ist. Unter dieser Tragik leiden natürlich alle in gleicher Weise, Juden und Christen, und wir billigen jedem Menschen das Recht zu, seine Ansprüche auf die notwendigen Güter dieser Welt zu erheben. Aber es gibt eine geordnete Nächstenliebe, die sich in Zeiten der Not zuerst im Kreise der eignen Familie, dann im Kreise der Glaubens- und Volksgenossen und schliesslich allen Völkern und Nationen zuwendet. Wir verstehen das nicht so, dass sich etwa STR. Tandler veranlasst fühlen möge, deshalb in erster Linie an den städtischen Wohlfahrtsanstalten solche Aerzte unterzubringen, die ihm als Glaubens- und Volksgenossen besonders nahe stehen. In solchen Zeiten der Not verlangt naturgemäss das christliche Volk von Wien, dass in erster Linie seine Kinder Anstellung und Verdienst finden, wenigstens in dem Ausmass, wie es dem Bevölkerungsschlüssel entspricht. Eine ungerechtfertigte Protektion wirkt immer aufreizend, in diesen Tagen aber mehr als sonst. STR. Speiser hat gestern erklärt, bei den Stellen an den Schulzahnkliniken handle es sich um solche, die wegen der schlechten Dotierung von arischen Aerzten nicht angestrebt werden, und bei den Krankenkassen seien vorwiegend arische Aerzte beschäftigt. Für die Krankenkassen ist das Gegenteil dessen richtig, was Stadtrat Speiser gesagt hat, und wenn er für die Stellen an den Schulzahnkliniken keine Anwärter findet, möge er sich an die Opposition wenden, die ihm für jeden dieser Posten wenigstens 100 Aspiranten vorzuschlagen in der Lage ist (Beifall bei den Chr. soz.) In der sozialdemokratischen Presse selbst wurde oft darüber geklagt, dass für infektiös Erkrankte nicht genug Vorsorge getroffen ist. Wir haben solche Vorsorgen im vorigen Jahre wieder verlangt, aber erst im Oktober dieses Jahres, also reichlich spät, hat STR. Tandler im Jubiläumsspital 120 Betten zur Verfügung gestellt, mit denen übrigens das Auslangen nicht gefunden werden kann. In der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof mussten wegen des Ueberbelages sogar Gänge und Räume des Erdgeschosses in Krankensäle verwandelt werden. Bei diesem Ueberbelag wäre es schon eine ungeheure Ersparnis, wenn mit den Budgetziffern das Auslangen gefunden würde. Es ist daher unverständlich, dass darüber hinaus noch bei den Hauptbezügen des Personals 10 Prozent, bei den Lebensmittel fast 15 Prozent, bei der Beheizung 40 Prozent und beim Inventar mehr als 25 Prozent erspart werden konnte. Mit diesen Tatsachen stimmen allerdings überein die zahlreichen Klagen, die zu uns wegen der Unzulänglichkeit der Kost und darüber kommen, dass die Patienten frieren müssen. Fachleute versichern, dass die Irrenpflege zur Zeit der christlichsozialen Verwaltung einen gewissen Höchststand erreicht hatte, wovon man heute nichts mehr bemerkt. GR. Arnold nimmt sodann gegen den in der jüngsten Zeit gefassten Beschluss des Ausschusses III Stellung, wonach die Bedeckung der Kosten für den Anschluss der Wasserversorgung im Liesinger Altersheim an die Hochquellenleitung von Wien durch Ersparnisse an den Hauptbezügen in der Anstalt Steinhof hereingebracht werden sollen, bezeichnet ein solcher Revirement als ganz unzulässig und verlangt die Vorlage an den Gemeinderat. Er beklagt sich sodann über die ungleichmässige Behandlung der Wohlfahrtsvereine ^{der einzelnen Parteirichtungen.} Der chr. soz. Kinderschutzzverein muss zum Beispiel für einen kleinen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Spielplatz eines seiner Kinderhorte in Meidling einen jährlichen Pachtzins von 100 Schilling bezahlen, während eine Frau Magda Fischer, verheiratete Rosenbaum, eine Kindererziehungsanstalt in Döbling wohleingerichtet zugewiesen bekam, samt einem Spielplatz zu dem Anerkennungszins von 1 Schilling im Jahr (Lebhaftes Hört-Hörtrufe bei den Chr. soz.) Die Kinderfreunde haben für einen halben Quadratkilometer Grund am Laaerberg, für den sie nach dem Vertrag einen Anerkennungszins von 10 Schilling hätten bezahlen sollen, überhaupt nichts zu bezahlen. Der Redner befasst sich sodann mit der Post Gemeindefriedhöfe und beruft sich auf das Gutachten des Rechnungshofes, der die Ueberschüsse in diesem Zweig der Hoheitsverwaltung als zu hoch bezeichnet hat. Um den Gewinn, der sich in der Friedhofsverwaltung ergibt, herabzumindern, hat man in jener Gemeinderatssitzung im September, in der die Gemeinderatsmehrheit in Abwesenheit der Opposition verhandelt hat, Umbuchungen vorgenommen, die förmliche Schiebungen sind. Beim Betrieb "Feuerhalle" wurde auf der vorgesehenen Kreditpost ein Betrag von 120.000 Schilling für die Ausgestaltung der Feuerhalle verschoben, während der tatsächliche Aufwand nur 700.000 Schilling betragen hat. In beiden Fällen hat man den Eindruck, dass die Voranschlagsziffern nur reine Hausnummern waren. Auch in anderen Posten werden laufende Betriebsauslagen angelastet, obwohl es sich um Investitionen handelt. Unter solchen Umständen verliert die vorgelegte Bilanz den Charakter der Wahrhaftigkeit. Es ist daher keine Pauschalverdächtigung, sondern nur das berechtigte Misstrauen der Opposition, wenn wir erklären, dass wir dem vorgelegten Rechnungsabschluss nicht zustimmen können (Lebhafter Beifall bei den Chr. soz.)

St. R. Prof. Dr. Tandler (soz. dem.) verweist zunächst darauf, dass das Gesamtersparnis in der Gruppe III im ganzen 2 Millionen, also nicht einmal zwei Prozent betrage, wovon 1 Million auf Ersparnisse am Personalaufwand entfallen. Die weitere 1 Million Ersparnis stammt ausschliesslich von den Anstalten her und erklärt sich daraus, dass vielleicht an einer begreiflichen Vorsicht 376.000 Verpflegungstage zu viel präliminiert wurden. Es ergibt sich daraus, dass die eingesparten Beträge niemandem weggenommen worden sind. Wenn sich nun die GRtin. Dr. Motzko über die Ersparungen die an der Verpflegung in den geschlossenen Anstalten vorgenommen werden, beklagt, so muss zunächst darauf verwiesen werden, dass die gesamte Bevölkerung des Landes im Laufe der letzten 3 Jahre ihren Ernährungsstandard wesentlich eingeschränkt hat. Die Pflöglinge, die in der Versorgung der Stadt sind, bekommen zweimal im Tag je Dreizehntelliter Milch - es ist natürlich möglich, dass ein oder das anderemal ein Pfründner weniger bekommt, woraus man aber natürlich kein Verwaltungsproblem machen darf - jeden Tag eine Suppe - jeden Tag mit Ausnahme von zwei Tagen Fleisch, jeden Tag Gemüse, nahezu jeden Tag eine Mehlspeise und ein Nachtmal. Es wird nicht viele Menschen in Wien geben, die viel besser essen. Die durchschnittliche Sterblichkeit der Menschen dieser Altersklasse in den Anstalten ist geringer als die durchschnittliche Sterblichkeit derselben Altersklasse ausserhalb der Anstalt (Hört Hört bei den Sozialdemokraten). Wenn unter solchen Umständen im Gemeinderat davon gesprochen wird, dass die Menschen in den Versorgungshäusern hungern, so bleibt einem wirklich der Verstand stehen. Dann ist heute wieder das Märchen von den Richtlinien, die ich erlassen haben soll, erzählt worden. Ich kann nur neuerlich sagen, dass ich keinerlei Richtlinien, in denen die von der GRtin. Motzko erwähnten Beträge angeführt werden, hinausgegeben habe. Es mag schon sein, dass die einzelnen Fürsorgeforsteher sich und ihren Kanzleien selbst gewisse Richtlinien aufstellen, worauf ich aber keinerlei Einfluss habe,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII Blatt

Wien, am

Wenn man weiters der von der GRTin. Dr. Motzko angestellten perzentuellen Berechnung der Ersparnisse nachgeht, wird man auch hier daraufkommen, wie ungerechtf die Kritik ist. Da wurden in irgendeiner Anstalt von den Aerzten 40.000 Schilling weniger ausgegeben, als präliminiert waren. Dafür kann man doch mich nicht verantwortlich machen. Dann wurde an Brennstoff erspart. Natürlich nicht deshalb, weil zu wenig geheizt wird, sondern weil es ein milderer Winter war, als wir vorausgesehen hatten. Auch dafür kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. ST.R. Tandler befasst sich sodann mit den Ausführungen der GR. Weikert zu dem Strahleninstitut und stellt „unächst fest, dass die Gemeinde Wien das Radium deshalb in Belgien gekauft hat, weil es dort billiger als anderwärts ist und weil dort wie in keinem anderen Lande grosse Mengen an Radium erhältlich sind. Der Arzt von dem GR. Weikert gesprochen hat stammt aus einer durch jüdisches Blut wenig verunzierten Gegend unseres Landes. Er ist in Traun in Oberösterreich geboren. seine Eltern leben seit Jahrhunderten in dieser Gegend. Ich kenne die arische Zusammenstezung des Blutes Ihrer Parteiangehörigen nicht so genau, dass ich sagen könnte, unter Ihnen sei jemand, der mehr arisches Blut in seinen Adern hat als Dr. Mayer (Lebhafte Heiterkeit bei den Soz. dem.) Wenn ich damit dem GR. Weikert eine ruhige Nacht verschaffen kann, so ist mir das ein Vergnügen. (Neckliche Heiterkeit bei den Soz. dem. - Dr. Hanke (nat. soz.: Sie verschaffen sich billige Triumphe. Dr. Riehl : Es war nur die Rede davon, dass er auf Gemeindegeldern nach Stockholm gefahren ist). Dr. Mayer ist ein ganz ausgezeichnet ausgebildeter Mann, der 8 Jahre Assistent an der Klinik Büdinger war und er wurde von der Gemeinde Wien als Unterleiter für das Radiuminstitut gewonnen. Nun hatten wir ursprünglich den Stockholmer Professor Forsell ^{ersucht nach Wien zu kommen} in unsere Aezzte in die Geheimnisse des Radiums einzuführen. Professor Forsell war nicht in der Lage, zu uns zu kommen, hat sich aber bereit erklärt, einen für ein Jahr nach Stockholm geschickten Arzt in die Geheimnisse des Radiums einzuführen. Wir haben nun Dr. Mayer nach Stockholm geschickt und diese Schulung ist in dem gegenständlichen Falle um so notwendiger, als ^{hier} um eine ganz neuartige Behandlung ^{zu gehen}, deren Geheimnisse niemand noch wirklich kennt. Was die von uns übernommenen Verpflegskosten von Kranken, die Ausländer sind, anbelangt, so bemühen wir uns hier, überflüssige Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Schliesslich befasst sich St. R. Tandler mit den Ausführungen des GR. Dr. Arnold betreffend den Steinhof und stellt fest, dass dort ^{wegen des Überbelags} tatsächlich/auch Erdgeschosse als Krankensäle adaptiert werden mussten, doch sind schon bei Erbauung des Steinhofs diese Räumlichkeiten für die eventuelle Heranziehung für Krankensälen ^{prepariert} worden. ST. R. Tandler ersucht, den Rechnungsabschluss seiner Verwaltungsgruppe anzunehmen (Lebhafte Beifall bei den Spz. dem.)

GRTin. Dr. Motzko (chr. soz.) bemerkt in einer Erwiderung auf die Ausführungen des St. R. Tandler, dass der Rückgang der Verpflegstage, von dem St. R. Tandler gesprochen habe, nicht etwa darauf zurückzuführen ist, dass die Armut in Wien weniger gross und die Anstaltsbedürftigkeit geringer geworden wäre, sondern darauf, dass für die Anstalten der Gemeinde heute gewissermassen eine Aufnahmssperre besteht. Auf der anderen Seite ergeben sich auch Ersparungen daraus, dass im Jahre 1931 eine Anzahl von Waisenhäusern geschlossen wurde. Ferner stellt GRTin. Dr. Motzko noch einmal fest, dass in allen Fürsorgekanzleien die Richtsätze von denen sie gesprochen habe, aufliegen.

Die in diesen Richtsätzen enthaltenen Ziffern werden in allen Fürsorgeämtern der Behandlung der einzelnen Fälle zugrundegelegt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

St. R. Tandler stellt noch einmal fest, dass er solche Richtlinien nie hinausgegeben habe, sondern dass es sich hier offenbar um Richtlinien handelt, die sich die Fürsorginstitutsvorstände selbst machen.

Damit ist die Debatte über die Verwaltungsgruppe III geschlossen.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen spricht zunächst GR. Ullreich (chr. soz.). Er erklärt, dass im abgelaufenen Verwaltungsjahr von den veranschlagten 90 Millionen Schilling nur 63 Millionen Schilling verbaut wurden. Das bedeutet, dass einige tausend Wohnungen nicht zur Ausführung gelangen konnten, deren Bau projektiert war. Diese gewaltige Einanhrückung des Wohnhausbaues wurde nur dadurch erleichtert, dass die Bundeswohnbauförderung der Gemeinde den Bau von 2000 Wohnungen ermöglichte. Die Einschränkung des öffentlichen Wohnbaues ist für die Gemeinde sehr bedenklich, da die Not der Wohnungslosen immer grösser wird. Der Redner tadelt, dass im städtischen Wohnungsamt die Ansuchen oder Anfragen der wohnungssuchenden Parteien nicht erledigt werden, da der Parteienverkehr im Wohnungsamt eine sehr problematische Sache ist. Die Folge davon ist, dass die Mandatare von den wohnungssuchenden Parteien überlaufen werden. GR. Ullreich beschäftigt sich sodann mit der Frage der Finanzierung des städtischen Wohnhausbaues, wobei er bemerkt, dass der Grundsatz, der Zinsendienst für ein Anlehen müsse aus laufenden Mitteln bestritten werden, nicht zutreffend ist. Es müssen eben andere Wege gegangen werden. Ich rede der Zinserhöhung kein Wort, stelle aber fest, dass das ganze System von Grund auf mit Fehlern behaftet ist, die endlich einmal ausgemerzt werden sollen. Dazu kommt noch, dass die Gemeindeverwaltung auf dem Standpunkt steht, nur sie dürfe bauen. Die Folge davon ist wieder, dass den privaten Bauherren und insbesondere den Siedlern in Siedlergenossenschaften das Bauen riesig erschwert wird. Ein Beispiel davon ist die Haltung der Gemeinde gegenüber den Siedlern am Wolfersberg. Der Redner bespricht eingehend das Entstehen der Siedlung am Wolfersberg, wie es zu dem Baurechtsvertrag gekommen ist und den Baurechtsvertrag selbst und stellt schliesslich den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, den mit Beschluss des Gemeinderatsausschusses IV vom 18. August 1932 genehmigten Baurechtsvertrag mit den Siedlern am Wolfersberg abzuändern. Das Uebereinkommen über den zu verbessernden Baurechtsvertrag ist in Verhandlungen mit der Gesamtheit der Siedler, beziehungsweise mit deren beruflichen Vertretung abzuschliessen. Insbesondere ist die untragbare Belastung von 1.500 Schilling per Baustelle für Strassenbauzwecke zu beseitigen.

GR. Hölzl (nat. soz.) bezeichnet es als sehr bedauerlich, dass die Sparmassnahmen im Budget 1931 zum grossen Teil auch den Wohnungsbau betreffen, weil vom Baugewerbe eine grosse Anzahl anderer Gewerbe abhängt und der Ausfall sich daher hier besonders unheilvoll auswirkt. Gegenüber 1930 ist die für den Wohnbau verwendete Summe von 90 auf rund 65 Millionen gesunken. Die Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Wohnhausbauten aus den Erträgen der Wohnbausteuer erbaut werden. Das stimmt aber nicht. Diese Steuer wirft einen Ertrag von 33 Millionen Schilling ab, während der Rest von 30 Millionen ^{von den} laufenden Einnahmen zugeschossen werden musste. Auch über die Verwendung der Mittel kann nicht immer günstiges gesagt werden. Sogar der Rechnungshof musste in zahlreichen Fällen eine Freigibigkeit in der Bewilligung von Zuschüssen zu den Mietzinsen feststellen. Es ist anzunehmen, dass diese Zuschüsse nur an Parteien erfolgen, die der Mehrheit nahestehen. Im Rechnungsabschluss wird ein Mietzinsrückstand von insgesamt 90.000 Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt .

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

ausgewiesen. Das ist aber eine glatte Hausnummer, den selbst das Kontrollamt muss zugeben, dass die Buchungen keinen klaren Einblick gewähren lassen. Es soll Wohnhausbauten geben, wo die Mehrzahl der Mieter seit Jahr und Tag keinen Zins mehr gezahlt hat. Es ist verständlich, dass die Gemeinde nicht so rigoros vorgehen kann, weil es sich meist um arme Teufel handelt, aber es gibt Fälle, in denen Leute, die keine Marxisten sind, scharf angepackt werden. In einem Gemeindebau in der Hermannsgasse 2 ist im Keller eine Schiessstätte der Schutzbündler untergebracht. Die Verwaltung der Wohnhäuser ist sehr schleppend und auch die Besiedelung geht nur sehr langsam vor sich. Gewisse Häuser weisen Aufbauten auf, die einen besonderen Zweck haben. Es sind oft Schiesscharten und Brustwehren zu bemerken. Auch bei der Vergebung der Wohnungen geht es sonderbar zu. Juden aus dem Osten bekommen die schönsten Wohnungen, während die bodenständige deutsch-österreichische Bevölkerung zusammengepfercht wohnt und oft jahrelang auf eine Wohnung warten muss. Der Redner wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des STR. Speiser, der auf die Ersparungen in Braunschweig und Koburg als abschreckende Beispiele nat. soz. Verwaltung hingewiesen hat. Gewiss spart man auch in Koburg, Braunschweig, Thüringen i. Sachsen, aber ganz anders als bei uns. Während man dort die Fremden zuerst wegbefördert und den Einheimischen Grund und Boden und Wohnungen gibt, geschieht es hier umgekehrt. In Braunschweig haben die Nationalsozialisten von den Marxisten 50 Millionen Mark Landesschuld und ein Defizit von $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark übernommen. Nach $1\frac{1}{2}$ Jahren war das Budget in Ordnung gebracht. Es wurden auch Lehrer abgebaut, aber nur solche, die aufgenommen worden waren, um Parteischulen zu gründen. Die Zahl der Minister wurde verringert, die Verwaltung in Ordnung gebracht. Unter solchen Umständen kann man auch für Wien das Beste erhoffen, wenn die Verhältnisse hier sich einmal ändern. Die Mehrheit der Bevölkerung hat zu der gegenwärtigen Verwaltung der Gemeinde Wien kein Vertrauen und aus diesem Grunde wird die Partei des Redners dem Rechnungsabschluss die Genehmigung versagen. (Beifall bei den Parteigenossen).

STR. Weber (soz. dem.) weist darauf hin, dass die Gemeinde durch die Abgabenteilung rund 50 Millionen Schilling verloren hat. Es ist daher selbstverständlich, dass auch der Wohnhausbau dabei nicht unberührt bleiben konnte. Wir stehen vor der Tatsache, dass uns nur die Wohnbausteuer zur Verfügung steht, und wir haben uns bemüht, damit möglichst viele Wohnungen zu bauen, um der immer noch herrschenden Wohnungsnot entgegen zu wirken. Dass es nicht möglich war, die Wohnungsnot in Wien gänzlich zu beseitigen, daran ist nicht die Wohnungspolitik der Gemeinde schuld, sondern insbesondere die ungeheure Wirtschaftsnot, die es zehntausenden Bewohnern dieser Stadt unmöglich macht, in Untermiete zu wohnen, und sie dazu zwingt, bei der Gemeinde um eine Wohnung anzusuchen. Wir haben 1932 in Wien rund 600.000 Wohnungen, das ist um 60.000 mehr als in der Vorkriegszeit. Die Gemeinde hat aber nicht nur den Wohnbedarf der Bevölkerung innerhalb der Gemeindegrenzen zu befriedigen, sondern es findet unausgesetzt zu Zuzug aus der Umgebung statt. Diese Leute siedeln sich zunächst als Untermieter an und dann begehren sie von der Gemeinde eine Wohnung. Während ^{rund} 500 Wohnungen im Monat zur Verfügung stehen, erwachsen durch Haushaltsgründungen und gerichtliche Kündigungen 3000 Bewerbungen. Es ist daher klar, dass das Wohnungsamt eine ungeheure Arbeit zu bewältigen hat. Dazu kommt, dass von den 540.000 Bewohnern alter Wohnungen nicht weniger als rund 115.000 sich um einen Tausch von Gemeindefwohnungen bemühen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Bei einer solchen Masseninanspruchnahme sind die Geschäfte des Wohnungsamtes natürlich nicht einfach zu führen und es kommt gewiss vor, dass ein oder der andere dringliche Fall zurückgestellt wird. Aber es ist heute in Wien so, dass niemand genötigt ist, unter irgend einer Brücke oder in einem Kanal oder in einem Ziegelofen zu nächtigen. (Widerspruch bei den Nat. soz.

Es wurde auch Beschwerde darüber erhoben, dass es leere Wohnungen gibt. Es ist unmöglich, eine Wohnhausanlage von mehreren hundert Wohnungen sofort zu besiedeln. Aber auch wenn es möglich wäre, kann es nicht geschehen weil für etwaige aller dringende Fälle eine geringe Reserve vorhanden sein muss. Zu den vom Gemeinderat Hölzl bemängelnden Mietzinsrückständen bemerkt der Redner, dass der Prozentsatz von 0.89 gewiss ein sehr bescheidener ist wenn man berücksichtigt, dass die Mietzinse der Gemeinde Wien 1931 insgesamt rund 7,000.000 Betragen haben. Dies ist gewiss auch darauf zurückzuführen, dass die Mietzinse durchaus erschwinglich sind und die Parteien sich sehr bemühen, den Mietzins zu bezahlen, zumal sie wissen, dass der Mietzins lediglich zur Erhaltung der Wohnhausanlagen dient. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

STR. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, die Ausführungen des STR. Weber seien eine starke Belastungsprobe für die Gutmütigkeit der Nationalsozialisten, wenn diese seit einem Monat in ihrem Bezirksamt Hernals einen Arbeiter mit Frau und Kind wohnen haben, der grundlos delogiert wurde und keine Wohnung bekommen kann. Es gehört eine gewisse Kühnheit dazu, die Wohnhauspolitik der Sozialdemokraten zu preisen, wenn der GR. Mühlberger seit 1923 mit Frau und Kind in einem Kabinett wohnen muss, und bis heute keine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung bekommen kann. Die Sozialdemokraten protzen damit, dass auf 3 Leute in Wien eine Wohnung kommt, de facto sitzen aber bodenständige Leute in Kabinetten und die Arbeiterzeitung ergreift Partei für den jüdischen Direktor von Gerngross, im Parteihaus der Nationalsozialisten der eine 6 Zimmerwohnung bewohnt und nicht hinausgehen will. Der Redner schildert nun, wie er zu seiner Wohnung gekommen ist. Seit dem Umsturz habe er sich um eine Wohnung bemüht. Nach Jahren wurde endlich durch den Tod eines Univ. Prof. eine kleine Wohnung frei, er habe sich um diese Wohnung beworben, sie wurde aber einem jüdischen Zuckervertreter aus Prag namens Goldmann zugewiesen. Dieser Mann wohnte ungekündigt in Untermiete und an dem Tage, wo die Hauptmietpartei starb, begab er sich plötzlich ins Hotel und meldete sich bei dem amtsführenden Stadtrat als Obdachloser an. Darauf wurde ihm, weil seine Rasse den amtsführenden Stadtrat wahrscheinlich angenehmer war, die Wohnung zugesprochen. Vor den Wahlen sei Redner zu einem Rechtsanwalt geäußert worden, der ihn ersuchte, die Sache nicht zu veröffentlichen, man werde ihm eine Wohnung zuweisen. Auf diese Weise habe er eine aus Zimmer Kabinett und Küche ohne Nebenräume bestehende Wohnung erhalten. Es müsse es daher als Unverschämtheit bezeichnen, wenn die sachlichen Angaben seiner Parteigenossen als unrichtig hingestellt werden. (Beifall bei den Nat. soz.)

Hierauf wird in die Verhandlung der Verwaltungsgruppe V eingegangen

GR. Perschl (chr. soz.) dass durch die Ersparungen auf dem Gebiete der Strassenpflege vor allem die Gewerbetreibenden geschädigt wurden. Die Ersparnis in der Post "sonstige Betriebsauslagen" im Betrage von 85.000 Schilling ist darauf zurückzuführen, dass im Sommer die Strassen fast überhaupt nicht bespritzt werden. In Besprechung der Post Werkstättenbetrieb bemerkt der Redner, es sei nichts dagegen einzuwenden, dass der Autobetrieb kleine Reparaturen in eigener Regie besorgt. Dagegen müssten grössere Arbeiten an die Ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

werbetreibenden vergeben werden, die sie auch billiger leisten könnten. Im Personenwagenbetrieb stellt sich der gefahrene Kilometer auf S 1'16, was ausserordentlich hoch ist. Dagegen werden die Lohnfuhrwerker gezwungen, um 30 Groschen, bezw. wenn man den Chauffeurlohn berücksichtigt, um 22 Groschen zu fahren. Es ist unwürdig, dass eine demokratische Verwaltung so etwas verlangt. Dieses Herabdrücken des Tarifs ist auf einen Herrn zurückzuführen, der vor 1 1/2 Jahren ins Wirtschaftsamt berufen wurde und der es als seine Aufgabe zu betrachten scheint, die Fuhrwerker auszubeuten. Es ist sehr bedauerlich, dass auch im Gartenwesen gespart wurde, obwohl sehr viele Instandhaltungen notwendig wären. Was die Volksbäder betrifft, so ist hier, wenn man berücksichtigt, dass die Investitionen unter Betriebsauslagen verrechnet wurden, in Wirklichkeit ein Reingewinn von 308.000 S zu verzeichnen. Man zieht aus den Aermsten der Armen auf solche Art Nutzen. Da die Dampf- und Wannebäder unter einem verrechnet werden, kann man sich kein richtiges Bild von dem Sorgenkind der Gemeinde dem Amalienbad machen, das sehr schlecht besucht wird. Der Redner spricht schliesslich sein Bedauern aus, dass auch beim Strassenbau, bei den Strassenherstellungen und im Wasserleitungswesen bedeutende Ersparungen gemacht wurden (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

St. R. Richter bezeichnet es ebenfalls als äusserst bedauerlich, dass im Jahre 1931 so grosse Ersparungen auf allen Gebieten gemacht werden mussten, insbesondere auch in seinem Referate, wo es sich nur um vorübergehende Ersparungen handeln kann, da das Versäumte in zukünftigen Jahren wieder nachgeholt werden muss. Was die Beanständungen hinsichtlich der Vergebung von Reparaturen betrifft, ist festzustellen, dass immer mehr Reparaturen der privaten Industrie zugewiesen werden in dem Ausmass als die eigenen Werkstätten abgebaut werden. Der Umstand, dass der gefahrene Kilometer der Personenkraftwagen relativ hoch zu stehen kommt, ist ein Ausdruck der Tatsache, dass gespart, das heisst ^{den} zu wenig gefahren wird. St. R. Richter nimmt gegen die Ausführungen des Vorredners Stellung, dass ein bestimmter Beamter des Wirtschaftsamtes den Vertrag mit den Fuhrwerksbesitzern beeinflusst habe. Auch ist es nicht richtig, dass mit den Fuhrwerksbesitzern ein Kilometerpreis von 30 Groschen vereinbart wurde. Heute ist noch der Preis von 39 Groschen aufrecht. Dass auch die Kosten der Taxameterfahrten von Jahr zu Jahr sinken, ist auf die Einschränkung der Taxifahrten zurückzuführen. Es werden heuer kaum ein Drittel der Taxameterkosten aufgewendet wie in den vergangenen Jahren. Der Gewinn der Volksbäder ist daraus zu erklären, dass die Bevölkerung infolge des wirtschaftlichen Elends immer mehr von den teuren Bädern zu den Volksbädern abwandert. Die Verelendung schreitet in einem solchen Masse fort, dass sogar die Volksbäder ^{nun} auch schon eine Einbusse an Besuchern erleiden. St. R. Richter nimmt schliesslich gegen die Auffassung Stellung, dass das Amalienbad Verlustbringend sei. Richtig ist, dass das Amalienbad trotz Amortisation und Verzinsung aktiv ist. (Lebh. Beifall b. d. Sozialdemokraten).

In der Debatte über die Verwaltungsgruppe VI stellt

GR. Müller (chr. soz.) zunächst mit Befriedigung fest, dass aus dieser Gruppe die Lehrpersonen an den Volks- und Bürgerschulen ausgeschieden wurden, eine Post, die in diese Gruppe nie hineingehört hätte. In dieser Gruppe wurden um 500.000 S mehr eingenommen als präliminiert, ein Beweis dafür, dass aus der Bevölkerung, was nur möglich war, herausgeholt wurde. Der Redner bemängelt sodann die zahlreichen Abstriche ^{*, vor allem an} den Investitionen für die Grossmarkthalle, wo unhaltbare Zustände bestehen, dann aber auch an dem Präliminare für die anderen Markthallen. Er fragt den Stadtrat, ob es richtig ist, dass das Meidlinger Schlachthaus aufgelassen werden soll. Das Lagerhaus zeigt wieder einen Abgang von über 5000 Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Bl. Blatt

Wien, am

und der Gesamtabgang macht mehr als 5 Millionen aus. Es wäre am klügsten, dieses hohe Defizit einfach abzuschreiben, da sonst das Lagerhaus nie aktiv werden kann. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten, die sich mit zirka 400 S im Monat berechnen lassen, sind zu hoch, wenn man bedenkt, dass dort nicht ununterbrochen gearbeitet wird. Durch die Uebertragung der Baustoffbeschaffung von der Verwaltungsgruppe IV in die Gruppe VI konnten wesentliche Ersparnisse an Personalaufwand erzielt werden. Es wäre nur zu wünschen, dass, wie dies der Rechnungshof verlangt, auch die städtischen Unternehmungen vom Wirtschaftsamt versorgt würden. Auch die Versorgung mit Textilien und mit Monturen müsste über das Wirtschaftsamt gehen. Der Redner ersucht um Aufschluss, wieso es kommt, dass die Bäckerarbeiter einen Lohn von 600 Schilling im Monat bekommen, also mehr, als dem Kollektivvertrag entspricht. Für die Amthäuser war eine Post von 572.000 Schilling eingesetzt, ausgegeben wurde um 188.000 Schilling weniger. Bei den Schulhäusern war 1.997.000.-- eingesetzt, ausgegeben wurde um 1 Millionen weniger. Die Folge davon ist, dass sich einzelne Amts- und Schulgebäude in einem Zustand befinden, der nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Bei den Lehrmitteln sollte man es so machen, wie bei der Säuglingswäsche, das nur diejenigen sie unentgeltlich bekommen, die dies in Anspruch nehmen. Für die 150.000 Schilling, die auf diese Weise erspart werden könnten, könnten 50 junge Lehrer in den Dienst der Gemeinde aufgenommen werden. Zu begrüßen ist, dass statt der Post von 5 Millionen Schilling für Ankauf von städt. Grundbesitz nur 3, 464.000 Schilling ausgegeben wurden, weil die Anhäufung von Grund und Boden durch die Gemeinde es mit sich bringen muss, dass den Privaten jede Baumöglichkeit entzogen wird. Der Redner erklärt zum Schlusse, dass seine Partei auch diese Verwaltungsgruppe nicht genehmigen könne, weil die bestgemeinte Anträge von der Mehrheit angelehnt werden. (Beifall bei den Christl. Soz.)

GR. Gratzenberger (Nat. soz.) führt aus, dass wenn die schön gemachten Rechenschaftsberichte der Gemeinderatsmehrheit mit dem Wohlstand dieser Stadt Hand in Hand gingen, seine Partei wahrscheinlich nicht so grosse Erfolge aufzuweisen hätte. Die arbeitenden Menschen sind in unsere Reihen gekommen, weil sie erkannt haben, dass Sie weder Sozialisten noch Demokraten, noch schöpferisch sind, sondern höchstens eine Gemeinschaft zur Aufzucht fremder Bonzen, die meist der jüdischen Rasse angehören, dass Sie dem Volke nicht Freiheit geben und sich in dem Kapitalismus, den Sie seit 50 Jahren zu bekämpfen vorgeben, häuslich eingerichtet haben. Wenn Sie stolz darauf hinweisen, dass diese Stadt, was den Radiumbesitz anbelangt, heute an dritter Stelle steht, so haben Sie vergessen, dass wir mit der Zahl der Selbstmorde der Bettler und Hofmusikanten durch Ihr Verdienst heute an erster Stelle stehen.

Der Redner weist darauf hin, dass die Volkshalle des Rathauses früher als Versammlungsraum gedient hat. Als aber die nationalsozialistische Bewegung gross zu werden begann, und diesen Saal ebenfalls beansprucht hat, wurde er für Versammlungszwecke gesperrt und es wurde ein sogenanntes Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum darin untergebracht, zu dessen Präsidenten der hinausgeschmissene Bolschewik Dr. Neuraht gemacht wurde. Ueberdies erhält das Museum eine Jahresinvestition von 20.000 Schilling, Ertrag was das Museum der Stadt für Beleuchtung und Beheizung bezahlt. Redner bespricht hierauf die Verhältnisse im Lagerhaus, an dessen Abgang von 558.000 Schilling im letzten Jahr nicht, wie der Rechnungshof meint, die hohen Löhne und Gehälter und auch nicht die Accordprämien schuld sind, sondern der Umstand, dass dort Löhne für Arbeiten bezahlt werden, die nicht für das Lagerhaus gemacht werden, sondern

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

dazu dienen, parteipolitische Umtriebe zu fördern. Er bespricht in eingehender Weise das Vorgehen des Betriebsratsobmannes Alois Kasperek, der Auslage für kollegiale Zusammenkünfte und für Autofahrten sich aus der Betriebsratskasse vergüten lässt, und des Schutzbundkommandanten Orna Zeder, der nach der Behauptung des Redners weniger für das Lagerhaus, als für seine eigene Tasche arbeitet. Anzeigen die an den amtsführenden Stadtrat gerichtet wurden, haben keinen Erfolg gehabt. Es werden von Parteiwegen die Schweiner immer vertuscht, weil man es nicht wagt, gegen diese Leute vorzugehen. Es ist selbstverständlich, dass wir unter diesen Umständen dem Rechnungsabschluss nicht unsere Zustimmung geben können.

In seinem Schlusswort erwidert amtsführender STR Linder auf die Bemerkungen des GR Müller bezüglich der Lagerhäuser, dass die Erhöhung der Einnahmen aus dem günstigen Getreidegeschäft zu erklären ist, nicht aber daraus, dass an Gebühren mehr vereinnahmt wurde. An die Auflassung des Meidlinger Schlachthauses wird nicht gedacht. Eine Abschreibung des Defizites beim Lagerhaus wäre unzweckmässig, es muss vielmehr getrachtet werden, das Defizit herabzusetzen. Bezüglich des Wirtschaftsamttes sagt der Referent, dass sich auch die städtischen Unternehmungen bemühen, bei ihrer Bedarfsdeckung mit dem Wirtschaftsamtte immer mehr das Einvernehmen zu pflegen. Die städt. Bäckerei kann nicht aufgelassen werden, da sonst die Einheitlichkeit der Erzeugung und Belieferung zunichte gemacht werden würde. Wenn Herr GR. Gratzenberger der Meinung Ausdruck gegeben hat, die Volkshalle sei in ein Museum umgewandelt worden, damit der Herr Bürgermeister in seiner Ruhe nicht gestört werde, so kann ich ihm nur erwidern, er möge im Lehmann nachsehen, wo der Herr Bürgermeister wohnt. Der Herr Bürgermeister wohnt nämlich garnicht im Rathaus. Was die anderen Ausführungen des Herrn GR. Gratzenberger anbelangt, so kann ich nur sagen, dass die Beschuldigungen, soweit sie uns mitgeteilt wurden, der Behörde übergeben worden sind und die Behörde nun zu entscheiden hat, was zu geschehen hat. Vor der Entscheidung dieser Behörden kann ich mich aber nicht auf das Niveau der Ausführungen des Herrn GR. Gratzenberger begeben. (Zustimmung bei den Soz. dem. - Widerspruch bei den Nat. soz.)

Es wird die Verhandlung des Rechnungsabschlusses abgebrochen und in die Verhandlung der vorliegenden Dringlichkeitsanträge eingegangen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass zunächst ein Dringlichkeitsantrag der GR. Weikert und Genossen vorliege. Er beginnt den Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages mitzuteilen. (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Nat. soz.: Gestern wurden die Anträge durch den Schriftführer verlesen! Hier wird mit ungleichem Mass gemessen). Wenn es für notwendig gehalten wird, die Dringlichkeitsanträge im Wortlaut zu verlesen, wird dies geschehen, sonst nicht. Eine Vorschrift hiezu besteht in der Geschäftsordnung nicht. Der genannte Dringlichkeitsantrag verlangt, es möge der Magistrat beauftragt werden, die Marktämter anzuweisen, auf den Wr. Märkten nur dann ausländisches Gemüse und Obst zuzulassen, wenn der Bedarf so gross ist, dass ^{ihn} die einheimischen Erzeuger nicht zu decken vermögen; die Marktaufseher anzuweisen, den einheimischen Erzeugern auf den Marktplätzen die besten Verkaufsstände zuzuweisen und den Verkauf unmittelbar vom Wagen zu gestatten; dafür Sorge zu tragen, dass die Preise die üblichen Marktpreise nicht übersteigen und Käufer, die die Waren beschädigen strengstens zu bestrafen.

GR. Weikert bezeichnet die Behandlung des Antrages als dringlich, da unsere einheimischen Produkte vom Markt verdrängt, dagegen tausende Meterzentner von Gemüse und Obst aus dem Ausland auf den Wiener Markt zugelassen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

werden, wodurch die einheimischen Produzenten geschädigt werden, der Gemeinde ein Teil ihrer Einnahmen entgeht und die Arbeitslosigkeit nur vergrössert wird.

St. R. Linder spricht ~~mehrmals gegen~~ gegen die Dringlichkeit aus, da die Zulassung von ausländischen Waren eine Frage der Handelspolitik ~~sei~~ ^{sind} auf die der Gemeinderat keinen Einfluss üben könne. Auf den Märkten ~~haben~~ ^{sind} den Produzenten Plätze zugewiesen. Was der Antragsteller hinsichtlich der Marktpreise verlangt ist unklar. ~~Bei der~~ ^{Bei der} Beschädigung von Waren auf den Märkten kann sich der Verkäufer an denjenigen der die Waren beschädigt, schadlos halten. Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Die GR. Pichler und Hölzl stellen einen Dringlichkeitsantrag durch den der Bürgermeister aufgefordert wird, sofort zu veranlassen, dass den Mietern in den Gemeindehäusern gestattet wird, Untermieter aufzunehmen.

GR. Pichler (nat. soz.) führt aus, die Dringlichkeit sei dadurch gegeben, dass es möglich wäre, einer grossen Anzahl von Wohnungslosen zu einer Wohnung zu verhelfen, ^{weitere} _{Bewohnern von Gemeindehäusern, die ihres Ernährers beraubt sind, eine wenn auch kleine Einnahmsquelle zu verschaffen. Auch würde durch die Bewilligung des Antrages der Marktpreis auf die übrigen Wohnungen drücken. Die Nationalsozialisten sind nicht dafür, dass Arbeiter in den Wohnungen zusammengepfercht werden, aber sie wissen, dass viele Bewohner von Gemeindehäusern die Möglichkeit der Vermietung selbst dringend wünschen (Beifall bei den Nat. soz.)}

St. R. Weber bemerkt, dass die städtische Wohnhäuserverwaltung in den Neubauten in Berücksichtigungswürdigen Fällen, insbesondere wenn es sich um Anverwandte handelt, die Untermieter ohnehin bewilligt. Die städtische Wohnhäuserverwaltung muss aber selbstverständlich dem Versuch, in den städtischen Häusern Massenquartiere einzurichten, und dem Versuch, sich durch Untermieten Wohnungen zu erschleichen, energisch entgegentreten. Er bittet deshalb, die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen (Zwischenrufe: GR. Thaller (soz., dem: Sie wollen wieder Massenquartiere haben! - Gegenrufe bei den Nat. soz.)

Dem Antrage wird die dringliche Behandlung nicht zuerkannt.

Die GR. Dr. Hanke und Mühlberger verlangen in einem Dringlichkeitsantrag der Magistrat sei anzuweisen, alle Abteilungsvorstände bzw. deren Stellvertreter zu beauftragen, nicht nur den Amtsführenden, sondern auch den nicht amtsführenden Stadträten in allen Fragen, gleichgiltig welches Ressort sie betreffen, über Verlangen schriftlich oder mündlich erschöpfende Auskunft zu erteilen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

GR. Dr. Hanke (Nat. soz.) bemerkt in der Begründung der Dringlichkeit des Antrages, dass durch die Annahme des Antrages der Opposition die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Aufgaben zu erfüllen. Auch die Mehrheit dieses Hauses könne sich dieser billigen Forderung nicht verschliessen. Wir wollen an Ort und Stelle Auskunft haben, nicht aber auf dem Umweg über den amtsführenden Stadtrat.

Bürgermeister Seitz bemerkt, dass die Vorschriften betreffend das Recht des einzelnen Staatsbürgers in den einschlägigen Verwaltungsrechtsgesetzen enthalten sind. Auch die Verfassung der Stadt Wien sieht eine solche Regelung vor. Die Rechte der Korporationen, vom Gemeinderat angefangen bis zum kleinsten Unteruasschuss, sind in den einzelnen Verfassungsbestimmungen geregelt und so kann ich nur sagen, dass niemand in seinen dort festgesetzten Rechten beeinflusst wird. Die amtsführenden Stadträte sind persönlich vom Gemeinderat gewählt, sie tragen eine politische Verantwortung und hinsichtlich der politischen Verwaltung allein berufen, Auskünfte zu geben. Eine Politisierung der Beamtenschaft aber werde ich niemals dulden.

Als Vizebgm. Emmerling das Wort ergreift, ruft ihm GR. Frauenfeld zu: Der Gentleman Proletarier Emmerling hat das Wort. (Zahlreiche Zwischenrufe bei den Soz. dem.-GR. Thaller (soz. dem.): Sie haben gar nichts zu reden! Schauen Sie sich die Städte an, wo Sie die Mehrheit haben.)

Vizebgm. Emmerling: Die Unterstützung von Arbeitslosen, die in diesem Antrag verlangt wird, ist Sache des Bundes und nicht der städtischen Unternehmungen. Heute gibt es noch tausende Haushalte in Wien, die weder Gas noch elektrisches Licht haben. Wer aber Gas in seiner Wohnung eingeleitet hat, kann mit dem bescheidenen Betrag von 21 Groschen seinen ganzen Haushalt mit Gas bestreiten. Dieser Preis steht in gar keinem Verhältnis zu den Kosten die jene armen Teufel für ihr Essen aufwenden müssen, die kein Gas besitzen. Schon aus diesem Grunde erübrigt sich eine Stellungnahme zu dem ersten Teil des Antrages (Zwischenrufe). Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so ist die darin verlangte Abstufung schon längst durchgeführt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. (Lebhafte Zwischenrufe).

In einem weiteren Antrage der GR. Dr. Riehl und Neumann wird der Bürgermeister aufgefordert, Vorkehrungen zu treffen, die die Wiederholung von Ausschreitungen, wie sie sich am 30. September im Gemeinderatssitzungssaal ereignet haben, hintanzuhalten und dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten; weiters diejenigen Beamten festzustellen, die sich an dem Bombardement gegen die nationalsozialistischen Gemeinderäte beteiligt haben und sie im Disziplinarweg der verdienten Strafe zuzuführen; diejenigen sozialdemokratischen Gemeinderäte, durch deren Wurfgeschosse nationalsozialistische Gemeinderäte mehr oder minder schwer verletzt wurden, vor das Disziplinar-kollegium zu stellen. Da durch die geschilderten Vorkommnisse die Unfähigkeit des Herrn Bürgermeisters, die Sitzungspolizei im Gemeinderat zu handhaben, erwiesen ist, heisst es schliesslich in dem Antrag, wird er aufgefordert, sein Amt als Bürgermeister und Landeshauptmann ehestens zurückzulegen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. - Zahlreiche Zwischenrufe. - GR. Frauenfeld Ihre eigenen Leute freuen sich schon! Die wollen Sie los werden, Herr Bürgermeister!

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) Die bedauerlichen skandalösen Vorgänge, die sich am 30. September abgespielt haben, stellen sich, wie dies objektiver Weise festgestellt worden ist, als ein Ueberfall der Mehrheit auf eine jetzt noch kleine Minderheit dar. Bei aller Besonnenheit und Ruhe, mit der wir heute die Vorfälle beobachten, müssen wir sagen: es ist in der Geschichte der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

öffentlichen Körperschaften ein ganz seltener Fall... (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. - GRtin. Deutsch-Krammer : Dass man Hundspeitschen verwendet, - Zahlreiche Zwischenrufe),.. dass eine so grosse Mehrheit es für notwendig findet, sich gegenüber einer verhältnismässig kleinen Minderheit, die noch dazu einfach den Saal verlässt, die in keiner Weise die Verhandlung gestört hat, derart zu benehmen. Es ist noch zu verstehen, wenn es heute ab und zu in Körperschaften vorkommt, ^{das, wenn} eine Minderheit, die die Verhandlungen stört oder Krawalle hervorruft irgendwelchen Vertretern das Temperament durchgeht. Aber wir haben ja den Sitzungssaal verlassen (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Mit Hundspeitschen!) Wir sind ganz ruhig hinausgegangen, ich war selbst einer der ersten. Die Mehrheit sollte sich ja eigentlich vom Standpunkt der ruhigen und raschen Behandlung der Tagesordnung darüber freuen, wenn die Opposition einen Exodus veranstaltet, und sie hätte gar keine Ursache ^{sie} darüber aufzuregen. Statt dessen ist es zu derartigen Szenen gekommen, die sich auch deshalb als besonders skandalös charakterisieren, weil man nicht nur, wie das früher vorgekommen ist, gegeneinander losgegangen ist, sondern weil man hier Gegenstände geworfen hat, die heute wieder fein säuberlich an ihren Ort gebracht und hoffentlich auch angenietet worden sind. Wenn eine Minderheit, die vergewaltigt wird, zu Gewalt greift, kann man das als Notrecht qualifizieren. Wenn aber eine derartige Mehrheit es für nötig findet, gegen eine Minderheit loszugehen, muss ich das nicht nur als eine Rohheit, sondern als Feigheit bezeichnen (Lebhafter Beifall b. d. Nat. soz. - Zwischenrufe).

Bürgermeister Seitz : Herr Gemeinderat, ich rufe Sie zur Ordnung!

GR. Dr. Riehl : Wenn wir solche Anträge gestellt haben, sind sie durchaus berechtigt und wenn der Herr Bürgermeister selbst darin apostrophiert wird, so leiten wir die Berechtigung dazu aus einem Ausspruch des Bürgermeisters her, ^{ab} der selbst einmal geäussert hat, dass er unter seinem Vorsitz einen Terror nicht dulden werde. Die Mehrheit hat die Pflicht, sich ruhig und anständig zu verhalten. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Und die Minderheit Hundspeitschen zu benützen! - Zwischenrufe.) Eine Mehrheit, die die Abstimmungsmaschine in der Hand hat und die die Minderheit jederzeit niederstimmen kann, hat es nicht notwendig.... (Zahlreiche Zwischenrufe. - Rufe bei der Mehrheit: Sprechen Sie doch über die Hundspeitschen. - GR. Eisinger (soz. dem) Sie sind für die Bubokratie!) Ich werde mich mit diesem Wirrkopf, mit diesem Steinhofkandidaten nicht befassen. Wir haben die Pflicht, hier ein sehr schweres Amt zu erfüllen. Das Amt der Minderheit ist jedenfalls schwerer als das einer derartigen Mehrheit, von der überhaupt nie jemand das Wort zu ergreifen in der Lage ist, ausser den amtsführenden Stadträten. Unter diesen Umständen haben wir auch das Recht, an den Vorsitzenden zu appellieren, dass er dieses Recht der Minderheit schütze. Das war seit jeher eine Ehrenpflicht des Vorsitzenden und das ist auch die Pflicht seines Amtes. Daher ist auch unser Antrag berechtigt, ich glaube, ihn in der mildesten Form begründet zu haben, die möglich ist, weil ich es vermeiden will, dass sich abermals solche Skandale wie derholen. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XVI

Bürgermeister Seitz : Wünscht jemand noch gegen den Antrag
dringliche Behandlung der Sache zu sprechen? (Nach einer Pause) Es
dies nicht der Fall. Da ich selbst wieder persönlich angesprochen
bin, kann ich nur sagen: Mir obliegt selbstverständlich der Schutz
Minderheit und der Schutz jedes Einzelnen in diesem Saale, der etwa
gegriffen wird. Wenn aber Mitglieder des Gemeinderates andere Mit-
glieder des Gemeinderates mit waffenartigen Instrumenten angreifen (Rufe
den Nationalsozialisten : In der Abwehr !- STR. Frauenfeld : Leibriemen
Waffen!) so kann ich sie natürlich nicht schützen. Es ist eine Tatsache,
es einzelne Herren tatsächlich mit irgendwelchen Instrumenten gedroht
haben, die den Eindruck von Stahlruten oder dergleichen gemacht
haben. Ein solcher Schutz wäre mir nicht möglich, wenn ich mich selbst
derartige Händel einliesse, was ich selbstverständlich nicht tue.

47

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XVII

Wenn in diesem Antrage unter Punkt 2 die Forderung gestellt wird, dass diejenigen Beamten, die sich an dem Bombardement beteiligt haben, in Untersuchung zu ziehen und der verdienten Bestrafung zuzuführen seien, so kann ich nur sagen, dass nach den Feststellungen diese Behauptungen ^{unwahr} (Rufe bei den Nat. soz.) Ich muss daher diesen Anwurf gegen die Beamtenschaft, die ihren schweren Dienst pflichtgemäss und mit grossem Opfermut leistet, auf das Allerentschiedenste zurückweisen. (Beifall bei den Sdz. dem.)

Wenn schliesslich der Herr GR. Dr. Riehl mich einlädt, mein Amt als Bürgermeister und Landeshauptmann ehestens zurückzulegen, kann ich nur sagen, dass ich hiezu gerne jederzeit bereit bin, insbesondere aber dann, wenn es dem Herrn Dr. Riehl gelingen wird, die Mehrheit davon zu überzeugen, dass er ein besserer Bürgermeister und Landeshauptmann ist. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. dem.)

STR. Kunschak erklärt, es sei gewiss niemand in diesem Saal, der nicht die Ueberzeugung hätte, dass alles vorgekehrt werden müsse, um eine Wiederholung solcher Szenen hintanzuhalten. Um dies auch bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen zu können, ersucht er um getrennte Abstimmung über den Punkt 1 des Antrages.

Bürgermeister Seitz: Eigentlich hätte ich nur das Recht, darüber abzustimmen, ^{zu bestimmen} ob dieser eine Antrag im Ganzen jetzt einer dringlichen Behandlung unterzogen werden soll oder nicht. Ich stehe aber nicht an, zu geben, dass hier in der Form eines Antrages eigentlich vier Anträge gestellt sind und dass daher das Begehren des GR. Kunschak sachlich berechtigt ist

Bei der Abstimmung über den Punkt 1 des Antrages, "Vorkehrungen zu treffen, die die Wiederholung derartiger Ausschreitungen hintanzuhalten"

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XVIII .
geeignet sind und dem Gemeinderat hierüber bericht zu erstatten
stimmt mit dem Nationalsozialisten und Christlichsozialen auch ein Teil
der Sozialdemokraten für die sofortige dringliche Behandlung. (Gelächter
und Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

Bürgermeister Seitz : Das ist ja keine Parteifrage. Die
Frage, ob man einen Gegenstand jetzt erörtern will oder nicht, entscheidet
sich ja nicht nach dem Parteiprogramm, sondern nach der Ansicht der be-
treffenden Person.

Bei der Abstimmung wird sowohl dem Punkte 1 wie auch den
Punkten 2 , 3 und 4 des Antrages die dringliche Behandlung nicht zuerkannt.

Hierauf wird die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet nicht,
wie vorgehehen, morgen um 16 Uhr, sondern um 17 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

319

Wien, am 25. November 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 25. November 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 10.

Es wird die Verhandlung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1931 fortgesetzt.

GR. Dr. Kotzauerek (chr. soz.) bemerkt, aus diesem Rechnungsabschluss ergebe sich ganz deutlich, dass die Mehrheit mit ihrem Latein bereits zu Ende sei. Das Ziel ihrer Verwaltungskunst ist es ja nicht, der Bevölkerung, sondern wie es nur irgendwie geht, der Partei zu nützen. Selbst in der kleinen Verwaltungsgruppe VII zeigt es sich ganz deutlich, dass sich die Mehrheit nur von parteipolitischen Erwägungen leiten lässt. Da ist für die Förderung der Gegenwartskunst ^{der} ohnehin geringe Betrag von 100 Millionen eingesetzt. Aber auch dieser Betrag ist noch nicht zur Gänze verbraucht worden, obwohl bekanntlich gerade die Künstler unter den gegebenen Verhältnissen am schwersten getroffen sind. Die Not der Künstler ist heute schon so gross, dass sie sich entschlossen haben, auf die Strasse zu gehen, und Notgemeinschaften zu bilden. Diese öffentliche Demonstration ist eine laute Anklage gegen die Gemeindeverwaltung, die kein Verständnis für die Künstler hat. Die Not unter den Künstlern hat bereits Formen angenommen, die für die künstlerische Entwicklung der Stadt das Schlimmste besorgen lassen. GR. Dr. Kotzauerek nimmt sodann dagegen Stellung, dass bei der Förderung von Theater- und Musikaufführungen den Löwenanteil die sozialdemokratischen Organisationen erhalten haben, während der christlicher Volksbildung nur der geringe Betrag von 1300 Schilling zugeteilt worden ist. Für die Gewerbeförderung ist trotz der grossen Bedeutung, die der Gewerbestand für die Stadt hat, und trotz seiner traurigen Lage viel zu wenig ausgegeben worden. Es wäre eigentlich am allerbesten, wenn die Gemeinde diese ganze Post streichen und für die Gewerbetreibenden dadurch etwas leisten wollte, dass sie ihre Steuer- und Abgabenpolitik einer radikalen Aenderung unterzieht. Während auf der einen Seite so gespart wird, wird auf der anderen Seite ganz sinnlos Geld ausgegeben. Dies gilt insbesondere von der Gemeindegewache. Die Gemeindegewache wurde nur deshalb geschaffen, weil die Mehrheit nach dem von ihr begangenen Juliverbrechen das Bedürfnis hatte eine eigene Organisation zur Verfügung zu haben, welche man letzten Endes auch gegen die Wiener Bevölkerung vorgehen lassen wollte. Es soll hier nicht des näheren über die qualitative Beschaffenheit der aus dem Schutzbund hervorgegangenen Gemeindegewachleute gesprochen werden. Tatsache ist aber, dass die starke Verminderung der Gemeindegewache seit 1927 nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass ein grosser Teil der Gemeindegewachleute in den ordentlichen Gemeindediensten übernommen wurde, während andere Bewerber draussen bleiben müssen, sondern dass eine erkläreliche Anzahl der Gemeindegewachleute, wenn auch unfreiwillig, ihre Betätigung in ein anderes Gebäude nicht weit von hier verlegen mussten. Die Gemeindegewache wurde auch nicht zum geringsten Teil deshalb verringert, weil man sie der Wiener Bevölkerung möglichst wenig sichtbar werden lassen will. Die Wiener Bevölkerung gerät ohnehin immer in Rage, wenn sie einen Gemeindegewachmann sieht. Heute kann man die Gemeindegewachleute abgesehen von ihrer scheinbar ausserdienstlichen Verwendung als Claqueure im Wiener Gemeinderat nur mehr sehen in den Fürsorgeinstituten, im Wohnungsamt und in den Vorräumen der amtsführenden Stadträte, überall dort also, wo Gefahr besteht, dass die in den breiten Volksmassen angesammelte Erbitterung sich in einer sehr unangenehmen Weise Luft machen könnte. Zu diesem Zweck brauchen wir wohl keine Ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

meindewache. Die öffentlichen Institute und Anstalten waren nie gefährdet. Die Erbitterung des Volkes richtet sich nicht gegen den einzelnen Gemeindevachmann, sondern gegen diejenigen, die die Gemeindevachleute schützen sollen. Wir brauchen keine Leib- und Schutzgarde für die Herren des Wiener Rathauses. Wenn sie wirklich in Angst und Sorge leben, so mögen sie anstatt eine Schutzwache aufzustellen, die Stätte ihrer so verderblichen, die Bevölkerung aufreizenden Tätigkeit verlassen. Von 1927 bis 1931 sind fast 12 Millionen für die Gemeindevache ausgegeben worden. Mit diesem Betrag hätte man so manches Elend, insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge mildern können. Dabei hat man es noch für notwendig gehalten, für diese sinn- und zwecklose Gemeindevache eine eigene Kaserne anzuschaffen, man hat für diesen Zweck ein Fabriksgebäude im X. Bezirk erworben. Was geschieht jetzt mit dieser Kaserne? Wir vermuten stark, dass sie ein Stützpunkt für den Schutzbund, ein Arsenal für die heiligen Waffen des Herrn Bürgermeisters bilden soll. Einem Rechnungsabschluss, in dem eine Ausgabenpost für die Gemeindevache enthalten ist, können wir unsere Zustimmung nicht geben (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

au GR. Ing. Hölzl (nat. soz.) bezeichnet es als das einzig erfreuliche dieser Verwaltungsgruppe, dass an der Feuerwehr fast nichts erspart wurde. Allerdings wurde auch hier eine Ersparnis gemacht, die Bedenken erregen muss, nämlich an den Dienstkleidern der Feuerwehr eine Ersparung, die nichts anderes als einen verkappten Lohnabbau darstellt. ^{Der} Redner wendet sich sodann dagegen, dass der für die Kunstförderung präliminierte ohnehin geringe Betrag bei weitem nicht ausgegeben wurde. So erleben wir das Schauspiel, dass neben anderen Berufsgruppen auch die Künstler auf die Strasse gehen müssen, um zu sagen, dass sie hungern und dass sie Brot und Arbeit haben wollen. Es ist für eine Kunststadt wie Wien ein trauriges Zeichen, wenn schon die Künstler auf die Strasse gehen müssen. Andererseits wird Geld für sehr sonderbare Zwecke ausgegeben. So für Theater- und Musikaufführungen bestimmter Organisationen zweifelhafter Art, die von fremden Juden geleitet werden, ^{welche} nach Wien kommen um blöde, falsche verkehrte Musik zu verzapfen, blödsinnige Reime vorzutragen. Diese hergelaufenen Juden aus Polen und Amerika werden mit ungeheuren Summen dotiert. Man päppelt Parteiorganisationen hoch und schafft sogar neue solche Organisationen, um auf diesem Weg Subventionen geben zu können. [Das Gewerbe sollte gefördert werden, um es mit dem Ausland konkurrenzfähig zu machen. Statt dessen wird es proletarisiert, denn die Sozialdemokraten wollen nur grosse Fabriksherrn und Proletarier. Dafür werden dem Bürgermeister für besondere Ausgaben 12.000 Schilling im Jahr bewilligt. Ueber das Kapitel der Gemeindevache ist schon oft gesprochen worden. Im Jahre 1927 wurde Wien vom Pöbel und Janhagel, von Plünderern und Brandstiftern heimgesucht und aus dem Kreise dieser Menschen wurde eine Wache aufgestellt, der das Eigentum der Gemeinde Wien anvertraut wurde. Nun haben die Sozialdemokraten anscheinend selbst eingesehen, dass das Volk zu dieser Wache kein Vertrauen hat, und haben daher ihre Zahl verringert und ihren Fahrpark der Feuerwehr übergeben. Aber an drei Stellen ist die Gemeindevache sichtbar, bei den Stellenlosenämtern, bei den Fürsorgeämtern und im Wohnungsamt, also überall dort, wo die Aermsten der Armen ihr Recht suchen. Die Gemeindevache hat nur den Zweck, diese armen Teufel von den Bonzen abzuhalten, damit deren Ruhe nicht gestört wird, Dieser Zweck rechtfertigt keineswegs den Bestand der Gemeindevache, Daher muss sie weg. Der Redner wünscht eine Aufklärung über die Post von 8200 Schilling für alte verkaufte Monturen der Feuerwehr. Es scheint, dass auf diesem Umwege der Schutzbund zu

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

neuen Monturen gekommen ist, damit er seine dunklen Ziele weiter verfolgen kann. Bei den Einbürgerungen werden andauernd mit besonderer Vorliebe Juden Czechen, Polen und Rumänen bevorzugt, während Leute aus der österreichischen Provinz nach wie vor abgewiesen werden. Auf diese Weise wird eine Fabrik von sicheren Wählern geschaffen, um Wien jüdisch zu machen. (Beifall bei den Nat. soz. - GR. Beisser (soz. dem.) : Sie selbst haben für einen Juden gestimmt ! - Gegenrufe bei den Nationalsozialisten. - GR. Weikert (nat. soz.) : Wohnungsschieber ! - GR. Beisser: Sie sind ein Lügner, ein Schuft ! - Andauernde Zwischenrufe.)

STR. Honay (soz. dem.) führt aus, dass die Gemeinde nicht das geringste Ersparnis erzielen könnte, selbst wenn die Gemeindegewache aufgelöst würde. Die Gemeindegewache versieht gegenwärtig einen äusserst schwierigen und verantwortungsvollen Dienst (Rufe bei den Nat. soz. : Wo ?) in den Fürsorgeämtern, in den Arbeitslosenämtern und im Wohnungsamt und erhalte es für seine Pflicht, ihr für diesen schwierigen Dienst den Dank des Gemeinderates auszusprechen (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem. - Zwischenrufe bei den Nat. soz.) Die Gemeindegewache wurde deshalb verringert, weil nach dem Strassenpolizeigesetz gewisse Dienstleistungen, die sie versehen hatte, entfallen sind. ^{der Behauptung} Gegenüber dem GR. Dr. Kotzaurek, dass für die Gemeindegewache im 10. Bezirk durch Adaptierung eines Fabriksgebäudes eine Kaserne geschaffen worden sei und dass dieses Gebäude jetzt völlig unbenutzt sei, stellt der Redner fest, dass dieses Gebäude seit vielen Monaten als Obdachlosenasyll benützt wird. (Hört-Hört-Rufe bei den Soz. dem.) Die Behauptung, dass die Gemeindegewache eine Leibgarde der Stadträte bildet, ist absolut unrichtig. Es gibt keinen einzigen amtsführenden Stadtrat, der in seinem Vorzimmer eine solche Gardebrauchte. Wenn hier über die Not der Künstler gesprochen worden ist, so gibt es wohl niemand in diesem Saal, der von dieser Not nicht ergriffen würde. Es müsse jedoch festgestellt werden, dass es in dieser Republik nur die Gemeinde Wien ist, die wirklich praktische Kunstförderung treibt. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem. - Rufe bei den Nat. soz. : Für die Juden !) Gerade die Herren von der christlichsozialen Minderheit sollten uns sagen, was der Bund in den letzten Jahren für die Künstler getan hat. Im Künstlerhaus sei jetzt Gelegenheit, wirkliche Kunstförderung durch die Stadt Wien in Augenschein zu nehmen. Auch er ist der Meinung, dass die Gemeindeverwaltung für die Gewerbebeförderung viel mehr tun sollte, aber auch das ist eine Frage der Finanzen. Die Opposition bemängelt auf der einen Seite, dass die Gemeindeverwaltung die Steuern nicht ermässigt und rücksichtslos eintreibt, auf der anderen Seite sind ihr aber alle Ausgaben zu niedrig. GR. Dr. Kozaurek hat bemängelt, dass die Soz. dem. Kunststelle von den 79.000 Schilling zur Förderung von Theater - und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte 52.000 Schilling bekommt. Der Redner stellt fest, dass hier ein Aufteilungsschlüssel einvernehmlich festgesetzt, nach der Zahl der Veranstaltungen und nach der Zahl der Mitglieder der einzelnen Kunststellen errechnet worden ist, und dass bisher keinerlei Reklamationen über die Verteilung erhoben wurden. Wenn insbesondere die Subvention von 1000 Schilling an die Freie Typographie erwähnt worden sind, so ^{müssen} wir es dieser Vereinigung von Arbeitersängern sagen, dass gerade sie auf einem ungemein künstlerischen Niveau steht (Zustimmung bei den Soz. dem.), und wir als Arbeiterpartei

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

uns freuen sollen, dass diese Vereinigung im letzten Jahre folgende überaus wertvolle Aufführungen veranstaltet hat: Beethoven, Neunte Symphonie 9 mal, Mahler, Achte Symphonie, 4 mal, Haydn, Schöpfung, 6 mal, Jahreszeiten, 4 mal, Händel, Alexanders fest, 2 mal, davon im Radio einmal, Mendelsohn, Erste Walburgisnacht, 5 mal, davon im Radio einmal, Korda, Stunde der Befreiung, 3 mal, Knöchel, Eiserne Welt, 2 mal. Was die Anfrage des GR. Hölzl über den Verkauf von Altkleidern = nicht der Feuerwehr, sondern der Gemeindegewache, - betrifft, so wurden diese alten Monturen, weil sie nicht mehr gebraucht werden, dem Wirtschaftsamt überwiesen, das sie verkauft hat. Bezüglich der von dem selben Redner bemängelten angeblichen verkappten Gehaltskürzung der Feuerwehr stellt Redner fest, dass die Feuerwehr eine so rührige um die Interesse ihrer Mitglieder so besorgte Interessenvertretung hat, dass sich diese irgend eine verkappte Beschränkung ihrer Bezüge sicherlich nicht gefallen liesse. Es sind auch über die Dienstkleidung der Feuerwehr keine Beschwerden eingelaufen. Zu der Kritik des selben Redners an der Kunstförderung der Gemeindeverwaltung bemerkt der Redner, dass es dieser hauptsächlich auf die künstlerische Leistung ankomme (Beifall bei den Soz. dem.), ohne Rücksicht auf die Konfession der Künstler. Auch die Bemängelungen der Einbürgerungen sind sicherlich übertrieben, denn der nationalsozialistische Vertreter nimmt Gelegenheit, vor jeder Sitzung des zuständigen Ausschusses die Heimatsrechtakte durchzusehen, und wenn er berechnigte Anstände zu erheben hätte, so hätte er sie sicherlich vorgebracht. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

Damit ist die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VII beendet.

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluss für das Jahr 1931 genehmigt, die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes werden zur Kenntnis genommen, der Resolutionsantrag Ulreich betreffend Abänderung des Bauvertrages mit den Siedlern auf dem Wolfersberg wird abgelehnt.

Hierauf wird in die Beratung über die Rechnungsabschlüsse der städt. Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1931 eingegangen.

Berichterstatter ist Vizebürgermeister Emmerling. Es führt bezüglich der Gaswerke aus, dass der Gasabsatz im abgelaufenen Verwaltungsjahr trotz der Wirtschaftskrise eine bemerkenswerte Festigkeit gezeigt hat die sich aus der weitgehenden Unentbehrlichkeit des Gases im Wirtschaftsleben Wiens erklären lässt. Die Gaserzeugung ist gegenüber dem Vorjahre um rund 9 Millionen Kubikmeter (2.81 Prozent) gestiegen. Der Koksabsatz war befriedigend ; auch bei den übrigen Nebenprodukten bewegte sich der Absatz in dem erwarteten Ausmass. Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Gebarungüberschuss von 265.000 Schilling. Infolge der vorzeitigen Abschreibungen in Anwendung des Investitions-Begünstigungsgesetzes im Betrage von rund 3.5. Millionen Schilling weist die Bilanz einen Gebarungsabgang von rund 3.3 Millionen aus.

Ueber die städt. Elektrizitätswerke führt der Referent aus, dass im Berichtsjahr die Menge des selbsterzeugten Stromes und des Fremdstrombezuges gegen das Vorjahr um rund 21 Millionen Kilowattstunden (3.7 Prozent) geringer gewesen ist. Von der Stromerzeugung waren 58.4 % Wasserkraftstrom, 41.6 Prozent kalorischer Herkunft. Der Anteil der Inlandskohle an der kalorischen Erzeugung beträgt 31.3 Prozent, der Auslandskohle 10.3 Prozent des gesamten Strombedarfes. Durch inländische Kraftquellen waren somit 89.7 Prozent des Strombedarfes gegenüber 73.3 Prozent im Vorjahr

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

gedeckt. Das Gesamtunternehmen (Wiener Zentrale und Ueberlandzentrale Ebenfurth) schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von rund ^{494.000} Schilling. Bei Berücksichtigung der vorzeitigen Abschreibungen gemäss dem Investitionsbegünstigungsgesetz bei der Wiener Zentrale und bei der Ueberlandszentrale im Gesamtbetrage von 9.9 Millionen Schilling und bei Berücksichtigung der Rücklage von 4.9 Millionen Schilling bei der Wiener Zentrale, beträgt der gesamte Gebarungsabgang 14.3 Millionen Schilling gegenüber 23.7 Millionen Schilling im Vorjahre.

Von den städtischen Strassenbahnen berichtet Vizebürgermeister Emmerling, dass das Geschäftsjahr der Strassenbahnen durch einen weiteren Rückgang der Frequenz gekennzeichnet ist. Die Personenbeförderung des gesamten Betriebes war um 27.2 Millionen Fahrgäste (4.4 Prozent) geringer als im Vorjahr; die Wagennutzleistung ist um 6.7 Millionen Kilometer (4.3 Prozent) gesunken. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet entfallen von Strassenbahn und Stadtbahn auf einen Einwohner durchschnittlich rund 376 Fahrten im Jahr, also um 15 Fahrten oder um 3.8 Prozent weniger als im Jahre 1930. Der Fahrgästeausfall ist grösser, als die Strassenbahndirektion erwartet hat. Im Wirtschaftsplan waren die Einnahmen aus der Personenbeförderung bei Strassenbahn und Stadtbahn mit 133.2 Millionen Schilling angenommen, tatsächlich sind jedoch nur 130.5 Millionen Schilling eingenommen worden. Der Durchschnittsfahrpreis ist von 22.9 Groschen auf 22.7 Groschen zurückgegangen. Unter solchen Umständen waren die Strassenbahnen zu neuerlichen Sparmassnahmen gezwungen. Diese haben es ermöglicht, die gesamten Nettoausgaben pro Fahrgast des Strassenbahn- und Stadtbahnbetriebes von 24.7 Groschen auf 24.01 Groschen (2.8 Prozent) herabzusetzen. Trotz namhaften Ersparungen und der damit erreichten Senkung der Gesamtausgaben um 9.7 Millionen Schilling ist dennoch das Betriebsergebnis bloss um 3.8 Millionen Schilling verbessert worden, weil der Einnahmenausfall 5.9 Millionen Schilling beträgt.

Beim Autobusbetrieb ist die Personenbeförderung um 1.2 Prozent grösser gewesen als im Vorjahr; die Einnahmen waren um 3 Prozent höher. Durch ökonomische Betriebsführung ist es gelungen, den Gebarungsabgang wesentlich zu verringern. Es betrug im Jahre 1931 0.4 Millionen Schilling gegenüber 0.9 Millionen Schilling im Jahre 1930 und gegenüber 1.8 Millionen Schilling im Jahre 1929.

Die Bilanz der gesamten Unternehmung (Strassenbahn, Stadtbahn, Autobus) ergibt einen Gebarungsabgang von 7.9 Millionen Schilling gegenüber 11.7 Millionen Schilling im Vorjahre. Infolge vorzeitiger Abschreibungen durch Anwendung des Investition- und Begünstigungsgesetzes im Betrage von 3.1 Millionen Schilling ergibt sich ein Gebarungsabgang von 4.8 Millionen Schilling gegenüber rund 3 Millionen Schilling im Jahre 1930.

Gleich wie in der gesamten übrigen Brauindustrie Oesterreichs ist auch beim Brauhaus der Stadt Wien im Berichtsjahr der Bierabsatz zurückgegangen. Die Erzeugung ist um rund 96.000 Hektoliter (24.3 Prozent), der Verkauf um rund 74.000 Hektoliter (20.3 Prozent) geringer gewesen als im Vorjahr. Die Bilanz schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von 703.000 Schilling. Der Gebarungsüberschuss der Leichenbestattungsunternehmung beträgt rund 101.000 Schilling, der Gebarungsüberschuss der Gewista rund 114.600 Schilling. Die städt. Unternehmungen haben auch im abgelaufenen Verwaltungsjahr bei ihren Aufträgen in erster Linie das Inland berücksichtigt und Aufträge an das Ausland nur im Falle der Unvermeidlichkeit und mit besonderer Bewilligung vergeben. (Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

GR. Holaubek (chr. soz.) erinnert daran, dass die städtischen Unternehmungen, die in ihrer Gesamtheit mit Ausnahme der G-wista Schöpfungen des Volksbürgermeisters Lueger sind, unter christlichsozialer Verwaltung durchaus eine aktive Gebarung hatten. Der christlichsoziale Kampf um diese Unternehmungen war gleichzeitig ein Kampf gegen die Ueberwucherung des Auslandskapitals und man muss sich sehr wundern, dass diese Unternehmungen, die als soziale Einrichtungen der Kommune gedacht waren, heute wieder nach rein kapitalistischen Grundsätzen verwaltet werden. Nur drei weniger bedeutungsvolle Unternehmungen haben heute einen Gebarungsüberschuss, es sind das bezeichnenderweise die Unternehmungen, bei denen es sich um den Alkohol und um das Sterben handelt. Alle anderen Unternehmungen haben Gebarungsabgänge, trotz des weitaus grösseren Betriebsumfanges den heute alle Unternehmungen gegenüber der christlichsozialen Zeit haben. Bei der Strassenbahn ist es zweifellos eine Quelle des Defizits, dass der Tarif zu hoch ist, soweit es sich um kleinere Strecken handelt. Der Vorschlag auf Einführung des Zonentarifs, den wir wiederholt gemacht haben, ist immer wieder abgelehnt worden, obwohl es sicher möglich wäre, den Kurzfahrern entgegenzukommen. Es könnte dreierlei Tarife geben: einen 20 Groschentarif für eine einfache Fahrt, einen 26 Groschentarif für das einmalige Umsteigen und einen 32 Groschentarif für das beliebige Umsteigen. Allenthalben hört man auch Klagen über die ausserordentlich langen

Intervalle bei den Strassenbahnen und den ganz miserablen Verkehr. Dazu kommt noch, dass eine ganze Reihe von Linien ein- oder umgestellt worden sind. Da ist es nicht zu verwundern, wenn in der Bevölkerung allerhand Witze über die Strassenbahn kursieren. So wurde unlängst der Witz gemacht: Ein Wachmann findet auf dem Geleise der 9er Linie, ^{an der Strasse} ~~der~~ zwei Leibe Brot mit. Auf die Frage des Wachmanns, was er denn da mache, antwortet der Mann, ich warte nur auf den 9er Wagen und damit ich nicht verhungere, habe ich mir die zwei Leibe Brot mitgenommen (Heiterkeit bei de. Chr. soz.) Der Redner weist sodann darauf hin, dass auf der Strassenbahn nicht weniger als 21 Millionen Arbeitslose fahren, die gar nichts zahlen. Dagegen ist gewiss nichts einzuwenden. Aber eine solche Begünstigung dürfte nicht ausschliesslich auf Kosten des Unternehmens, sie müsste zumindest teilweise auf Kosten der Verwaltungsgruppe III gehen. GR. Holaubek führt sodann Beschwerde darüber, dass die Vorauszahlungen für Gas und Strom noch immer nicht zurückgezahlt sind, obwohl sie in keiner Weise begründet sind. Auch kein Geschäftsmann kann sich von seinem Kunden etwas vorausbezahlen lassen. Die Grundgebühren sind nichts anderes als eine fungierte Erhöhung der Strompreise und sie müssen endlich aufgehoben werden. Sehr zu beklagen vom Standpunkt des Arbeiters ist auch die übermässige Rationalisierung in den Gas- und Ewerken zumal diese unsozialen Methoden in keiner Weise den Gebarungsabgang günstig beeinflusst haben. Schliesslich verweist der Redner darauf, dass die Kosten für Betriebsmaterialien ^{der Ueberlandzentrale} um 512.000 Schilling höher sind als im Vorjahre, was sich daraus erklärt, dass die Kohle viel zu teuer bezahlt wird. Er erklärt, dass seine Partei den vorgelegten Berichten der städtischen Unternehmungen nicht zustimmen könne (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Pichler (natsdö.) bemerkt, die Sozialdemokraten, die sich bei ihren Misserfolgen immer auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage berufen, tragen an dieser Verschlechterung durch ihre verfehlte Gesamtpolitik selbst schuld. Die massgebenden Gemeindevertreter der Sozialdemokraten haben ja auch Sitz und Stimme im Haus der Weisen am Rind des 12. November, wo sie bewiesen haben, dass sie durchaus kein Verständnis für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben, ja diese infolge ihrer jüdischen,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

verjudeten und grosskapitalistischen Einstellung . auch gar nicht wollen
Ihr Sozialismus bedeutet nur, dass der wirtschaftliche Vorteil des Einzelnen
auf Kosten der Gesamtheit gesichert werden soll, entgegen unserem Grund-
satz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Wir sind Ihnen auch sehr dankbar, dass
Sie sich in Ihren Berichten auf die Creditanstaltsaffäre berufen. Sie haben
ja selbst nichts dazu beigetragen, ihn zu verhindern, und Sie sind daher
mitschuldig daran, dass durch diesen Zusammenbruch unser ganzes Volk
ausgeplündert wurde. Der Redner befasst sich sodann mit dem Rechnungsab-
schluss der städtischen Unternehmungen und weist darauf hin, dass 6 städ-
tische Unternehmungen Bankguthaben von über 36 Millionen haben. Was ver-
anlasst die Sozialdemokraten bei den von ihnen manchmal doch angegriffenen
grosskapitalistischen Banken einen so horrenden Betrag zu hinterlegen und
welche Banken sind das? Bei der Postsparkasse haben die städtischen Unter-
nehmungen zum Beispiel nur Guthabungen von 569.000 Schilling und in der
Zentralsparkasse hatte die Strassenbahn Ende 1931 nur 62.000 Schilling
liegen. Diese grosse Bankguthabungen zeigen, dass die Sozialdemokraten
sehr viel Verständnis für die Bankdirektoren haben, die sie angeblich immer
so bekämpfen. Der Redner wünscht ferner Aufklärung, warum die Länderbank
noch immer den Gaskoks-verkauf in der Hand hat und warum ihn die Gemeinde
nicht selbst durchführt. Der Rechnungshofbericht spricht von einer sorg-
fältigen Bargeldgebarung. Wir zweifeln daran nicht, so weit es sich um Be-
amtete Angestellte des E Werkes handelt. Es ist uns aber zu Ohren gekommen,
dass seinerzeit ein Kassenvorstand des E Werkes plötzlich enthoben wurde.
Wir wünschen Aufklärung darüber. Was für uneinbringliche For-
derungen von 30.000 Schilling handelt es sich weiter in der Gewinn- und
Verlustrechnung der E Werke? Wir wollen hoffen, dass das nicht lauter
jüdische Konkursler sind. Bei den Grundgebühren für Strom zahlen die weniger
Begüterten darauf, während die Reichen ein gutes Geschäft machen. So muss
zum Beispiel ein kleiner Schneider in einer Wohnung, die aus Zimmer und Küch-
 besteht, für die Beleuchtung und zwei elektrische Bügeleisen S 2'25 zahlen,
der Inhaber einer Vierzimmerwohnung bezahlt aber nur 90 Groschen. Oder
in einem Hause in der Schweglerstrasse zahlt eine arme Frau bei einem
Stromverbrauch von 2 Kilowattstunden ohne Krisenzuschlag S 1'14 und 90
Groschen Grundgebühr. Das sind 78 Prozent des Strompreises. Im gleichen Haus
wohnt ein Mieter, der sich einen Stromverbrauch von 101 Kilowattstunden
leistet, dafür S 57'57 und auch nur eine Grundgebühr von 90 Groschen, das ist
etwa nur 1 Prozent bezahlt. Wo bleibt da Ihr Sozialismus und die Besteuerung
der Reichen? Machen Sie doch die Grundgebühr von der Wohnungsgrösse abhängig.
Das wäre weit gerechter. Uns interessiert weiter, was mit dem Zillingdorfer
Bergwerk geschehen ist. In einer Besprechung der städtischen Leichenbestattung
wünscht der Redner, dass die Leichenbestattung nicht von einem Juden geleit-
tet wird. Hinsichtlich der Strassenbahn spricht er den Wunsch aus, dass der
Anregung des Rechnungshofes, es möge auch am Personalaufwand der Strassenbah-
nen gespart werden, nicht Folge gegeben werde. Er erinnert ferner daran,
dass er im Ausschuss dem Vizedirektor der Strassenbahnen gebeten habe, seine
Eindrücke über die jüngst erfolgten Strassenbahnerwahlen bekanntzugeben.
Dass sich dieser aber als dazu nicht befugt erklärt habe. Vielleicht könnte
heute darüber Vizebgm. Emmerling einiges sagen. Wir haben schon im Juli d. d. s. s.
Jahres, also lange vor den Strassenbahnerwahlen, einen Dringlichkeitsantrag
eingebbracht, indem wir ^{vzz} Bürgermeister die Abstellung der Unzukömmlich-
keiten, die sich damals schon ereignet hatten, verlangten. Man hört auch noch
immer davon, dass unbezahlte Urlaubstage bei den Strassenbahnen kommandiert
werde, während erwünschte Pensionierungen nicht vorgenommen werden. Schlie-
lich verlangt der Redner, dass jetzt vor dem Winter den Anträgen der Natio-
nalsozialisten betreffend der Strom- und Gaspreismässigung für Arbeits-
lose und bezüglich der Aufhebung der Grundgebühr entsprochen werde. (Beifall
b. d. Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

GR. Prinke (christl. soz.) weist darauf hin, dass auch die städt. Unternehmungen dank der Verwaltungskunst der Sozialdemokraten zum grossen Teil schwer notleidend geworden sind. Die Strassenbahnen haben einen Abgang von 8 Millionen Schilling. Es ist um 3.8 Millionen geringer als im Jahre 1930. Wenn man aber berücksichtigt, dass beim Personalerfordernis gegenüber 1930 allein 4.8 Millionen Schilling erspart wurden, so ergibt sich daraus, dass das Defizit in Wirklichkeit im Vergleich zum Jahre 1930 um 1 Millionen Schilling grösser ist. Die ungeheuren Opfer des Personals, eine 25 Prozentige Kürzung der Sonderzulagen, eine 3 Prozentige Erhöhung des Pensionsbeitrages, unbezahlte Urlaubstage, Intensivierung des Dienstes, Rationalisierung des Betriebs, u. s. w. ermöglichten eine günstigere Gebarung und trotz dieser Opfer ist das Unternehmen schwer notleidend geworden. Es rächt sich hier eben das System, das die Sozialdemokraten bei diesem Betrieb eingeführt haben. Die städt. Pensionskasse schuldet den Strassenbahnen 8.4 Millionen Schilling. Die Strassenbahner hatten ihr eigenes Pensionsinstitut, das bis zur Uebernahme der Verwaltung durch die Sozialdemokraten aktiv war. Diese haben die Pensionskasse der städt. Strassenbahnen zugrunde gerichtet, indem sie ihr andere städt. Bedienstete, die keine Beiträge für die Pensionsversicherung bezahlten, zugeführt haben. Der Rechnungshof erklärt, dass eine Sanierung dieser Kasse erfolgen muss, um die Belastung von dem Betrieb der Strassenbahnen abzuwälzen. Diese unbedingt notwendige Sanierung darf aber nicht auf Kosten des Personales gehen, denn dieses hat schon genug Opfer auf sich genommen. Seine Arbeitsleistung wurde ungeheuer gesteigert und trotzdem kann man heute in Wien kaum mehr von einem geregelten grossstädtischen Strassenbahnverkehr sprechen. Der Frequenzrückgang, der als die Hauptursache hingestellt wird ist auch darin begründet, dass eben viele Leute die Strassenbahn nicht in Anspruch nehmen und lieber zu Fuss gehen.

Der Redner kommt nun auf die ^{letzten} Wahlen bei den städt. Strassenbahnen zu sprechen. Am 17. November hat die Arbeiterzeitung in grossen Lettern in die ganze Welt den Sieg des freien Gewerkschaftsverbandes hinposaunt. Wenn man das Resultat betrachtet, könnte man wirklich der Meinung sein, dass die Nichtsozialdemokraten unter den Strassenbahnern eine verschwindende Minderheit darstellen. Wenn wir aber näher untersuchen, wie diese Wahlen gemacht werden, wird uns das Resultat erst verständlich. Vor allem wurden in den Jahren 1922 bis 1928 fast durchwegs sozialdemokratische Vertrauenspersonen aus den Privatbetrieben zu den Strassenbahnen übernommen, um sie in einer festen Anstellung zu versorgen. Im Jahre 1931 wurden mehr als 700 Personen bei den Strassenbahnen pensioniert die zum grossen Teil Nicht-Sozialdemokraten waren. Die nichtsozialdemokratischen Strassenbahner werden auf entlegene Bahnhöfe transferiert, bei der Bewilligung der freien Tage hintangesetzt, wenn sie sich um eine Gemeindeförderung bewerben, wird ihnen erklärt, nur wenn sie Mitglied der freien Gewerkschaft und der politischen soz. dem. Organisation sind, können sie eine Wohnung in den Gemeindeförderungshäusern bekommen. Dazu kommt noch, dass die Sozialdemokraten, die Vorkämpfer des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, den städt. Strassenbahnern das gleiche Wahlrecht genommen haben. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Die Wahlordnung für die Strassenbahner enthält eine Bestimmung, dass zur Wahl Stimmzettel

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

zulässig sind, die den Stampiglienaufdruck der einzelnen Gewerkschaften tragen. Wenn nun die Wahl kommt, beginnt das Spiessrutenlaufen. Bei jedem Wagen, der auf einem Bahnhof ankommt, wird das Personal aufgefangen, sind die sozialdemokratischen Vertrauenspersonen mit ihren Stampiglien aufgestellt. Am Wahltag zeigt sich das selbe Bild. Unter diesem Druck gehen die Leute zu den Wahlen und man darf sich dann nicht wundern, wenn der Einzelne in seiner seelischen Verzweiflung dem Druck nachgibt und den Stimmzettel für die Freie Gewerkschaft abgibt. Auch der Unfug des Tragens von politischen Abzeichen im Dienste hat noch nicht aufgehört. Es ist der gemeinste Gesinnungsterror, der an den städt. Strassenbahnern geübt wird. (Lebhaftige Zustimmung bei den Christl. soz.) Im städt. Elektrizitätswerk, im städt. Gaswerk sind genau die selben Verhältnisse zu konstatieren. Trotzdem das Antiterrorgesetz es ausdrücklich verbietet, werden im Elektrizitäts- und Gaswerk Beiträge für die freien Gewerkschaften, für die soz. dem. politische Partei, für den Schutzbund, und für die kulturellen Organisationen noch immer von den Löhnen abgezogen. Den Nichtsozialdemokraten wird es unmöglich gemacht, ihre Gesinnung frei zu bekunden. Tun sie es demnach, so werden sie zu den niedrigsten Arbeiten verwendet. In den städt. Betrieben hat eben nicht der amtsführende Stadtrat, haben nicht die verantwortlichen Beamten das entscheidende Wort, sondern in erster Linie diktiert der sozialdemokratische Vertrauensmann. Am 12. November konnte man wieder beobachten, dass die Gebäude der städt. Unternehmungen, die der Allgemeinheit dienen sollen, nicht mit den Farben der Stadt oder der Republik Oesterreich, sondern mit der roten Farbe des Sozialismus geschmückt waren.

Die städt. Leichebestattung macht glänzende Profite; dieser Betrieb dient nicht der Allgemeinheit, sondern sein Bestreben ist nur darauf gerichtet, aus der Bevölkerung Profite herauszuschinden. Statt dass die Preispolitik der Wirtschaft angepasst würde, wird auch dieses Unternehmen genau so wie die anderen städt. Unternehmungen nach streng kapitalistischen Grundsätzen geführt. Hauptbedingung ist die Ausbeutung der Arbeitskraft, der Leitspruch ist die Ausbeutung der Bevölkerung. An dem Zusammenbruch mancher städt. Unternehmungen und Betriebe ist Ihr System schuld, ist schuld der Zusammenbruch der marxistischen Lehre. Soweit städt. Unternehmungen und Betriebe passiv sind, haben sie dies Ihrer Verwaltung zu verdanken, soweit sie aktiv sind, Ihrer kapitalistischen Führung. Mit dem Sterben der Wirtschaft in Wien, mit dem Zusammenbruch einzelner städt. Unternehmungen und Betriebe ist auch Ihr Parteidogma zusammengebrochen. Die Bevölkerung wird nicht trauernd an der Bahre stehen, sondern sie wird aus Ihrem Zusammenbruch neue Kraft schöpfen, um Ihre Misswirtschaft auszurotten. Wir werden dafür sorgen, dass Ihnen das Sterben leicht wird. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) bemerkt, es wäre lächerlich zu behaupten, dass die Wirtschaftslage von Wien ^{etwa} eine Folge der schlechteren Verwaltung der derzeitigen Mehrheit wäre. Aber ich behaupte, dass das, was Sie sich in der Verwaltung leisten, doch eine Spezialität ist. Wenn wir vom rein kaufmännischen Standpunkt aus die Führung der einzelnen Unternehmungen betrachten, so müssen wir z. B. bei den Strassenbahnen feststellen, dass jede Anpassung der Verkehrsverhältnisse an die Bedürfnisse der Bevölkerung fehlt. Die Intervalle bei der Strassenbahn werden derart

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

verlängert, dass kein Mensch mehr mit der Strassenbahn fährt. An dem Frequenzrückgang ist auch Ihr starres Festhalten an der Tarifpolitik vielfach schuld. Ich behaupte nicht, dass der 32 Groschen - Tarif für weite Strecken oder für Umsteigstrecken zu hoch wäre, aber es müsste doch für kleine und kleinere Strecken kein so hoher Tarif angewendet werden. Ihre Einwendungen gegen den Zonentarif sind ganz falsch. Wenn sich beim Autobusbetrieb der Zonentarif bis heute bewährt, warum soll er sich nicht bei der Strassenbahn bewähren? Der Redner kommt dann auf die Personalpolitik in den städt. Unternehmungen zu sprechen und erklärt, dass er es nur als Wichtigtuerei bezeichnen könne, wenn Vertrauensmänner mit der Stilllegung des Betriebes drohen, wenn ein paar Hakenkreuze zu Boden fallen. Auf den Sieg bei den letzten Strassenbahnerwahlen brauchen Sie sich nicht viel einbilden. Bei der Aufnahme von Bediensteten erfolgt eine strenge Siebung, da wird verlangt, dass der Betreffende zwei Jahre bei der sozialdemokratischen Partei organisiert sein muss, da wird der Religionsausfritt verlangt und Mitgliedskarten vom Schutzbund, von den Kinderfreunden, u.s.w. Wird der Betreffende dann aufgenommen, wird er dann im Betrieb derart gegängelt, dass er aus der roten Atmosphäre garnicht herauskommt. Liest aber dann wirklich einer eine Zeitung einer anderen Richtung, dann bedeutet dies seinen wirtschaftlichen Tod. Wenn Bürgermeister Seitz stolz behauptet hat, er dulde keinen Terror, so wird dieses stolze Wort in der Praxis absolut nicht eingehalten. Da diktieren die Vertrauensmänner, die Schergen des Dienstgebers, die Einpeitscher des Unternehmens. Während bei den Bundesbahnen es keine Terrorfälle gibt, die zu Prozessen Anlass geben, so sind sie bei den Wiener städt. Strassenbahnen um so häufiger. Schon GR. Prinke hat die verschiedenen Mittel von Zuckerbrot und Peitsche angeführt, die Sie anwenden, um die Bediensteten kirre zu machen. Da haben Sie die berühmte A Klasse geschaffen, die finanziell sehr bedeutsam ist, eine sehr schöne Einrichtung. Sie ist aber bei Ihnen ausschliesslich ein politisches Zuckerl geworden, nicht für brave Dienste bei der Strassenbahn, sondern für brave Dienste bei der politischen sozialdemokratischen Partei. Das ist das Grausliche daran. Wir haben in der ganzen Organisation der Strassenbahner, einer nicht marxistischen Organisation nur einen einzigen, der die A Klasse hat, obwohl dort sehr viele ältere Bedienstete und solche sind, die x Belobungen haben. Es ist richtig, heute ist es Ihnen nicht mehr so möglich, die Leute von einem Strassenbahnhof zum anderen zu versetzen. Solange es Ihnen möglich war, haben Sie christliche und nationale Bedienste versetzt, nur um sie zu sekieren und kirre zu machen. Sie haben in früherer Zeit eine ganze Reihe von Mittel versucht, um die Entlassung und Disziplinierung von Leuten durchzuführen. Dort, wo die Direktion eingegriffen hat, konnte man sich vor dem Gewerbegericht dagegen wehren. Nun sind aber in der letzten Zeit gewerbegerichtliche Entscheide erflossen, wonach dann, wenn das Disziplinarkollegium, also die sogenannten Kollegen, in Wirklichkeit aber die ärgsten Feinde, weil sie die radikalsten Anhänger der entgegengesetzten politischen Partei sind, eine Entscheidung trifft, diese Entscheidung vom Gericht nicht überprüft werden darf. Daraus klug geworden, schleppt man jetzt jeden, den man loswerden will, vor die Disziplinatbehörde. Man schickt zum Beispiel eigene Lockspitzel aus, um Motorführer, die man hinausbringen will, dazu zu veranlassen, im Dienste zu sprechen. Ein Disziplinarverfahren wird angehängt, kommt es zweimal vor,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

ist der Mann ereldigt. Da ist ein Strassenbahner- es ist gewiss ungehörig- nach seinem Dienst in ein Wirtshaus gegangen und hat dann einen leeren Wagen, der ihm entgegengekommen ist, aufgehalten. Dass man diesen Mann vor die Disziplinarbehörde schleift und ihn dort mit Entlassung straft, einen Menschen, der 18 Dienstjahre und 2 Kinder zu erhalten hat. das ist nicht mehr Wahrung der Dienstesinteressen. Ich habe keine Ursache, die Strassenbahner, die sich seinerzeit für die Heimwehr begeistert haben, zu vertreten. Aber Gerechtigkeit für alle. Jedem, der den Heimwehrrhut getragen oder sich an Heimwehrdemonstrationen beteiligt hat, hat man etwas angehängt. Da hat Bürgermeister Seitz gesagt, unter seinem Regime gibt es keinen Terror. Entweder lässt sich der Bürgermeister zu einer so schönen rhetorischen Wendung hinreissen, um solche Marquis Posaansprachen zu halten, ohne sie dann einhalten zu können, oder man müsste den viel traurigeren Schluss ziehen, dass das so eine Art Komödiantenspiel war (Lebh. Beifall bei den Nat. soz.) Und noch einen Fall, der einen unseren besten Leute, einen wirklich ganz idealen Menschen betrifft, den Strassenbahner Graf. Jemand, der nur den Mut hat, sich als Spitzenkandidat auf der Strassenbahnerliste aufzustellen, muss imponieren. Das ist eine moralische Grösse, die von keinem unter uns erreicht wird, weil wir keiner so viel riskieren. Der Mann wurde sogar in seiner Wohnung angestekert. Die Frau, die herzleidend ist, wird schikaniert, ausserdem hat man dem Mann vor den Wahlen ein Disziplinarverfahren angehängt und ihn immer wieder vorgeladen, um ihn kirre zu machen. vielleicht dass, wenn schon nicht ihm, seine Frau der Herzschlag trifft. Das ist eine so bestialische Grausamkeit, dass alles das, was Sie manchmal an hohen marxistischen Feiertagen, an den zwei langen Tagen, die Sie eingeführt haben, am 1. Mai und 12. November von Unterdrückungen früherer Zeiten erzählen, ein Kinderspiel dagegen ist. Sie haben dem Mann zuerst 50 Einheiten gestrichen, dann wurde die Strafe zurückgezogen und ein Disziplinarverfahren eingeleitet, um nicht die Kompetenz des Gewerbegerichtes zu haben, dann ist man draufgekommen, es ist doch nicht möglich, den Mann zu pensionieren oder gar zu entlassen, und hat ihm durch 6 Monate einen 5prozentigen Abzug angehängt. Es gibt eine ganze Reihe ähnlicher Fälle. Da hat man einen anderen Mann Watzek der Kanzleischreiber durch 8 Jahre war zum Wächter versetzt. Der Mann muss unter grossen politischen Opfern seine politische Gesinnung bezahlen. Jüngst ist ein anderer, Josef Grossmann, auf dieselbe Art hinaus expediert worden. Wir stellen in diesem Zusammenhang folgende 2 Anträge: Der Bürgermeister wird aufgefordert, zu veranlassen, dass der bei den städtischen Strassenbahnen gegen alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Angestellten herrschende Terror sofort abgestellt und alle aus politischen Gründen erfolgten Massregelungen nicht sozialdemokratischer Angestellter rückgängig gemacht werden; ferner eine sofortige strenge Untersuchung anzuordnen, über die anlässlich der am 16. November stattgefundenen Personalvertretungswahlen bei den städtischen Strassenbahnen vorgekommenen Wahlbeeinflussungen und schweren Unzukümmlichkeiten.

GR. Dr. Riehl bemerkt, dass er obwohl die Nationalsozialisten erst kurze Zeit dem Gemeinderat angehören, mit voller Objektivität

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

tät die Rechnungsabschlüsse und die Berichte der städtischen Unternehmung behandle, da das Dinge sind, die zum Wohle der Bevölkerung geschaffen wurden und von denen Parteipolitik ferngehalten werden soll. Zum Beispiel gibt die Verwaltung des städtischen Brauhauses keinen Anlass zur Beschwerde. Allerdings muss man der Mehrheit, die immer erklärt, die Sozialdemokraten haben Licht, Luft und Sonne der Wiener Bevölkerung gebracht, vorhalten, dass nicht sie diese Unternehmung geschaffen habe, wie ja fast alle wichtigen Institutionen der Stadt aus der Aere Dr. Luegers stammen. Aber wir stehen nicht an zu erklären, dass das Brauhaus über eine gute Tradition verfügt, die sich seither auch erhalten hat. Es wäre nur zu hoffen, dass eine Verschlechterung, die in der letzten Zeit bemerkt werden konnte, nicht Fortschritte macht. Auch der Rechnungsabschluss der Leichenbestattung könnte, wenn man bloss die kommerzielle Seite betrachtet, ganz hübsch genannt werden. Aber eine städtische Leichenbestattung eignet sich nicht zum Geschäftemachen. Wenn ein solches Unternehmen überhaupt eine Berechtigung so überhaupt nur die, dass sie den Aermsten der Armen zugute kommen soll. Dann müsste man aber auch die Gebühren den Verhältnissen so anpassen, dass daraus kein Geschäft resultiert. Es wäre auch wünschenswert, dass von dem Direktor angefangen bis zu dem letzten Angestellten eine der bodenständigen Bevölkerung mehr angepasste Gestion in dem ganzen Betriebe platzgreifen würde. Unsere Bevölkerung ist in ihrer ungeheuren Mehrheit christlichen Bekenntnisses und sie wünscht, dass auch diejenigen die ihre Liebsten zu Grabe tragen Menschen sein, die nicht mit dem Parteibuch nachweisen müssen, dass sie konfessionslos sind. Dass ist gerade bei diesem Betrieb am allerwenigsten am Platze. Wir wünschen, dass die bei Bestattungen notwendige Pietät nicht durch ein sozusagen gewerkschaftliches Verhalten verletzt wird.

Zusammenfassend erklärt Dr. Riehl, was gut ist an den städtischen Unternehmungen hat die Mehrheit nicht geschaffen. Was schlecht ist und was schlechter geworden ist, das hat sie gleistet. Wenn Sie sich immer hinter den grossen Paravants verstecken, dass sei die Weltkrise. so geht das häufig ins Leere, denn deutsche Städte haben trotz der Krise mit einer gewissen Anpassung an die Notwendigkeiten der Zeit es trotzdem zustande gebracht, ihre Unternehmungen auf der Höhe zu erhalten. Die Wahlen in die Personalvertretung sind ein Kabinettstück sozialdemokratischer Auffassung von der Freiheit, wie Sie sie meinen. Wir werden diese Wahlen, die wir an und für sich anfechten und deren Ungültigkeit wir entschiedenst behaupten, nicht ruhig hinnehmen. Wir werden sie der ganzen Bevölkerung vorführen als ein Zeichen, wie die sogenannte Demokratie aussieht, wenn sie von Ihnen gehandhabt wird. Dass ist keine Demokratie, sondern nur eine Verschleierung einer nackten Diktatur, es ist das nacktste Terror, der zu verhüllen gesucht wird, durch eine schleimige Heuchelei. (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Vizebürgermeister Emmerling erinnert gegenüber den Behauptungen, dass die städt. Unternehmungen nach kapitalistischen Methoden geführt werden, daran, dass diese Unternehmungen auf der Selbstkostendeckung aufgebaut sind und dass es keine kapitalistische Methode ist, die Selbstkostendeckung zur Grundlage des Geschäftes zu machen. Unter Lueger mussten die städt. Unternehmungen mehr als 30 Millionen Goldkronen an die Honorsverwaltung abliefern, aber nicht aus Ueberschüssen, die sich ergeben haben, sondern diese Ueberschüsse mussten in die Tarife einkalkuliert werden. Das System der Selbstkostendeckung drückt sich in den Tarifen aus. Man zeige uns eine Stadt, die einen so niedrigen Gastarif, einen so niedrigen Stromtarif, einen so sozialen Strassenbahntarif hat! Wenn gesagt wurde, dass alle Unternehmungen mit ungeheuren Abgängen abschliessen, so ist ausdrücklich festzustellen, dass alle Unternehmungen mit Ausnahme der Strassenbahnen Ueberschüsse haben. Berücksichtigt man die Abschreibungen und Rücklagen, so gewinnt man ein anderes Bild von den Stand der städt. Unternehmungen. Hätten die städt. Strassenbahnen im Jahre 1913 solche Rücklagen gemacht, wie wir sie in dieser schweren Zeit machen, so hätten sie statt eines Gewinnes von 3.2 Millionen Goldkronen einen Verlust von 2.2. Millionen ausweisen müssen. Zu der Bemänglung der Vorauszahlungen ist zu bemerken, dass, wenn man sie den Unternehmungen wegnehmen würde, man ihnen ein Betriebskapital, das zu verzinsen wäre, zur Verfügung stellen müsste. Auch früher bestanden bei den Unternehmungen solche Vorauszahlungen, nur hiessen sie damals Kautionen. Im Uebrigen gibt es auch beim Telefon solche Vorauszahlungen. Es wurden auch die Grundgebühren beim Gas- und Strombezug bemängelt und mit den Arbeitslosen in Zusammenhang gebracht. Eine Fürsorge, die sich in einem Betrag von 1.7 Groschen pro Tag ausdrückt, ist ein kennzeichnendes Beispiel von Demagogie. (Beifall bei den Soz. dem.) Redner stellt ausdrücklich fest, dass in den städt. Unternehmungen keinerlei Abzüge vom Lohn oder Gehalt für Parteizwecke vorgenommen werden. Wenn solche Sachen berichtet werden, so ist dies falsch. Bei der Kritik der städt. Strassenbahnen wurde nicht berücksichtigt, dass der Abgang nur unter Anrechnung der Investitionsbeträge zu erklären ist. Es wurde auch diesmal die Einführung des Zonentarifes verlangt, wenn sie auch keine solche Rolle gespielt hat, wie in den früheren Jahren. (Widerspruch bei den Christl. soz.) Wenn man bedenkt, dass wir für Kinderkarten nur 6 Groschen verlangen, dass wir Wochen- und Rückfahrkarten eingeführt haben, wo der durchschnittliche Fahrpreis nicht ganz 16 Groschen ausmacht, und wenn man schliesslich das Verkehrsnetz von Wien in Betracht zieht, so muss man zu der Ueberzeugung kommen, dass ein Zonentarif nicht möglich ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Herr GR. HOLAUBECK hat in seinen Ausführungen eine einzige Linie, die 9 er Linie herausgegriffen. Die Intervalle sind dort 5 bis 8 Minuten, längere gibt es nicht. Wenn hier von den letzten Strassenbahnerwahlen gesprochen worden ist, so kann ich nur erklären, dass sie Sache des Personales sind und wir darauf keinen Einfluss nehmen. (Zurufe bei der Minderheit: Die reinste Unschuld!) Was die städt. Leichenbestattung anbelangt, so ist festzustellen, dass sie im schärfsten Wettbewerb mit den privaten Leichenbestattungen steht. Wir haben im letzten Jahre allein 1572 Gratisleichen gehabt, eine Belastung, die die privaten Leichenbestattungen nicht haben. Zu den Ausführungen des GR. Dr. RIEHL sagt der Redner, dass es noch keine Zeitung gegeben hat, die so fix war wie die DÖTZ, denn diese hat die heutige Rede des Herrn Dr. RIEHL schon gestern gebracht. (Heiterkeit bei den Soz. dem.) Schliesslich verweist Vizebürgermeister EMMERLING auf die Not der deutschen Städte, die alle ihre Unternehmungen abgeben müssen, um zu Geld zu kommen, da sie unter der drückenden Schuldenlast immer mehr versinken. Herr GR. PRINKE hat uns eine Grabrede gehalten; Ich kann nur darauf sagen, wem man den Tod redet, der lebt lange. (Beifall bei den Soz. dem.)

Die Rechnungsabschlüsse der städt. Unternehmungen werden genehmigt, die Anträge Dr. RIEHL abgelehnt.

Bgm. SEITZ spricht sodann anlässlich der Verabschiedung der Rechnungsabschlüsse dem Rechnungshof, dem Kontrollamt, den dort und in der Verwaltung mit den Rechnungsabschlüssen befassten Beamten den Dank des Gemeinderates aus (Lebh. Beifall).

Bgm. SEITZ: Es ist den Mitgliedern des Gemeinderates bekannt, dass STR. BREITNER auf seine Funktion als Mitglied des Stadtsenates und als amtsführender Stadtrat verzichtet und dass er den Wunsch ausgesprochen hat, es möge dieser Verzicht zur Kenntnis genommen werden anlässlich der Beendigung der Debatte über den Rechnungsabschluss, den er hiet noch zu vertreten für seine Pflicht erachtet hat. Ich nehme diesen Verzicht des Herrn STR. BREITNER zur Kenntnis und sage kein Wort mehr; als wir danken ihm für seine mehr als ein Jahrzehnt lange Arbeit in Dienste der Gemeinde Wien. (Stürmischer anhaltender Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten).

Es wird hierauf zum Stadtrat und zum amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe II Gemeinderat Dr. ROBERT DANNEBERG gewählt. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten).

Auf die Frage des Bürgermeisters erklärt Dr. DANNEBERG die Wahl anzunehmen.

Dr. DANNEBERG leistet sodann das Gelöbnis.

Während des Gelöbnisaktes entfernen sich die natsoz. Gemeinderäte von ihren Sitzen und begeben sich in den rückwärtigen Teil des Sitzungssaales.

Bgm. SEITZ begrüsst Stadtrat DANNEBERG in seiner neuen Funktion auf das Herzlichste (Lebhafter anhaltender Beifall b. d. Sozialdemokraten).

GR. HIESS referiert hierauf über Subventionen an die Feuerwehren Nasswald und Liesing im Betrage von je 100 Schilling, an die Gemeinde St. Andrä an der Traisen für die Wiederherstellung des Traisenweges im Betrage von 200 Schilling an den Ortsschulrat der Gemeinde Ybbs a. d. D. zur Durchführung einer Winteraktion für bedürftige und unterernährte Schulkinder im Betrage von 50 Schilling und über die Zuerkennung eines

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV Blatt

Wien, am

Ehrenpreises von 500 Schilling an die Vereinigung bildenden Künstlerinnen Oesterreich.

GR. Gratzenberger (nat. soz.) beantragt, die Subvention an die Gemeinde Ybbs auf 200 S zu erhöhen (Beifall bei den Nat. soz.)

Referent Hiess spricht sich gegen diese Erhöhung aus, da die Gemeinde Ybbs selbst nur einen Betrag von 50 Schilling beansprucht hat.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Gratzenberg abgelehnt.

GR. Jalkotzy (soz. dem.) referiert über den Antrag: die Wahlperiode der derzeitigen Fürsorgeinstitute wird bis 31. Mai 1933 verlängert. Die derzeitigen Fürsorgeräte und - Funktionäre behalten ihr Amt bis zum Amtsantritt der neugewählten Fürsorgeräte und - Funktionäre. Er führt dazu aus: Die Wahlperiode der im Jahre 1927 gewählten Fürsorgeräte läuft am 31. Dezember d. J. ab und die Bezirksvertretungen werden verpflichtet, die Neuwahl vorzunehmen. Es handelt sich um ca 6600 Fürsorgeräte, die neue zu wählen wäre. Nun sind die Fürsorgeinstitute mit den wichtigsten Vorarbeiten für die Winterhilfe ausserordentlich beschäftigt und auch die sehr gesteigerte Fürsorgetätigkeit gibt in den Fürsorgeinstituten genug Arbeit. Eine ungestörte Fortführung dieser Arbeiten, und zwar auch in persönlicher Hinsicht, ist die dringendste Notwendigkeit dieser Zeit. Es wäre der Fürsorgearbeit nicht zuträglich, wenn man jetzt grössere personelle Auswechslungen vornähme.

STR. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, der in Frage stehende Antrag stelle einen Willkürakt dar, der alles bisher Erlebte so ziemlich in den Schatten stellt. Um den Parteileuten die Pfründe auf ein weiteres halbes Jahr zu erhalten, soll hier die Winterhilfe missbraucht und ein selbstverständliches Recht gebogen werden.

In den letzten 3 Tagen wurde von den nationalsozialistischen Rednern eine ganze Reihe von Missbräuchen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens aufgezeigt, aber weder Herr Breitner, noch Herr Tandler haben es für nötig befunden, zu diesen konkreten Fällen Stellung zu nehmen, weil sie einfach nicht zu widerlegen sind. Er müsse auch seinem Befremden darüber Ausdruck verleihen, welcher Kontrast zwischen den immer wieder eingebrachten demonstrativen Anträgen der Christlichsozialen und ihrer gegenwärtigen Interesslosigkeit an dieser Sache besteht. Auch im vorigen Jahre haben sich viele national gesinnte Kreise in dieser Stadt genötigt gesehen, eine selbstständige Winterhilfeaktion durchzuführen, weil der ganze Fürsorgeapparat parteipolitisch funktioniert hat. Gerade darum müssen die Nat. soz. verlangen, dass den mindestens 800 bis 900 Fürsorgeräten, die auf sie entfallen werden, die Möglichkeit geboten wird, eine entsprechende Tätigkeit zu entfalten. Der Redner stellt den Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Der Antrag des Stadtsenates wird abgelehnt, die Wahlperiode der derzeitigen Fürsorgeinstitute ist mit 31. Dezember 1932 beendet, die Wahl für die neuzuwählenden Fürsorgeräte ist so festzusetzen, dass diese ihr Amt spätestens mit 1. Jänner 1933 antreten können. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Weikert (nat. soz.) führt aus, dass die Pflegebeiträge und andere Unterstützungen in den Räumen der Fürsorgeinstitute von den Gemeindevacheuten nicht selten mit dem Gummikittel verabreicht werden. In der vorigen Woche sei ein armer Schlucker, der nur einen Stempel auf seine Karte wollte, brüsk abgewiesen, von einem Gemeindevachmann in eine Zelle gesteckt und dort halb tot geschlagen wurde. (Pfei-Rufe bei den Nat. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt.

Wien, am

Einer Witwe mit 7 Kindern wurde der Fürsorgebeitrag um 40 Prozent gekürzt. Seine Partei werde darauf sehen, dass die Waggon Kohle, die für die Winterhilfe gespendet werden, nicht wieder in Partei- und Vereinsheimen verbraucht werden, sie werde auch alle anderen Misstände zu beheben trachten. Er appelliert an den Bürgermeister, diesen Gesetzesbruch nicht zuzulassen und die Minderheit nicht vergewaltigen zu lassen. Sollte der Antrag des Stadtsenates angenommen werden, so würde dies zeigen, dass die Worte des Bürgermeisters keine Geltung haben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) erklärt, dass die Politisierung der Verwaltung scheusslich ist. Noch scheusslicher ist die Politisierung der Fürsorge. Wenn Sie den Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, annehmen, so brechen Sie damit über die Demokratie den Stab. Ihr Antrag bedeutet nichts anderes als die Einführung der Erbllichkeit der demokratischen Majestät. Die nationalgesinnte Bevölkerung Wiens hat genügend vorgebildete Menschen, die sich in ganz kurzer Zeit in die betreffenden Wissens- und Arbeitsgebiete einführen können. Ihre Absicht aber ist, die nationalgesinnte Bevölkerung einfach von allem auszuschliessen. Wir werden es nicht verabsäumen, Sie in den künftigen Wochen und Monaten für Alles verantwortlich zu machen, was Sie sich auch auf dem Gebiete der Fürsorge leisten. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Neumann (nat. soz.) erklärt, dass die Ausrede auf die Winterhilfe lächerlich ist. Die Bevölkerung Wiens hat bei den letzten Wahlen nicht nur den Gemeinderat der Stadt Wien und die Bezirksvertretungen gewählt, sondern sie hat auch durch den Stimmzettel ausgesprochen, wie die Fürsorgeratstellen besetzt werden sollen. Die letzten Fürsorgeratswahlen haben am 20. Oktober 1927 stattgefunden, sie müssen daher unserem Antrage gemäss sofort durchgeführt werden.

GR. Dr. Sucherwirth (nat. soz.) bemerkt, dass sowohl Demokratie wie Faschismus, gegen den die Mehrheit den Kampf führt, sich an die Gesetze zu halten haben und es bestehen bestimmte Beschlüsse darüber, wann die Fürsorgeräte zu erneuern sind. Gerade anlässlich der Winterhilfe ist es nötig, Ihre Tätigkeit zu überwachen und uns der Leute anzunehmen, für die Sie kein Herz haben, da Sie alles nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten beurteilen. Die Sozialdemokraten sind nur dort Demokraten, wo es sich darum handelt Vorteil zu erlangen, in Wirklichkeit sind sie aber Terroristen übelster Art. (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) bezeichnet den Referentenantrag als eine Sünde gegen die Demokratie. Demokratie ist ein streng umrissener Begriff an dem nichts zu deuteln ist. Man hat ^{auch} die Nationalsozialisten, als sie in das politische Leben eingetreten sind, auf den Weg der Verfassung und des Gesetzes verwiesen. Gesetze und Beschlüsse müssen auch für Sie Geltung haben. Der Redner zitiert sodann Aussprüche des Referenten über die Demokratie.

Bgm. Seitz ruft den Redner zur Sache.

GR. Hanke setzt hierauf seine Zitate fort, worauf er vom Bgm. Seitz aufmerksam gemacht wird, dass die Frage der Verlängerung der Wahlperiode der Fürsorgeräte auf der Tagesordnung stehe und dass theoretische Erörterungen über die Frage der Demokratie und andere politische Formen zu diesem Gegenstand nicht gehören.

GR. Weikert (nat. soz.) (zum Bürgermeister): Jetzt haben nicht Sie, sondern der Dr. Hanke zu reden.

Bgm. Seitz ruft den GR. Weikert zur Ordnung und ersucht den GR. Hanke neuerlich, sich an die Sache zu halten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII .Blatt

Wien, am

GR. Hanke : Auch die "Mehrheit muss sich in den Rahmen der Demokratie einfügen, es ist lächerlich, wenn sie die Demokratie interpretieren will (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

GR. Griessler (nat. soz.) bemerkt, ^{durch die} Verschiebung der Wahl der Fürsorgeräte beweise die Mehrheit nur, wie gross die Angst ist, die sie vor den Nationalsozialisten hat (Beifall b. d. Nat. soz.)
Wie notwendig es wäre, die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Fürsorge zu kontrollieren, zeigen einige Fälle. Eine Genossin bekommt, obwohl sie im Verdienst steht, 300 S und für ihre Kinder 200 S. Ein anderer Genosse, der auch im II. Bezirk wohnt, hat eine Unterhaltsrente von 46 S, seine Frau eine Pfründe von 24 S, sein Sohn, der bei ihm wohnt, verdient 60 S und dessen Frau 300 S. Trotzdem haben beide eine Fürsorgerente (Zwischenrufe). Die beiden Söhne eines Strassenbahners im II. Bezirk haben die Winterhilfe bezogen, obwohl der Vater im Verdienst steht, der einer dieser Söhne ist arbeitslos, der zweite ist Eintänzer in einer Bar. In der Leopoldstadt gibt es eine ganze Reihe jüdischer Fürsorgeräte, die für die arische Bevölkerung nichts übrig haben. Die Schiebung, die Sie da vornehmen, ist ein ganz gemeiner jüdischer Dreh.

Bgm. Seitz ruft den GR. Griessler zur Ordnung.

GR. Griessler protestiert energisch gegen die Verschiebung der Wahl (Lebh. Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Pichler (nat. soz.) bezeichnet die Verschiebung der Wahl der Fürsorgeräte als einen Faustschlag in das Gesicht der Gerechtigkeit und den Antrag des Stadtsenates als eine Schiebung gemeinster Art.

Bürgermeister Seitz ruft den Redner zur Ordnung.

GR. Hölzl (nat. soz.) verweist auf das zwiespältige Verhalten der Sozialdemokraten, die im Nationalrat die Vornahme von Neuwahlen verlangen, weil der die Zusammensetzung des Nationalrates nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entsprechen, während sie hier das berechtigte Verlangen der Nationalsozialisten ablehnen. Dies sei eine Kleberei von geradezu beschämender Art. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Abg. Kunschak (christl. soz.) wendet sich, um jeder Legendenbildung vorzugreifen, gegen die in der Öffentlichkeit auftauchte Behauptung, dass in dieser Frage eine Vereinbarung zwischen der christlichsozialen und sozialdemokratischen Partei vorliege. Es ist von uns weder eine Vereinbarung gefordert worden, noch sind wir eine solche eingegangen. Es wurde uns lediglich vor kurzem mitgeteilt, es bestünde der Plan, die Wahl der Fürsorgeräte mit Rücksicht auf die Winterhilfe zu verschieben. Wir haben uns diesem Argument nicht verschlossen, weil wir der Meinung sind, dass mehr als in jeder anderen Zeit es darauf ankomme, dass die Hilfsaktionen in diesem Winter klaglos funktionieren. Von diesem

Gesichtspunkte ausgehend haben wir unbekümmert um die parteipolitischen Differenzen als karitative, als religiöse und als gewerkschaftliche Organisationen uns voriges Jahr vorbehaltlos in den Rahmen der Winterhilfe gestellt und wir tun es auch heuer, um die Katastrophe, die über viele Menschen gekommen ist, zu überwinden. Das hat mit politischen Erwägungen nichts zu tun (Rufe bei den Nat. soz. : Aber mit Pfründen !) und schon garnichts zu tun mit einem Kleben an Mandaten oder gar an Pfründen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII. Blatt

Wien, am

Es gibt über 6000 Menschen, die in der Armenfürsorge tätig sind, und es gibt darunter sicherlich Leute, die nicht würdig, Fürsorgeräte zu sein. Wo wir solche Fälle erkannt haben, haben wir sie rücksichtslos der Öffentlichkeit übergeben und ich muss gestehen, dass STR. Tandler jedesmal für die Entfernung solcher Leute aus dem Amte Sorge getragen hat. Die grosse Masse der Fürsorgeräte, die mögen welcher Partei immer angehören, übt das undankbarste Amt aus, das man sich überhaupt denken kann, (Zustimmung bei den Christl. soz. und Soz. dem.) ein Amt, das immer undankbarer wird, weil die Menschen in ihrer Not immer unduldsamer werden. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass der Fürsorgerat von vorneherein nicht nach Parteien aufgestellt werden, sondern sie bekommen von vorneherein ihre Sprengel und müssen sich ohne Rücksicht auf die Partei als Freunde und Helfer der Armen betätigen. (Beifall bei den Christl. soz. und Soz. dem.) Es wäre ein ganz neuer Grundsatz, dass es Fürsorgeräte gibt, die die Aufgabe haben, sich ihrer Parteigenossen anzunehmen. Wir sind der Meinung, dass hinsichtlich der Winterhilfe alles vorgekehrt werden muss, was deren gute Funktion gewährleistet. Aus diesem Grunde haben wir gegen die Verschiebung der Wahlen keine Einwendungen erhoben. (GR. Rotter (nat. soz.) : Wenn es sich um Nationalsozialisten handelt, sind sie alle einig !) Sie mögen sich sehr viel einbilden, aber wenn Sie glauben, dass wir aus Angst vor Ihnen mit den Sozialdemokraten einig sind, dann sind Sie in einem grossen Irrtum. (Beifall bei den Christl. soz.) Die sozialdemokratische Mehrheit hat der Bevölkerung gegenüber die Verantwortung zu tragen für den Antrag, den sie heute hier stellt. Wir halten uns mit Rücksicht auf seine Begründung nicht für berechtigt, gegen den Antrag zu stimmen, wir sind aber auch nicht verpflichtet, für ihn zu stimmen, weil wir an der Verwaltung nicht teilnehmen. (Lebhafter Beifall bei den Christl. Soz.)

GR. Jalkotzy (soz., dem.) bemerkt in seinem Schlusswort, man erkenne die wilden Wölfe von einstmals nicht mehr, die heute wie friedliche Lämmer hier weiden und sich so für die Demokratie einsetzen. Das haben sie offener von ihrem grossen Vorbild her (Lebh. Beifall b. d. Soz., der Zwischenrufe) Sie sprechen soviel von der Gewalt der Demokratie. Ja, eine solche Gewalt der Demokratie gibt es und muss es geben, sonst wäre ja die Demokratie einer so liebenswürdigen Gesellschaft gegenüber, wie Sie es sind, wehrlos. Alles das steht aber bei diesem Antrag nicht zur Diskussion, es handelt sich hier um eine Frage der Zweckmässigkeit und deshalb bitte ich den Referentenantrag anzunehmen und den Antrag Frauenfeld abzulehnen (Lebh. Beifall b. d. Soz., dem.)

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen, der Gegenantrag Frauenfeld abgelehnt.

Es liegen zwei Anträge vor auf Besprechung von Interpellationen in der heutigen Sitzung, deren Beantwortung bereits erfolgt ist.

Zur Frage der Dringlichkeit der Besprechung der einen Interpellation weist

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) darauf hin, in einer Anfragebeantwortung des Vizebgm. Emmerling leugne dieser, dass tatsächlich in Wien eine Anzahl fremder meist slowakischer Landarbeiter bei den Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft beschäftigt ist, und er beauftragt sich darauf, dass eine Umschulung stattfindet, die in Zukunft ermöglichen mit inländischen Arbeitskräften das Auslangen zu finden. Mit Rücksicht auf die grosse Arbeits-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIX. Blatt

Wien, am

Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Jugendlichen hätten schon längst die notwendigen Vorarbeiten getroffen werden müssen und es wäre die höchste Zeit, inländische Arbeitskräfte heranzuziehen um die Arbeitslosigkeit der Jugend zu bekämpfen.

Der Antrag auf Besprechung der Interpellationsbeantwortung wird abgelehnt.

Zur Frage der Dringlichkeit der Besprechung einer zweiten Interpellationsbeantwortung verweist GR, Dr. Suchenwirth (nat. soz.) darauf, dass es sich um eine Anfrage an den Bürgermeister handle, ob ihm die Verhältnisse beim Verlag "Jugend und Volk" bekannt sind. In diesem Verlag habe eine ganze Reihe von Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei so auch Präsident Glöckel einen namhaften Verdienst, da dieser Verlag das Monopol der Belieferung der Schulen mit Schulbüchern hat. Präsident Dr. Glöckel bekleidet in diesem Verlag die Stelle eines Präsidenten des Verwaltungsrates. Die Beantwortung auf diese unsere Anfrage geht über die wichtigsten Punkte hinweg. Nun wissen wir, dass die Sozialdemokraten jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihre Vertrauensmänner mit reich dotierten Stellen zu versorgen. Wir haben in der Sache in der ersten Sitzung des Stadtschulrates einen Antrag gestellt, dieser wurde aber vom Bürgermeister nicht zur Verhandlung gestellt. In dem Verlag betätigt sich auch der Herr Fadrus, der, weil er im Ministerium unbeschäftigt war, in den Stadtschulrat übernommen wurde. Dieser Herr Fadrus hat sich nun folgendes geleistet. Er hat in einem seiner Bücher von den zwei Gedichten Goethes "Wanderers Sturmlied" von denen das zweite bei Goethe den Zusatz hat "ein gleiches" weil es ebenein zweites Gedicht ist, dass erste dieser Gedichte nicht abgedruckt, wohl aber das zweite und ihm den Zusatz "ein gleiches" hinzugefügt (Heiterkeit bei den Nat. soz. → GR tin. Deutsch Krammer (soz, dem) Aber Herr Professor, Sie wissen ja gar nicht, dass das Gedicht von Goethe nicht den Titel hat "Wanderers Sturmlied" sondern "Wanderers Nachtlied". (Lebhafte Heiderkeit und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Da ist Ihnen was schönes passiert, Herr Professor). Andauernde Zwischenrufe). Es ist notwendig, diese Angelegenheit des Verlags "Jugend und Volk" zu besprechen, weil die Bevölkerung ein Gefühl für Reinlichkeit hat und verlangt, dass Schule und Geschäft nicht verbunden werden soll. Hier wird in einem Korruptionsherd hineingeleuchtet (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz. - andauernde Zwischenrufe)

Bgm. Seitz: GR Suchenwirth versteht, obwohl ich mich bemüht habe, ihm in der Interpellationsbeantwortung den Sachverhalt ein wenig näher zu bringen noch immer nicht, um was es sich hier handelt. Die Gemeinde hat diesen Verlag gegründet und hat auch noch andere aus dem Titel ihres besonderen Verständnisses für den Buchhandel zur Beteiligung herangezogen und wie in allen Städten, in denen solche Institutionen von der Gemeinde gegründet werden; der betreffende Chef der Schulverwaltung, der ja die Dinge versteht von der Gemeinde zu ihrem Vertreter in einem solchen Verlag bestellt wird, so ist auch von der Gemeinde Wien; Präsident Glöckel, zum Präsidenten des Aufsichtsrates bestellt worden. Auf der anderen Seite hat der Teilhaber aus dem Buchhandel einen kaufmännischen Sachverständigen in die Gesellschaft entsendet. Dr. Suchenwirth versteht offenbar diesen Sachverstand nicht und konstruiert eine Verbindung zwischen Schule und Geschäft, während es sich hier um eine Gemeindeinstitution handelt.

Wegen der von GR, Suchenwirth gebrauchten Ausdrücke rufe ich ihn zur Ordnung.

Die dringliche Behandlung der Interpellationsbehandlung in der heutigen Sitzung wird abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XX. Blatt

Wien, am

Es wird zur Behandlung der Dringlichkeitsanträge geschritten.

Die Gemeinderäte Neumann, Rotter und Genossen (nat. soz.) stellen einen Dringlichkeitsantrag, wonach von den Geldbezügen der gewählten Funktionären der Gemeinde Wien, unter was immer für einen Titel dieselben zur Auszahlung gelangen, zu der Zeit vom 1. Dezember 1932 bis einschliesslich 30. April 1933 ¹⁰ von hundert der Aktion Winterhilfe zu überweisen sind.

GR. Neumann (nat. soz.) erklärt, die Dringlichkeit des Antrages sei schon dadurch begründet, dass die unaufhaltsame Verschlechterung der Wirtschaftslage eine fortwährende Steigerung der Not und des Elendes bedingt. Die Nationalsozialisten haben es der Mehrheit, die sich sozial nennt, sehr leicht gemacht, indem sie nur einen geringen Abzug von den Bezügen vorgeschlagen haben, und sie hoffen deshalb, dass der Antrag auch die Genehmigung der sozialdemokratischen Gemeinderäte finden wird. (Beifall bei den Parteigenossen).

Bei der Abstimmung wird diesem Antrage die dringliche Behandlung nicht zuerkannt. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

Bürgermeister Seitz : Es ist vollkommen klar, dass jeder öffentliche Funktionär ^{in dieser Zeit} sehr genau weiss, was er in dieser Sache selbst zu tun hat.

Die Gemeinderäte Frauenfeld und Schaffer (nat. soz.) verlangen in einem Dringlichkeitsantrag, eine Aenderung der Geschäftsordnung in dem Sinne, dass ein Dringlichkeitsantrag durch den Schriftführer der Partei, der der Antragsteller angehört, bzw. durch den Vorsitzenden, wenn ein Schriftführer nicht bestellt oder dieser verhindert ist, zur Gänze zu verlesen ist.

STR. Frauenfeld bemerkt, die Dringlichkeit dieses Antrages ergebe sich für jeden, der am Schlusse der gestrigen Sitzung anwesend war, wo man feststellen konnte, dass auch stilistisch richtige Anträge infolge der mangelhaften rhetorischen Fähigkeiten des Vorsitzenden mit oder ohne Absicht so vorgebracht worden sind, dass die Mehrheit sie nicht verstehen konnte. Da unsere Gutmütigkeit allgemein bekannt ist (Lebhaftes Heiterkeit), würde es uns sehr peinlich berühren, wenn sich ähnliche lächerliche Dinge auch weiter ereignen würden. (Beifall bei den Parteigenossen).

Dem Antrage wird die dringliche Behandlung nicht zuerkannt.

Die Sitzung wird hierauf um 1/4 11 Uhr nachts geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

320

Erste Ausgabe.

Wien, am 26. November 1932

Die Bezüge der Gemeindeangestellten.

Nach Zeitungsmeldungen hat Bundesminister Bachinger in einer Versammlung in Eisenstadt am letzten Sonntag auch über den am 19. November in Wien abgehaltenen Städtetag gesprochen und sich insbesondere mit den Bezügen der Angestellten der österreichischen Gemeinden beschäftigt. Gegenüber der Behauptung des Ministers, dass manche Gemeinden in Oesterreich ihre Beamten um hundert Prozent besser bezahlen als der Bund die seinen, bittet uns das Sekretariat des Städtebundes um die Feststellung, dass diese Behauptung des Ministers Bachinger vollständig unrichtig ist. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Gemeinden besoldet ihre Angestellten nach dem Bundesschema, einige Städte sind sogar unter die Ansätze dieses Schemas gegangen. Es gibt in Oesterreich keine einzige Gemeinde, die ihre Beamten um hundert Prozent besser bezahlt als der Bund die seinen. Da Minister Bachinger an dem letzten Städtetag, auf dem die wirklichen Ursachen der Finanznot der Gemeinden eindeutig aufgezeigt worden sind, teilgenommen hat, ist es umso erstaunlicher, dass er solche völlig unrichtige Behauptungen der Öffentlichkeit vorträgt.

Entfallende Sprechstunde.

In der kommenden Woche entfällt am Donnerstag die Sprechstunde des amtsführenden Stadtrates Honay.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Franz und Marie Balcun, Josef und Anna Bernhard, Adolf und Henriette Czanda, Batista und Anna Maculani, Heinrich und Fanny Mellich, Johann und Christine Moser und Otto und Alosia Riedl das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Sonntag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Trauungen, Ehedispense und Konfessionsänderungen im August 1932.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen August in Wien 1.385 Trauungen vollzogen, um 179 weniger als im Juli dieses Jahres und um 538 weniger als im August 1931. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im Berichtsmonate 937 Ehen, vor der politischen Behörde 211 Ehen geschlossen.

Im vergangenen August wurden vom Wiener Magistrat 293 Ansuchen um Ehedispens bewilligt; das sind um 89 mehr als im Juli dieses Jahres und um 48 mehr als im August 1931. Von den im Berichtsmonate bewilligten 293 Ansuchen betrafen 187 Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes.

An den Magistrat wurden im Berichtsmonate 566 Anzeigen über Konfessionsänderung erstattet, um 137 Anzeigen weniger als im Juli dieses Jahres und um 43 Anzeigen weniger als im August des Vorjahres. 432 Personen zeigten im vergangenen August ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche und 61 ihren Austritt aus der mosaischen Religionsgemeinschaft an; 329 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur: 321
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 26. November 1932.

Der Rücktritt des Stadtrates Breitner.

Im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates versammelten sich heute die Vertreter der Beamtenschaft der Finanzabteilungen, des Rechnungsamtes, der Revisionsstelle und des Exekutionsdienstes des Magistrates und die Vertreter der Direktionen der städtischen Unternehmungen, um von Stadtrat Breitner Abschied zu nehmen.

Der Sprecher der Beamtenschaft, Senatsrat Dr. Urban, führte in seiner Ansprache an Stadtrat Breitner aus: "14 Jahre führten Sie das Finanzamt der Gemeinde Wien. Aus Trümmern, die der Krieg zurückgelassen hat, haben Sie eine Verwaltung aufgebaut, die vorher nicht da war. Es kann nicht meine Aufgabe sein, Ihre Verdienste um die Stadt Wien zu würdigen; das steht Berufeneren zu. Mir obliegt es nur, Sie zu zeichnen, wie Sie von uns aus, vom Standpunkt der Beamten aus, gesehen wurden. Sie haben eine Organisation geschaffen nach ganz neuen Grundsätzen; Sie haben sich hiezu Beamte der verschiedensten Verwaltungszweige zu Steuer- und Finanzbeamten erzogen, Beamte, denen dieser Dienst vorher fremd war. Heute steht ein Apparat da, festgefügt und eingeordnet in das Ganze, eine Organisation, **Ihr**om Kopf entsprungen wie Pallas Athene dem Haupt des Zeus, eine Organisation, an der sich viele Städte Oesterreichs und auch des Auslandes ein Musterbeispiel genommen haben. Sogar über den Ozean sind sie gekommen, um diese Einrichtungen zu studieren. Dass diese Organisation geschaffen wurde, ist das Werk Ihres Talentes, Ihrer **überragenden** Geisteskräfte. Dass sie funktionierte und funktioniert, ist der Einfluss Ihrer besonderen, persönlichen Eigenschaften. In nimmermüder selbstloser Schaffensarbeit, in Geduld, in nimmermüdem Erziehen und Belehren haben Sie sich Ihre Mitarbeiter herangezogen. War es da nicht selbstverständlich, wenn jeder gern, freudig, opferwillig folgte! Wir folgten Ihrem Beispiel. **Ihr** Arbeitseifer hat uns angespornt, Ihre Ideen haben uns begeistert. Ihre **liebenswürdige** Art des Verkehrs hat Ihnen unsere Herzen gewonnen. So konnten Sie aus uns herausholen, was Sie brauchten, um Ihre Ideen in die Tat umzusetzen. Wir waren, wir sind eine Maschine. Aber niemals haben Sie uns als Maschinen betrachtet. Ein Menschenkenner, haben Sie jeden als Menschen behandelt. Manch einer durfte zu Ihnen kommen mit seinen persönlichen Sorgen. Sie haben ihn geduldig und freundlich angehört und haben geholfen und gelindert, wo Sie haben können. Sie waren nicht allein Vorgesetzter, Sie waren auch unser Freund. **Verehrter** Herr Stadtrat! Wir danken Ihnen für alles, was wir von Ihnen gelernt haben; für das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben, für die Geduld und Nachsicht, die Sie mit unseren Fehlern gehabt haben, für die Anerkennung, die Sie unseren Leistungen gezollt haben, für die Güte und das Wohlwollen, die Sie uns entgegengebracht haben. Wir bitten Sie: Bleiben Sie uns auch ferner gewogen, wenn Sie auch nicht mehr unser Vorgesetzter sind. Sie werden uns nicht mehr brauchen, wohl aber wir Sie. Wir wünschen Ihnen vom ganzen Herzen ein glückliches und sorgenfreies Leben und vollste Gesundheit, damit Sie sich noch recht, recht lange Ihrer Familie, Ihren lieben Kindern widmen können."

671

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Tief bewegt erwiderte Stadtrat Breitner: "Meine sehr geehrten Anwesenden! Wir haben uns hier zusammengefunden zum Abschiednehmen und zur Begrüssung. Es ist selbstverständlich, dass das Vergangene und daher auch das Abschiednehmen den kürzeren Rahmen einnehmen soll, denn der Gegenwart und der Zukunft gebührt die Aufmerksamkeit. Sie waren so freundlich, mir durch Ihren Sprecher so schöne und herzliche Worten sagen zu lassen. Ich danke Ihnen dafür aufrichtig und aus ganzem Herzen.

Ich bleibe meinem Wesen treu, wenn ich an diesen Dank gleich Wünsche knüpfe, um deren Erfüllung ich Sie bitte. Mein erster Wunsch geht dahin, dass Sie mir eine freundliche Erinnerung bewahren mögen. Ich weiss, dass die Sorgen des Tages und all das neue Geschehen in dieser so ereignisreichen Zeit das immer stärker in den Hintergrund rücken müssen. Aber immerhin, es waren 14 Jahre stürmischen Tempos, die Jahre nach dem Weltkrieg die im Gedächtnis stärker haften mögen. Die Arbeit, die im Wiener Rathaus zu leisten war, ist natürlich nicht das Werk einer Einzelperson. An der Spitze dieser grossen, weitverzweigten Verwaltung steht der Bürgermeister mit den 8 amtsführenden Stadträten und deren harmonisches Zusammenwirken - es war stets ungetrübt vorhanden - ist die erste Voraussetzung des Erfolges. Die schönsten Ziele, die besten Vorsätze reichen aber nicht aus, wenn nicht hunderte, ja tausende Mitarbeiter von dem gleichen Geist erfüllt sind. Die besondere Aufgabe der einzelnen Personen an der Spitze eines Verwaltungszweiges ist es, die Riesenschar der Mitarbeiter mit dem Geiste des freudigen Zusammenwirkens zu erfüllen. Es ist ein schöner und guter Zufall, dass gerade jener Mann, der die neue Verfassung Wiens am stärksten beeinflusst, ja eigentlich geschaffen hat, der gleiche Mann, der die früher unbekannte Einrichtung der amtsführenden Stadträte in den Verwaltungsmechanismus eingefügt hat, nun selbst einer dieser amtsführenden Stadträte wird. Zunächst mag manchem leitenden Funktionär des Magistrates und der städtischen Unternehmungen der amtsführende Stadtrat als eine Beeinträchtigung der bis dahin bestanden Geltung erschienen sein. Diese Meinung ist aber bald verschwunden und hat niemals störend gewirkt. Es wird heute allgemein anerkannt, dass die gesteckten neuen Ziele in einer demokratischen Zeit zu ihrer Erreichung neue Formen bedürfen. Dafür sind ja auch die Aufgaben gewaltig gewachsen und selbst den tatkräftigsten Beamten ist noch ein ausreichend grosser Spielraum zur Betätigung seiner Schaffenslust geblieben. Deshalb konnte ich mit meinen Mitarbeitern in richtig aufgeteilter Verantwortung so gut zusammenwirken und kann Sie bitten, mir eine gute Erinnerung zu bewahren.

Meine zweite Bitte geht dahin, dass Sie sich der grossen Schönheit bewusst sein mögen, die im öffentlichen Dienste gelegen ist. Ich bin aus der Privatwirtschaft gekommen. Nicht als ein dort etwa Gemassregelter, nicht als ein Missvergnügter. Es war mir vergönnt, dort die im Rahmen der Privatwirtschaft erzielbaren Erfolge auch wirklich zu holen. Und dennoch habe ich immer gefühlt, dass diese Art Arbeit keine wahre Befriedigung bringen kann. Es heisst nichts, seine Kräfte anzuspannen, zu nichts Höherem, als Profite, als Dividenden, als das eigene Einkommen zu steigern. Vom all dem, was auf dem Gebiete der Privatwirtschaft einst ein so stolzes Werk gewesen ist, ist übrigens nicht allzuviel übrig geblieben. Dann habe ich den öffentlichen Dienst kennengelernt. Nur er kann den Menschen ganz ausfüllen! Nicht bloss denjenigen, dem Vorbildung und Fähigkeit zu leitenden Stellen bringen sondern auch denjenigen, der auf scheinbar geringfügigen Posten sich betätigt; das Bewusstsein, dass es etwas ganz Hohes ist, der Allgemeinheit zu dienen, sollte jeden Einzelnen durchdringen und ihm der Ansporn sein, an der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III Blatt

Wien, am

Stelle, wo er eben steht, sein Bestes zu vollbringen. Wir leben in einer Zeit des Uebenganges. Die Privatwirtschaft zeigt zersetzende Erscheinungen gewaltiger Art. Wir gehen offenkundig in die Epoche, in der der öffentliche Dienst einen immer breiteren Raum einnehmen wird. Ich habe es an mir selbst erfahren, dass das wirklich grosse Glück nur im Dienste der Allgemeinheit gefunden werden kann, und ich wünsche, dass auch jeder einzelne Angestellte und Arbeiter der Stadt Wien sich zur gleichen Auffassung bekenne, sie aber auch innerlich so beglückend empfinden möge.

Die dritte Bitte lautet: Helfen Sie jenem Mann, der nach mir das Amt übernimmt, mit dem gleichen Mass von Treue, Hingabe und innerer Zuneigung, das ich bei Ihnen gefunden habe! Bemühen Sie sich mit aller Kraft, ihm sein überaus schweres Werk zu erleichtern. Seine Arbeit wird schwerer sein als jene, die mir, die uns allem in den vergangenen 14 Jahren gestellt war. Die Zeit nach dem Kriege ist gewiss fürchterlich hart gewesen, aber die seelische Einstellung der Menschen zu all der Not und den Entbehrungen war doch eine wesentlich andere. Man hat es als selbstverständlich betrachtet, dass ein so fürchterlicher Vernichtungskrieg zunächst nichts anderes übrig lassen kann als ein Trümmerfeld, als Grauen und Verzweiflung. Die Menschheit ist aber der Hoffnung gewesen, dass mit jedem Jahr, das vergeht, ein Stück dieses Elends beseitigt wird und Schritt für Schritt wieder bessere Zeiten kommen. Es schien auch anfangs, als ob sich die Entwicklung so vollziehen würde. Dann aber ist jener gewaltige Rückschlag eingetreten. Es zeigt sich, dass das ganze Wirtschaftssystem der Welt in Unordnung, in schwerster Krankheit ist, dass eine grundlegende Umformung des Wirtschaftswesens auf dem ganzen Erdenrund eintreten muss, wenn die Welt überhaupt in Kulturformen weiterbestehen soll. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die Hoffnungslosigkeit der nachwachsenden Jugend, das sind Probleme der schwersten Art. Ganz ausserordentliche Anforderungen wird die Zukunft an die Seelen-, an die Nerven-, an die physische Kraft der leitenden Menschen stellen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Bei Anlässen, wie es der heutige ist, werden oft viele unaufrichtige Worte gesprochen. Es gehört zum stets eingehaltenen Zeremoniell, dass der/^{sich}Verabschiedende dem Nachfolger freundliche und der Nachfolger dem Vorgänger anerkennende Worte sagt, selbst wenn sie einander gründlichst hassen. Zumeist natürlich dann, wenn das Scheiden vom Amt unfreiwillig erfolgt ist. All das trifft hier nicht zu. Ich musste die mir sehr liebgewordene Arbeit aufgeben, weil meine Gesundheit mich zwingt. Ich gehe, obwohl man mich mit allem Nachdruck halten wollte. Und ich sage in dieser ernsten Stunde: Es ist für mich das grösste Glück, dass gerade Dr. Danneberg an meine Stelle tritt. Gleich allen, die ihn kannten, habe ich gewusst, er ist der Beste. Ich hatte nur nicht zu hoffen gewagt, dass er zu der grossen Last, die er bisher getragen hat, auch diese neue dazunehmen wird. Wenn er es aber - naturgemäss unter gewissen Abbürdungen der früheren Tätigkeit - doch tut, dann mögen Sie wissen, dass an Ihre Spitze ein berufener Führer tritt. Meine besten und innigsten Wünsche gelten meinem Nachfolger. Stehen Sie ihm bei seiner unerhört schweren Aufgabe mit all der Treue und Hingabe, mit all der Aufopferungsfähigkeit, von der Sie in den vergangenen Jahren so viele schöne Proben abgelegt haben, zur Seite.

Ich weiss, es ist einer meiner Fehler, dass ich im Laufe der Jahre dem Einzelnen gegenüber nur selten das ausgesprochen habe, was ich so oft für ihn an Anerkennung und Dank empfunden habe, obgleich es wohlthut und anfeuert, solche Worte zu hören. Es ist deshalb die verspätete Erfüllung einer Pflicht, wenn ich erst jetzt meiner stolzen Genugthuung darüber Ausdruck gebe, dass ich an der Spitze einer Gruppe stehen durfte, in der so viele Männer und Frauen mit ihrer ganzen Kraft der Sache der Allgemeinheit dienen. Jedem Einzelnen wünsche ich nicht nur in seiner amtlichen Tätigkeit den schönsten Werdegang und Erfolg, sondern darüber hinaus in seinem Privatleben, in seiner Familie ungetrübtes Glück. Ich danke Ihnen nochmals herzlich und aufrichtig."

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. a Blatt

Wien, am

Senatsrat Dr. Urban richtete hierauf an Stadtrat Dr. Danneberg folgende Ansprache: "In Reih und Glied stehen wir hier, ein kleines Häuflein Soldaten, mit den anderen im Hause und in den Bezirken ein stattliches Regiment. Unser Führer hat uns verlassen und wir begrüßen, in Ihnen unseren neuen Führer. Wir leisten Ihnen, verehrter Herr Stadtrat, das Gelöbniß der Treue und Gefolgschaft! Dürfen wir gleich heute eine Bitte stellen: An Arbeitsfreude wird es uns nicht mangeln. Aber wir sind in unserem schweren Amt Angriffen ausgesetzt. Machen Sie, wir bitten Sie darum, uns unser schweres Amt leichter durch Ihr Vertrauen und durch menschliches Verstehen. Das wird uns aufrecht halten in unserem unentwegten Streben, unserer geliebten Vaterstadt zu dienen und mitzuhelfen an der Erreichung der idealen Ziele, die von jenen Männern verfolgt werden, die die Bevölkerung dieser Stadt zu ihren Führern berufen hat."

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Stadtrat Dr. Danneberg erwiderte: Meine sehr geehrten Herren! Es ist gewiss eine feierliche Stunde, in der Sie sich hier versammelt haben, um von Stadtrat Breitner Abschied zu nehmen. Im Rathaus ist es keine häufige Erscheinung, dass führende Männer kommen und gehen. Regierungen in Oesterreich ändern sich häufig. Wenn ich an das Finanzministerium denke, so darf ich aus meiner Erinnerung wohl sagen, dass in der Zeit, in der Herr Stadtrat Breitner im Rathause amtiert hat, wohl mindestens ein Dutzend/^{-mal} Finanzminister gekommen und gegangen sind. Hier im Rathause war ein ständiges Regime und fast 14 Jahre sind es her, dass Herr Stadtrat Breitner hier als Finanzreferent fungiert. Das allein zeigt schon, dass ein Wechsel im Finanzreferat hier etwas anders bedeutet, als sonst, wo so häufig Politiker, die an die Spitze eines Amtes gestellt werden, wechseln. Ich darf wohl sagen, dass hier einmal eine Partei, die berufen wurde, die Verwaltung zu führen, das grosse Glück gehabt hat, den richtigen Mann an die richtige Stelle setzen zu können. Was Herr Stadtrat Breitner für diese Stadtverwaltung bedeutet hat, das brauche ich Ihnen wohl nicht auseinander zu setzen. Dem haben Sie ja selbst durch Ihren Sprecher Ausdruck gegeben und das weiss jedermann. Es kommt vielleicht heute nicht überall zum Ausdruck, wie es sein sollte. Wir leben in einer Zeit des wirtschaftlichen Verfalles, in der kleinlicher Geist lebendig wird, in einer Zeit, in der die Nörgler und Kritikaster, die Abfallsammler der Politik, ihr armseliges Handwerk, und zwar auch an den Herrn Stadtrat Breitner üben, Das darf man nicht verwundern und darüber können wir auch hinweggehen. Denn wer gerecht über die Dinge urteilt, wird sagen müssen, dass Herr Stadtrat Breitner es wohl verdient, mit grösseren Masstäben gemessen zu werden, als das vielfach in den letzten Tagen in der Oeffentlichkeit/^{vielfach} geschehen ist.

Er hat hier mehr getan, als dass er eine Finanzverwaltung aufgebaut hat. Hätte er nur das getan, so wäre auch das unter den besonderen Verhältnissen, unter denen es geschehen ist, eine grosse Tat gewesen. Aber er hat mehr als das getan. In der Zeit eines ganz beispiellosen Zusammenbruches, wie ihn der Krieg gebracht hat, in einer Zeit, in der Dichter und Wirtschaftspolitiker den Untergang von Wien geweissagt haben, hat sein Genie die Möglichkeiten gefunden, die Stadtverwaltung von Neuem wieder aufzubauen und damit allem, was in dieser Stadt lebt, neue Lebenskraft und neuen Lebensmut zu geben. Das wollen viele heute nicht wahr haben. Aber das schätze ich als das Eigentliche und als das grosse Verdienst, das sich Herr Stadtrat Breitner durch seine Tätigkeit erworben hat. Er hat vom ersten Augenblick an auch klar gesehen, dass eine Verwaltung, der man/^{mehr} zutrauen muss, als dass sie bloss ein Nachwächter sein soll, die finanziellen Grundlagen haben muss, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind. Er hat dieser Verwaltung neue finanzielle Grundlagen geschaffen. Die alten waren durch Krieg und Inflation vernichtet. Für diese neuen Grundlagen mussten neue Gesichtspunkte gewonnen werden und es ist begreiflich, dass neue, grosse Gesichtspunkte Widerspruch finden. Denn diese neuen Gesichtspunkte haben auf neuen Kräfteverhältnissen gefusst und diese neuen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft mussten den Menschen erst zum Bewusstsein kommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Sie sind ihnen zum Bewusstsein gekommen und haben sich in Wien durchgesetzt. Denn viermal in 14 Jahren hat das Volk von Wien mit wachsender Mehrheit diese Grundsätze bestätigt. Herr Stadtrat Breitner hat erkannt, dass die neue Gemeinde sowie die ganze Verwaltung im neuen Staate sich nach dem Kriege nicht stützen konnten auf irgendwelche verstaubte Traditionen, dass eine neue Autorität erworben werden musste und dass diese Autorität nur erworben werden konnte durch das Vertrauen der breiten Massen der Bevölkerung, dass diese Autorität nicht gewonnen werden konnte in einer Furcht vor der öffentlichen Verwaltung, sondern nur in der Achtung der öffentlichen

Verwaltung. Für die eine wesentliche Voraussetzung die Reinheit und Korrektheit der Verwaltung sind. So war die Finanzpolitik, die Herr Stadtrat Breitner hier betrieben hat, die Grundlage für eine neue riesenhafte Aufbauarbeit, die die Gemeinde auf vielen Gebieten betrieben hat. Es hat mich immer gefreut, wenn ich aus dem Munde von Menschen, die mit den im Rathaus vertretenen Grundsätzen gar nicht übereinstimmen, dennoch gehört habe: "Das Steuerzahlen an den Stadtrat Breitner ist ja nicht angenehm, aber man weiss wenigstens, was mit den Steuergeldern geschieht!" In diesen Worten, die man in Wien oft hören konnte, liegt ein Stück Anerkennung, wie man sie/sicher grösser eigentlich kaum vorstellen kann: der Gedanke des steuerzahlenden Staatsbürgers, dass er, auch wenn er eine andere Einstellung zu den Dingen haben mag, doch die Empfindung hat, hier geht es sauber und richtig zu und hier sehe ich, was mit den Geldern, die ich zahle, geschieht.

Es hat glücklichere Städte gegeben als unser Wien in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege, Städte, die weit weniger hart durch den Krieg mitgenommen worden sind. Wenn man diese Städte heute anschaut, sieht man, wie sehr und wie hart die furchtbare Wirtschaftskrise, die wir jetzt durchleben, schon im ersten Jahre ihres Bestandes diese Stadtverwaltungen mitgenommen hat, obwohl dort die Voraussetzungen für die Entwicklung der Stadtverwaltung günstiger waren als in Wien. Wir in Wien sind ja auch bedrängt von Sorgen und Sparmassnahmen, die wir treffen müssen, immerhin können wir aber noch Leistungen aufweisen, die uns weit über das hinausheben, was andere Städte in der Welt heute zu leisten vermögen. Wenn das so ist, so danken wir das auch der erfolgreichen Finanzpolitik des Herrn Stadtrates Breitner und der erfolgreichen Arbeit seiner Kollegen in der Stadtregierung, der ich hier auch dankbar gedenke.

Sie, meine Herren, haben, wie Ihr Sprecher selbst gesagt hat, das grosse Glück gehabt, mit Herrn Stadtrat Breitner unmittelbar in diesem Hause zusammenwirken zu können. Sie haben ihn hier an der Arbeit gesehen, Sie konnten von ihm lernen und Sie konnten an seinen grossen Werk unmittelbar teilnehmen. Nun tritt Herr Stadtrat Breitner in die Reihe zurück. Er hat/seiner Gesundheit zu viel zu gemutet. Aber ich darf wohl hoffen, dass er in die Reihe zurücktritt, nicht um gänzlich auszuruhen, sondern um doch nach Möglichkeit auf wichtigen Gebieten weiterhin tätig zu sein. Wenn ich nun in diesem Augenblick die Leitung der Finanzverwaltung im Rathause übernehmen soll, so werden Sie begreifen, dass ich in diesem Augenblick ein beklemmendes Gefühl habe, die Riesenlast der Verantwortung zu tragen, die den Schultern des Herrn

676

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

Stadrates Breitner abgebürdet werden muss. Aber ich darf wenigstens eines sagen, was auch Herr Stadtrat Breitner vorhin gesagt hat: Der Wechsel im Finanzreferat hier vollzieht sich unter anderen Voraussetzungen als es sonst häufig geschieht. Hier hat nicht ein grausiges Missgeschick, ein grausiger Zufall, einen verantwortlichen Amtswalter zu Boden geworfen. Hier hat es auch keine hässlichen Intriguen gegeben und keine Strebereien irgend-einer Clique, die einen Mann verdrängt haben. Zwischen mir und dem Herrn Stadtrat Breitner steht nicht der leiseste Schatten. Uns verbindet und verband enge Freundschaft, die begründet war auf vielfacher Zusammenarbeit auch in den vierzehn Jahren, die hinter uns liegen. Es ist hier schon davon die Rede gewesen, dass die Führung der Verwaltung durch Volksbeauftragte, die im Rathause nach dem Kriege geschaffen worden ist und ^{woran} ich bestimmten Anteil genommen habe gegen Widersacher auf allen Seiten, einen guten Sinn hat. Denn Verwalten - das wissen Sie alle, wenn Sie über Ihre Tätigkeit nachdenken - heisst ja nicht bloss Akten schreiben, wie das manche Aussenstehende naiv meinen. Verwalten heisst, die Angelegenheiten der Gesamtheit im Dienste des Volkes führen. Dazu ist natürlich ein bestimmter Wille notwendig und diesen Willen bestimmt das Volk alle paar Jahre. Der Wille soll aber seinen Ausdruck finden nicht nur an dem Tage, an dem das Volk ihn kundgibt, sondern er muss nachwirken für die Jahre, bis das Volk Gelegenheit hat, seinen Willen wieder kundzutun. Dieser Wille muss sich nicht nur in der Gesetzgebung ausdrücken, er muss auch seinen Ausdruck finden in der Führung der ganzen Verwaltung. Dessen wollen und müssen wir immer eingedenk sein. Wir müssen immer eingedenk bleiben, dass nicht die Bevölkerung wegen der öffentlichen Verwaltung da ist, sondern dass die öffentliche Verwaltung, dass wir alle wegen der Bevölkerung da sind und ihr zu dienen haben. Das aber soll freilich nicht heissen, dass der Beamte ein Objekt der Verleumdung sein soll, wie das heute mitunter geschieht, und dass etwa jedermann das Recht hat, an dem Beamten seinen Zorn auszulassen, und gerade gegenüber einem öffentlichen Amt seiner Verärgerung Luft zu machen. Wir wissen, dass wir da manches über uns ergehen lassen müssen, Sie und auch die Volksbeauftragten - ich weiss nicht, wer da in einer beneidenswerteren Lage ist. Wir lassen das über uns ergehen und wissen, dass wir das Interesse der Gesamtheit und des Ganzen zu vertreten haben, häufig leider auch gegenüber dem wirklichen oder vermeintlichen Interesse des Einzelnen, das dem Interesse der Gesamtheit und des Ganzen entgegensteht. Wir wissen, dass Verwalten auch nicht heisst, den Menschen nur als eine Aktennummer zu betrachten oder als einen Geldautomaten zu nehmen, sondern dass Verwalten heisst, mit Einfügung in die Verhältnisse verstehen, was notwendig ist, und verstehen, dass die scheinbar kleinsten Dinge für einen anderen lebenswichtig sein können, dass sich in den Aemtern manchmal auch das Schicksal eines Menschen entscheidet. Wir werden jeder Sabotage der öffentlichen Verwaltung mit Strenge entgentreten müssen, wir werden aber auch jede ernste Beschwerde immer sorgsam zu prüfen haben. Ich glaube, in diesem Geiste ist die Verwaltung hier bisher geführt worden, und in diesem Geiste soll sie weitergeführt werden.

Der Wandel der Wirtschaft erfordert mitunter neue Wege und kein System darf zur Erstarrung führen. Wir werden daher vielleicht mitunter auch

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

nicht nur ausgetretene Pfade gehen können sondern neue Wege gehen müssen. Denn Gesetzgebung und Verwaltung müssen immer ihre Zeit verstehen.

Meine Herren, Sie sind dem Herrn Stadtrat Breitner treue Mitarbeiter gewesen. Er hat Ihnen heute in Worten gedankt, die zeigen, dass sie aus dem Herzen gekommen sind, die zeigen, dass zwischen ihm und Ihnen im Laufe der Jahre schwerer Zusammenarbeit sich ein Verhältnis herausgebildet hat, das nicht den glatten Verkehr bedeutet, wie er sich von selbst ergibt sondern ein Verhältnis, das zeigt, dass alle, die mit ihm gearbeitet haben, ergriffen waren von dem Geist, der ihn beseelt hat, und dass alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben, ergriffen waren von dem Gedanken, gleich ihm ihr Bestes und mit ihm ihr Bestes einzusetzen für die grosse Sache, der wir hier zu dienen haben.

Ich habe das Glück, das Herr Stadtrat Breitner vor 14 Jahre nicht gehabt hat, eine Verwaltung zu übernehmen, die ausgebildet und durchgebildet ist, eine Verwaltung, die in schwerer Arbeit sich selbst erzogen hat zu der Arbeit, die sie zu bewältigen hat, eine Verwaltung, die gewachsen ist mit den grossen Aufgaben, die ihr in den 14 Jahren gestellt waren. Das erleichtert die Aufgabe. Wenn ich heute, da ich das Amt übernehme, eine Bitte an Sie richten darf, so ist es die Bitte, dass Sie mit derselben Arbeitsfreude, mit demselben Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl, mit dem Sie Ihre Arbeit gemeinsam mit Herrn Stadtrat Breitner geleistet haben, auch die Arbeit mit mir zusammen leisten und dass Sie mir dasselbe Vertrauen entgegenbringen, das Sie dem Herrn Stadtrat Breitner entgegengebracht haben. Ich kann Ihnen nur versprechen, dass auch ich meine Kraft in den Dienst der Sache stellen werde, soweit ich es nur immer kann, und dass ich Ihnen immer gerecht gegenüber treten will. Ich bitte Sie also um Ihre Arbeitsfreude, um Ihre Mitarbeit, um Ihr Pflichtgefühl so wie bisher."

*

Heute mittags erschien auch Kontrollamtsdirektor Müllner mit den leitenden Beamten des Kontrollamtes bei Stadtrat Breitner, um von ihm Abschied zu nehmen und gleichzeitig den neuen Finanzreferenten, Stadtrat Dr. Danneberg, zu begrüßen. Bei dieser Gelegenheit erinnerte Stadtrat Dr. Danneberg daran, dass er als seinerzeitiger Referent für die neue Gemeindeverfassung die Einrichtung des Kontrollamtes vertreten habe und den Arbeiten dieses Amtes grosses Gewicht beilege. Eine so grosse Verwaltung wie die der Stadt Wien sei ohne Kontrollamt nicht zu führen. Als besonders wertvoll erachte er es, dass das Kontrollamt immer von neuem Anregungen für die bessere Führung der Verwaltung gebe.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

322

Wien, am 28. November 1932

Neue Bürger der Stadt Wien.

Professor Franz Cizek und Hofrat Dr. Arnold Durig vom Wiener Gemeinderat zu Bürgern der Stadt Wien ernannt.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner Sitzung vom 23. November dieses Jahres beschlossen, Regierungsrat Professor Franz Cizek anlässlich der Vollendung seiner 35jährigen Lehrtätigkeit in Würdigung der grossen Verdienste um das Wiener Kunstgewerbe und vor allem um den Jugendkunstunterricht und Universitätsprofessor Hofrat Dr. Arnold Durig anlässlich der Vollendung des 60. Lebensjahres in Würdigung seiner grossen Verdienste um die medizinische Wissenschaft zu Bürgern der Stadt Wien zu ernennen.

Franz Cizek wurde am 12. Juni 1865 in Leitmeritz geboren. Nach Absolvierung der Realschule studierte er an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Professor Cizek, der seit dem Jahre 1897 als Lehrer tätig ist, nahm im Jahre 1906 seine Wirksamkeit an der Wiener Kunstgewerbeschule auf; seit 1910 ist er Fachinspektor der gewerblichen Lehranstalten. Derzeit ist der neue Bürger Fachvorstand für die allgemeine Abteilung und Leiter der Jugendkunstklassen an der Wiener Kunstgewerbeschule. Professor Cizek leitete den Jugendkunstunterricht in ganz neue Bahnen; seine Kinderkurse haben weit über Wien hinaus den stärksten Einfluss ausgeübt, die Wiener Schulreform befruchtet und in Deutschland starke Beachtung gefunden. Cizek gehört dem Kreise jener Künstler der Wiener Kunstgewerbeschule an, die die Wiener Schule zum Vorbild ähnlicher Reformen in der ganzen Kulturwelt gemacht haben.

Professor Hofrat Dr. Arnold Durig vollendete am 11. November dieses Jahres sein 60. Lebensjahr. Er wurde in Innsbruck geboren. Nach Absolvierung seiner medizinischen Studien wurde er zunächst Assistent an der Innsbrucker Universität; im Jahre 1900 wurde er als Assistent an das Wiener physiologische Institut berufen. 1904 wurde er Extraordinarius und ein Jahr später Ordinarius an der Hochschule für Bodenkultur. Im Jahre 1918 folgte der neue Bürger dem Ruf als ordentlicher Professor an der Wiener Universität. Seine fachwissenschaftlichen Arbeiten brachten ihm die Anerkennung aller wissenschaftlichen Kreise. Seine Arbeiten auf dem Gebiete des Höhenklimas, über die Tuberkulosenernährung und über die Ermüdung liessen ihn in die erste Reihe der Fachgelehrten vorrücken. Gegenwärtig ist Professor Durig, der seit 1915 Mitglied der Akademie der Wissenschaften ist, Vorstand des physiologischen Institutes an der Wiener Universität.

.....

Festsetzung eines Mindestausmasses der Grundgebühren auf den Vieh- und Fleischmärkten.

Die für den Verkehr mit Vieh und Fleisch auf den Wiener Vieh- und Fleischmärkten und in den Schlachthöfen geltenden Gebühren sind auf einer Grundgebühr aufgebaut und veränderlich. Die Grundgebühr wird nach einem bestimmten Promillesatz jenes Durchschnittspreises errechnet, zu dem ein Stück Rind auf dem Zentralviehmarkte in St. Marx gehandelt wird. Die letzte Bestimmung dieser Grundgebühr ist im Dezember 1927 erfolgt; sie ist damals mit 2 Promille festgesetzt worden.

Die durch das Viehverkehrsgesetz bedingte Drosselung der Einfuhr von hochwertigem ausländischem Mastvieh hat es mit sich gebracht, dass die Grundgebühr in ganz katastrophaler Weise gefallen ist, so dass die Kostendeckung der Vieh- und Fleischmärkte für die letzten drei Monate dieses Jahres

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 28. November 1932

gänzlich aus dem Gleichgewicht gekommen ist.

Um wenigstens die allernotwendigsten Auslagen für die Märkte und sonstigen Approvisionierungsanlagen zu decken, wäre eine Erhöhung der Basis der Grundgebühr auf 3 Promille, mindestens aber auf 2¹/₅ Promille notwendig. Trotzdem wird von einer Erhöhung des Promillesatzes der Grundgebühr Abstand genommen.

Um nun eine Erhöhung des Promillesatzes der Grundgebühr zu vermeiden, hat der Gemeinderatsausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten heute beschlossen, die Grundgebühr auf ihrer bisherigen Basis von 2 Promille zu belassen; sie darf jedoch nicht unter das Mindestmass von 1¹/₆₀ Schilling fallen.

Im Vergleiche zur heutigen Grundgebühr beträgt die Auswirkung dieses Beschlusses bloss 1¹/₄ Groschen pro Kilogramm Fleisch, so dass sie im Fleischpreis für den Konsumenten überhaupt nicht zum Ausdruck kommen kann. Dies umsoweniger, als in den letzten Jahren die Grundgebühr teilweise zwischen 1¹/₉₁ Schilling und 1¹/₇₀ Schilling schwankte, demnach der jetzt als Mindestausmass festgelegte Ansatz noch immer bedeutend niedriger ist als die Grundgebühr der früheren Jahre.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Johann und Marie Bedra, Josef und Leopoldine Gerinot, Adolf und Karoline Hoyer, Peter und Johanna Luki, Josef und Johanna Machac, Wilhelm und Anna Nemecek, Vinzenz und Therese Schaden, Adolf und Augustina Steinkellner und Johann und Anna Ubricht das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

323

Wien, am 29. November 1932.

Anrechnung des Wohnbausteuerzuschlages auf Fremdenzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe oder Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.

Im Gesetz über die Zuschläge der Wohnbausteuer ist die Bestimmung enthalten, dass jene Steuerpflichtigen, die ausser Wohnbausteuer auch Fremdenzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe oder Nahrungs- oder Genussmittelabgabe zu zahlen haben, den Wohnbausteuerzuschlag auf die erwähnten Zahlungsverpflichtungen anrechnen können. Der Magistrat macht nun die Wahrnehmung, dass eine beträchtliche Anzahl von Steuerträgern bis heute diese Anrechnungsmöglichkeit des Wohnbausteuerzuschlages ausseracht gelassen hat. Es wird hiemit ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Anrechenbarkeit erlischt, wenn sie nicht innerhalb von 12 Monaten vom Zeitpunkte der Fälligkeit des Wohnbausteuerzuschlages an geltend gemacht wurde.

Kunstförderung der Gemeinde Wien.

Ankauf von Kunstwerken um mehr als 40.000 Schilling.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat in seiner letzten Sitzung aus dem vom Gemeinderat der Stadt Wien gewidmeten Kredit zur Förderung der Gegenwartskunst auf Grund der Vorschläge des aus neun Künstlern bestehenden Beirates eine Anzahl von Bildern und Plastiken um den Preis von 40.700 Schilling für das Museum der Stadt Wien angekauft. Folgende Kunstwerke sind erworben worden: Wilhelm Frass, weiblicher Torso aus Kärntner Marmor; Paris Gütersloh, Oelbild "Landschaft in Cagnes"; Josef Riedl, Torso in Marmor; Edwin Grienauer, Bronzeplastik Primavera; Anton Hanak, Marmorkopf; Josef Humplik, Bronzebüste "Frau Hildegard Jone"; Fritz Wotruba, Ueberlebensgrosser Akt in Stein "Hockender Jüngling"; Michael Drobil, Bronze Knabenfigur; Rudolf Boettger, Zeichnung "Prof. Robert Heger"; Georg Mayer-Marton, Oelbild "Slowakische Landschaft mit Feldern"; Alfred Wickenburg, zwei Aquarelle "Gelbe Tulpen" und "Die zwei Marien"; W. V. Krausz, Porträt Artur Schnitzlers; Karl Stemolak, Bronze "Bewusste Schönheit" und K. Strobl, zwei Zeichnungen "Burgenland" und "Neusiedl am See".

Von den Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt morgen, Mittwoch, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält ihre nächste Sitzung übermorgen, Donnerstag, um 18 Uhr ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

324

Wien, am 30. November 1932.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedensmietzinses übersteigen, hielt kürzlich seine 71. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 775 Parteien in 88 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 4.740 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 42.322 Parteien in 4.801 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 231.231 Schilling genehmigt.

Die städtische Versicherungsanstalt für die Winterhilfe.

Der Verwaltungsausschuss der städtischen Versicherungsanstalt hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ebenso wie im Vorjahre auch heuer der Aktion "Winterhilfe" eine Spende im Betrage von 60.000 Schilling zu widmen.

Jagdausschreibung.

Die Gemeinde Wien verpachtet die Eigenjagd Kaiserbrunn im Schneeberg- und Raxgebiet im Ausmasse von rund 2313 Hektar vom 1. Jänner 1933 bis 31. Dezember 1937. Das Jagdgebiet ist von Wien zwei Bahnstunden entfernt; es hat hochalpinen Gebirgscharakter und ist durch die Rax-Seilbahn^{ung}/die Zahnradbahn auf den Schneeberg gut aufgeschlossen. Das Revier ist von guterhaltenen Reit- und Jagdsteigen durchzogen, hat mehrere Jagd- und touristische Unterkunftshäuser.

Das Standwild umfasst 60 Stück Hochwild, hievon 15 Hirsche, 400 Stück Gamswild, hievon 70 Böcke und 40 Stück Rehwild, weiters Auer- und Birkwild, Hasen, Haswild, Schneehühner, Steinhühner, Murmeltiere, verschiedenes Raubzeug und guten Schnepfenstrich. Als Abschluss kommen 15 Stück Hochwild, 24 Stück Gamswild, 10 Stück Rehwild, 1 Auerhahn und 2 Birkhähne in Betracht.

Die Jagdleitung und die Jagdaufsicht besorgt die Gemeinde Wien; der Jagdpächter hat die Kosten eines weiteren Jagdschutzorganes (rund 2400 Schilling im Jahr) und die Kosten der Wildfütterung (rund 2000 Schilling im Jahr), die Rentensteuer und die Jagdabgaben zu tragen.

Anbote sind spätestens bis 10. Dezember, 12 Uhr mittags, bei den städtischen Wasserwerken, Magistrats-Abteilung 34, Grabnergasse 6, schriftlich zu überreichen. Nähere Auskünfte werden in der Rechtsabteilung der Wasserwerke (Fernruf B 23-5-45) erteilt; dort kann auch in die Bedingungen Einsicht genommen werden.